



Stiftung  
niedersächsische  
Gedenkstätten

# Jahresbericht 2019

Schwerpunktthema: Justiz und Strafvollzug im Nationalsozialismus

Gedenken  
Bewahren  
Forschen  
Bilden

## Geschichte begreifen – für die Zukunft handeln.

Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten verbindet staatliche Verantwortung und bürgerschaftliches Engagement für die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und die Würdigung der Opfer. Ihr Ziel ist die Förderung eines kritischen Geschichtsbewusstseins.

Die Stiftung ist Trägerin der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel. Zudem fördert und berät sie die weiteren Gedenkstätten sowie Erinnerungsinitiativen in Niedersachsen und betreibt eigene Forschungs- und Vermittlungsprojekte zur Zeit des Nationalsozialismus und seinen Folgen.

Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten verwirklicht ihren Stiftungszweck darüber hinaus durch

- Zeitzeugengespräche, Film- und Theateraufführungen und Lesungen;
- Sonderausstellungen, wissenschaftliche Tagungen und Netzwerktreffen;
- Projekte im Bereich Forschung, Vermittlung und Bildung;
- Fortbildungen für Gedenkstättenmitarbeiter, Lehrkräfte und Multiplikatoren;
- Publikationen und Informationsmaterialien.

# Inhalt

EDITORIAL .....	2	GEDENKSTÄTTE IN DER JVA WOLFENBÜTTEL .....	87
SCHWERPUNKTTHEMA		Allgemeiner Berichtl .....	88
JUSTIZ UND STRAFVOLLZUG IM NATIONALSOZIALISMUS...5		Pädagogische Projekte der Gedenkstätte in der	
Strafvollzug im Nationalsozialismus – ein Überblick mit		JVA Wolfenbüttel.....	90
Beispielen aus Wolfenbüttel .....	6	Trauer um Jean-Luc Bellanger .....	93
Justiz und Nationalsozialismus im Land Braunschweig .....	14	„Erinnern ist Zukunft“ – Eröffnung des neuen	
Pädagogische Arbeit in einer Gedenkstätte zur NS-Justiz:		Dokumentationszentrums .....	94
das Beispiel des ehemaligen Strafgefängnisses Wolfenbüttel .21		Die neue Dauerausstellung „Recht. Verbrechen. Folgen.	
Die Strafgefangenenlager im Emsland als Prestigeprojekt		Das Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus“ ..	96
der Justizverwaltung.....	26	GEDENKSTÄTTENFÖRDERUNG NIEDERSACHSEN.....	101
STIFTUNG.....	33	Allgemeiner Bericht .....	102
Bericht des Geschäftsführers .....	34	Dokumentationsstelle Widerstand und Verfolgung	
Kalendarium der Stiftung .....	37	1933–1945 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen .....	104
Publikationen der Stiftung.....	46	Tagung „Opfer des Nationalsozialismus – Friedhöfe	
Veröffentlichungen und Vorträge sowie Lehraufträge		und Grabstätten“ .....	106
von Beschäftigten der Stiftung und Mitarbeit in Gremien....	46	Neu aufgefundene bzw. lokalisierte Aschegräber im	
Fünf Jahre Projekt KogA: Erfahrungen, Erkenntnisse und		ehemaligen KZ-Außenlager Ellrich-Juliusshütte.....	108
Faktoren zum Gelingen einer antiziganismuskritischen		Qualifizierung und Vernetzung der Bildungsarbeit	
Bildungsarbeit.....	54	in niedersächsischen Gedenkstätten .....	110
Projekt KogA: Neue Formate und Themen, neue		Förderung der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungs-	
Kooperationen und Zukunftsperspektiven .....	58	kultur durch finanzielle Zuwendungen .....	112
Ideologie in Symbolen: Was haben Wolfsangel,		GEFÖRDERTE GEDENKSTÄTTEN.....	117
Germanenkult und Hermann Löns mit dem National-		Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht .....	118
sozialismus zu tun? .....	60	Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte .....	122
GEDENKSTÄTTE BERGEN-BELSEN .....	63	Gedenkstätte Esterwegen .....	126
Allgemeiner Bericht .....	64	Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V. ....	130
Die Wanderausstellung „Lebensläufe. Verfolgung und		„Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg .....	134
Überleben im Spiegel der Sammlung von Shaul Ladany“ ....	66	KZ-Gedenkstätte Moringen .....	138
Die Ausstellung „Kinder im KZ Bergen-Belsen“ .....	68	Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel .....	142
Archiv und Dokumentation .....	69	Impressum.....	146
Namensverzeichnis der Häftlinge des Konzentrations-			
lagers Bergen-Belsen.....	72		
Niedersachsen-Kaserne / Kriegsgefangene Bergen-Belsen...74			
Bildung und Begegnung .....	76		
Gesellschaftsgeschichte in der Bildungsarbeit vermitteln ....	78		
Auf die Besucher_innen geschaut.....	80		
Demokratie leben lernen .....	82		
Partnerschaft für Demokratie in Bergen – eine Kooperation			
zwischen der Gedenkstätte Bergen-Belsen und der Stadt			
Bergen.....	82		
Gedenkstättenarbeit im Spiegel gesellschaftlicher			
Entwicklungen – Herausforderung für Vermittelnde			
und Teilnehmende.....	83		



2 Liebe Leserinnen und Leser,  
Sie halten den Jahresbericht 2019 der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in den Händen. Er vermittelt Ihnen einen Eindruck von den vielfältigen Aktivitäten der Gedenkstätten in Niedersachsen – von innovativen Bildungsformaten über Gedenkveranstaltungen, Lesungen, Ausstellungen, Publikationen, Tagungen, Forschungsprojekten, Vorträgen und Seminaren bis zu künstlerischen Projekten. Sie alle eint unser Bemühen, die Opfer der NS-Verbrechen zu würdigen und zugleich mittels historisch-politischer Bildung Fragen nicht nur an die Geschichte, sondern auch an die Gegenwart zu stellen.

Wie in den vergangenen Jahren hat auch der Bericht für das Jahr 2019 ein inhaltliches Schwerpunktthema. Diesmal ist es die Geschichte von Justiz und Strafvollzug im Nationalsozialismus – samt der Frage, welche Schlussfolgerung wir daraus für die Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie heute ziehen können. Gerade der Blick auf Kontinuitäten und Brüche in der Justiz nach 1945 zeigt, dass die Geschichte des Nationalsozialismus bis in unsere Zeit hineinreicht.

Heute wird der liberale Rechtsstaat in vielen Ländern Europas frontal angegriffen. Auch in Deutschland sitzen Politiker\_innen, die die liberale Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verachten, mittlerweile in fast allen Parlamenten. Geschichte wiederholt sich nicht eins zu eins. Aber Verbrechen gegen die Menschlichkeit können, wie die Geschichte der vergangenen 75 Jahre zeigt, in ähnlicher Form wie zwischen 1933 und 1945 erneut begangen werden. Und die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus, nämlich Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Autoritarismus, zeigen erschreckende Kontinuitäten und sind derzeit stärker als noch vor wenigen Jahren: alter Wein in neuen Schläuchen.

Es ist unsere Aufgabe, wissenschaftlich fundiert herauszuarbeiten, welche Parallelen, aber auch, welche Unterschiede sich zwischen Ausgrenzungsdiskursen und -praktiken der 1930er Jahre und heute aufzeigen lassen. Wer die neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel besucht, wird erschreckt feststellen, wie schnell grundlegende Rechte und Freiheiten im Frühjahr 1933 abgebaut werden konnten.

Es liegt an uns allen, uns aktiv dafür einzusetzen, dass die offene, auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und für alle geltende Menschenrechte basierende Gesellschaftsordnung in Deutschland und Europa erhalten bleibt.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre und bedanke mich sehr herzlich bei allen Autorinnen und Autoren!

Erlauben Sie abschließend noch eine persönliche Erklärung: Zum 1. Oktober 2020 werde ich die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten verlassen. Ich übernehme eine Professur an der Universität Jena in Verbindung mit der Leitung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora – jener Stiftung, für die ich bereits vor meinem Wechsel nach Niedersachsen im Sommer 2014 tätig war. Der vorliegende Jahresbericht ist damit der letzte, der unter meiner Leitung erscheint.

Die Entscheidung zum Wechsel ist mir alles andere als leicht gefallen, vor allem, weil mir die Arbeit in und für die Stiftung sehr viel Freude bereitet und ich die Zusammenarbeit mit den Kolleg\_innen und den Stiftungsgremien, insbesondere auch mit dem Stiftungsrat und dem Stiftungsbeirat, immer als ausgesprochen gut und vertrauensvoll empfunden habe. Am schwersten fällt mir aber der Abschied von den Überlebenden und Angehörigen. Sie alle unterstützten unsere Stiftungsarbeit auf ganz großartige Weise, und dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken!

Letztendlich sind es zwei Hauptgründe, die mich veranlassen, den Ruf nach Jena

und Weimar trotz allem anzunehmen: Zum einen bietet das Historische Institut in Jena für Zeithistoriker hervorragende Arbeitsbedingungen, auch wegen des Jena Centers Geschichte des 20. Jahrhunderts und des Kértész-Kollegs sowie wegen einer neuen Professur für Museums-wesen, die parallel zu meinem künftigen Lehrstuhl besetzt wird. Das ermöglicht ausgezeichnete Chancen für Lehre und Forschung und ihre Einbindung in die Gedenkstättenarbeit. Zum anderen ist es ein gewisses Verantwortungsgefühl gegenüber der Stiftung in Thüringen, die sich derzeit in einer nicht zuletzt geschichtspolitisch schwierigen Situation befindet. Ich weiß, auch gegenüber unserer Stiftung habe ich eine große Verantwortung, aber ich glaube, ich kann in Thüringen derzeit noch wirksamer tätig werden – gerade auch im politischen Raum.

Für ihr Vertrauen möchte ich mich bei allen Freundinnen und Freunden sowie den Kolleginnen und Kollegen in den niedersächsischen Gedenkstätten, bei Minister Grant Hendrik Tonne wie auch seiner Vorgängerin Frauke Heiligenstadt und bei den Kolleginnen im Kultusministerium sowie in den Stiftungsgremien

sehr herzlich bedanken und möchte Sie alle bitten, die Stiftung auch unter neuer Leitung tatkräftig zu unterstützen.

3



# Schwerpunktthema Justiz und Strafvollzug im Nationalsozialismus

# Strafvollzug im Nationalsozialismus – ein Überblick mit Beispielen aus Wolfenbüttel

Anett Dremel, Jens-Christian Wagner



6 In ihrem Standardwerk „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“ bezeichnete Hannah Arendt die Konzentrationslager in den 1950er Jahren als die „zentrale Institution des totalen Macht- und Organisationsapparates“ im NS-Staat.<sup>1</sup> Und tatsächlich waren die Konzentrationslager ja auch zentrale Stätten von Verfolgung, Terror und Mord im Nationalsozialismus. Aber sie waren nicht isoliert, sondern eingebunden in ein umfassendes Netz von Haftstätten, die der Repression und Ausgrenzung sozialrassistisch oder politisch Unerwünschter im Nationalsozialismus dienten. Auch der Strafvollzug war in dieses System eingebunden. Doch im Unterschied zum neu eingeführten Instrument der Konzentrationslager war er keine Erfindung der Nationalsozialisten, sondern ein Mittel der staatlichen Durchsetzung der Rechtsordnung, das auf eine lange Tradition auch unter rechtsstaatlichen Voraussetzungen zurückblickte. Dieses Mittel machten sich die Nationalsozialisten zu eigen.

Worauf konnten sie dabei aufbauen, welche Elemente in Theorie und Praxis des Strafvollzugs des Kaiserreiches und

der Weimarer Republik waren für sie anschlussfähig? Wie entwickelten sich die Existenzbedingungen im Strafvollzug? Wer unterlag dem Polizeirecht und wer der „regulären“ Justiz? Gab es so etwas wie eine reguläre Justiz überhaupt? Welche Rolle spielten die Akteure nicht nur in Staatsanwaltschaften und Gerichten, sondern auch in den Strafanstalten und Zuchthäusern?

## Strafvollzug im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Noch während des größten Teils des 19. Jahrhunderts war die Strafjustiz in Deutschland vom Gedanken der Abschreckung und Sühne geprägt. Straftäter sollten für ihre Tat angemessen büßen; zugleich sollte die Strafandrohung die Bürger davon abhalten, Straftaten zu begehen.<sup>2</sup> Ende des 19. Jahrhunderts begann sich das Prinzip der allgemeinen Prävention zu ändern. Während bisher die Bestrafung bereits *begangener* Taten im Mittelpunkt gestanden hatte, sollten die Straftäter nun davon abgehalten

werden, *neue* Verbrechen zu begehen. Ihre „Gefährlichkeit“ stand im Fokus; die Kriminalität wurde als soziale Krankheit betrachtet, die in der Haft „geheilt“ werden könnte. Daraus entwickelte sich die Unterscheidung zwischen „Besserungsfähigen“ und solchen Gefangenen, bei denen keine Hilfe fruchtete und vor denen die Gesellschaft dauerhaft geschützt werden musste.<sup>3</sup>

Einerseits waren solche Vorstellungen deutlich von der Ende des 19. Jahrhunderts immer breiter rezipierten Idee des genetisch oder „rassistisch“ veranlagten „Berufs“- oder „Gewohnheitsverbrechers“ geprägt. Andererseits hielt die Idee der Resozialisierung Einzug. Dieses „Doppelgesicht von Besserung und Sicherung“, wie es Nikolaus Wachsmann bezeichnet hat,<sup>4</sup> wurde nach dem Ende des Kaiserreiches maßgeblich für den Strafvollzug der Weimarer Republik.

Mitte der 1920er Jahre führten mehrere Länder ein dreigliedriges Stufensystem ein, das Gefangene bei guter Führung in Arbeit und Ausbildung belohnte und sie

<sup>1</sup> Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt/Main 1959, S. 645.

<sup>2</sup> Vgl. auch im folgenden Nikolaus Wachsmann, *Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat*, München 2006, S. 20 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Franz von Liszt, *Der Zweckgedanke im Strafrecht*, in: Ders. (Hg.), *Strafrechtliche Aufsätze und Vorträge*, Bd. 1, Berlin 1905, S. 126-179

<sup>4</sup> Wachsmann, *Gefangen*, S. 23.





auf eine höhere Stufe mit Vergünstigungen beförderte. Zugleich konnten Gefangene nach Vergehen gegen die Gefängnisordnung zurückgestuft werden.<sup>5</sup> Auch sonst fand die Idee der Resozialisierung in der Gesellschaft und in der Justiz immer mehr Anhänger. Doch gleichzeitig gab es die Kategorie der „Unverbesserlichen“. Sie wurden als unerziehbar eingestuft und blieben die gesamte Zeit ihrer Haft unter den harten Bedingungen der untersten Stufe; mehr noch: die Haftbedingungen der „Unverbesserlichen“ wurden teilweise deutlich verschärft, insbesondere in den Zuchthäusern, in denen zu langen Freiheitsstrafen Verurteilte inhaftiert waren und in denen härtere Haftbedingungen als in den Strafgefängnissen herrschten.

#### Strafvollzug zu Beginn der NS-Herrschaft

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 bedeutete auch für den Strafvollzug einen deutlichen Einschnitt. Vergeltung und Abschreckung rückten nun auf Kosten der Besserung und Erziehung wieder in den Mittel-

punkt. Zugleich war die Reformidee von der „Unverbesserlichkeit“ mancher Gefangener für die Nationalsozialisten anschlussfähig, denn sie passte in ihr sozial-rassistisches Weltbild einer „Volksgemeinschaft“, die sich von allen „Gemeinschaftsfremden“ trennen müsse: den Kranken, den „Asozialen“, den „Unproduktiven“, den „rassisch Minderwertigen“ und den „politisch Unzuverlässigen“. Diese Personengruppen wurden identifiziert, ausgesondert und anschließend in vielen Fällen ermordet.

Unmittelbar nach ihrer Machtübernahme begannen die Nationalsozialisten, den Strafvollzug nach ihren Vorstellungen zu verändern. So wurde die in der Weimarer Republik eingeführte Stufenregelung, die das Ziel der Resozialisierung hatte, zunächst eingeschränkt und schließlich abgeschafft. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 erlaubte es den Nationalsozialisten, alle politisch missliebigen Beamten aus dem Strafvollzugsdienst zu entlassen. Dies traf vor allem Anhänger des demokratischen Reformstrafvollzugs.

Im Strafgefängnis Wolfenbüttel waren zehn Angestellte und Bedienstete davon

betroffen, darunter auch der Anstaltsleiter Dr. Gustav Weiss, der sich in der Weimarer Zeit stark für die Einführung des Reformstrafvollzugs eingesetzt hatte. Gleichzeitig kam 1933 auch neues Personal in die Strafanstalt. Insgesamt wurden 14 Personen neu eingestellt, viele von ihnen hatten einen nationalsozialistischen Hintergrund und waren Mitglieder in SA oder SS.

Ziel des Strafvollzugs waren nun Strafe und Abschreckung und die möglichst dauerhafte Aussonderung aller, die als „unverbesserlich“ galten. Dazu erließ die neue Reichsregierung im November 1933 das „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung“ (Gewohnheitsverbrechergesetz). Um den „Schutz der Volksgemeinschaft“ gegen die „verbrecherischen Schädlinge“ zu gewährleisten, wurde bei Mehrfaktoren eine unbefristete Unterbringung,

„Klagelied der Schwerverbrecher“. Wolfenbütteler Kreiszeitung, 25./26. November 1933. Die Karikatur stellt den angeblich zu nachsichtigen Strafvollzug der Weimarer Republik dem Umgang mit Straftätern im Nationalsozialismus gegenüber. Zugleich bedient sie antisemitische und sozial-rassistische Klischees.

Strafgefängnisse der Emslandlager bei der Moorkultivierung, 1935. • Library of Congress, Washington

5 Vgl. ebd. S. 30 f.



8 die Sicherheitsverwahrung, angeordnet. Eine Überprüfung des Urteils sollte alle drei Jahre durch das zuständige Gericht stattfinden. Den Richtern wurde bei ihren Beurteilungen ein breiter Ermessensspielraum zugestanden, da es keine festgelegte Definition des „Gewohnheitsverbrechers“ gab. Bei einem Großteil der geahndeten Vergehen handelte es sich um kleinere Eigentumsdelikte. 1941 wurde das Gesetz noch einmal verschärft: Tatsächliche oder vermeintliche Wiederholungstäter konnten nun auch mit dem Tode bestraft werden.

Neben einer Verschärfung bestehender Gesetze führten die Nationalsozialisten völlig neue Straftatbestände ein, insbesondere mit dem Ziel der Unterdrückung abweichender politischer Meinungen. Maßgeblich war dabei die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933, die nicht nur sämtliche Freiheitsrechte suspendierte, sondern auch neue Straftatbestände für politischen Widerstand einführte. Die Verordnung erlaubte es dem Regime, jeglichen Widerstand zu unterdrücken. Mit der sogenannten Heimtückeverordnung vom 21. März 1933, die im Dezember 1934 mit dem Heimtückegesetz noch verschärft wur-

de, waren alle tatsächlich oder angeblich gegen die Regierung gerichteten Äußerungen oder Handlungen unter Strafdrohung bis hin zu Todesstrafe gestellt. Den Richtern wurde dabei ein großer Ermessensspielraum eingeräumt, den die meisten im Sinne drastischer Urteile nutzten.

Ein weiterer verschärfter Straftatbestand betraf homosexuelle Handlungen unter Männern. Im September 1935 verschärfte die Regierung § 175 RStGB drastisch und führte zudem § 175a RStGB ein, der bei besonders „schweren“ Fällen eine Zuchthausstrafe von bis zu zehn Jahren vorsah.

Die neu eingeführten Straftatbestände und die harte Urteilspraxis der Gerichte bewirkten einen deutlichen Anstieg der Gefangenenzahlen. Trotz eines mit der wirtschaftlichen Erholung einhergehenden Rückgangs der gewöhnlichen Kriminalität stiegen diese etwa in Preußen bereits im Jahr 1933 um fünfzig Prozent. Reichsweit erreichten die Zahlen im Februar 1937 mit 122.000 Personen einen Vorkriegshöchststand (zehn Jahre zuvor waren es nur 69.000 gewesen). Nach Schätzungen von Nikolaus Wachsmann hätten etwa 50.000 dieser Gefangenen

zu Zeiten der Weimarer Republik nicht hinter Gittern gesessen.<sup>6</sup>

Mehrere Zehntausend Gefangene waren wegen politischer Delikte verurteilt worden, viele nach der Reichstagsbrandverordnung sowie nach der Heimtückeverordnung bzw. dem Heimtückegesetz. Tatsächlich befanden sich 1935 deutlich mehr Regimegegner im Gewahrsam der Justiz als in den Konzentrationslagern. Diese hatten 1935 eine Gesamtbelegung von lediglich 3.500 Häftlingen – eine Zahl, die allerdings ab Ende der 1930er Jahre sehr stark anstieg. Anfang 1945 befanden sich über 714.000 Menschen in den Konzentrationslagern.<sup>7</sup>

Rein quantitativ fanden die meisten Verbrechen im Nationalsozialismus, darunter das monströseste Verbrechen überhaupt, nämlich der Mord an den Juden sowie an den Sinti und Roma, überwiegend außerhalb der Zuständigkeit der Justiz unter der Ägide von Polizei, Partei und Wehrmacht statt. Wenn überhaupt nach „Recht“ gehandelt wurde, dann

6 Vgl. Wachsmann, Gefangen, S. 60.

7 Vgl. Angelika Königseder, Die Entwicklung des KZ-Systems, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 1, München 2005, S. 30-42, hier S. 37 f.

nach Polizeirecht. Richterliche Urteile gab es in den seltensten Fällen. Ein Beispiel dafür ist das polizeirechtliche Instrument der „Schutzhaft“, das den meisten KZ-Einweisungen zugrunde lag. Die Schutzhaft wurde polizeilich verfügt und nicht richterlich angeordnet. Gesetzliche Grundlagen waren die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 und der „Rund-erlaß des Reichsministers des Innern über die Bestimmungen zur Anwendung der Schutzhaft“ von April 1933.

Die Trennung der Aufgabenbereiche von Polizei (dazu zählten auch die SA, der SD und die SS) und Justiz bedeutete aber bei weitem nicht, dass es in der Justiz rechtsstaatlich zugegangen wäre. Vielmehr wurden auch das Strafrecht und der Strafvollzug Instrumente zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Diktatur und des Rassenstaates. Um ihre Unterstützung für das neue Regime zu demonstrieren, stimmten die Justizbehörden für eine gewisse Zeit zu, auch ihre Haftstätten für die Belegung mit Schutzhäftlingen zu öffnen.<sup>8</sup>

Auch die Braunschweiger Politische Polizei (ab 1936 Gestapo Braunschweig) nutzte mangels eigener Räumlichkeiten andere Orte zur Unterbringung ihrer Häftlinge. Bekannteste Beispiele für Braunschweig sind das AOK-Gebäude, das Volksfreundhaus und das Braunschweiger Kreis- und Untersuchungsgefängnis in der Rennelbergstraße. Daneben wurden jedoch insbesondere im Frühjahr 1933 auch im Strafgefängnis Wolfenbüttel zahlreiche „Schutzhäftlinge“ untergebracht. Auch später nutzte die Gestapo Braunschweig das Gefängnis in Wolfenbüttel zur Unterbringung von „Schutzhäftlingen“. So wurden 1938 im Zuge der Novemberpogrome 137 jüdische Männer durch die Gestapo eingeliefert und in der Folge in das Konzentrationslager Buchenwald transportiert. Nach Kriegsbeginn waren vielfach ausländische Zwangsarbeiter von der Verhängung von Schutzhaft betroffen.<sup>9</sup>

### Strafvollzug im Krieg

Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg. Nur wenige Tage später, am 5. September 1939, wurde die „Volkschädlingsverordnung“ (VVO) erlassen.

8 Vgl. Nikolaus Wachsmann, KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bonn 2016, S. 45.

9 Vgl. Schreiben des Generalstaatsanwalts in Braunschweig an das RJM am 17.4.1940, NLA Wolfenbüttel, Fb. 3 Zg. 1/1995 Nr. 65, Bl. 28, sowie Schreiben des Vorstandes des Strafgefängnisses Wolfenbüttel an den Generalstaatsanwalt in Braunschweig am 22.10.1942, NLA Wolfenbüttel, Fb. 3 Zg. 1/1995 Nr. 65, Bl. 45.

Wer „vorsätzlich unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse eine Straftat begeht“,<sup>10</sup> konnte mit dem Tod bestraft werden. Mit dem Begriff „Volkschädling“ waren in der sogenannten Kampfzeit der NSDAP „Schieber und Wucherer“ bezeichnet worden. Nun regelte die VVO, wer „Volkschädling“ war. Die Bestimmungen waren bewusst weit und vage gefasst, was es der NS-Justiz erlaubte, schon bei kleineren Delikten schwere Strafen zu verhängen, wenn das Gericht glaubte, dass diese unter „Ausnutzung des Kriegszustandes“ begangen worden waren. Die Richter konnten de facto jede Straftat mit dem Tod bestrafen. Die Verfahren erfolgten vor Sondergerichten, wodurch sie beschleunigt wurden.

Als Instrument zum Schutz der „Heimatfront“ gedacht, erlaubte es die VVO der NS-Justiz, drastisch gegen abweichendes Verhalten vorzugehen, sofern es nach Ansicht des Gerichtes die deutschen Kriegsanstrengungen beeinträchtigte. Spätestens jetzt war das Strafrecht durch und durch nationalsozialistisch geprägt. Weitere Verordnungen ergänzten die repressiven Bestimmungen der VVO, so etwa die „Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes“ vom 25. November 1939, die unerwünschte Kontakte zu Kriegsgefangenen unter Strafe stellte, die „Verordnung gegen Gewaltverbrecher“ vom 5. Dezember 1939, die alle Straftäter, die bei ihrer Tat eine Waffe benutzt hatten, mit der Todesstrafe bedrohte, oder auch die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 und die Verbrauchsregelungs-Strafverordnung vom 6. April 1940, die „kriegsschädliche“ Handlungen unter Strafe stellten. Zudem konnten ab Oktober 1939 Jugendliche ab 16 Jahren wie Erwachsene bestraft werden.<sup>11</sup>

Die Ausweitung der mit drastischen Strafen bedachten Straftatbestände und die harte Spruchpraxis der Gerichte hatten eine deutliche Steigerung der Zahl der Verurteilungen zur Folge: Zwischen Sommer 1939 und September 1942 stieg die Zahl der Gefangenen trotz Amnestien für kleinere Delikte von 108.000 auf über 190.000 an. Zugleich stieg die Zahl der im Deutschen Reich gefällten Todesurteile von 85 im Jahr 1939 auf über 5.300 im Jahr 1943 an.<sup>12</sup>

10 Reichsgesetzblatt 1939 I, S. 1679.

11 Vgl. Wachsmann, Gefangen, S. 220 f.

12 Zahlen nach Wachsmann, Gefangen, S. 445 (Diagramm 1) u. S. 451 (Diagramm 6).

Trotz der steigenden Gefangenenzahlen nach Kriegsbeginn nahm der Anteil an ausgebildetem Gefängnispersonal nach 1939 ab. Von den jüngeren Bediensteten wurden viele zur Wehrmacht eingezogen. Für die Bewachung der Gefangenen blieben vielfach ältere Beamte oder ungelernete Hilfswachtmeister zurück. Gleichzeitig machte der Ausbau der Gefangenenarbeit eine stärkere Aufsicht notwendig und veränderte den traditionellen Strafvollzug radikal. Der Mangel an Aufsichtspersonal, fehlende Kontrolle und Arbeitsüberlastung begünstigten wiederum Dienstversäumnisse und Gewalt gegenüber Gefangenen.

Ein weiterer einschneidender Wandel nach Kriegsbeginn betraf die Herkunft der Strafgefangenen: Immer mehr nichtdeutsche Gefangene befanden sich in den Gefängnissen. Zum einen lag das daran, dass sich die deutsche Gerichtsbarkeit auf die annektierten Gebiete der Nachbarstaaten ausdehnte und ab der zweiten Kriegshälfte die Insassen geräumter frontnaher Gefängnisse in den besetzten Ländern ins Reich gebracht wurden. Zum anderen war es eine Folge des umfangreichen (Zwangs-)Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte im Reich. Rund 13 Millionen Menschen, vor allem aus Polen, der Sowjetunion, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Italien und dem „Protektorat“ mussten zwischen 1939 und 1945 im Deutschen Reich Zwangsarbeit leisten.<sup>13</sup> Parteidienststellen und der Repressionsapparat betrachteten den kriegswirtschaftlich bedingten Ausländereinsatz im Reich mit Argwohn. Sie fürchteten um die „Reinheit des deutschen Blutes“ und betrachteten die ausländischen Arbeitskräfte als Gefahr für die öffentliche Ordnung. Das Regime setzte deshalb alles daran, die nichtdeutschen Arbeitskräfte von der deutschen Bevölkerung zu separieren. Repressive Aufenthalts- und Arbeitsbestimmungen engten ihren Bewegungs- und Handlungsraum deutlich ein.

Für Polen führten die Nationalsozialisten ein eigenes Strafrecht ein. Die „Polenstrafrechtsverordnung“, gültig ab 1. Januar 1942, ermächtigte Richter, de facto jedes Vergehen, das Polen angelastet wurde, mit dem Tode zu bestrafen. Bereits zuvor, im Oktober 1940, waren spezielle Vorschriften für den Vollzug an

Gefangene aus dem Strafgefängnis Wolfenbüttel bei Gleis- und Erdbauarbeiten, undatiert. • GWF, Reproduktion im Privatbesitz Wolfgang Lange

13 Vgl. Jens-Christian Wagner, Zwangsarbeit im Nationalsozialismus – ein Überblick, in: Volkhard Knigge u.a. (Hg.), Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg. Begleitband zur internationalen Wanderausstellung, Weimar 2010, S. 180-193.

polnischen Justizgefangenen erlassen worden, die wegen Arbeitsverweigerung oder Widersetzlichkeit verurteilt worden waren. Zudem wurde die Trennung deutscher und polnischer Gefangener in den Vollzugsanstalten festgelegt. Ab 1941 galt die Kennzeichnungspflicht für polnische Gefangene.<sup>14</sup>

Ebenfalls vogelfrei waren sowjetische Zwangsarbeiter. Doch für sie war nicht die Justiz, sondern die Gestapo zuständig. Andernfalls wären die Gefangenenzahlen in den Strafgefängnissen und Zuchthäusern noch stärker angestiegen – und auch die Zahl der von der Justiz zum Tode Verurteilten, denn Frauen und Männer aus der Sowjetunion stellten ab 1942, deutlich vor den Polen, die große Mehrheit der zivilen ausländischen Arbeitskräfte im Reich.

Angesichts des Umstandes, dass im Laufe des Krieges immer mehr „Gemeinschaftsfremde“ und „Volksschädlinge“ nach Polizeirecht inhaftiert und ermordet wurden (übrigens auch Polen, für die eigentlich ja die Justiz zuständig war), während die Zahl der Verurteilungen durch die Justiz nur mäßig stieg, machte sich unter Parteifunktionären ab 1941/42 immer mehr Unmut über die angeblich zu weiche Justiz breit – zumal sie, als sich ab 1942 ein längerer Abnutzungskrieg oder sogar eine Kriegsniederlage abzeichnete, eine Wiederholung der revolutionären Ereignisse im Herbst 1918 fürchteten. Adolf Hitler klagte in diesem Zusammenhang wiederholt darüber, Verbrecher würden in den Gefängnissen „konserviert“, während von den Soldaten an der Front schwere Opfer gebracht würden.<sup>15</sup>

Am 20. August 1942 entließ Hitler den kommissarischen Reichsjustizminister Franz Schlegelberger und setzte den bisherigen Präsidenten des Volksgerichtshofes Otto-Georg Thierack als neuen Justizminister ein. Dieser machte sich sofort daran, den Wunsch Hitlers nach einem härteren Vorgehen gegen die Justizgefangenen umzusetzen. Ende August oder Anfang September 1942 beriet er sich mit führenden Strafvollzugsbeamten seines Ministeriums über die Tötung der „Minderwertigen“ in den Gefängnissen,<sup>16</sup> und am 14. September traf er sich mit Propagandaminister Joseph Goebbels, der ihn offenbar auf die Idee brachte, den Mord an den Justizgefangenen als

„Vernichtung durch Arbeit“ zu bezeichnen.<sup>17</sup> Wenige Tage später legte Thierack die Einzelheiten mit SS-Chef Heinrich Himmler fest. Danach sollte die Justiz „die Sicherungsverwahrten, Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer, Polen über 3 Jahre Strafe, Tschechen oder Deutsche über 8 Jahre Strafe nach Entscheidung des Reichsjustizministers“ in die Konzentrationslager überstellen.<sup>18</sup> Das wurde bald umgesetzt: Zwischen November 1942 und April 1943 wurden von der Justiz fast 15.000 Gefangene, darunter etwa zur Hälfte Sicherungsverwahrte und über 6.000 Polen, an die Konzentrationslager abgegeben. Weitere 5.000 Gefangene kamen nach individuellen Überprüfungen zwischen Frühjahr 1943 und 1945 noch hinzu.<sup>19</sup> In den Konzentrationslagern, in denen sie zu härtester Zwangsarbeit u.a. in Steinbrüchen herangezogen wurden, litten sie unter einem höheren Vernichtungsdruck als die anderen Häftlingsgruppen – mit der Folge, dass insbesondere von den Sicherungsverwahrten kaum einer überlebte.<sup>20</sup>

Doch nicht nur in den Konzentrationslagern starben Justizgefangene in großer Zahl. Auch in den Gefängnissen stieg die Todesrate während des Krieges stark an. Zum einen war das die Folge zunehmender Gefangenenzahlen bei gleichzeitig rationierten Lebensmittellieferungen. Ab 1940 standen den Strafgefangenen keine größeren Rationen als KZ-Häftlingen zu.<sup>21</sup> Bis zum Frühjahr 1942 sanken die Rationen im Vergleich zu 1939 bei Brot um zehn, bei Fett um 15 und bei Fleisch sogar um 30 Prozent.<sup>22</sup> Ab Mitte des Krieges wurde der Hunger in den Gefängnissen zu einem Massenphänomen. Aber auch die Zwangsarbeit trug maßgeblich zur Steigerung der Todeszahlen bei.

### Zwangsarbeit

Anfangs, zu Zeiten der Massenarbeitslosigkeit der frühen 1930er Jahre, spielte Arbeit in den Gefängnissen keine große Rolle. Die Mehrzahl der Gefangenen war ohne Arbeit. Den höchsten Stand er-

17 Vgl. Besprechungsnotiz Otto Thieracks, 14.9.1942, Staatsarchiv Nürnberg, Nürnberger Dok. PS-682.

18 Vgl. Aufzeichnung Thieracks über ein Gespräch mit Himmler am 18.9.1942, Nürnberger Dok. PS-654, abgedr. in: IMT, Bd. 26, S. 200 ff., hier S. 201.

19 Vgl. Wachsmann, Gefangen, S. 314 ff.

20 Vgl. Jens-Christian Wagner, Vernichtung durch Arbeit? Sicherungsverwahrte als Häftlinge im KZ Mittelbau-Dora, in: ebd., S. 84-93.

21 Vgl. Wachsmann, Gefangen, S. 253.

22 Vgl. Christoph Bitterberg, Die Gefangenenernährung während des Zweiten Weltkriegs, Bericht zum Werkvertrag für die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel, unveröffentlichtes Ms., 2018.

reichte die Arbeitslosigkeit im Jahr 1933, als etwa 67 Prozent der Gefangenen ohne Beschäftigung waren.<sup>23</sup> Erst langsam setzte es sich durch, dass die Gefangenen zur Arbeit herangezogen wurden, zunächst im Sinne der Vergeltung und Sühne bei möglichst eintönigen Tätigkeiten, etwa dem Tütenkleben oder dem Mattenflechten. In den Emslandlagern (siehe dazu den Beitrag von David Reinicke in diesem Jahresbericht, S. 26-31.) wurden Strafgefangene auch bei Moorkultivierungsarbeiten eingesetzt. Hier stand das Ziel der Gewöhnung an Disziplin und der „Erziehung“ im Mittelpunkt. Weder hier noch bei den „klassischen“ Gefängnisarbeiten wurde auf Effizienz geachtet. Das änderte sich im Rahmen der Kriegsvorbereitung ab 1938. Die Gefängnisarbeit wurde nun stärker auf den Vierjahresplan und damit auf wirtschaftliche Erfordernisse des Regimes ausgerichtet.<sup>24</sup> Zudem machte sich zunehmend ein Mangel an Arbeitskräften außerhalb der Anstalten bemerkbar. Auch das trug dazu bei, dass der Anteil der Gefangenen, die zur Arbeit eingesetzt wurden, bis 1939 auf 95 Prozent stieg.<sup>25</sup>

Die Geschichte des Strafgefängnisses Wolfenbüttel spiegelt diese Entwicklung. Der Aufbau des Volkswagenwerkes in Fallersleben und der „Reichswerke Hermann Göring“ im Gebiet Salzgitter führten schon seit 1938 zu einem erheblichen Arbeitskräftemangel im Land Braunschweig. Die Arbeitskraft der Gefangenen wurde damit zu einem gefragten Gut in der Region. Der Wolfenbütteler Anstaltsleiter stellte daher wiederholt die Forderung an das Reichsjustizministerium, von der Abgabe von Gefangenen aus Wolfenbüttel an die Emslandlager abzusehen, um sie für Arbeiten vor Ort einsetzen zu können.<sup>26</sup> Aber auch außerhalb Wolfenbüttels wuchsen Begehrlichkeiten der Wirtschaft hinsichtlich der Arbeitskräfte aus dem Strafgefängnis. Auf Betreiben der Firmenleitung eines Kalkwerks in Oker bei Goslar wurde dort bereits im Juni 1939 das erste feste Arbeitskommando eingerichtet. Die Gefangenen aus Wolfenbüttel waren vor Ort

23 Vgl. Möhler, Strafvollzug, S. 94.

24 Vgl. Wachsmann, Gefangen, S. 239 ff. sowie Ders., Strafvollzug und Zwangsarbeit im Dritten Reich, in: Helmut Kramer/Karsten Uhl/Jens-Christian Wagner, Zwangsarbeit im Nationalsozialismus und die Rolle der Justiz, Nordhausen 2007, S. 32-47.

25 Vgl. Johannes Fülberth, Das Gefängnis Spandau 1918-1947. Strafvollzug in Demokratie und Diktatur, Berlin/Brandenburg 2014, S. 236.

26 Vgl. Schreiben des Vorstandes des Strafgefängnisses Wolfenbüttel an den Generalstaatsanwalt in Braunschweig, 8.6.1939, NLA Abteilung Wolfenbüttel, 42 A Neu Fb. 3 Zg. 37/1983 Nr. 58, Bl. 36ff.

14 Vgl. Rainer Möhler, Strafvollzug im „Dritten Reich“. Nationale Politik und regionale Ausprägung am Beispiel des Saarlandes, in: Heike Jung u. Heinz Müller-Dietz (Hg.), Strafvollzug im „Dritten Reich“. Am Beispiel des Saarlandes, Baden-Baden 1996, S. 9-302, hier S. 144.

15 Vgl. Wachsmann, Gefangen, S. 218 ff.

16 Vgl. ebd., S. 310.



untergebracht und mussten im Kalkwerk arbeiten – auf Wunsch der Firmenleitung nicht nur tagsüber, sondern auch in Nachtschichten. Ihren Antrag auf Nacharbeit der Gefangenen begründete die Firmenleitung mit dem Hinweis, dass „die Heranziehung und Nutzbarmachung des allerletzten Betriebes und des allerletzten Mannes, also auch der Gefangenen“ nötig sei.<sup>27</sup>

Kurz nach Kriegsbeginn wurde im Oktober 1939 die tägliche Arbeitszeit für Justizgefangene erhöht, für Zuchthausgefangene und Sicherungsverwahrte auf zwölf Stunden, für sonstige Gefangene auf elf Stunden. Zudem sollten Gefangene zu „volkswichtigen Arbeiten“ herangezogen werden. „Arbeitsverweigerung“, „Faulheit“ oder „schlechte Arbeit“ sollten streng geahndet werden. Der Charakter der Gefangenenarbeit wandelte sich. Die Vollzugsanstalten wurden zunehmend in den Dienst der Kriegsproduktion gestellt.<sup>28</sup>

Eine entscheidende Funktionserweiterung der Gefängnisarbeit entstand ab

27 Antrag der Firma Willikens an den Generalstaatsanwalt in Braunschweig, 22.6.1939, NLA Abteilung Wolfenbüttel, 61 Nds Fb. 1 Zg. 1/1995 Nr 127, Bl. 16-18.

28 Vgl. Möhler, Strafvollzug, S. 99.

1942, als sich mit dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie nach dem Überfall auf die Sowjetunion und ständig neuen Einberufungswellen zur Wehrmacht der Arbeitskräftemangel im Deutschen Reich immer mehr bemerkbar machte. Nun sollten alle Kräfte für die Kriegswirtschaft mobilisiert werden, und dazu zählten auch die Justizgefangenen. Das Reichsministerium der Justiz verdeutlichte dazu Anfang 1943, dass es „zur Erfüllung der der Kriegswirtschaft gestellten Aufgaben [...] erforderlich [ist], die gesteigerten Bedürfnisse der Wehrmacht vorweg zu befriedigen und die Möglichkeiten hierzu bis zum äußersten auszuschöpfen. Die Justizvollzugsanstalten mit ihren vielfach umfangreichen Arbeitsbetrieben haben die Aufgabe und Pflicht, die hierfür in Frage kommenden Betriebe in höchstmöglichem Maße für wehrwirtschaftliche Zwecke nutzbar zu machen.“<sup>29</sup>

Teilweise verlagerten Rüstungsbetriebe ihre Produktion in die Gefängnisse, vielfach war es für die Rüstungsplaner aber einfacher, die Gefangenen zu den

29 Schreiben des Reichsministeriums der Justiz an die Vorstände der Justizvollzugsanstalten, 4.2.1943, NLA Abteilung Wolfenbüttel, 42 A Neu Fb. 3 Zg. 37/1983 Nr. 36, Bl. 93.

Industriebetrieben zu bringen, als Maschinen in die Strafanstalten zu schicken. Deshalb entstanden – ähnlich wie im KZ-System – vielfach Außenlager des Strafvollzugs in der Nähe von Rüstungsbetrieben oder auch bei Bauprojekten, bei denen ungelernete Justizgefangene als Bauarbeiter eingesetzt wurden. Im Sommer 1944 waren fast 23.000 Justizgefangene in solchen Außenlagern untergebracht.<sup>30</sup> Rüstungsunternehmen, die Bauwirtschaft, mittelständische Betriebe und die Landwirtschaft wie auch die Haftanstalten selbst profitierten von der Zwangsarbeit von Justizgefangenen. Willkürliche Gewalt und Schwerstarbeit von bis zu zwölf Stunden am Tag waren allgegenwärtig. Viele Gefangene gingen an den Arbeitsbedingungen zugrunde; Nikolaus Wachsmann schätzt ihre Gesamtzahl auf über 20.000.<sup>31</sup>

Schlafpritschen in einem Stollen des Arbeitskommandos Walbeck des Strafgefängnisses Wolfenbüttel, 1945 (nach der Befreiung).

Die Gefangenen mussten in den Stollen Zwangsarbeit beim Ausbau einer unterirdischen Rüstungsfabrik leisten und waren dort auch untergebracht. Ähnlich waren die Verhältnisse im Bergwerk Hambühren bei Celle: Dort waren Gefangene aus dem Zuchthaus Celle untätig untergebracht. • CEGESOMA Brüssel

30 Vgl. ebd., S. 36.

31 Vgl. Wachsmann, Gefangen, S. 265.

In Wolfenbüttel wurden die Gefangenen zwischen 1933 und 1945 in mehr als siebenzig Arbeitsbetrieben eingesetzt. Dazu gehörten anstaltseigene Betriebe wie der Holzhof, die Schneiderei oder die Tischlerei. In diesen Betrieben arbeiteten die Gefangenen innerhalb der Anstaltsmauern. Gleiches galt auch für lokale Betriebe, die ihre Produkte von Gefangenen im Strafgefängnis fertigen ließen, wie der Konservenfabrikant Busch, Barnewitz & Co. oder die optische Firma Voigtländer & Sohn, die Zielfernrohre und Monokulare für die Wehrmacht herstellen ließ. Wolfenbütteler Gefangene wurden aber auch bei lokalen Firmen vor Ort eingesetzt. Die bekanntesten Unternehmen waren die Büssing NAG, die Firma Gebr. Welger oder das Kalkwerk Bahl & Co. Dazu rückten die Gefangenen morgens in die Betriebe aus und kamen abends wieder zurück in die Anstalt. Waren Arbeitsbetriebe weiter entfernt, wurden die Gefangenen vor Ort untergebracht. Ein Beispiel dafür ist das bereits erwähnte, 1939 eingerichtete Arbeitskommando beim Kalkwerk Adolph Willikens in Oker. Ab dem Sommer 1944 wurden mit Arbeitsstellen in Wesendorf, Walbeck, Blankenburg-Odawerk und Blankenburg-Klosterwerk weitere Außenkommandos des Strafgefängnisses eingerichtet. Hier brachte man hauptsächlich die zwischen Juli und September 1944 eingetroffenen polnischen und italienischen Gefangenen unter. Das letzte feste Außenkommando des Strafgefängnisses Wolfenbüttel wurde im Februar 1945 bei der Reichsbahn in Halberstadt eingerichtet. Die Arbeit bei den Außenkommandos war körperlich auszehrend; die Lebensbedingungen waren teils ähnlich katastrophal wie in den Konzentrationslagern.

Das Ende

Ab dem Sommer 1944 verschlechterten sich die Bedingungen in den Gefängnissen und ihren Außenlagern drastisch. Die Gefangenenzahlen stiegen weiter an – u.a. eine Folge von Räumungstransporten aus frontnahen Gefängnissen u.a. in Polen, Frankreich, Belgien und Italien. So kamen auf Verfügung des Reichsjustizministeriums im Sommer und Herbst 1944 mehr als 600 Gefangene aus den polnischen Haftanstalten Wisnicz-Nowy, Krakau, Petrikau und Tschenstochau sowie etwa 200 italienische Gefangene aus der Haftanstalt Castelfranco nach Wolfenbüttel. Aber auch der Anteil an belgischen und französischen Gefangenen stieg ab 1942

stetig an. Zugleich machten sich immer mehr Versorgungsengpässe bemerkbar. Die Folge war eine chronische Mangelernährung der Gefangenen.

Im Januar 1945 kamen die Alliierten an den Fronten sowohl im Osten als auch im Westen immer schneller voran. Spätestens Anfang 1945 sandte das Reichsjustizministerium den regional für den Strafvollzug zuständigen Staatsanwälten „Richtlinien für die Räumung von Justizvollzugsanstalten im Rahmen der Freimachung bedrohter Reichsgebiete“.<sup>32</sup> Danach sollten frontnahe Haftanstalten beim Herannahen der Alliierten geräumt werden. Wenn das nicht möglich war, sollten Gefangene, „deren reibungslose Einordnung in die Volksgemeinschaft“ zu erwarten sei, freigelassen werden. Alle anderen, insbesondere „staatspolitisch Gefährliche“, worunter ausländische Widerstandskämpfer, Juden sowie Sinti und Roma fielen, seien „der Polizei zur Beseitigung zu übergeben“ oder „durch Erschießen unschädlich zu machen“.<sup>33</sup> In den meisten Gefängnissen bereitete das Justizpersonal dieser Anweisung entsprechende Selektionslisten vor. Für geordnete „Rückführungen“ standen aber keine Transportmittel bereit. Als im Januar 1945 sowjetische Truppen in Ostpreußen und Schlesien vordrangen, trieben die Gefängnisleitungen die Gefangenen häufig zu Fuß auf lange Räumungstransporte.<sup>34</sup>

Von der Regelung, dass als weniger „gefährlich“ erachtete Gefangene entlassen werden sollten, scheint vielfach Gebrauch gemacht worden zu sein. Das gilt auch für die Festlegung, dass besonders „gefährliche“ Gefangene zu ermorden waren. Aufgrund fehlender Studien lässt sich nicht beziffern, wie viele Gefangene Mordopfer regionaler Instanzen waren. Allein bei den drei größten bekannten Massakern in Sonnenburg (Brandenburg, heutiges Polen), Stein (Niederösterreich) und im Ruhrgebiet starben aber etwa 1.300 Justizgefangene.<sup>35</sup>

In den überfüllten Gefängnissen im Reichsinnern verschlechterten sich die Bedingungen nach der Aufnahme der „rückgeführten“ Gefangenen aus den frontnahen Haftstätten noch einmal dramatisch. Teils versuchten die Gefängnis-

32 Vgl. Christoph Bitterberg/Sylvia de Pasquale, Mord, Massensterben und „Rückführungen“. Die letzten Kriegsmomente im nationalsozialistischen Strafvollzug, in: Konzentrationslager. Studien zur Geschichte des NS-Terrors 1 (2015), S. 81-96, hier S. 81.

33 Zit. nach ebd., S. 82. Vgl. auch Wachsmann, Gefangene, S. 362 ff., sowie Sven Keller, Volksgemeinschaft am Ende, Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013, S. 252 ff.

34 Vgl. Bitterberg/de Pasquale, S. 83 ff.

35 Vgl. ebd., S. 86.

leitungen auch hier, als besonders gefährlich erachtete Gefangene abzutransportieren – was allerdings kaum noch möglich war, weil die noch von der Wehrmacht gehaltenen Gebiete immer kleiner wurden.

Auch von Wolfenbüttel aus wurden Gefangene kurz vor der Ankunft amerikanischer Truppen weggebracht. Auf Anweisung des Braunschweiger Generalstaatsanwalts wurden Anfang April 1945 etwa 300 „Nacht-und-Nebel“-Gefangene und fünfzig zum Tode Verurteilte zunächst auf Transport nach Magdeburg geschickt. Die „Nacht-und-Nebel“-Gefangenen mussten von dort zu Fuß weiter in Richtung des Zuchthauses Brandenburg-Görden marschieren. Kranke wurden mit LKWs transportiert.<sup>36</sup> Am 15. April erreichten 257 Gefangene Brandenburg.<sup>37</sup> Die Überlebenden wurden am 27. April im Zuchthaus Brandenburg-Görden von sowjetischen Truppen befreit.

Parallel dazu erreichte am 6. April ein Räumungstransport mit Gefangenen aus dem Zuchthaus Celle das Strafgefängnis Wolfenbüttel. Aus einem Erinnerungsbericht eines politischen Gefangenen geht hervor, dass es dabei zu einer großen Zahl von Todesfällen kam. Von den 280 Gefangenen, die in Celle aufbrachen, sollen nur 180 in Wolfenbüttel angekommen sein.<sup>38</sup> Nur wenige Tage später, am 11. April 1945, befreiten amerikanische Truppen das Strafgefängnis.

Je näher die Befreiung durch die Alliierten rückte, desto wahrscheinlicher wurde für viele Gefangene der Tod. Oft bedeutete der Einmarsch der Alliierten die Rettung in letzter Minute. Die Rote Armee ließ fast alle Gefängnisinsassen sofort frei, weil sie diese für Opfer des NS-Staates hielt. Ähnlich agierten die Amerikaner. Die Briten hingegen überprüften die Gefangenen und ließen diejenigen in Haft, von denen sie annahmen, dass sie gewöhnliche Kriminelle waren. Dazu zählten sie auch aufgrund § 175 RStGB Verurteilte. Nur explizit politische Gefangene und die meisten Ausländer ließen sie frei – so auch in Wolfenbüttel: am 19. April begannen die Briten hier mit der Überprüfung der Gefangenen. Wenige Tage später waren bereits etwa 500 Gefangene entlassen wor-

36 Vgl. Georges Michotte, Le Parti National 1940-1945. Récit d'un condamné à mort, 1982, S.159.

37 Vgl. Zugangsliste des Zuchthauses Brandenburg-Görden, 15.4.1945, Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Rep 29 Zuchthaus Brandenburg Do 10.

38 Richard Trampenau, Aus dem Zuchthaus ins befreite Wilhelmsburg, in: VVN-BdA Harburg (Hrsg.): „Demokratie in kurzen Hosen“ – Die Befreiung Harburgs und Wilhelmsburgs vom Faschismus und die verpassten Chancen nach 1945, Hamburg 1995, S.45-49, hier S. 45.



Brandenburg-Görden oder von Johannes Fülberth zum Gefängnis Spandau.<sup>42</sup> Insgesamt aber ist das Thema in der Geschichtsforschung nach wie vor unterrepräsentiert. Das gilt auch für die öffentliche Wahrnehmung. Es bleibt daher zu hoffen, dass die neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte Wolfenbüttel dazu beiträgt, dass beim Thema „Justiz im Nationalsozialismus“ nicht nur an „furchtbare Juristen“<sup>43</sup> in Gerichtssälen und in Ministerien gedacht wird, sondern auch an die vielfach verbrecherische Vollzugspraxis in den Gefängnissen während der NS-Zeit.

den. Ende April befanden sich nur noch 500 Gefangene vor Ort in Haft.<sup>39</sup>

#### Ahndung der Verbrechen im Strafvollzug

Nach der Befreiung der Strafanstalten und dem Ende der NS-Herrschaft entließen die Alliierten zunächst einen großen Teil der Gefängnisbeamten. Die Lücken sollten durch unbelastetes Personal gefüllt werden. Dabei griff man auch auf 1933 entlassene Bedienstete oder Anstaltsleiter zurück, die dem Weimarer Reformstrafvollzug angehört hatten.

Nur in einigen wenigen Verfahren vor alliierten Militärgerichten wurde gegen Gefängnisbeamte Anklage erhoben. Der Großteil der Anklagen wurde vor deutschen Zivilgerichten verhandelt. Die deutsche Justiz unternahm jedoch keine großen Anstrengungen, um die Zustände in den Strafanstalten aufzuarbeiten. Vielfach zeigten die Richter eher Sympathien für die angeblich schwere Arbeit der Gefängnisbeamten bei der Bewachung von „Kriminellen“ und „Schwererziehbaren“. Zudem pochten sie darauf,

dass die Justiz anständig geblieben sei und damit auch der Strafvollzug so schlecht nicht gewesen sein könne. Gleichzeitig misstrauten die Richter den ehemaligen Gefangenen, die als Zeugen aussagten, insbesondere, wenn sie wegen gewöhnlicher krimineller Delikte in Haft gewesen waren.<sup>40</sup>

Wegen Überalterung des unbelasteten Personals und Personalmangels waren schon bald nach Kriegsende viele von den Alliierten zunächst entlassene Gefängnisbeamte wieder im Dienst. Der Umgang mit dem Gefängnispersonal folgte dabei im Wesentlichen dem gleichen „Kreislauf von Entlassung, Entnazifizierung und Wiedereinstellung“<sup>41</sup> wie beim sonstigen Justizpersonal.

Wenig Interesse widmete über Jahrzehnte auch die Geschichtsschreibung dem Thema Strafvollzug im Nationalsozialismus. Erst 2004 erschien mit Nikolaus Wachsmanns „Hitler's Prisons“ ein erster Gesamtüberblick zum Thema (dt.: „Gefangen unter Hitler“, 2006). Es folgten seither einige Detailstudien, u.a. von Sylvia de Pasquale zum Zuchthaus

39 Vgl. The National Archives London, WO 171-1918, Bl. 16 ff.

40 Vgl. Wachsmann, S. 390 ff.

41 Ebd., S. 395.

Im Strafgefängnis Wolfenbüttel an den Folgen von Hunger und Krankheiten gestorbene Gefangene, April 1945.

Auf der Rückseite des Fotos notierte der belgische Kriegsberichterstatter Raphael Algoet: „Keller des Lazarets (dort gelagerte, mindestens 15 Tage alte Leichen“. • CEGESOMA Brüssel

42 Sylvia de Pasquale, Zwischen Resozialisierung und „Ausmerze“. Strafvollzug in Brandenburg an der Havel (1920-1945), Berlin 2013; Johannes Fülberth, Gefängnis Spandau 1918-1947. Strafvollzug in Demokratie und Diktatur, Berlin/Brandenburg 2014.

43 Ingo Müller, Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit der deutschen Justiz, Berlin 2014.

# Justiz und Nationalsozialismus im Land Braunschweig

Hans-Ulrich Ludewig



14 „Unser Rechtswesen muß in erster Linie der Erhaltung der Volksgemeinschaft dienen. Der Unabsetzbarkeit der Richter auf der einen Seite muß die Elastizität der Urteilsfindung zum Zweck der Erhaltung der Gesellschaft entsprechen. Nicht das Individuum kann der Mittelpunkt der gesetzlichen Sorge sein, sondern das Volk“.<sup>1</sup> Bereits in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 vor dem Reichstag formulierte Adolf Hitler diesen Grundsatz nationalsozialistischer Rechtsauffassung. In vielen Urteilen Braunschweiger Gerichte aus den Jahren 1933 bis 1945 lässt sich diese Grundidee finden.

Der folgende Überblick konzentriert sich auf die Strafverfahren im Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig,<sup>2</sup> wobei die Rechtsprechung am Braunschweiger Sondergericht im Mittelpunkt steht. Sie ist für die NS-Zeit am besten erforscht, während es für die strafrechtliche Rechtsprechung an den Landgerichten und an den Amtsgerichten noch große Forschungs-

lücken gibt, von zivilrechtlichen Verfahren ganz zu schweigen.<sup>3</sup>

Das Land Braunschweig hatte für die NSDAP besondere Bedeutung. Seit dem Herbst 1930 war sie, zusammen mit der nationalkonservativen DNVP, Regierungspartei. Länger als anderswo hatte sie Zeit, wichtige Machtpositionen zu besetzen und den Rechtsstaat Schritt für Schritt auszuhöhlen. Im Februar 1932 ernannte die bürgerlich-nationalsozialistische Koalitionsregierung Hitler zum Braunschweiger Regierungsrat und ermöglichte damit seine Einbürgerung.<sup>4</sup>

Mit der Machtübernahme im Reich am 30. Januar 1933 gingen die Braunschweiger Nationalsozialisten zur offenen Anwendung von Gewalt und Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter über. Sie verwüsteten, prügeln und töteten beim Sturm auf das Volksfreundhaus und im AOK-

<sup>3</sup> Zur Geschichte des Braunschweiger Sondergerichts vgl. Wassermann, *Geschichte*, S. 64 ff. Hans-Ulrich Ludewig u. Dietrich Kuessner, „Es sei also jeder gewarnt“. Das Sondergericht Braunschweig 1933-1945, Braunschweig 2000.

<sup>4</sup> Ernst August Roloff, *Bürgertum und Nationalsozialismus*, Hannover 1961. Bernd Rother, *Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik (1919-1933)*, in: Horst-Rüdiger Jarck u. Gerhard Schildt (Hg.), *Die Braunschweigische Landesgeschichte*, Braunschweig 2000, S. 945-980.

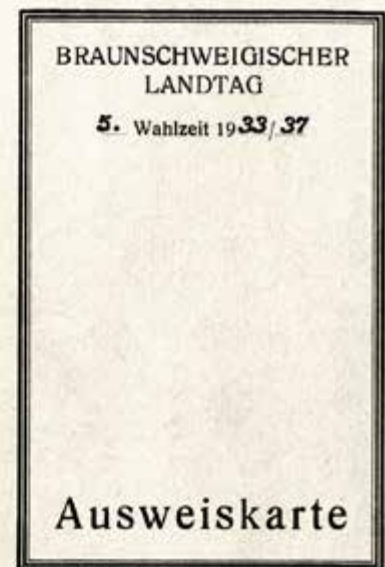
Gebäude. In beiden Gebäuden wurden im März 1933 Haftstätten für Schutzhäftlinge eingerichtet. Bereits am 11. März 1933 kam es in Braunschweig zu antisemitischen Ausschreitungen, zu Verwüstungen jüdischer Geschäfte. Der reichsweit angeordnete Boykott am 1. April 1933 wurde in Braunschweig besonders aktiv durchgeführt. Auch in Braunschweig veranstalteten Mitglieder der Deutschen Studentenschaft am 10. Mai 1933 eine Bücherverbrennung vor dem Schloss. Mit der Ermordung von neun Kommunisten und einem Studenten in Rieseberg erreichte der NS-Terror Anfang Juli 1933 seinen Höhepunkt.<sup>5</sup> Braunschweig erwarb sich den zweifelhaften Ruf, Hochburg der Gewaltexzesse in Deutschland zu sein. Verantwortlich dafür waren neben Ministerpräsident Dietrich Klagges die beiden SS-Führer Friedrich Alpers und Friedrich Jeckeln. Alpers wurde im Mai 1933 Braunschweiger Justizminister.

<sup>1</sup> Verhandlungen des Reichstags, VIII. Wahlperiode, 1933. Bd. 457, S. 28.

<sup>2</sup> Rudolf Wassermann, *Zur Geschichte des Oberlandesgerichts Braunschweig*, in: Rudolf Wassermann (Hg.), *Justiz im Wandel der Zeit. Festschrift des Oberlandesgerichts Braunschweig*, Braunschweig 1989, S. 11-110.

<sup>5</sup> Landgericht Braunschweig, *Im Namen des Rechts! Das Urteil gegen Dietrich Klagges*, 1950, S. 86 ff. Vgl. auch Alfred Oehl, *Der Massenmord in Rieseberg*, Braunschweig 1981. Werner Sohn, *Im Spiegel der Nachkriegsprozesse: Die Errichtung der NS-Herrschaft im Freistaat Braunschweig*, Braunschweig 2003, S. 155 ff.





Nicht nur Gewalt und Terror prägten diese Wochen. Man sah in diesen Tagen häufig begeisterte Menschen auf den fahngeschmückten Straßen und Plätzen. Diese massenhafte Zustimmung der Bevölkerung war ein entscheidendes Merkmal der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung. Das Programm-Konglomerat der Nationalsozialisten – die Mischung aus Antiliberalismus, Antiparlamentarismus, Antimarxismus und Antisemitismus – enthielt ein Angebot für die politischen, sozialen und nationalen Wünsche der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen. Die Nationalsozialisten schienen dem weit verbreiteten Bedürfnis der Menschen zu entsprechen, in einer Gemeinschaft jenseits von Parteien und Klassen aufgehoben zu sein; sie schienen die Sehnsucht nach Vergangenen zu stillen, gleichzeitig etwas Neues, Zukunftsträchtiges und Dynamisches zu versprechen. Das alles verband sich mit der geradezu kultischen Begeisterung für den neuen Reichskanzler in Berlin. Das Bürgertum war in diesen Tagen auf dem Weg ins nationalsozialistische Lager. Die bürgerlichen Parteien lösten sich auf. Braunschweig meldete am 29. April 1933 das erste rein national-

sozialistische Parlament Deutschlands. In den Kammern, Verbänden und Vereinen übernahmen Nationalsozialisten die Führungspositionen. In den seltensten Fällen war dabei Gewaltandrohung oder gar Gewaltanwendung notwendig.<sup>6</sup>

In diesem politisch-gesellschaftlichen Umfeld ist das Verhalten der Braunschweiger Justiz zu sehen. In einer Versammlung des NS-Juristenbundes am 27. April 1933 beantragten alle Anwesenden bis auf drei, der NSDAP beizutreten.<sup>7</sup> Der Parteieintritt war nicht nur ein formaler Akt. Die nationalsozialistische Machtergreifung stieß bei der Mehrzahl der Richter und Staatsanwälte auf wohlwollende bis begeisterte Zustimmung. Viele Juristen teilten ihre antidemokratische, republikfeindliche und autoritäre Einstellung mit dem Nationalsozialismus.

Gegen diejenigen Justizbeamten, die als politisch unzuverlässig galten und „nichtarischer Abstammung“ waren,

6 Hans-Ulrich Ludewig, Das Land Braunschweig im Dritten Reich (1933-1945), in: Braunschweigische Landesgeschichte, S. 981-1024.

7 Wassermann, Geschichte, S.42. Michael Schlüter, Die Geschichte der Rechtsanwaltskammer Braunschweig, in: Edgar Isermann u. Michael Schlüter (Hg.), Justiz und Anwaltschaft in Braunschweig 1879-2004, Braunschweig 2004, S. 70-74.

gingen Reichsregierung und Landesregierungen mit Entlassungen vor. Handhabe dafür bot das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ („Berufsbeamtengesetz“) vom 7. April 1933. Im OLG-Bezirk wurden Oberlandesgerichtsrat Dr. Felix Kopfstein und Landgerichtsrat Curt Staff entlassen; sie boten nach § 4 des Gesetzes nicht die Gewähr, dass sie „rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“ würden.<sup>8</sup> Oberlandesgerichtspräsident Willy Röpcke, Mitglied der liberalen DDP, wurde in das Amt des Oberlandesgerichtsrats versetzt, Landgerichtspräsident Kurt Trinks wurde zum Amtsgerichtsrat zurückgestuft. Gemäßregelt wurde auch Landgerichtsrat William Pockels. Die Gerichtsassessoren Franz Zwilgmeyer und Werner Hofmeister wurden entlassen.

Hilfspolizisten verbrennen eine Fahne aus dem Volkshaus. • Stadtarchiv Braunschweig, H XVI: H III 1f/1933

Ausweis des Braunschweigischen Landtags Friedrich von Alpers 1933. • NLA WO, 23 Neu, Nr. 2118

8 Beide Richter erhielten keine Pension. Vgl. zu Kopfstein: Michael Schlüter u. Dieter Miosge, Zulassung ist zurückgenommen. Das Schicksal der Juristen im Bezirk Braunschweig von 1933-1945, Braunschweig 2006, S. 78-82. Curt Staff wurde nach Kriegsende Generalstaatsanwalt in Braunschweig und 1951 OLG-Präsident in Frankfurt.

Landtags Fraktions-Mitglieder unter Hr. Jasper



Handwritten names below the photo: Thielmann, Giffert, Siewers, Müller, Jochims, Siewers, Kunkel, Alpers, Kassel, Schütz, Heubrockner, H. Jasper, Müller, Jochims, Siewers, Kunkel, Alpers, Kassel, Schütz, Heubrockner, H. Jasper, Müller, Jochims, Siewers, Kunkel, Alpers, Kassel, Schütz, Heubrockner.

16 Die beiden jüdischen Oberlandesgerichtsräte Rudolf Heymann und Wilhelm Mansfeld wurden beruflich und gesellschaftlich diskriminiert, blieben jedoch im Amt. Für beide Richter galt die Ausnahmeregelung des „Berufsbeamtengesetzes“, da sie bereits vor dem 1. April 1914 zu Beamten ernannt worden waren.<sup>9</sup> Gleichgeschaltet wurde auch die Anwaltskammer, die ihren bisherigen Vorstand auswechselte.<sup>10</sup> Den jüdischen Rechtsanwälten entzogen die Nationalsozialisten Schritt für Schritt die Grundlage ihrer Berufsausübung, beginnend mit dem „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“ vom 7. April 1933. Die jüdischen Rechtsanwälte Norbert Regensburger, Erich Salomon und Bruno Mielziner begingen Suizid. Ulrich Moser, Julius Frank, Walter Aronheim und Leo Tannchen verloren ihre Anwaltszulassung; sie überlebten in der Emigration. Schwere Misshandlungen erfuhren die Rechtsanwälte Heinrich Jasper und Ernst Böhme. Sie waren den National-

sozialisten als Sozialdemokraten, als Landtagsabgeordneter, Minister und Ministerpräsident der eine, als Braunschweiger Oberbürgermeister der andere, besonders verhasst. Otto Bracke, Sohn des SPD-Gründers Wilhelm Bracke und Mitglied der DDP, wurde aus dem Amt des Notars entlassen und beging Suizid.<sup>11</sup>

Für die Nachfolge des OLG-Präsidenten Röpcke wurde ein parteinaher Jurist gesucht. Der neue Justizminister Alpers glaubte, ihn mit dem erst 33 Jahre alten Oberlandesgerichtsrat Bruno Heusinger gefunden zu haben. Er sollte sich täuschen. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt am 1. Juni 1933 geriet Heusinger mit dem Minister in Konflikt. Er protestierte gegen die furchtbaren Zustände in den Haftlokalen der SA und der SS, die diese im Volksfreundhaus und im AOK-Gebäude für politische Gegner errichtet hatten. Heusinger erreichte, dass ein Gericht im AOK-Gebäude tagte und die Gefangenen im beschleunigten Verfahren verurteilte. Die Häftlinge empfanden es als „Erleichterung, durch einen Urteilspruch von der quälenden Ungewißheit

befreit und durch die Überführung in Strafhaf den Willkürmaßnahmen der Hilfspolizisten entzogen zu werden“.<sup>12</sup> Heusinger intervenierte auch bei Alpers, als er von den staatsanwaltlichen Behinderungen der Ermittlungen im Zusammenhang mit den Rieseberg-Morden erfuhr. Nach weiteren Konflikten erfolgte Ende 1934 Heusingers Ablösung als OLG-Präsident. Er wurde in das Amt eines Senatspräsidenten beim OLG Braunschweig versetzt, behielt aber seinen Titel. Seine im Frühjahr 1933 beantragte Aufnahme in die NSDAP wurde jetzt abgelehnt.<sup>13</sup>

Die Nachfolge Heusingers trat am 1. November 1935 Günther Nebelung an. Er war seit 1928 Mitglied der NSDAP; seinen rasanten Aufstieg an die Spitze der Braunschweiger Justiz verdankte er seiner Parteikarriere. Die im Juli 1934 erfolgte Ernennung vom Rechtsanwalt und Notar in Seesen zum Senatspräsidenten am OLG Braunschweig war ein

<sup>9</sup> Im November 1939 ging Wilhelm Mansfeld vorzeitig in Pension. Im April 1945 setzte die Militärregierung ihn als OLG-Präsidenten ein. Dieter Miosge, Die Braunschweiger Juristenfamilie Mansfeld, in: Wassermann, Justiz, S. 328-348.

<sup>10</sup> Isermann /Schlüter, Justiz, S. 71.

<sup>11</sup> Zu den Einzelbiografien vgl. Schlüter/Miosge, Zulassung.

<sup>12</sup> Urteil im Klagges-Prozess, S. 142.

<sup>13</sup> Manfred Flotho, Bruno Heusinger – ein Präsident im Konflikt zwischen Solidarität und Gewissen, in: Wassermann, Justiz, S. 349-369. Heusinger wurde 1948 OLG-Präsident in Braunschweig.

spektakulärer Karriereschritt.<sup>14</sup>

Im Mai 1941 nahm Nebelung zusammen mit Oberstaatsanwalt Wilhelm Hirte in Berlin an der Besprechung aller OLG-Präsidenten und Generalstaatsanwälte teil, in der über das „Euthanasie“-Programm informiert wurde; Widerspruch gegen diese Mordaktion kam von keinem Teilnehmer.<sup>15</sup> Letzter OLG-Präsident in der NS-Zeit war Richard Kulenkamp, der zum 1. Juli 1944 nach Braunschweig versetzt wurde. Während der kriegsbedingten Abwesenheit Nebelungs führte Paul Döring die Geschäfte des Präsidenten. Generalstaatsanwälte am OLG Braunschweig in der NS-Zeit waren Heinrich Müller 1933–1941, Willy Rahmel 1942–1943 und Werner Meißner 1944–1945. Nachdem Müller 1939 zum Wehrdienst eingezogen wurde, nahm Wilhelm Hirte von September 1939 bis Juli 1942 stell-

14 Im Juli 1944 wurde er an den Volksgerichtshof in Berlin versetzt und übernahm den Vorsitz im 4. Senat, zuständig für Landesverratsachen.

15 Wassermann, *Geschichte*, S. 48 ff. Wilfried Knauer, Günther Nebelung (1896-1970), in: Isermann/Schlüter, *Justiz*, S. 141-145. Dieter Miosge, Günther Nebelung, in: Reinhard Bein (Hg.), *Hitlers Braunschweiger Personal*, Braunschweig 2017, S. 198-203. Gegen die Teilnehmer der Konferenz vom Mai 1941 erhob 1965 der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer Anklage. Das Verfahren wurde eingestellt.

vertretend die Aufgaben des Generalstaatsanwaltes wahr.

Aufgrund einer Verfügung des Reichsjustizministers mussten alle OLG-Präsidenten und Generalstaatsanwälte im Reich seit Ende 1935 monatlich abwechselnd vertrauliche Lageberichte direkt an den Reichsjustizminister liefern.<sup>16</sup> Sie sind für den Historiker eine – freilich kritisch zu lesende – aufschlussreiche Quelle aus dem inneren Kreis der Justiz: Stimmungsberichte über die politische Situation, über die täglichen Probleme des Gerichtsalltags, im Krieg immer häufiger über das Alltagsleben der Menschen. Bemerkenswert sind in den Berichten Nebelungs die Klagen über die Übergriffe der Politischen Polizei, der SS und der Partei in die Kompetenzen der Justiz. Als „alter Kämpfer“ konnte er sich diese Kritik leisten. Das Ansehen der Justiz nach außen war ihm wichtig. Immer wieder betonte er die Notwendigkeit rechtsförmiger Verfahren auch im „völkischen Staat“. Dass Nebelung überzeugter Nationalsozialist war, das Führerprinzip auch in der Justiz vertrat und

16 Wilfried Knauer, *Die „Lageberichte“ des Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsidenten im Zweiten Weltkrieg*, in: Isermann/Schlüter, *Justiz*, S. 110-117.

mit aller strafrechtlichen Härte gegen „Volkschädlinge“ vorging, steht dabei außer Frage.

Am 1. Januar 1935 gingen die Zuständigkeiten der obersten Landesjustizbehörden auf den Reichsjustizminister über. In Braunschweig vollzog der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Roland Freisler, am 11. Januar 1935 die Übernahme in einem feierlichen Akt. Fortan waren Einfluss- und Lenkungsmaßnahmen durch das Reichsjustizministerium noch leichter möglich als bisher. Das Reichsjustizministerium konnte Rügen aussprechen; der Oberreichsanwalt hatte das Recht, am Reichsgericht, beim Volksgerichtshof und beim Reichskriegsgericht „außerordentlichen Einspruch“ gegen ein Urteil einzulegen; seit Februar 1940 konnte der Oberreichsanwalt darüber hinaus beim Reichsgericht „Nichtigkeitsbeschwerde“ einlegen, wenn ihm ein Urteil „ungerecht“ erschien. Als Hitler in seiner Reichstagsrede vom 26. April 1942 die Justiz angriff und den Richtern, „die ersichtlich das Gebot der Stunde

Die Landtagsfraktion 1930 im Garten des Landtagsgebäudes. Heinrich Jasper und Ernst Böhme sitzend in der ersten Reihe (Mitte und 1.v.r.) • NLA Wolfenbüttel 50 Slg, Zg. 06/2003, Nr. 310



18 nicht erkennen“, mit Amtsenthebung drohte – bis Kriegsende wurde allerdings kein Braunschweiger Sonderrichter seines Amtes enthoben –, nahmen die Lenkungsmaßnahmen seitens des Justizministeriums zu: Mittelbar durch Weisungen des Reichsjustizministers, vor allem aber durch die „Richterbriefe“, die von Oktober 1942 bis zum Dezember 1944 einmal pro Monat an die Gerichte geschickt wurden.

Von Anfang an setzten die Nationalsozialisten das Strafrecht zum Kampf gegen den politischen Gegner ein. Neben dem 1934 errichteten Volksgerichtshof in Berlin dienten ihnen hierzu vor allem die Sondergerichte. Sondergerichte wurden aufgrund einer Notverordnung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg vom 21. März 1933 für den Bezirk eines jeden Oberlandesgerichts gebildet.<sup>17</sup> Sie lassen sich als eine Form von Schnelljustiz charakterisieren, welche die Rechte der Angeklagten entscheidend beschränkte: Es gab keine gerichtliche Voruntersuchung, die Ladungsfrist wurde verkürzt, die mündliche Haftprüfung entfiel, es gab keine Rechtsmittel gegen

Urteile, keine Bewährung, keine Strafaussetzung. Das Sondergericht setzte sich aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern zusammen; ein Oberstaatsanwalt fungierte als Leiter der Anklagebehörde, unterstützt von mehreren Staatsanwälten. Die Berufung der Mitglieder erfolgte in den ersten Jahren durch das Präsidium des Landgerichts, später durch den Präsidenten des Oberlandesgerichts. In der Kriegszeit gab es zuweilen Personalmangel, der Auswirkungen auf die Besetzung des Gerichts hatte. Die Angeklagten hatten Anspruch auf einen Verteidiger. Häufig waren es Pflichtverteidiger, bei denen man routiniertes, ängstliches oder gleichgültiges Verhalten feststellen konnte. Es gab auch mutige Verteidiger, Oskar Kahn war einer von ihnen.<sup>18</sup>

Die Sondergerichte waren zunächst zuständig für Verstöße gegen die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933, die sogenannte Reichstagsbrandverordnung. Als schwerwiegend eingeschätzte Verstöße gegen die Reichstagsbrandverordnung sowie Fälle von Hoch- und Landesverrat wur-

17 Wilfried Knauer, Rechtsanwalt und Notar Dr. Oskar Kahn (1901-1972), in: Isermann/Schlüter, Justiz, S. 215-217.

den meistens vor den Strafsenaten der Oberlandesgerichte bzw. vor dem Volksgerichtshof verhandelt. Die spektakulären politischen Prozesse gegen Regimegegner fanden deshalb nicht vor dem Sondergericht statt, sondern vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts. Nach der Entdeckung einzelner kommunistischer Widerstandsgruppen im Jahre 1934 durch die Gestapo folgten Verfahren vor dem 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts, der hohe Zuchthausstrafen verhängte. Voller Befriedigung schrieb OLG-Präsident Nebelung Anfang 1936 in seinem Lagebericht an den Reichsjustizminister: „Tätige politische Gegnerschaft, die sich etwa in Hochverratsklagen zeigte, ist fast ganz verschwunden, die zuletzt abgeurteilten Fälle von Bedeutung haben sich noch 1934 zugetragen.“<sup>19</sup>

Die überwiegende Zahl der sondergerichtlichen Verfahren in den Friedensjahren betraf die „Heimtücke-Gesetzgebung“, die Kritik gegen Regierung, NS-Größen und NS-Organisationen unter Strafen stellte. Jede regimekritische Äußerung konnte als „Heimtücke“ bestraft werden, wobei zentrale Begriffe

19 Lagebericht vom 4.1.1936, Bundesarchiv Berlin, R 22/3357.

17 Zu den meisten Sondergerichten im Deutschen Reich liegen inzwischen Einzelstudien vor.

des Gesetzes nicht exakt definiert und in hohem Maße auslegungsfähig waren. Kritik an sozialen und politischen Verhältnissen, Kritik an führenden Personen und Institutionen des NS-Staates, schließlich das Erzählen von Witzen – all das konnte gefährlich werden.

In der Kriegszeit verstand sich das Sondergericht als „Panzertruppe der Rechtspflege“<sup>20</sup> an der inneren Front. Sie zu stabilisieren gegen Feinde jeglicher Art, sah die sondergerichtliche Rechtsprechung als ihre Hauptaufgabe. In den Mittelpunkt rückten neue, bei Kriegsbeginn erlassene Straftatbestände. Vor einem Sondergericht wurde angeklagt, wer ausländische Rundfunksender abhörte, wer schwarz schlachtete, Lebensmittel beiseite schaffte, wer sich der Wehrpflicht entzog, wer Soldaten zur Fahnenflucht aufforderte, wer die Wehrkraft zersetzte, wer mit Kriegsgefangenen in einer Weise Umgang pflegte, „welche das gesunde Volksempfinden gröblich“ verletzte, wer plünderte und wer eine Straftat beging und dabei die zur Abwehr von Fliegerangriffen getroffenen Maßnahmen, z.B. Verdunkelungen, ausnutzte. Wenn die Richter die Tat als „besonders verwerflich“ beurteilten, oder wenn sie sich wider das „gesunde Volksempfinden“ richtete, konnte der Täter als „Volksschädling“ mit dem Tode bestraft werden. Es fallen die Unschärfe der Tatbestände sowie der weite Ermessensspielraum für das Gericht auf. Was war „gesundes Volksempfinden“ und was war „besondere Verwerflichkeit“? Die Richter hatten für ihre Entscheidung Spielraum; sie nutzten ihn während der letzten Kriegsphase erschreckend selten zugunsten der Angeklagten.

Im Verlauf des Krieges kamen weitere Strafverschärfungen hinzu. Die „Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten“ („Polenstrafrechtsverordnung“) vom 4. Dezember 1941 sah gegen Polen und Juden aus oder in den Ostgebieten u.a. bei „deutschfeindlichen Äußerungen“ die Todesstrafe vor. Nur in „minderschweren Fällen“ durfte auf Freiheitsstrafe erkannt werden.

Auch in Braunschweig gab es seit dem Frühjahr 1933 ein Sondergericht.<sup>21</sup> Weit über 7.000 Personen kamen hier mit dieser gefürchteten Institution in Berührung. Es begleitete die Herrschaft der Nationalsozialisten von den ersten Anfängen bis in die letzten Tage des Zusammenbruchs. Es arbeitete noch mit Effizienz und Verlässlichkeit an der „inneren Front“, als die Städte schon längst in Schutt und Asche lagen.

Am 8. April 1933 trat das Braunschweiger Sondergericht zum ersten Mal zusammen. Der neu ernannte Vorsitzende des Sondergerichts, Landgerichtsdirektor Friedrich Lachmund, ließ in seiner Eröffnungsansprache keinen Zweifel am Sinn und Zweck des Gerichts. Es werde von Anfang an mit fester Hand zupacken, um dem Rechnung zu tragen, was die nationale Erhebung des deutschen Volkes erfordere. Die zu erwartenden hohen Strafen sollten so erzieherisch wirken, „daß binnen kurzem sowohl bei Verführten wie bei gewohnheitsmäßigen Rechtsbrechern die Einsicht einkehrt, es sei richtiger, mit dem Strom als gegen den Strom zu schwimmen“.<sup>22</sup> Lachmund war im Frühjahr 1932 der NSDAP beigetreten. Auf sein Drängen hin wurde Staatsanwalt Paul Rasche, Mitglied der NSDAP, zum Vertreter der Anklagebehörde beim Sondergericht ernannt: er brauche einen Staatsanwalt „der bellen kann“.<sup>23</sup> Lachmund blieb bis Ende 1936 Vorsitzender des Braunschweiger Sondergerichts. Als er mit der örtlichen SS in einen schweren Konflikt geriet, wurde er von Reichsjustizminister Franz Gürtner an das Landgericht Krefeld versetzt.<sup>24</sup> Die weiteren Vorsitzenden waren bis Kriegsende Wilhelm Ehlers, Karl Höse, Hugo Kalweit und Walter Lerche. Als Beisitzende am Sondergericht amtierten in diesen Jahren u.a. Walter Ahrens, Hermann Angerstein, Ernst von Griesbach, Rudolf Grimpe, Hermann Grotrian, Kurt Seggelke und Gebhard Spies.

Die Verfahren fanden vor dem Sondergericht im Gebäude des Landgerichts an der Münzstraße, bei minder schweren Fällen auch vor den Amtsgerichten im

21 Mit der Rechtsprechung des Sondergerichts Braunschweig hat erstmals Helmut Kramer bekannt gemacht. Helmut Kramer, Die NS-Justiz in Braunschweig und ihre Bewältigung ab 1945, in: Helmut Kramer, Braunschweig unterm Hakenkreuz, Braunschweig 1981, S. 29-60. Vgl. auch Albrecht Lein, Braunschweiger Justiz im Nationalsozialismus: Zwischen Anpassung und „innerer Emigration“, in: Kramer, Braunschweig, S. 61-78. Wassermann, Justiz, S. 64 ff.

22 Braunschweigische Landeszeitung vom 11.4.1933.

23 Die folgenden Ausführungen stützen sich auf: Ludewig/Kuessner, Sondergericht.

24 Ausführlich zu diesem Konflikt Wassermann, Justiz, S. 53 ff. Friedrich-Wilhelm Müller, Friedrich Lachmund, in: Isermann/Schlüter, Justiz, S.159 f. Ludewig/Kuessner, Sondergericht, S. 257 ff.

Land Braunschweig statt.<sup>25</sup> Seit Bestehen des Sondergerichts wurde über dessen Tätigkeit in der Presse berichtet. Gerade die ersten Urteile gegen die politischen Gegner im Frühjahr und Sommer 1933 sollten abschreckend wirken und wurden dementsprechend in den Zeitungen präsentiert. Im Krieg berichteten die Zeitungen vor allem über Verfahren gegen Schwarzschlachter und gegen „Plünderer“; auch über spektakuläre Prozesse, welche die NS-Machthaber zur Einschüchterung der Bevölkerung nutzen wollten. Häufig wurden Urteile – insbesondere Todesurteile – öffentlich angeschlagen.

Die besondere Härte in der Rechtsprechung der Sondergerichte in der Kriegszeit macht eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Gerichten und ihren erschreckenden Urteilen unerlässlich. Doch die Sondergerichte ausschließlich mit Todesurteilen in Verbindung zu sehen, würde die Sondergerichtsbarkeit nicht hinreichend charakterisieren. Viele Angeklagte erhielten „nur“ Gefängnisstrafen, es kam auch zu Freisprüchen und zur Verfahrenseinstellung. Bis Kriegsausbruch sind nicht die drakonischen Strafen das Merkmal des Sondergerichts, sondern vielmehr die Diskrepanz zwischen der Einleitung des Verfahrens überhaupt und dem für uns heute gänzlich harmlos erscheinenden Charakter vieler Fälle. Ob Freispruch oder geringe Strafe, entscheidend war, man war den Behörden und der Polizei auffällig geworden und damit am Arbeitsplatz und bei den Nachbarn gezeichnet. Hier lag eine der wichtigsten Funktionen der Sondergerichte: einschüchtern und disziplinieren. Im Krieg verschärften sich die Strafen von Jahr zu Jahr. Die Zahl der Zuchthausstrafen nahm deutlich zu und das Sondergericht Braunschweig verhängte Todesstrafen, 92 bis Kriegsende.

Fast alle sozialen Schichten standen vor dem Sondergericht. Bei genauerem Hinsehen gibt es Auffälligkeiten. Die soziale Zusammensetzung der Beschuldigten und Verurteilten veränderte sich über die Jahre hinweg. In den Anfangsjahren waren Arbeiter und Mitglieder der Arbeiterorganisationen überrepräsentiert. Ihr Anteil ging in den folgenden Jahren deutlich zurück, vor allem der der Industriearbeiter. In den Jahren 1935 bis 1939 mussten sich Menschen mit eher

25 Arnulf Heinemann untersucht gerade die Rechtsprechung am Amtsgericht Wolfenbüttel.

Reichsgesetzblatt vom 28. Februar 1933 mit der Bekanntmachung der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ \* Bayerische Staatsbibliothek München / Bildarchiv

20 Diese Charakterisierung verwandte der damalige Staatssekretär im Reichsjustizministerium und spätere Präsident des Volksgerichtshofs Roland Freisler am 24. Oktober 1939 auf einer Tagung im Reichsjustizministerium.

traditionellen Arbeiterberufen verantworten, auch Landarbeiter und Gelegenheitsarbeiter, Kaufleute, Bauern, kleinere Angestellte. Im Krieg wurden Zwangsarbeiter\_innen und Kriegsgefangene zur zahlenmäßig stärksten Gruppe. In der Regel wurden sie für vergleichbare Delikte ungleich härter bestraft als deutsche Angeklagte. Von den 92 vom Sondergericht Braunschweig zum Tode Verurteilten waren 44 Zwangsarbeiter\_innen. Viele Urteile gegen Zwangsarbeiter\_innen waren von ideologischen und rassistischen Vorstellungen der Richter geprägt. Bei kleineren Vergehen wurden Zwangsarbeiter\_innen und Kriegsgefangene auch vor Amtsgerichten angeklagt.<sup>26</sup>

Um die Rolle der Sondergerichte einschätzen zu können, muss auf ein charakteristisches Strukturmerkmal des NS-Systems hingewiesen werden: Nicht nur mit Hilfe des Strafrechts und der Gerichte ging das NS-System gegen seine Gegner vor. Von Anfang an entwickelte das System eine noch wirksamere Ebene: die polizeiliche Gegnerbekämpfung. Hierfür zuständig war die Gestapo und das von ihr angewandte Mittel war die Schutzhaft. Die auf Artikel 48 der Weimarer Verfassung gestützte „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ („Reichstagsbrandverordnung“) vom 28. Februar 1933 hatte die entscheidende Bresche in das bisherige Rechtssystem geschlagen. Sie setzte die Grund- und Freiheitsrechte außer Kraft und ermöglichte Verhaftungen ohne Beteiligung der Justiz. Diese polizeiliche Schutzhaft bildete die Grundlage des KZ-Systems und entwickelte sich zu einem wesentlichen Bestandteil des SS-Staates. Konkurrenz zur Justiz war von Anfang an gegeben und gewollt. Das Spannungsverhältnis zwischen Normenstaat (Justiz) und Maßnahmenstaat (Polizei) bei der Gegnerbekämpfung prägte den nationalsozialistischen „Doppelstaat“<sup>27</sup>. Es kam immer wieder vor, dass nach Haftbeendigung, nach Verfahrenseinstellungen oder Freisprüchen die Beschuldigten von der Gestapo in Schutzhaft genommen wurden. Otto Thielemann, Redakteur des sozialdemokratischen „Volksfreunds“ und den Nazis besonders verhasst, wurde nach Verbüßung seiner vom Sondergericht verhängten dreijährigen Haft von der Gestapo als Schutzhäftling ins Konzentrations-

lager Dachau gebracht, wo er 1938 starb. Pfarrer Hans Buttler, den das Sondergericht im Frühjahr 1939 nach neunmonatiger Untersuchungshaft freigesprochen hatte, kam nach dem Freispruch bis 1945 in Konzentrationslagerhaft, die er überlebte. Nach sogenannten Urteilskorrekturen kam es zu polizeilichen Liquidierungen bei zu „milden“ gerichtlichen Urteilen. Im Krieg verschärfte sich der Konkurrenzkampf zwischen Justiz und SS, wobei die Justiz immer mehr Zugeständnisse machte. Seit September 1942 überließ die Justiz die Strafverfolgung von Juden, Polen, Sinti und Roma sowie Menschen aus der Sowjetunion zunehmend der Polizei. Nur wenn es „stimmungspolitisch“ opportun erschien, oder ein Todesurteil zu erwarten war, konnte ein Sondergerichtsverfahren eingeleitet werden. Auch „Volksschädlinge“, „Gewohnheitsverbrecher“ und „Asoziale“ überstellte die Justiz immer häufiger der Polizei. Wozu bedurfte das Regime überhaupt der Justiz, wo es doch mit der Gestapo und der SS wirkungsvollere Verfolgungsinstrumente besaß? Diktaturen verwenden aus Gründen der Selbstdarstellung gerne die Kulisse des öffentlichen Gerichtsverfahrens, sie wollen den Anschein von Recht und Gerechtigkeit wahren. Schritt für Schritt sollte die Justiz in den Unrechtsstaat mit hineingezogen werden.

In dem Konkurrenzkampf unterschiedlicher Machtzentren versuchten sich die Sondergerichte anzupassen: Sie verstanden sich gerade im Krieg als Schnellgerichte. Sie wollten ihren Beitrag zur Stabilisierung der „inneren Front“ leisten. Sie wollten sich mit der nationalsozialistischen Rechtsvorstellung und dem obersten Gerichtsherrn Hitler in Einklang befinden. Dabei verschärfen sie in den letzten beiden Kriegsjahren die sondergerichtliche Rechtsprechung in einer Weise, dass sie zunehmend den Willkürhandlungen des SS-Staates ähnelten. Der Normenstaat glich sich dem Maßnahmenstaat an. Die vom Sondergericht erlassenen Haftstrafen konnten durchaus vor Schutzhaft und damit vor der Einlieferung ins Konzentrationslager bewahren. Die Verschärfung der Rechtsprechung wäre dann als Versuch zu sehen, schlimmere und lebensbedrohliche Inhaftierungen durch die SS zu verhindern. Dies war die Rechtfertigungsstrategie der Justiz nach 1945. Angesichts der außerordentlichen Härte vieler Urteile in den letzten Kriegsjahren, angesichts der zahlreichen Todesurteile, wird man dieses Erklärungsmuster kritisch hinterfragen müssen. Hans-Ulrich Thamer hat

das Dilemma der Justiz im Dritten Reich zutreffend mit dem Satz beschrieben: „Unrecht konnte vor noch größerem Unrecht bewahren“.<sup>28</sup> Die Justiz hatte durch ihre Anpassungstaktik und durch ihre partielle Übereinstimmung mit NS-Rechtsvorstellungen diese Situation selbst herbeigeführt.

20

26 Hans-Ulrich Ludewig, Zwangsarbeiter vor Braunschweiger Gerichten, in: Gudrun Fiedler u. Hans-Ulrich Ludewig (Hg.), Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft im Lande Braunschweig 1939-1945, Braunschweig 2003, S. 263-286.

27 Den zentralen Begriff für die Analyse des NS-Systems prägte Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat: Recht und Justiz im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1974.

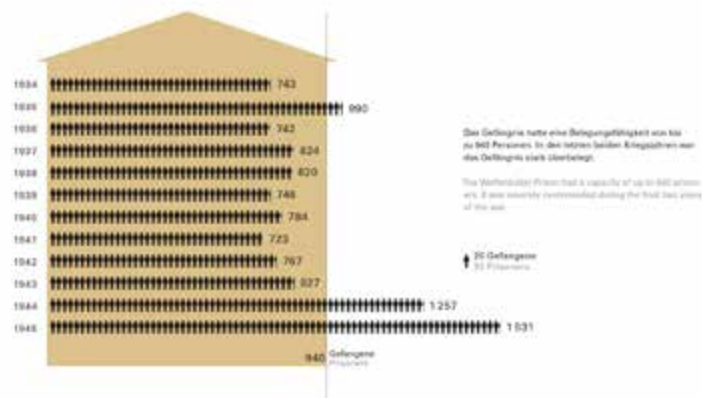
28 Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt, Berlin 1986, S. 387.

# Pädagogische Arbeit in einer Gedenkstätte zur NS-Justiz: das Beispiel des ehemaligen Strafgefängnisses Wolfenbüttel

Gustav Partington



Belegung des Strafgefängnisses Wolfenbüttel, 1934–1945  
Prisoner numbers at Wolfenbüttel, 1934–1945



Das Thema „Justiz im Nationalsozialismus“ spielt im schulischen Unterricht eine eher untergeordnete Rolle, was sich daran belegen lässt, dass wir bei Besucher\_innengruppen geringe oder gar keine Vorkenntnisse feststellen. Auch bei Erwachsenen muss dies konstatiert werden, das ist oft sogar der Fall, wenn die Besucher\_innengruppe aus dem Bereich „Justiz“ (Staatsanwält\_innen, Richter\_innen, JVA-Mitarbeiter\_innen) kommt. Dabei sollte die Bedeutung dieses Themas für das Leben der Menschen in der nationalsozialistischen Zeit und für die Etablierung des allgegenwärtigen Terror-, Unterdrückungs- und Vernichtungssystems der Nationalsozialisten nicht unterschätzt werden. Zudem ist es wichtig zu verdeutlichen, dass die Menschen- und Bürgerrechte nicht wie „die Luft zum Atmen“ vermeintlich selbstverständlich zur Verfügung stehen, sondern auch heute noch errungen und verteidigt werden müssen.

Justiz im Nationalsozialismus:  
ein Unrechtsstaat

Das dem ehemaligen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Hans Filbinger,

– als Marinerichter in der NS-Zeit für mehrere Todesurteile verantwortlich – zugeschriebene Zitat: „Was damals Rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein!“, ist von der Wissenschaft hinlänglich als Rechtfertigung moralisch verwerflichen Handelns entlarvt. Der nationalsozialistische Staat war ein Unrechtsstaat, Filbinger einer der „furchtbaren Juristen“ (Rolf Hochhuth), der als willfähriger Erfüllungshelfer dieses Unrecht vollzog.

Den Nationalsozialisten war jedoch daran gelegen, den Schein der Legalität zumindest in Teilen aufrechtzuerhalten. Als Institutionen erfüllten beispielhaft Gerichte und Gefängnisse diese Funktion. Damit stellt sich eine erste Herausforderung bei der Durchführung von Workshops in einer Justiz-Gedenkstätte: Besucher\_innengruppen stellen im Normalfall nicht in Frage, dass an einem offensichtlichen Unrechtsort wie einer Folterstätte der Gestapo, in einem Konzentrations- oder Vernichtungslager eine Gedenkstätte eingerichtet wird. Aber in einem Gefängnis? Ist eine Haftanstalt nicht eigentlich ein insofern „normaler“ Ort, als dort Menschen eingesperrt werden, die sich nicht an Gesetze halten, vor denen die Gesellschaft im Extremfall so-

gar geschützt werden muss? Sind Urteile, die von einer Justiz gefällt werden, die sich an geltendes Recht hält, nicht im Wortsinn „rechtmäßig“?

Hier gilt es zunächst, Besucher\_innen zu verdeutlichen, dass die Justiz im Nationalsozialismus keineswegs rechtsstaatlichen Ansprüchen genügt, dass z.B. die Bürgerrechte schon kurz nach der Machtübertragung mithilfe der sogenannten „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar

„Es ist mir ganz wichtig, dass den Menschen, nicht nur den Schülerinnen oder Schülern, bewusst gemacht wird, wie wichtig es ist, heutzutage eine Rechtssicherheit zu haben und sich auch für diese Rechtssicherheit einzusetzen, dass sie die Werte des Grundgesetzes gemeinsam leben und diese auch schätzen“. Robert Heldt, pädagogischer Mitarbeiter

Blick in eines der Hafthäuser im Strafgefängnis Wolfenbüttel. Foto: Raphaël Algoet, 1945 (nach der Befreiung). © CEGESOMA Brüssel

Belegung des Strafgefängnisses Wolfenbüttel, 1934–1945. Das Gefängnis hatte eine Belegungsfähigkeit von bis zu 940 Personen. In den letzten beiden Kriegsjahren war das Gefängnis stark überbelegt. © Grafik: Studio Tabassomi



22 1933 außer Kraft gesetzt worden waren. Auch die Funktion der „Sondergerichte“ mit dem klaren Auftrag der Verhängung politischer Urteile im Sinne der NS-Ideologie muss erkannt werden.

Als Teil der dominierenden Rassenideologie war es die Vorstellung der Etablierung einer fiktiven „Volksgemeinschaft“, die als Hintergrund für die NS-Unrechtsjustiz entscheidend war. Nicht nur dort, aber vor allem in den „Sondergerichten“ haben Richter darüber entschieden, wer als „Gemeinschaftsfremder“ eingesperrt oder getötet werden musste. Orte der Vollstreckung dieser Urteile waren neben den Konzentrationslagern die Gefängnisse im Deutschen Reich sowie in den besetzten Gebieten.

Das Strafgefängnis Wolfenbüttel in der NS-Zeit: keine „normale“ Haftanstalt

In dem Strafgefängnis Wolfenbüttel waren zwischen 1933 und 1945 nicht nur Straftäter im herkömmlichen Sinn untergebracht (z.B. wegen Eigentumsdelikten oder Körperverletzung), sondern auch Opfer der NS-Justiz, die aus heutiger Sicht keine Straftat begangen haben oder die für geringfügige Vergehen mit

allergrößter Härte – bis hin zur Todesstrafe – sanktioniert wurden. Beispielhaft sind folgende Opfergruppen zu nennen: Politische Gefangene vor allem in den Jahren nach der Machtübernahme (Angehörige der SPD, KPD, Gewerkschaften, aber auch NS-kritische Journalisten, Rechtsanwälte, Lehrer ...), Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Sinti und Roma aufgrund ihrer „Rassenzugehörigkeit“ (oft als Vorstufe zu einem Transport in die Konzentrations- und Vernichtungslager).

Auch mit der Ausgrenzung und Vernichtung der Jüd\_innen, die im Regelfall in den Konzentrations- und Vernichtungslagern stattfand, kam das Strafgefängnis in Berührung: Nach der Pogromnacht im November 1938 wurden alle jüdischen Jugendlichen und Männer, die sich im Freistaat Braunschweig aufhielten, im Strafgefängnis Wolfenbüttel festgesetzt, bevor sie in einem Sammeltransport in

*„Ich betone gern, dass Recht nicht in jedem Fall richtig oder gerecht für alle ist. Dahingehend gilt es die Justiz immer wieder kritisch zu hinterfragen“.* Reimar Fröhnel, pädagogischer Mitarbeiter

das Konzentrationslager Buchenwald verbracht wurden.

Nicht zuletzt wurde in dem Strafgefängnis 1936/37 eine von zwanzig Justiz-Hinrichtungsstätten im Deutschen Reich eingerichtet, in der bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft 526 Frauen und Männer mit der Guillotine getötet wurden.

Mit dem Kriegsbeginn 1939 radikalisierte sich die Behandlung „Gemeinschaftsfremder“ durch die Justiz noch einmal stark. Betrachtet man die Hinrichtungsoffer, so lassen sich vor allem drei Opfergruppen erkennen: „Gemeinschaftsfremde“, die als sogenannte „Volksschädlinge“ gemäß der entsprechenden Verordnung vom 5. September 1939 hingerichtet wurden, polnische Zwangsarbeiter\_innen, die gemäß „Polenstrafrechtsverordnung“ vom 4. Dezember 1941 zumeist wegen geringfügigster Vergehen zum Tode verurteilt wurden, sowie ausländische Widerstandskämpfer\_innen, die unter anderem als sogenannte „Nacht- und Nebel“-Gefangene in dem Strafgefängnis Wolfenbüttel inhaftiert und zum Teil hingerichtet wurden oder aufgrund der Haftbedingungen verstorben sind. Die wichtige Funktion dieses





Gefängnisses im Rahmen des NS-Unrechtssystems verdeutlicht die Tatsache, dass 10 % aller „Nacht- und Nebel“-Gefangenen des Deutschen Reiches in Wolfenbüttel inhaftiert waren.

Ein letztes Schlaglicht auf die Tatsache, dass es sich nicht um eine „normale“ Haftanstalt handelte, wirft die Situation in den letzten Kriegsmonaten, als die Zustände nach der Ankunft von „Evakuierungstransporten“ aus anderen Gefängnissen und Lagern denen von Konzentrationslagern nahekamen: Die Todeszahlen stiegen als Folge von Krankheiten, Hunger und Zwangsarbeit sprunghaft an. Dies gilt insbesondere für die Außenorte des Gefängnisses, wo die Häftlinge über einen längeren Zeitraum (z.B. im Kalkwerk Oker) oder auf Anforderung (z.B. auf dem Hauptfriedhof Braunschweig, wo sie nach der verheerenden Bombardierung der Stadt im Oktober 1944 Gräber ausheben mussten) Zwangsarbeit verrichteten. Je näher das Ende des Krieges rückte, desto schlimmer wurden die Zustände.

#### Die zwei Orte der Gedenkstätte

Seit November 2019 teilt sich die Gedenkstätte auf zwei Orte auf.

Zum einen handelt es sich um die in der heutigen JVA gelegenen historischen Orte: Gemeinschaftshaftzellen, eine Einzelarrestzelle, die Haftzelle der Todeskandidaten (nach Sanierung von Haus I zugänglich) und die ehemalige Hinrichtungsstätte in der „alten Schlosserei“. Da alle Räumlichkeiten auf dem Gelände einer in Betrieb befindlichen JVA gelegen sind, ist der Zugang nur nach Beachtung der Vorgaben der JVA möglich (u.a. Voranmeldung mindestens 14 Tage vor dem Besuch zur Durchführung der Sicherheitskontrolle seitens der JVA; Ein- und Auslass sowie Zugang zu bestimmten Orten nur in vorgegebenen, häufig sehr schmalen Zeitfenstern erlaubt; kein Zutritt für Einzelpersonen).

Zum anderen ermöglicht das neu eröffnete Dokumentationszentrum einen niedrigschwelligen Zutritt. Zwar können Besucher\_innen die historischen Orte nicht physisch betreten, aber mithilfe von „Augmented Reality“ zumindest virtuell – und das ohne die strengen Sicherheitsbestimmungen der JVA und zu nor-

*„Am allerwichtigsten ist mir bei dieser Arbeit, dass Menschen lernen, dass es, egal in welchem politischen System man lebt, immer Handlungsspielräume gibt. In der Demokratie sind sie größer und in einer Diktatur kleiner, aber jeder Mensch konstituiert mit seinen Handlungen die gesellschaftliche Wirklichkeit, ist also Teil des Ganzen und trägt dazu bei, wie Wirklichkeit ist. Anhand der Biographien in der Gedenkstätte kann man gut sehen, wie diese Handlungsspielräume unterschiedlich ausgefüllt werden: dass man sie positiv gestalten kann, für den Menschen, mitmenschlich, dass man sie aber auch anders gestalten kann.“ Conny Schmidthals, pädagogische Mitarbeiterin*

malen Museumsöffnungszeiten. Zudem werden sie in einer modernen, umfassenden Ausstellung über das Thema

Pädagogische Materialien der Gedenkstätte • Sarah Kunte  
Biografische Stelen erinnern am historischen Ort an die dort Hingerichteten • Jesco Denzel



24 Justiz im Nationalsozialismus, die Kontinuitäten in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Erinnerungsarbeit mit Angehörigen der zweiten und dritten Generation der Opfer der NS-Justiz informiert.

Hier bieten sich also neue Möglichkeiten für die Pädagogik, gerade auch, wenn der Zugang zur JVA nicht möglich ist. Die bisherige Erfahrung lehrt jedoch ebenso, dass sich Besucher\_innengruppen nach wie vor den Zutritt zu den historischen Orten wünschen.

Ein typischer Workshop mit Einbeziehung der historischen Orte

Zu Anfang eines Workshops werden die Teilnehmer\_innen – je zur Hälfte handelt es sich um Schüler\_innen- und Erwachsenengruppen – über die Geschichte der Landesstrafanstalt, deren Wurzeln bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts zurückreichen, informiert. Nach einem assoziativen Bilder- oder Objekteinstieg klären wir sie anschließend über die oben geschilderten Besonderheiten der NS-Justiz auf. Methodisch steht dabei kein dozierendes, sondern ein fragend-forschendes Verfahren im Vordergrund.

Durch das Antizipieren von Gerichtsurteilen wird zum Beispiel vermeintliches Vorwissen revidiert und das eigene Geschichtsbild hinterfragt.

Im Zentrum der Erarbeitung stehen die Multi-Touch-Tische in den ehemaligen Gemeinschaftshaftzellen des „Alten Hauses“ des Strafgefängnisses. Ihre Touchscreen-Oberfläche funktioniert wie bei einem Smartphone und daher ist die Benutzung für die meisten Besucher\_innen intuitiv erschließbar.

Zugute kommt uns dabei die ausgezeichnete Quellenlage bezüglich der Haftanstalt in der NS-Zeit: Projektmitarbeiter\_innen haben in den vergangenen Jahren eine Fülle von Originaldokumenten in in- und ausländischen Archiven gesichtet und für die pädagogische Arbeit erschlossen. Ergänzt werden die Archivalien von Gegenständen, die uns von Angehörigen der Inhaftierten und Ermordeten überlassen wurden.

So können Besucher\_innengruppen Täter- und Opferbiographien untersuchen, beide Perspektiven lassen sich hervorragend darstellen. Nach einer multimedialen Präsentation der Arbeitsergebnisse ist es der Besuch der ehemaligen Hinrichtungsstätte, der in der Re-

gel für die Teilnehmer\_innen der am meisten beeindruckende und nachhaltigste Teil des Workshops ist. Hier stehen eindeutig die Opfer im Zentrum des Gedenkens: nur selten vermitteln Besucher\_innen den Eindruck, dass ihnen der „Nervenkitzel“ der Guillotine, auf deren Präsentation bewusst verzichtet wird, fehlt. Spätestens hier wird auch der Gegenwartsbezug deutlich, wenn die Folgen der mörderischen NS-Justiz, wenn die Konsequenzen der Verhängung der Todesstrafe begreifbar werden.

Themen der Workshop-Arbeit

In der Gedenkstätte können die Pädagog\_innen neben dem „normalen“ Angebot zum Thema „Justiz im Nationalsozialismus“ andere/weitere Schwerpunkte setzen: z.B. die Verfolgung homosexueller Männer nach § 175 StGB, den Widerstand im Nationalsozialismus am Beispiel der „Nacht- und Nebel“-Gefangenen, die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik am Beispiel der Geschichte der Gedenkstätte, das Pro und Contra zur Todesstrafe.

Ganz wesentlich hängt dies davon ab, wieviel Zeit die Besucher\_innengruppen



mitbringen. Mindestens drei Stunden sollten es nach Möglichkeit sein; bei mehrtägigen Workshops können weitere Erinnerungsorte einbezogen werden, wie z.B. das Gräberfeld mit den Hinrichtungsoptionen auf dem Hauptfriedhof Wolfenbüttel.

Eine Erweiterung des Angebots in Bezug auf „Einfache Sprache“ wird derzeit erarbeitet und erprobt.

#### Fazit

Ein Vierklang macht den Besuch der Gedenkstätte für Besucher\_innengruppen attraktiv (und erleichtert damit uns Pädagog\_innen die Arbeit): die Mischung aus Großexponaten (die historischen Orte), modernen pädagogischen Mitteln (u.a. die Multi-Touch-Tische), dem „Flair“ einer in Betrieb befindlichen JVA sowie dem neuen Dokumentationszentrum mit einer instruktiven Dauerausstellung.

Durchgängig werden bei allen Workshops Bezüge in die heutige Zeit hergestellt, was angesichts des Aufenthalts in der JVA für Besucher\_innengruppen automatisch naheliegt. Allerdings können wir kein Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Fehlentwicklungen sein.

Wenn Lehrkräfte erwarten, dass wir ihre rechtsextrem denkenden Schüler\_innen durch einen Besuch der Gedenkstätte läutern, so müssen wir von vorneherein die Erwartungen bremsen: Wir machen (Denk-)Angebote, positionieren uns dabei eindeutig (z.B. contra Todesstrafe) und hoffen, dass wir damit (Denk-)Prozesse anregen.

Beispielhaft sei eine Auszubildende von MAN Salzgitter zitiert, die am Ende eines zweitägigen Workshops im November 2019 ihre Eindrücke so zusammenfasste:

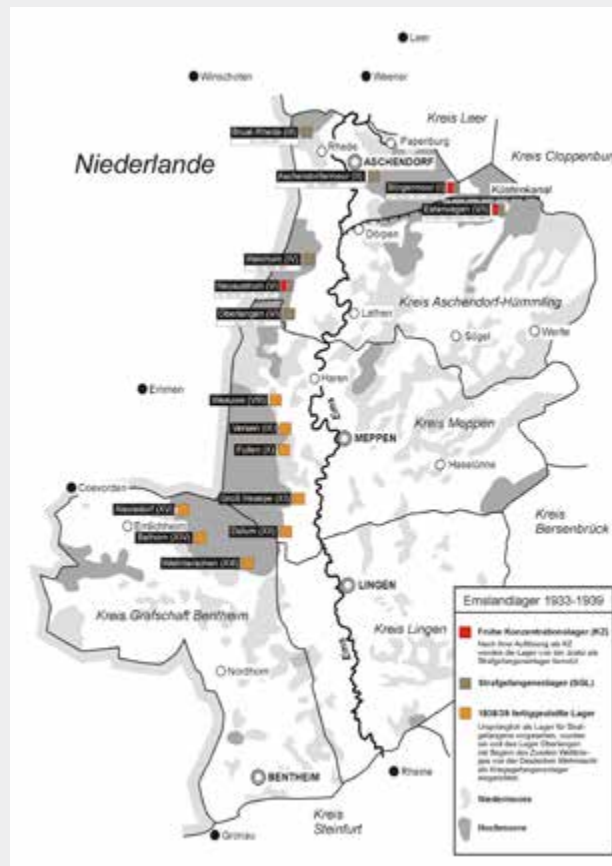
„Es geht nicht darum, den einen Weg zu gehen, den das Leben bietet. Es geht darum, viele Wege erkunden zu können, keinen davon zu verurteilen, neugierig zu sein, was man vielleicht davon lernen könnte. Es geht nicht darum, einer Meinung zu folgen, sondern selbst eine zu entwickeln, sich ständig zu hinterfragen, nie stehen zu bleiben, seine Wertvorstellungen nicht zu vergessen. Durch jeden Menschen fließt Blut, in jedem schlägt ein Herz. Das ist es, was zählt, keine Religion, keine Herkunft, kein Name. Der Mensch braucht Menschlichkeit. Nur so kann Frieden herrschen.“

Augmented Reality am Modell des Strafgefängnisses. Tablets ermöglichen den Besucher\_innen der Dauerausstellung einen Einblick in die historischen Räume, die sich innerhalb der JVA befinden • Sarah Kunte

Workshop-Teilnehmende präsentieren ihre Rechercheergebnisse zur Biografie einer Hingerichteten in der multimedialen Lernumgebung • Sarah Kunte

# Die Strafgefangenenlager im Emsland als Prestigeprojekt der Justizverwaltung

David Reinicke



26 Die Strafgefangenenlager im Emsland bildeten bis 1937, als das KZ-System ausgebaut wurde, den größten zusammenhängenden Komplex von Zwangslagern im Dritten Reich für bis zu 5.500 Gefängnis- und Zuchthausgefangene. Die Justizbehörden wollten mit ihnen – in bewusster Konkurrenz zu den Konzentrationslagern der SS – modellhaft demonstrieren, wie eine weltanschauliche Verfolgung und der Anspruch einer ‚volksgemeinschaftlichen Generalprävention‘ im Rahmen der regulären Strafrechtsprechung umgesetzt werden konnten.<sup>1</sup>

Die Legitimation dieses Lagerprojekts basierte neben der besonders harten Form eines vorgeblich modernen Strafvollzugs auf dem umfassenden Einsatz der Häftlinge zur Zwangsarbeit in der Moorkultivierung. Gemäß der ‚Blut-und-Boden‘ Ideologie sollten den Planungen zufolge in einem großangelegten Siedlungsprojekt 2.000 neue Bauernstellen entstehen. Die von Gewalt, Schikane und Zwangsarbeit bestimmten Haftbedingun-

gen in diesen Lagern ähnelten vielfach denen in frühen Konzentrationslagern.

## Entstehung und Entwicklung der Emslandlager

Die ersten Lager im Emsland waren ab Juni 1933 als ‚staatliche Konzentrationslager‘ eingerichtet worden, in denen vor allem politische Gegner als Schutzhäftlinge inhaftiert wurden. Mit ihnen wollte Hermann Göring als Preußischer Ministerpräsident ein Lagersystem unter seiner eigenen Kontrolle errichten. Als die ursprünglichen SS-Wachmannschaften sich den Kontrollansprüchen des zuständigen Preußischen Innenministeriums widersetzen, wurden sie in einem beispiellosen Vorgang von Polizeieinheiten unter Gewaltandrohung abgelöst und im weiteren Verlauf durch SA-Einheiten ersetzt.<sup>2</sup>

Nachdem die Pläne für ein preußisches Lagersystem um den Jahreswechsel 1933/34 jedoch scheiterten und absehbar wurde, dass Göring die Kontrolle über diese Konzentrationslager an Heinrich Himmler würde abtreten müssen,

ließ er die Zuständigkeit für die Lager per Erlass an das Preußische Justizministerium übergehen. Lediglich das Lager Esterwegen blieb bis Ende 1936 weiterhin als Konzentrationslager bestehen – nun allerdings wieder unter SS-Führung und organisiert nach dem ‚Dachauer-Modell‘.<sup>3</sup>

Die Lager Börgermoor, Brual-Rhede, Neusustrum und Oberlangen wurden dagegen ab April 1934 als Strafgefangenenlager der Justizverwaltung genutzt und die bisherigen KZ-Häftlinge durch Strafgefangene aus regulären Vollzugsanstalten ersetzt. Die erst im Dezember 1933 eingesetzten SA-Wachmannschaften blieben jedoch weiter für die Bewachung zuständig und setzten ihre exzessive Gewaltpraxis gegenüber den Häftlingen nahezu ungehemmt fort.

1935 wurden mit Aschendorfermoor und Walchum zwei weitere Lager in Betrieb genommen, wodurch sich insgesamt eine Belegkapazität von 5.500 Häftlingen ergab. Im Gegensatz zu den Konzentrationslagern zu dieser Zeit waren die Strafgefangenenlager nahezu voll-

<sup>1</sup> Vgl. als detaillierten Überblick über die Entwicklung der emsländischen Konzentrations-, Strafgefangenen- und Kriegsgefangenenlager Habbo Knoch, Die Emslandlager 1933–1945, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 2: Frühe Lager, Dachau, Emslandlager, München 2005, S. 531-570.

<sup>2</sup> Vgl. Hans-Peter Klausch, Tätergeschichten. Die SS-Kommandanten der frühen Konzentrationslager im Emsland, Bremen 2005.

<sup>3</sup> Vgl. Johannes Tuchel, Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der „Inspektion der Konzentrationslager“ 1934–1938, Boppard 1991, S. 60-95.



ständig ausgelastet. Durch die Übernahme des Lagers Esterwegen und den Ausbau der bestehenden Standorte im Jahr 1937 stieg die maximale Belegungszahl auf 10.500 Strafgefangene an. Wenig später konnte sich die Justizverwaltung endgültig gegen den konkurrierenden Reichsarbeitsdienst (RAD) durchsetzen, der im südlichen Emsland ebenfalls Kultivierungsarbeiten durchführte und mehrfach versucht hatte, die Oberhoheit über das Kultivierungsprojekt zu erlangen.

Nach dem Abzug des RAD 1938 war eine nochmalige Erweiterung der Strafgefangenenlager auf eine Gesamtkapazität von 20.000 Strafgefangenen durch den Neubau acht weiterer Lager im südlichen Emsland geplant. Das Bauvorhaben geriet im Zuge der Kriegsvorbereitungen jedoch ins Stocken und nur ein Teil der Lager wurde bis 1939 mit Strafgefangenen belegt. Ab Kriegsbeginn wurden die neugebauten Lager und der bestehende Standort Oberlangen schließlich von der Wehrmacht als Kriegsgefangenenlager genutzt. Die anderen sechs Lagerstandorte blieben jedoch bis 1945 (und zum Teil darüber hinaus) Strafgefangenenlager.

#### Die Strafgefangenenlager als Prestige- projekt der Justizverwaltung

Für das Reichsjustizministerium (RJM), das im Zuge der Gleichschaltung im Juni 1934 die Lager übernommen hatte, boten die Strafgefangenenlager zunächst die Möglichkeit, die überbelegten regulären Haftanstalten zu entlasten und der grassierenden Gefangenearbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Schon bei der Einrichtung der Lager 1933 war ein Arbeitseinsatz der Häftlinge in der Moorkultivierung vorgesehen worden.

Eine Vielzahl von Akteuren, Reichs-, Bezirks- und Lokalbehörden – von der ‚Reichsstelle für Raumordnung‘ über die Bezirksregierung Osnabrück bis hin zu Teilen der emsländischen Bevölkerung – verband eigene Interessen mit dem Lagerprojekt. Als verantwortliche Trägerinstitution des Siedlungsprojekts konnte sich jedoch das RJM öffentlichkeitswirksam darstellen, sodass sich die emsländischen Strafgefangenenlager schnell zu einem Prestigeprojekt der Justizverwaltung entwickelten.

Zudem wurde den Lagern eine zentrale Rolle im nationalsozialistischen Strafvollzug zugemessen. Durch das Zusammen-

spiel aus gezielt harten Haftbedingungen und körperlich schwerer Zwangsarbeit konnten Vorstellungen von „Sühne“ und „Vergeltung“ als Grundlagen des neuen Strafverständnisses veranschaulicht werden. Dies erläuterte Rudolf Marx, Leiter der Unterabteilung Strafvollzug im RJM, in einem Aufsatz zu den Emslandlagern: „Das Problem des Strafvollzuges ist das Problem der Gefangenearbeit. Mit ihr steht und fällt der gesamte Strafvollzug. Mit der Einführung der zwangsweisen Erziehung durch Arbeit und zur Arbeit ist dem ehemals toten Körper der Freiheitsstrafe erst eine Seele eingehaucht worden. [...]“

Durch sie [die Gefangenearbeit, D.R.] wird der in der Strafe liegende Sühnedanke erst verwirklicht. Der Rechtsbrecher ist gezwungen, während Verbüßung seiner Strafzeit durch Hergabe seiner ganzen Arbeitskraft dem Volksganzen zu dienen.<sup>44</sup>

4 Rudolf Marx, Die Gefangenearbeit unter besonderer

Karte der Emslandlager 1933-39. • Bruno Brückner, Papenburg

Foto des Lagers Walchum, 1935. • Aktionskomitee DIZ Emslandlager e.V., Papenburg

Berücksichtigung der Urbarmachung von Ödländereien, in: Deutsches Strafrecht 2 (1935), S. 364-373, hier: 364.



28 Gleichzeitig stellte sich Marx zufolge der Strafvollzug „damit in den Dienst der nationalsozialistischen Aufbauarbeit. Es galt ein Gebiet gewaltigen Ausmaßes mit tunlichster Beschleunigung in Kultur zu bringen, um den Landhunger des Volkes zu stillen und neues Bauertum zu schaffen.“<sup>5</sup>

Insofern boten die Emslandlager der Justizverwaltung die Möglichkeit, ihre Vorstellungen eines ‚produktiven‘ Strafvollzugs im Dienste der ‚Volksgemeinschaft‘ modellhaft zu verdeutlichen. Dadurch besaßen die Strafgefangenenlager für das Justizministerium einen erheblichen Vorzeigewert. 1935 wurden die Teilnehmer des Internationalen Strafrechts- und Gefängniskongresses zu einer Besichtigungsfahrt ins Emsland eingeladen, bei der ihnen die Lager als mustergültige Haftanstalten präsentiert wurden. Ein Schweizer Gast beschrieb das Projekt anschließend als „großartig und staunenswert.“<sup>6</sup> Auch zu anderen Anlässen wurden die Strafgefangenenlager wiederholt von höheren Justizbe-

amten besichtigt; zudem wurde Gefängnispersonal von anderen Vollzugseinrichtungen regelmäßig zur ‚informativischen Beschäftigung‘ ins Emsland abgeordnet.

Gleichzeitig entwickelten die SA-Wachmannschaften unter ihrem Kommandeur Werner Schäfer, der mit der Übernahme der Lager durch die Justizverwaltung eigens von seinem vorherigen Posten als Kommandant des KZ Oranienburg abgeworben worden war, eigene Ambitionen zur Ausgestaltung des Lagerprojekts. Vor allem hoffte ein Teil der Wachleute, später selbst neugeschaffene Siedlerstellen zu übernehmen. Die Wachmannschaften, die sich selbst den Namen ‚Moor-SA‘ gaben, stellten sich daher öffentlich als ‚Pioniere‘ der Emslanderschließung dar. Rückendeckung erhielten sie dabei von der Obersten SA-Führung, für die die Strafgefangenenlager ebenfalls einen besonderen Prestigecharakter erlangten, da SA-Einheiten hier auch nach dem ‚Röhm-Putsch‘ noch staatliche Aufgaben wahrnahmen.

Die ausgedehnte öffentliche Repräsentation der ‚Moor-SA‘ lag wiederum, zumindest anfänglich, ganz im Interesse der Justizverwaltung. Durch sie wurden die

Lager auch anderen Besuchern – neben hochrangigen SA-Führern auch lokalen Honoratioren oder dem Osnabrücker Bischof Wilhelm Berning – als mustergültige Haftanstalten präsentiert.<sup>7</sup>

#### Lageralltag und Gewalt

Trotz dieser repräsentativen Funktion der Lager bestand innerhalb der Justizverwaltung kaum ein Interesse an der Ausgestaltung der Alltags und der Haftbedingungen in den Lagern, die dadurch nahezu vollständig den SA-Wachmannschaften überlassen blieb. Werner Schäfer verstand es zudem, die doppelte Zuständigkeit von Justiz und SA für die Wachmannschaften auszunutzen, um eine weitgehende Handlungsautonomie der ‚Moor-SA‘ zu erreichen.

Für die Häftlinge bedeutete dies, dass sie sich ohne nennenswerte Schutzmechanismen der Gewaltpraxis der SA-Wachmannschaften, die diese vielfach aus den frühen Konzentrationslagern

5 Ebd., S. 369.

6 Otto Kellerhals, Die Kongress-Studienreise, in: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht 39 (1935), S. 442-463, hier: 462.

7 Vgl. David Reinicke, Aufstieg durch Gemeinschaft. Sozialutopie und Gemeinschaftspraxis der SA-Wachmannschaften emsländischer Strafgefangenenlager 1934-1942, in: Ders. u.a. (Hg.), Gemeinschaft als Erfahrung. Kulturelle Inszenierung und soziale Praxis 1930-1960, Paderborn u.a. 2014, S. 129-155.



übernommen hatten, ausgesetzt sahen.<sup>8</sup> Bereits bei der Ankunft neuer Häftlingstransporte bildete die Gewalt ein wiederkehrendes ‚Begrüßungsritual‘:

„Als der Kommandoführer der Justizwachmannschaft uns an die Wachmannschaft der Moorlager übergeben hatte, stürzten diese Horden in die Waggonen und trieben die Strafgefangenen mit Karabinerkolben, Gummiknüppel und Hunden heraus. Im Laufschrift ging es auf die bereitstehenden Lastwagen. Die Gefangenen mußten während der Fahrt zum Lager in der Hocke unten bleiben. [...] Zur Warnung wurde unterwegs ein paarmal über die Köpfe hinweggeschossen.“<sup>9</sup>

Auch bei der Ankunft im Lager selbst „wurde das Zugangskommando mit Gummiknüppel und Hunden durch das Tor ins Lager getrieben.“<sup>10</sup>

8 Vgl. David Reinicke, „Erziehung fleißiger Staatsbürger für das 3. Reich“. Gewaltpraxis und Gruppendynamik der ‚Moor-SA‘, in: Dietmar von Reeken/Malte Thießen (Hg.), ‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn u.a. 2013, S. 275-289.

9 Paul Langer: Moorsoldat im Lager Aschendorfermoor, in: Hermann Bogdal, „Was ist wichtig?“ Das Leben des Kommunisten Paul Langer, Bremen 1997, S. 68-80, hier: 69.

10 Ebd.

Die entgrenzte Gewalt der SA-Männer war dabei ein zyklisches Phänomen, das den Häftlingen insbesondere in den ersten Wochen nach ihrer Einlieferung die Machtverhältnisse in den Lagern demonstrieren sollte. Auf den Arbeitsstellen im Moor wurden Gefangene geschlagen, schikaniert, in Wassergräben gestoßen, mussten stupide und unsinnige Aufgaben endlos wiederholen oder sich mit nassen Torfsoden auf dem Kopf in den Wind stellen. Nach der Rückkehr ins Lager wurden die Misshandlungen beim ‚Strafexerzieren‘ oder ‚Lagersport‘ oftmals fortgesetzt.

Nach einiger Zeit ebte diese entgrenzte Gewalt in der Regel zwar wieder ab, da die Arbeit für das Siedlungsprojekt zumindest in Ansätzen ökonomischen Effizienzanforderungen unterlag. Allerdings war sie ohnehin nur ein verschärfendes Element in einem „System von Belastungsfaktoren“.<sup>11</sup> Bei der körperlich anstrengenden Zwangsarbeit beim Grabenbau oder dem Umgraben entwässerter Moorflächen wurde aus ideologischen Gründen bewusst auf eine

11 Elke Suhr: Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefangenenlager 1933-1945, Bremen 1985, S. 80.

Unterstützung durch Maschinen verzichtet – auch wenn diese aus ökonomischer Sicht erforderlich gewesen wäre. Die tägliche Arbeitszeit lag je nach Jahreszeit bei acht bis zehn, ab Kriegsbeginn bei zwölf Stunden.

Die umfassende Unterversorgung in den Bereichen Ernährung, medizinische Versorgung und Hygiene trug zur körperlichen Auszehrung der Häftlinge in erheblichem Maß bei. Darauf abgestimmt waren weitere Schikanen der SA-Wachmannschaften wie Sonderappelle, nächtliche ‚Putz- und Flickstunden‘ oder der berüchtigte ‚Bettenbau‘, bei dem kleinste Ungenauigkeiten brutal bestraft wur-

Originalbeschriftung: „Marsch zur Arbeit“. Aus dem Fotoalbum eines Wachmanns. • Aktionskomitee DIZ Emslandlager e.V., Papenburg

Truhe für Reichsjustizminister Franz Gürtner anlässlich des Neubaus der acht südlichen Strafgefangenenlager 1938 • Aktionskomitee DIZ Emslandlager e.V., Papenburg

Werner Schäfer (ohne Kopfbedeckung) und SA-Wachmänner bei einem Aufmarsch in Papenburg 1935. • Privatbesitz Gertrud Sieg, Papenburg

Aus dem Wachmannschaftsbereich des Strafgefangenenlagers Esterwegen. • Aktionskomitee DIZ Emslandlager e.V., Papenburg

Originalbeschriftung: „SGLVI Oberlangen 1935-36, Antreten morgens vor dem Ausrücken zum Arbeitsdienst“. Aus dem Fotoalbum eines Wachmanns. • Privatbesitz Gertrud Sieg, Papenburg



30 den, durch die die nötigen Erholungspausen der Häftlinge verkürzt wurden. Daran lässt sich ein ‚erzieherischer‘ Anspruch ablesen, den sich die Wachmänner gegenüber den Häftlingen selbst zumaßen. Bis 1939 forderten Gewalt und Haftbedingungen mindestens 105 Todesopfer unter den Strafgefangenen.

#### Die Strafgefangenenlager als gezielte Form der Strafverschärfung

Das Justizministerium unternahm keine nennenswerten Versuche, die Gewalt der Wachmannschaften einzudämmen. Als Teil des Strafvollzugs gab es zwar auch in den Emslandlagern formal gesehen ein Beschwerderecht, doch selbst wenn Häftlinge diese Möglichkeit trotz des Drucks der Wachmannschaften nutzten, schlug die Justiz diese Verfahren schnell nieder: bei 45 Ermittlungsverfahren zwischen 1935 und 1937 wurde in keinem Fall auch nur Anklage erhoben. Anfang 1938 wurde ein Dienststrafverfahren gegen Werner Schäfer eröffnet, das aber vor allem machtpolitisch motiviert war. Schäfer überstand das Verfahren mit einem Verweis und sah sich anschließend vollständig rehabilitiert.

Die Innenbewachung der Lager wurde anschließend Justizbeamten aus regulären Haftanstalten übergeben, jedoch gelangten anschließend zahlreiche SA-Wachmänner auf diese Posten. Auch die Justizbeamten beteiligten sich schnell an der Gewalt gegen Häftlinge, sodass die alten Verhältnisse bald wiederhergestellt waren.

Die Justizverwaltung nutzte die harten Haftbedingungen in den Strafgefangenenlagern hingegen bewusst als „Maßnahme der ergänzenden Strafverschärfung“,<sup>12</sup> der gezielt bestimmte Häftlingsgruppen ausgesetzt wurden. So stieg ab Mitte 1935 der Anteil der zu Zuchthaus- und langjährigen Gefängnisstrafen Verurteilten bis 1939 kontinuierlich an. Durchschnittlich zehn Prozent der Gefangenen waren aus politischen Gründen – Hoch- oder Landesverrat, „systemfeindlichen Äußerungen“ oder dem illegalen Abhören von Radiosendern – verurteilt worden. Im Vergleich zu den Konzentrationslagern lag der Anteil der als homosexuell Verfolgten mit etwa 2,6 % deutlich höher; gleichzeitig waren unter diesen verhältnismäßig viele ‚Ersttäter‘, die durch

12 Knoch, Emslandlager, S. 547.

den harten Lagervollzug ‚umzogen‘ werden sollten. Im März 1939 wurde im Lager Esterwegen eine eigene Abteilung für 1.100 Sicherungsverwahrte eingerichtet, deren Einsatz bei der ‚Ehrenaufgabe‘ der Moorkultivierung noch zwei Jahre zuvor ausgeschlossen worden war.<sup>13</sup> Im September 1942 wurden die Häftlinge dieser Kategorie an das KZ Neuengamme überstellt und der ‚Vernichtung durch Arbeit‘ preisgegeben.<sup>14</sup>

#### Die Strafgefangenenlager im Zweiten Weltkrieg

Die Idee, bestimmte Gefangenengruppen durch die Haft in den Emslandlagern einer besonders harten Form des Strafvollzugs auszusetzen, wurde auch nach Beginn des Zweiten Weltkriegs fortgesetzt. Dies bezog sich vor allem auf verurteilte Wehrmachtssoldaten, zu denen

13 Vgl. Erich Kosthorst/Bernd Walter (Hg.): Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland. Dokumentation und Analyse zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz, Bd. 1, Düsseldorf 1983, S. 1285-1315 (im Folgenden zitiert als KW).

14 Schon seit Ende der 1930er Jahre kam es zwischen Justiz- und Polizeibehörden zunehmend zu Kompromissen und Kooperation. Vgl. Nikolaus Wachsmann: Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat, München 2006, S. 167-194.





das RJM schon am 1. November 1939 bestimmte: „Jeder Strafgefangene der Justiz, der auf Grund wehrmachtgerichtlichen Urteils wehrunwürdig geworden ist, ist sofort dem Strafgefangenenlager Esterwegen im Emsland zu überweisen“.<sup>15</sup> Die Militärstrafgefangenen, die bald auch in den anderen Emslandlagern untergebracht wurden, bildeten spätestens ab 1943 die größte Häftlingsgruppe. Als zusätzliche Verschärfung galt ab Juni 1940 für sie, dass ihre eigentliche Strafzeit erst nach dem Krieg beginnen sollte. Diese Verlängerung der Haftzeit, die auch für „zivile Kriegstäter“ galt, konnte nur über ‚Frontbewährung‘ aufgehoben werden.<sup>16</sup>

Ab Mai 1943 wurden zudem 2696 „Nacht- und Nebel“-Gefangene aus Belgien und Frankreich in die Lager Börgermoor und Esterwegen verbracht. Dort wurden nahezu 500 Sondergerichtsprozesse durchgeführt, in denen 165 dieser Gefangenen zum Tod verurteilt wurden.<sup>17</sup> Weitere

<sup>15</sup> Reichsjustizminister an die Generalstaatsanwälte, 1.11.1939, in: KW II, S. 1316.

<sup>16</sup> Vgl. Frank Bührmann-Peters: Ziviler Strafvollzug für die Wehrmacht. Militärgerichtlich Verurteilte in den Emslandlagern 1939–1945, Diss. Osnabrück 2002.

<sup>17</sup> Diese Todesurteile wurden überwiegend in den Strafgefängnissen Wolfenbüttel und Hamm vollstreckt.

76 Todesfälle wurden vom Standesamt Esterwegen registriert. Im Frühjahr 1944 wurden die NN-Gefangenen aus dem Emsland in schlesische Haftanstalten verlegt, bevor sie im September schließlich an Konzentrationslager überstellt wurden.

Während die NN-Gefangenen bewusst von anderen Häftlingsgruppen isoliert und nur innerhalb ihrer Lagerbereiche zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, machte sich für die übrigen Gefangenen die Umstellung des Arbeitseinsatzes auf die Anforderungen der Kriegswirtschaft deutlich bemerkbar. Schon in den letzten Vorkriegsjahren waren Strafgefangene zu Erntearbeiten herangezogen worden. Nach Kriegsbeginn wuchs die Zahl der in der Landwirtschaft eingesetzten Strafgefangenen deutlich an; später wurden Häftlinge zunehmend auch in der kriegswichtigen Torfindustrie und den wenigen Rüstungsbetrieben der Region eingesetzt. Parallel verlor das Siedlungsprojekt aufgrund der in den eroberten Gebieten einsetzenden ‚Ostraumplanung‘ an Bedeutung. Die Neukultivierung von Moorgebieten wurde 1941 eingestellt und nur die bereits kultivierten Flächen weiter bewirtschaftet.

Ein Großteil der SA-Wachmänner wurde bereits in den ersten beiden Kriegsjahren zur Wehrmacht eingezogen und durch meist ältere Notdienstverpflichtete ersetzt, die den ideologischen Hintergrund der SA-Männer kaum noch teilten. Umgekehrt kam nun den Funktionshäftlingen eine größere Bedeutung zu, wie der wehrmachtgerichtlich Verurteilte Hans Frese beschreibt:

„Ist der Stubenälteste ein guter Mensch, kann man auch Erholung finden. Aber in den meisten Fällen ist er eine Bestie. [...] Bei grausiger Kälte treibt er die Leute vor die Baracken und lässt sie dort unnützlich stehen. Jeden Morgen sind im Waschraum Schemel zu schrubben, die überhaupt nicht schmutzig sind. Seine Freunde haben alles, wir nichts.“<sup>18</sup>

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs wurde die Arbeitskraft der Strafgefangenen immer rücksichtsloser ausgenutzt. Ab 1943 wurden Häftlinge vermehrt zur Beseitigung von Bombenschäden eingesetzt – eine aufgrund von Blindgängern und weiteren Angriffen gefährliche Arbeit. Ende des gleichen Jahres entstanden in den Lagern Brual-Rhede und Esterwegen Betriebe der Firma Klatte zur Fertigung von Flugzeugteilen. Über die dortigen Arbeitsbedingungen berichtete der Strafgefangene Paul Groß: „Die Gasluft bei Klatte brachte den Gefangenen in kurzer Zeit dermaßen herunter, dass Krankheiten schwerster Art unausbleiblich waren.“<sup>19</sup>

Zu der Entkräftung durch die Zwangsarbeit kam für die Häftlinge eine völlig unzureichende Ernährung während der gesamten Kriegszeit hinzu. Zwischen 1940 und 1945 starben in den Emslandlagern mindestens 1.481 Strafgefangene, überwiegend durch Krankheit, Hunger und Entkräftung. Der schonungslose Arbeitseinsatz im Krieg forderte damit etwa 14 Mal so viele Opfer wie in der Vorkriegszeit.

<sup>18</sup> Hans Frese: Bremsklötze am Siegeswagen der Nation. Erinnerungen eines Deserteurs an Militärgefängnisse, Zuchthäuser und Moorlager in den Jahren 1941–1945, Bremen 1989, S. 59.

<sup>19</sup> Zit.n. Kurt Buck, Lageralltag und Zwangsarbeit, in: Bernd Faulenbach/Andrea Kaltfofen (Hg.), Hölle im Moor. Die Emslandlager 1933–1945, Göttingen 2017, S. 99–112, hier S. 111.

Erinnerungsbericht des ehemaligen NN-Gefangenen Edouard Froidure von 1945. • Aktionskomitee DIZ Emslandlager e.V., Papenburg

„Grabender Moorsoldat“. Bleistiftzeichnung von Ernst Walsken aus dem Strafgefangenenlager Aschendorfermoor und Esterwegen 1937–39. • Aktionskomitee DIZ Emslandlager e.V., Papenburg

„Am Tisch (verelendet)“. Bleistiftzeichnung von Ernst Walsken 1937–39. • Aktionskomitee DIZ Emslandlager e.V., Papenburg



Stiftung

# Bericht des Geschäftsführers

Jens-Christian Wagner



• Helge Krückeberg, Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Begrüßungsrede des Geschäftsführers anlässlich der Eröffnung des Dokumentationszentrums der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel, 17. November 2019



• Helge Krückeberg, Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Juristen im Nationalsozialismus. Biografien in der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

34 2019 war für die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten ein gleichermaßen erfolgreiches wie schwieriges Jahr. Schwierig, weil es insbesondere in der Verwaltung der Stiftung bedingt durch längere Krankheiten und das Ausscheiden von an Schlüsselpositionen beschäftigten Kolleg\_innen, aber auch wegen neuer Projekte und zusätzlicher Aufgaben erhebliche Personalengpässe gab und gibt. Vakante Stellen konnten aufgrund der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht besetzt werden – mit dem Ergebnis, dass auf die verbliebenen Mitarbeiter\_innen zusätzliche Aufgaben verteilt werden mussten. Für ihr großes Engagement möchte ich den betroffenen Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich danken! Auf Dauer wird dieser Notfallmodus aber trotz allen Engagements und trotz aller Überstunden nicht durchzuhalten sein.

In der Öffentlichkeit werden diese Schwierigkeiten kaum bemerkt worden sein. Stattdessen machte die Stiftung vor allem durch positive Nachrichten von sich reden: So wurden allein drei neue Ausstellungen eröffnet – eine zur Geschichte des Truppenübungsplatzes Bergen und der Wehrmacht im neuen

Lernort M.B. 89 in der Niedersachsen-Kaserne, eine weitere zur Biographie von Shaul Ladany, der Bergen-Belsen und das Olympia-Attentat 1972 in München überlebte, und schließlich die umfangreiche neue Dauerausstellung „Recht, Verbrechen, Folgen“ im neu errichteten Dokumentationszentrum der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. Hinzu kommt unsere Wanderausstellung „Kinder im KZ Bergen-Belsen“, die – ergänzt um umfangreiche Begleitprogramme – sehr erfolgreich in der Gedenkstätte Ravensbrück, in St. Gallen in der Schweiz und in Perl im Saarland gezeigt wurde. Außerdem gab es etliche Publikationen, mehrere tausend teils in Tages- und Mehrtagesformaten intensiv betreute Besuchergruppen, Lesungen, Musik- und Theaterveranstaltungen, Seminare und Tagungen, Multiplikator\_innenschulungen, zahlreiche Betreuungen von Überlebenden und Angehörigen, Gedenkveranstaltungen und vieles mehr.

Ein wichtiges Standbein der Stiftung ist die Förderung der nicht in Trägerschaft der Stiftung befindlichen Gedenkstätten in Niedersachsen. Was in den Gedenkstätten zwischen Esterwegen im Westen und Braunschweig im Osten,

zwischen Sandbostel im Norden und Moringen im Süden Niedersachsens geleistet wird, ist vorbildlich. Vieles davon geschieht ehrenamtlich, aber dennoch auf hohem professionellem Niveau. Erfreulicherweise hat das Land Niedersachsen die 2014 ursprünglich auf fünf Jahre befristete Bau- und Investitionshilfe für die niedersächsischen Gedenkstätten fortgeschrieben, so dass auch weiterhin nicht nur drängende Sanierungs- und Erneuerungsarbeiten in den bestehenden Gedenkstätten (etwa in Bergen-Belsen) vorgenommen, sondern auch Neugestaltungsprojekte in Angriff genommen werden können – teils in Kofinanzierung durch den Bund. Auf Hochtouren laufen etwa die Arbeiten an der neuen Dauerausstellung in den Gedenkstätten Gestapokeller und Ohrbeck in Osnabrück, die im April 2020 eröffnet wird.

Eine zusätzliche Unterstützung erfahren die Gedenkstätten in Niedersachsen mit der Förderung durch die Klosterkammer Hannover, die für einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt 1 Million EUR für die Finanzierung von Bildungsprojekten zur Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Folgen zur Verfügung stellt. Damit, wie mit der gegenüber



• Stephanie Billib, Gedenkstätte Bergen-Belsen

Die digitale Konstruktion, die Teil der Ausstellung im Gebäude M.B. 89 der Niedersachsen-Kaserne ist, bietet einen Überblick über die Kaserne und ihre Nutzung zu verschiedenen Zeiten. Somit kann sich der Besuchende diesen historischen Ort erschließen, der als militärischer Sicherheitsbereich nicht zugänglich ist.



• Andrea Hoffmann, Schlosstheater Celle

Auftaktveranstaltung zur „Celler Erklärung der Vielen“ im Schlosstheater, mit der sich zahlreiche Kultureinrichtungen der deutschlandweiten Kampagne gegen rechtspopulistische Angriffe auf das kulturelle Leben angeschlossen haben.

2016 seitens des Landes vervierfachten Summe für die Förderung von Gedenkstättenfahrten, sind die finanziellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsarbeit in den Gedenkstätten in den kommenden Jahren gegeben – auch mittels neuer, innovativer Formate. Hier spielt insbesondere die Digitalisierung der Gedenkstätten didaktik eine wichtige Rolle. Auch mit Blick darauf wurden in der Gedenkstätte Bergen-Belsen innerhalb der Abteilung Bildung und Begegnung neue Kolleg\_innen eingestellt. Sie sollen das Betreuungsangebot für Gruppen inhaltlich und methodisch erweitern. Zudem sollen sie den neuen Lernort M.B. 89 in der benachbarten Niedersachsen-Kaserne in die Bildungsangebote der Gedenkstätte integrieren.

Der Höhepunkt der Stiftungsarbeit im Jahr 2019 war sicherlich die Eröffnung des Dokumentationszentrums in Wolfenbüttel. Die positive Resonanz auf den Neubau wie auch auf die Ausstellung, an der das Team um Gedenkstättenleiterin Martina Staats fünf Jahre gearbeitet hat, ist uns Ansporn und Ermutigung zugleich, den eingeschlagenen Weg nicht nur in Wolfenbüttel, sondern in allen Bereichen der Stiftungsarbeit fortzusetzen

– d.h., neben der Würdigung der Opfer die Perspektive unserer historisch-politischen Bildungsarbeit deutlicher als früher auf die Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus sowie auf die Täter\_innen, Mittäter\_innen, Zuschauer\_innen und Profiteure zu lenken sowie nach den Kontinuitäten und Brüchen nach 1945 zu fragen. Gerade die Abschnitte zur Justizgeschichte der jungen Bundesrepublik sowie zur Geschichte der Gedenkstätte stoßen auf besonderes Interesse der Besucher\_innen in der neuen Dauerausstellung in Wolfenbüttel.

Der Perspektivwechsel in Richtung Tätergesellschaft und Nachkriegszeit erlaubt es, wissenschaftlich und nach allen Regeln der Quellenkritik aus der Geschichte herausgearbeitet Aktualitätsbezüge herzustellen und Fragen auch an die Gegenwart zu stellen – eine Aufgabe, die angesichts der zunehmenden Angriffe auf die Gedenkstättenarbeit von rechts sowie des Erstarkens von Rassismus, Antisemitismus, Holocaust-Leugnung und Nationalismus nicht nur in Deutschland, sondern fast überall auf der Welt, eine ganz neue Relevanz erhalten hat. Der Mord am CDU-Politiker Walter Lübcke, die Morde und das versuchte At-

tentat auf die Synagoge in Halle, das rassistisch motivierte Attentat von Hanau und die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien berühren die Gedenkstättenarbeit in ihrem Kern. Es liegt an uns, der Hetze und den geschichtsrevisionistischen Provokationen eine fachlich und ethisch begründete Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Nachwirkungen des Nationalsozialismus entgegenzusetzen. Es geht darum, historisches Urteilsvermögen in der Gesellschaft zu stärken und diese zu befähigen, auf komplexe Gegenwartsfragen fundierte und der Humanität sowie den Menschenrechten verpflichtete Antworten zu finden.

# Der Haushalt der Stiftung

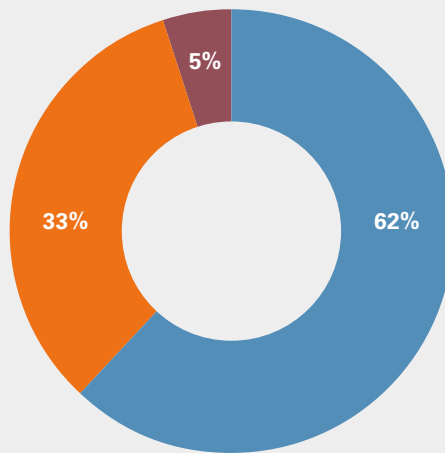
Der Haushalt der Stiftung speiste sich 2019 im Wesentlichen aus fünf Quellen: der institutionellen Finanzhilfe des Landes (3,72 Mio. EUR für die Stiftung und die Gedenkstätte Bergen-Belsen) und der institutionellen Zuwendung des Bundes durch die Beauftragte für Kultur und Medien (BKM) in Höhe von 1,21 Mio. EUR

nur für die Gedenkstätte Bergen-Belsen, Projektmitteln für befristete Drittmittelprojekte (0,52 Mio. EUR) und Bau- und Investitionsmittel des Landes (1 Mio. EUR). Hinzu kamen Einnahmen aus dem Buchverkauf, Gebühren für Gruppenbetreuungen und Spenden.

## Finanzmittel der Gedenkstätte Bergen-Belsen 2019

Insgesamt 3.624.332,08 €

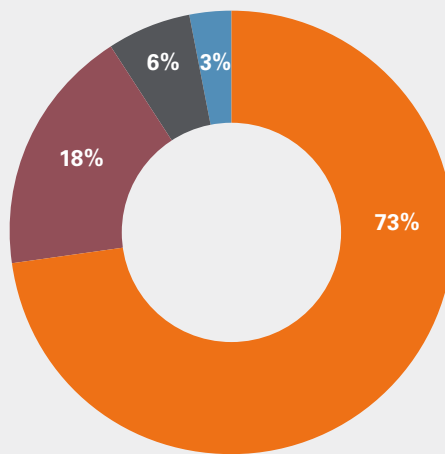
- Land Niedersachsen
- Institutionelle Förderung BKM
- Sonstige Einnahmen



## 36 Projektmittel 2019

Insgesamt 521.118,33 €

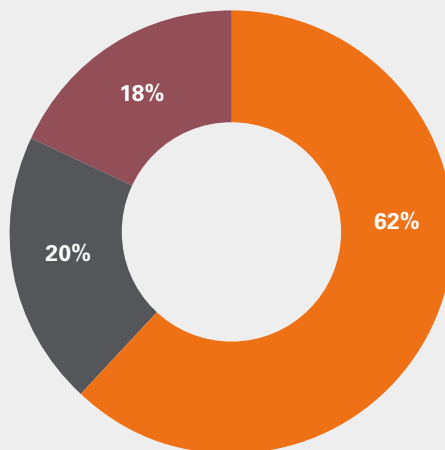
- Bund
- Sonstige
- EU
- Land



## Bau- und Investitionsmittel 2019 für die Gedenkstätte Bergen-Belsen und weitere Gedenkstätten

Insgesamt 1.000.000 €

- Gedenkstätte Bergen-Belsen
- Übertrag 2020
- Weitere Gedenkstätten



## Januar

17. Januar: Pressekonferenz zum Abschluss des Projektes „§ 175 StGB – 20 Jahre legitimes Unrecht in der Bundesrepublik am Beispiel des Strafvollzugs in Wolfenbüttel“ mit Vorstellung der Publikation „Ein Mann, der mit einem anderen Mann Unzucht betreibt [...] wird mit Gefängnis bestraft“. Neben der Projektmitarbeiterin Maria Bormuth sprachen die Niedersächsische Sozialministerin Dr. Carola Reimann, Dr. Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, Hans Hengelein, Referent für LSBTTI & Aids-Koordinator im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Gedenkstättenleiterin Martina Staats und Thomas Wilde, Geschäftsführer des Queeren Netzwerkes Niedersachsen.



Die wissenschaftliche Projektmitarbeiterin Maria Bormuth mit der Publikation  
• Sarah Kunte

## März

14. März: Das Projekt „Kompetent gegen Antiziganismus“ organisierte gemeinsam mit Hannover 96, dem Fanprojekt Hannover und dem Arbeitskreis „96-Fans gegen Rassismus“ eine Abendveranstaltung mit dem Titel „Kriminalpolizist und DFB-Präsident. Felix Linnemann und der Genozid an den Sinti und Roma“. Dr. Hans-Dieter Schmid beleuchtete in seinem Vortrag die Kriminalpolizeileitstelle Hannover als einen zentralen Akteur des stufenweisen Entrechtungsprozesses, der im Genozid an den Sinti und Roma kulminierte. Im Anschluss stellte Dr. Hubert Dwertmann den biographischen Werdegang Felix Linnemanns und den Umgang mit seiner Person nach 1945 bis in die Gegenwart dar.



Dr. Hubert Dwertmann referiert über den biographischen Werdegang Felix Linnemanns und den Umgang mit seiner Person nach 1945 bis in die Gegenwart  
• Michael Pechel

17. März: Eröffnung der Sonderausstellung „Die Exodus-Affäre. Schleswig-Holstein und die Gründung Israels“ des Jüdischen Museums Rendsburg mit einem Einführungsvortrag von Dr. Carsten Fleischhauer. Die Ausstellung wurde in der Gedenkstätte Bergen-Belsen bis zum 26. Mai gezeigt.

## April

1. April: Sitzung der Internationalen Expertenkommission zur Neugestaltung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel, die sich auch über die aktuellen Entwicklungen auf der Baustelle informierte.



Mitglieder der Internationalen Expertenkommission und die Mitarbeiter\_innen des Neugestaltungsprojekts im Neubau • Sarah Kunte

14. April: Familientreffen für Angehörige von während der NS-Zeit im Strafgefängnis Wolfenbüttel Inhaftierten und Hingerichteten. Vor der Gedenkfeier im ehemaligen Hinrichtungsgebäude trafen sich die Angehörigen zunächst mit den Mitarbeiter\_innen der Gedenkstätte, um sich beim gemeinsamen Frühstück untereinander auszutauschen und über die Arbeit zu informieren.



Traditionelles Frühstück mit den Familienangehörigen • Sarah Kunte

15. April: Buchvorstellung „Menschen in Bergen-Belsen. Biographische Skizzen zu Häftlingen des Konzentrationslagers“ in der Gottfried-Wilhelm-Leibniz Bibliothek in Hannover. Die Herausgeber Dr. Thomas Rahe und Dr. Jens-Christian Wagner stellten gemeinsam mit einer der Mitautor\_innen, Dr. Monika Gödecke, beispielhaft drei Häftlingsbiographien vor.



Thedel von Wallmoden, Geschäftsführer des Wallstein Verlages, Göttingen, bei seiner Begrüßung zur Buchpräsentation • Jens Binner

16. April: Gedenkgottesdienst „Gegen das Vergessen“ in der St.-Petrus-Kirche in Wolfenbüttel. Kooperationsveranstaltung der Gedenkstätte mit der Kolpingfamilie, Amnesty International und der Pfarrgemeinde St. Petrus. Erstmals stand in diesem Jahr keine spezielle Opfergruppe im Mittelpunkt, sondern das Schicksal der Angehörigen von während der NS-Zeit im Strafgefängnis Wolfenbüttel Inhaftierten und Hingerichteten.

28. April: Gedenkfeier zum 74. Jahrestag der Befreiung in der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Nachmittags fand die Übergabe des Gebäudes M.B. 89 in der Niedersachsen-Kaserne durch Dr. Peter Tauber, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, an die Gedenkstätte Bergen-Belsen sowie die Eröffnung der Ausstellung „Aufrüstung, Krieg und Verbrechen. Die Wehrmacht und die Kaserne Bergen-Hohne 1935–1945“ statt.



Ansprache von Michael Gelber bei der Gedenkveranstaltung der AG Bergen-Belsen an der Rampe • Martin Bein





Dr. Peter Tauber bei seiner Ansprache am Obelisk  
• Martin Bein



Ansprache von Dr. Zsuzsa Misur, Mitglied des Stiftungsbeirates, Überlebende des KZ Bergen-Belsen  
• Jesco Denzel



Ansprache von Andreas Ehresmann, Leiter der Gedenkstätte Lager Sandbostel, bei der Kranzniederlegung auf dem Kriegsgefangenenfriedhof Bergen-Belsen  
• Jesco Denzel

## Mai

30. April bis 6. Mai: In dieser Woche kamen Studierende aus Niedersachsen und Perm zum zweiten Teil des Begegnungsprogramms „Erinnerungskulturen im deutsch-russischen Vergleich“ zusammen. Die Teilnehmenden besuchten die Gedenkstätte Bergen-Belsen, wobei ein Schwerpunkt auf dem Thema sowjetische Kriegsgefangene lag, und stellten sich unterschiedliche Orte des Erinnerens in beiden Ländern vor. Außerdem traf sich die Gruppe zum Gespräch mit der niedersächsischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Birgit Honé.



Gruppenbild der Teilnehmer\_innen des deutsch-russischen Begegnungsprogramms mit der niedersächsischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Birgit Honé  
• Daniel Tonn



Die niedersächsische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Birgit Honé, im Gespräch mit Teilnehmer\_innen des deutsch-russischen Begegnungsprogramms  
• Daniel Tonn

30. April/1. Mai: Besuch einer Gruppe des „Vriendenkring Neuingamme“, die neben den historischen Orten des ehemaligen Strafgefängnisses Wolfenbüttel (Foto) auch den ehemaligen Schießplatz der Wehrmacht in der Buchhorst in Braunschweig besichtigten.



Gedenkstättenleiterin Martina Staats (re.) erläuterte in einer ehemaligen Gemeinschaftszelle die Kontinuitäten in Justiz und Strafvollzug zwischen der NS-Zeit und der frühen Bundesrepublik • Sarah Kunte

16. und 17. Mai: Internationaler Workshop „Staging History: Archives, Objects and Architecture“, eine Kooperation der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel mit der Université libre de Bruxelles, den State archives of Belgium und der Philipps-Universität Marburg.



Ankündigung des Workshops (Zuschnitt) • Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

5. Mai: Gespielte Erinnerungen von Fanny Heymann „Liebe Mutti, ich möchte mit Dir sprechen.“ In der Malerei hat die als Kind im KZ Bergen-Belsen Inhaftierte, deren Eltern beide in Bergen-Belsen starben, ein Medium zur Verarbeitung und Erforschung ihrer Familiengeschichte gefunden. Anhand ihrer Gemälde stellte sie ihre Lebensgeschichte in besonderer Weise dar: sie befand sich imaginär in ihrem Atelier und malte u.a. ihre Mutter, sprach mit ihr und spielte abwechselnd verschiedene prägnante Episoden aus der Familiengeschichte.



Fanny Heymann inmitten ihrer Bilder • Tessa Bouwman

22. Mai: Die Stadt Bergen und die Gedenkstätte Bergen-Belsen haben Interessierte zu einer Talkshow eingeladen. Unter dem Titel „Wo ist mein Platz? – Kinderrechte in Bergen“ diskutierten Rainer Prokop (Bürgermeister der Stadt Bergen), Dr. Jens-Christian Wagner (Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen), Bianca Höltje (Schulleiterin der Eugen-Naumann-Schule Bergen), Bernd Mill (Stadtjugendpfleger, Jugendfreizeitstätte Bergwerk und Aspik), Emily Böker (Jugendforum Bergen) und Axel Stahlmann (Pastor in der St. Lamberti Kirchengemeinde Bergen) miteinander. Zusätzlich präsentierten Schüler\_innen der Hinrich-Wolff- und der Eugen-Naumann-Schule ein Video- und ein Kunstprojekt.



Talkshow „Wo ist mein Platz? – Kinderrechte in Bergen“ • Leyla Ferman

16. Mai: Die Abteilung Gedenkstättenförderung Niedersachsen führte in Schwanewede einen Workshop zum Thema „Erschließung der Rüstungslandschaft Farge/Schwanewede für die historisch-politische Bildungsarbeit“ mit Vertreter\_innen der Heimatfreunde Neuenkirchen e. V., des Geschichtslehrpfads Lagerstraße/U-Boot-Bunker Valentin e. V., der Internationalen Friedensschule Bremen und des Denkkorts Bunker Valentin durch.

## Juni

**Juni:** Die Freiwilligen der Gedenkstätte, Anton Brüggeboes und Levy Lüdecke, führen als eigenständiges Projekt einen Workshop mit anschließender Zeitzeugenbegegnung mit Teilnehmenden einer 6. und 7. Klasse der Anne-Frank-Oberschule Bergen durch. Nach einer Auseinandersetzung mit eigenen Ausgrenzungserfahrungen, aber auch eigenen Vorurteilen, erarbeiteten sich die Teilnehmenden bei einem Besuch in der Gedenkstätte selbst den geschichtlichen Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus und im Speziellen zur Biographie des Zeitzeugen Gerd Klestadt, der als Kind im KZ Bergen-Belsen war. Die Teilnehmenden stellten Herrn Klestadt ihre im Vorfeld entwickelten Fragen zu seiner Lebensgeschichte, aber auch zu aktuellen Themen, wie der Ausgrenzung von geflüchteten Menschen. Im Anschluss entwickelte sich eine angeregte Diskussion über diverse Ausgrenzungserfahrungen in Geschichte und Gegenwart.

**23. Juni:** Busexkursion zu den Kriegsgefangenenfriedhöfen Bergen-Belsen, Fallingbostal-Oerbke und Wietzendorf mit thematischen Führungen an den jeweiligen Orten.

## Juli

**22. Juli:** Die Geschäftsführerin der Curt Mast Jägermeisterstiftung Manja Puschnerus besuchte die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. Nach einer Besichtigung der historischen Orte und der multimedialen Lernumgebung (Foto) erläuterte ihr Gedenkstättenleiterin Martina Staats aktuelle und geplante Projekte.

## August

**3. bis 14. August:** In der Bergen-Belsen International Summer School beschäftigten sich 20 internationale Masterstudierende, Doktorand\_innen und Berufseinsteiger\_innen verschiedener Fachrichtungen mit transnationaler Erinnerung. Das Programm umfasste neben Vorlesungen, Workshops und Führungen auch eine Exkursion nach Hamburg, wo die Teilnehmenden den neuen Gedenkort „denk.mal Hannoverscher Bahnhof“ besuchten.



Die Teilnehmer\_innen der Summer School 2019 mit Mitarbeiter\_innen der Gedenkstätte Bergen-Belsen • Sabine Thubauville

**14. bis 15. August:** Im Rahmen einer durch die EU-Delegation in Russland sowie Memorial International organisierten Studienreise besuchten 10 Geschichtslehrer\_innen aus verschiedenen Teilen Russlands die Gedenkstätte Bergen-Belsen und den Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten. Am zweiten Tag hospitierten die Teilnehmenden am Hermann-Billing-Gymnasium Celle, um sich einen Eindruck vom deutschen Schulunterricht zu verschaffen.



Besuch russischer Geschichtslehrer\_innen in der Gedenkstätte Bergen-Belsen im August 2019 • Daniel Tonn

**21. August:** Der in Wolfenbüttel lebende Künstler Prof. Peter Tuma überlässt der Gedenkstätte fünf seiner Zeichnungen als Schenkung. In den Werken, die 1991 im Rahmen der Ausstellung „KÖPFE/ Dunkle Zeichen“ entstanden waren, verarbeitete er seine Betroffenheit über das Geschehen im Strafgefängnis Wolfenbüttel während der NS-Zeit.



Martina Staats und Prof. Peter Tuma bei der Übergabe der Zeichnungen • Sarah Kunte

**23. August:** Besuch des Landesbischofs der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig Dr. Christoph Meyns in der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. Gemeinsam mit Konstantin Dedekind, evangelischer Pfarrer der Justizvollzugsanstalt, besichtigte er das ehemalige Hinrichtungsgelände und ließ sich anschließend verschiedene Konzepte und Methoden der pädagogischen Arbeit vorstellen.

24. August: Die Gedenkstätte Bergen-Belsen organisierte gemeinsam mit dem Jugendforum Bergen und der Stadt Bergen das erste „Festival der Vielfalt“. Unter dem Motto „Ja zu Vielfalt, Respekt und Toleranz, Nein zu Rassismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ konnten die Teilnehmer\_innen an fünf Informationsständen miteinander ins Gespräch zu kommen.



Plakat vom „Festival der Vielfalt“ • Leyla Ferman

29. August: 9. niedersachsenweite Tagung der Abteilung Gedenkstättenförderung Niedersachsen zum Thema „Friedhöfe als Gedenk- und Lernorte“ in Hannover mit 70 Teilnehmer\_innen.

## 42 September

2. September: Bereits zum zweiten Mal konnte in Kooperation mit der Buchhandlung Behr in Wolfenbüttel eine Lesung aus Jean-Luc Bellangers: „'Feindbegünstigung'. Als politischer Häftling im Strafgefängnis Wolfenbüttel“ stattfinden. Auszüge wurden von dem Schauspieler Jürgen Beck-Rebholz vortragen.

5. September: Eröffnung der Ausstellung „Zweifach überlebt. Die Geschichte des israelischen Sportlers Shaul Ladany“. Die Ausstellung wurde in der Gedenkstätte Bergen-Belsen bis zum 20. Dezember gezeigt.

12. September: Fortbildungsfahrt für die Mitarbeiter\_innen der Stiftung. Auf dem Programm standen der Besuch des Lernorts „Ehemalige Synagoge“ in Stadthagen sowie ein Rundgang zu Orten der NS-Zeit in Bückeburg.



Andreas Kraus, erster Vorsitzender des Trägervereins, informierte über die Bildungsarbeit und Projekte des Lernorts „Ehemalige Synagoge Stadthagen“ • Daniel Tonn

19. September: Workshop in Hannover zum Umgang mit rechten, rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppen und/oder Äußerungen in Bildungsveranstaltungen in Gedenkstätten, organisiert von der Abteilung Bildung und Begegnung der Gedenkstätte Bergen-Belsen, der Abteilung Gedenkstättenförderung Niedersachsen und der Interessengemeinschaft der niedersächsischen Gedenkstätten und Initiativen zur Erinnerung an die NS-Verbrechen. 35 Teilnehmende aus mehreren niedersächsischen Gedenkstätten tauschten ihre Erfahrungen aus, formulierten Bedarfe und diskutierten Konsequenzen für die weitere Arbeit.

## Oktober

7. bis 10. Oktober: In Kooperation mit der Jugendfreizeitstätte Bergwerk der Stadt Bergen und gefördert vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fanden sich unter dem Motto „Demokratie und Kunst“ 15 Jugendliche im Alter zwischen 13 und 21 Jahren zusammen, um gemeinsam zu schmieden, zu töpfeln und zu malen. Die Auseinandersetzung mit der Lagergeschichte Bergen-Belsens war der Ausgangspunkt, um über das demokratische Zusammenleben künstlerisch zu reflektieren. Bei einer Vernissage präsentierten die Jugendlichen ihre Kunstwerke im Stadthaus Bergen der Öffentlichkeit.



Kunsttage im Bergwerk. Demokratie und Kunst, Teilnehmende schmieden eine Rose • Brigita Malenica

8. Oktober: Als eine Station des Fotoworkshops „Remember. Eine künstlerische Auseinandersetzung mit Denkmälern und Erinnerungsorten“ der Bundesakademie für kulturelle Bildung lud die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel die Teilnehmenden ein, Aufnahmen an den historischen Orten anzufertigen.



Ein Workshop-Teilnehmer im Flur des ehemaligen Hinrichtungsgebäudes  
• Sarah Kunte

20. Oktober: Aus Anlass des 80. Jahrestages der sogenannten Kindertransporte berichtete der Zeitzeuge Keith Stuart im Berger Stadthaus aus seinem Leben. Geboren als Kurt Schönewetter in einer jüdischen Familie in Berlin kam der heute 94-Jährige 1939 mit einem Kindertransport nach England. Im Krieg kämpfte er in der britischen Armee und arbeitete später für die britischen Besatzungsbehörden. Dr. Thomas Rahe führte in das Thema der Rettung jüdischer Kinder ein; Diana Gring stellte die Biografie von Keith Stuart vor und moderierte das Gespräch.



Keith Stuart und Diana Gring im Gespräch auf der Bühne des Stadthauses in Bergen  
• Wilfried Reck

## November

1. November: Besuch der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) in der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Der Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Dr. Jens-Christian Wagner, und weitere Mitarbeiter\_innen informierten Frau Roth bei einem Gang durch die Dauerausstellung und über das ehemalige Lagergelände über Ort und Projekt KogA. Am Obelisk legte Claudia Roth einen Kranz nieder.



Kranzniederlegung am Obelisk. v.l.: Filiz Polat (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Ottmar von Holtz (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Julia Willie Hamburg (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), Claudia Roth (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), Marina Jalowaia (Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen), Jens-Christian Wagner (Geschäftsführer der Stiftung nds. Gedenkstätten) • Martin Bein

1. bis 3. November: Die Gedenkstätte Bergen-Belsen führte in Kooperation mit der Stiftung Linerhaus Celle einen Rap-Workshop durch. Die engagierten Celler Jugendlichen beschäftigten sich mit der Geschichte von Bergen-Belsen und diskutierten über Ausgrenzung und Diskriminierung heute. Unter Leitung von zwei Rap-Pädagogen haben sie schließlich einen Song aufgenommen, in dem sie mehr Toleranz fordern.

43



Die Teilnehmenden des Rap-Workshops zusammen mit Tessa Bouwman • Amin Saleh

5. November: Das Team des Projekts „Kompetent gegen Antiziganismus – in Geschichte und Gegenwart“ (KogA) lud zu einem Fachforum in Celle ein. Gemeinsam mit rund achtzig Teilnehmer\_innen standen die folgenden Fragestellungen im Vordergrund: Wie kann historisch-politische Bildung wirkungsvoll zum Abbau antiziganistischer Diskriminierung beitragen und an der Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe von Sinti\_ze und Rom\_nja mitwirken? Was sind vielversprechende Ansätze und Good Practices der antiziganismuskritischen Bildungs- und Beratungsarbeit sowie des Empowerments? Und wo liegen neue Arbeitsfelder und unbearbeitete Leerstellen?



Podiumsgespräch während des KogA-Fachforums „Strategien gegen Antiziganismus. Was haben wir erreicht? Was ist zu tun?“ mit Tobias Neuburger, Hochschule Hannover, Ingo Lindemann, 1. Sinti-Verein-Ostfriesland e.V., Daniel Tonn (Projekt KogA, Moderation), Dr. Mareile Krause, Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg, und Emran Elmazi, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma • Martin Bein

44 10. November: Buchvorstellung „Zeichen setzen / Taking a stand“ in der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Am 28. August 2016 wurde zum einhundertsten Geburtstag von Yehudi Menuhin im Roundhouse der Kaserne Bergen-Hohne ein Gedenkkonzert unter der Schirmherrschaft des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil veranstaltet. Es erinnerte an zwei Konzerte vom 27. Juli 1945, die Yehudi Menuhin gemeinsam mit Benjamin Britten für die Displaced Persons in der Kaserne Bergen-Hohne gab. Das Gedenkkonzert wird in der Publikation dokumentiert, die von den Herausgebern Werner Schmitt und Hendrik Feindt vorgestellt wurde.

17. November: Mit einem Festakt im Lessingtheater wurde das Dokumentationszentrum der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel mit der neuen Dauerausstellung „Recht. Verbrechen. Folgen. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus“ eröffnet. Im Anschluss hatten die rund 400 geladenen Gäste die Möglichkeit, den Neubau und die Ausstellung zu besichtigen.



Durchschneiden des roten Bandes vor dem Eingang (v.l.) Gedenkstättenleiterin Martina Staats, Architekt Henner Winkel Müller, Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta, Kultusminister Grant Hendrik Tonne und Maria Bering von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) • Helge Krückeberg

18. November: Vor dem ersten regulären Öffnungstag hatten angereiste Familienangehörige und Leihgeber die Möglichkeit, die neue Dauerausstellung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel gemeinsam mit den Kurator\_innen zu besichtigen.



Familienangehörige im Ausstellungsbereich „Raum für Erinnerungen“ • Helge Krückeberg

19. November: Eine Gruppe von rund 20 Lehrer\_innen aus den Schweizer Kantonsgymnasien St. Gallen und Trogen besuchte für zwei Tage die Gedenkstätte Bergen-Belsen und informierte sich über die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit. Die Lehrkräfte hatten mit ihren Schüler\_innen die Ausstellung „Kinder im KZ Bergen-Belsen“ im Historischen Museum St. Gallen besucht und an Zeitzeugengesprächen teilgenommen. Daraus war das Interesse erwachsen, sich vor Ort intensiv mit den historischen Hintergründen und der Lagergeschichte von Bergen-Belsen zu befassen.



Die Gruppe aus Schweizer Lehrer\_innen mit Katja Seybold und Diana Gring vor dem neuen Lernort M.B. 89 • Christoph Bischof

20. November: Neun Grundschulen und Kindergärten in Bergen gestalteten den Internationalen Tag der Kinderrechte. Am Vormittag hatten ca. 700 Kinder Puzzleteile mit Wünschen und Forderungen an die Bürgermeisterin der Stadt, Frau Dettmar-Müller, überreicht. Am Nachmittag folgte eine Veranstaltung im Stadthaus von, mit und für Kinder mit verschiedenen interaktiven Ständen für Besucher\_innen. Koordiniert wurde die Veranstaltung durch die von der Gedenkstätte Bergen-Belsen und der Stadt Bergen gemeinsam getragene „Partnerschaft für Demokratie“.



Internationaler Tag der Kinderrechte in Bergen • Leyla Ferman

17. November: Zeitzeugengespräch „Schwules Leben im Schatten der Verfolgung“ im „Andersraum“, Hannover  
In einem Gespräch mit vier Zeitzeugen, die die 1950er und 1960er Jahre als junge Erwachsene erlebt haben, beleuchtete Dr. Thomas Rahe die Auswirkungen der Bedrohung durch das damalige Strafrecht auf Leben und Selbstbild homosexueller Männer in dieser Zeit.

## Dezember

5./6. Dezember: 13. Workshop „Geschichte verstehen, Toleranz leben“ mit Auszubildenden der MAN Truck & Bus SE, Berufsbildung Werk Salzgitter in Kooperation mit der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel.



MAN-Azubis in der ehemaligen Hinrichtungsstätte • Simona Häring

## Publikationen der Stiftung



„Jahresbericht 2018“  
Herausgegeben von der Stiftung  
niedersächsische Gedenkstätten  
154 Seiten  
Schwerpunkthema: Wehrmacht  
und Verbrechen



**Maria Bormuth**  
„Ein Mann, der mit einem anderen  
Mann Unzucht treibt [...], wird mit Ge-  
fängnis bestraft. § 175 StGB – 20 Jahre  
legitimierte Unrecht in der Bundes-  
republik am Beispiel des Strafvollzugs  
in Wolfenbüttel“  
Schriften der Gedenkstätte in der JVA  
Wolfenbüttel, Band 2  
62 Seiten  
Celle, 2019



**Karl Kassenbrock**  
„Konzentrationslager auf  
Schienen. Die Geschichte der  
5. SS-Eisenbahnbaubrigade.“  
Schriftenreihe der Stiftung nieder-  
sächsische Gedenkstätten, Band 5  
245 Seiten  
Wallstein Verlag, Göttingen 2019

## 46 Veröffentlichungen und Vorträge sowie Lehraufträge von Beschäftigten der Stiftung und Mitarbeit in Gremien

### Veröffentlichungen

Binner, Jens

„Wehrmacht und Verbrechen“, in: Jahres-  
bericht 2018. Schwerpunkthema: Wehr-  
macht und Verbrechen, hg. v. der Stif-  
tung niedersächsische Gedenkstätten,  
Celle 2019, S. 6-11.

Bouwman, Tessa

(zusammen mit Vogel, Maximilian)  
„International Summer School in Bergen-  
Belsen“ in: Museumsverband Nieder-  
sachsen und Bremen e.V. (Hg.), Zeitschrift  
„museums.zeit“, 1/2019, Hannover 2019,  
S.22.

Grafe-Ulke, Bernd

„Diskriminierung von Sinti und Roma  
nimmt spürbar zu“, in: MiGAZIN.de,  
20.3.2019.

„Antiziganismus ist ein gewaltsames  
Phänomen“, in: Weser-Kurier, 8.4.2019.

Gring, Diana

„Georg Rosenbaum“, in: Menschen in  
Bergen-Belsen. Biografische Skizzen zu  
Häftlingen des Konzentrationslagers, hg.  
Thomas Rahe / Jens-Christian Wagner,  
Celle 2019, S. 221-231.

„Licht am Ende der Nacht. Die Trans-  
porte aus dem KZ Bergen-Belsen nach  
St. Gallen“ zusammen mit Peter Müller,  
Hg. Stiftung niedersächsische Gedenk-  
stätten / Historisches und Völkerkunde-  
museum St. Gallen, St. Gallen 2019.

Keller, Rolf

(zusammen mit Silke Petry) „Rest in  
peace, dear comrades...‘. The cemetery of  
the Bergen-Belsen prisoner-of-war-camp.  
History and culture of remembrance“,  
Göttingen 2019.

(zusammen mit Reinhard Otto) „Sow-  
jetische Kriegsgefangene im System der  
Konzentrationslager“, Wien/Hamburg  
2019 (Mauthausen-Studien, Band 14).

Neuburger, Tobias

„Emanzipation statt Ethnokitsch. Der  
lange Kampf der Sinti und Roma um  
Emanzipation und Anerkennung“, in:  
Jungle World, 2019, H. 40.

„Wir brauchen mehr von diesem  
Engagement.“ Der Historiker Tobias  
Neuburger über die Vision eines Roma-  
Denkmals, in: d|ROM|a. Romani Politik,  
Kultura, Tschib, 2019, H. 56.

„Elenta und Marepin“. Ein digitales Ar-  
chiv der Sinti und Roma entwirft Gegen-  
erzählungen, in: Junge Welt, 22.6.2019.

„Das Feindbild ‚Zigeuner‘ ist weiterhin  
am Leben.“ Ein Gespräch über Antiziga-  
nismus im Allgemeinen und in Hameln  
im Besonderen, in: Deister- und Weser-  
zeitung, 12.4.2019.

Petry, Silke

(zusammen mit Rolf Keller) „Rest in  
peace, dear comrades...‘. The cemetery of  
the Bergen-Belsen prisoner-of-war-camp.  
History and culture of remembrance“,  
Göttingen 2019.





„Menschen in Bergen-Belsen. Biografische Skizzen zu Häftlingen des Konzentrationslagers.“  
 Bergen-Belsen – Berichte und Zeugnisse, Band 9  
 Herausgegeben von Thomas Rahe und Jens-Christian Wagner  
 271 Seiten  
 Wallstein Verlag, Göttingen 2019



Silke Petry, Rolf Keller  
 „Rest in peace, dear Comrades...“  
 The cemetery of the Bergen-Belsen prisoner-of-war-camp. History and culture of remembrance.“  
 Englische Ausgabe  
 92 Seiten  
 Wallstein Verlag, Göttingen 2019



Thomas Rahe, Rainer Hoffschildt  
 „Homosexuelle im KZ Bergen-Belsen“  
 40 Seiten  
 Celle, 2019

Rahe, Thomas  
 „Menschen in Bergen-Belsen. Biografische Skizzen zu Häftlingen des Konzentrationslagers“, hg. von Thomas Rahe und Jens-Christian Wagner, Göttingen 2019 (darin Beiträge zu Josef Capek, György Denes (zus. mit Stephanie Billib), Hans Goslar, Rudolf Küstermeier und Ceija Stojka).  
 (zusammen mit Rainer Hoffschildt)  
 „Homosexuelle Häftlinge im Konzentrationslager Bergen-Belsen“, Celle 2019.  
 „Jenö Kolb, ‚Glaube an den Menschen‘. Ein Bergen-Belsen Tagebuch“, hg. von Lajos Fischer und Thomas Rahe, Göttingen 2019.

Sachweh, Jannik  
 „... wegen Plünderns zum Tode verurteilt. Verbrechen der Justiz in Wesermünde während des Zweiten Weltkrieges“, in: Niederdeutsches Heimatblatt. Beilage der Nordsee-Zeitung Nr. 839, November 2019, S. 1-2, H 4.

Seybold, Katja  
 „Zeev Fischler“, in: Thomas Rahe/Jens-Christian Wagner (Hg.), Menschen in Bergen-Belsen. Biographische Skizzen zu Häftlingen des Konzentrationslagers, Göttingen 2019, S. 57-73.

Staats, Martina  
 „Recht. Verbrechen. Folgen. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus“ zusammen mit Jens-Christian Wagner (Hg.), Göttingen 2019.  
 „Gebrochenes Schweigen. Der Umgang von Familienangehörigen mit den Folgen von NS-Verurteilungen“, in: Martina Staats, Jens-Christian Wagner (Hg.): Recht. Verbrechen. Folgen. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus, Göttingen 2019, S. 286-293.

Wagner, Jens-Christian  
 „Simulierte Authentizität? Chancen und Risiken von augmented und virtual reality an Gedenkstätten“, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 196, 12/2019, S. 3-9.  
 (Hg. mit Martina Staats) „Recht. Verbrechen. Folgen. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus“, Göttingen 2019.

(Zusammen mit Anett Dremel) „Strafvollzug im Nationalsozialismus – ein Überblick“, in: Martina Staats/Jens-Christian Wagner (Hg.), Recht. Verbrechen. Folgen. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus, Göttingen 2019, S. 254-263.

„Erkenntnis statt Bekenntnis. Ein Plädoyer für eine zukunftsfähige Gedenkstättenarbeit“, in: Frauke Geyken/Michael Sauer (Hg.), Zugänge zur Public History. Formate – Orte – Inszenierungsformen, Frankfurt/Main 2019, S. 89-103.

„Ingenieur und Blender. Der steile Aufstieg Wernher von Brauns“, in: ZEIT Geschichte, Heft 3/2019, S. 78-79.

„Der Truppenübungsplatz Bergen und die Kaserne Bergen-Hohne 1939 bis 1945“, in: Jahresbericht 2018 der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle 2019, S. 12-17.

„Ich habe nur, wie jeder andere auch, meinen Dienst gemacht. Wehrmachtsoldaten als KZ-Bewacher“, in: Jahresbericht 2018 der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle 2019, S. 30-35.

„Täter, Mittäter und Zuschauer der NS-Verbrechen. Chancen und Risiken einer integralen Gedenkstättendidaktik“,



„Recht. Verbrechen. Folgen.  
Das Strafgefängnis Wolfenbüttel  
im Nationalsozialismus“  
Katalog zur neuen Dauerausstellung  
in der Gedenkstätte Wolfenbüttel  
Herausgegeben von Martina Staats und  
Jens-Christian Wagner  
Wallstein Verlag, Göttingen 2019



Jenö Kolb  
„Glaube an den Menschen.  
Bergen-Belsen Tagebuch“  
Bergen-Belsen – Berichte und  
Zeugnisse, Band 7  
310 Seiten  
Wallstein Verlag, Göttingen 2019



Diana Gring, Peter Müller  
„Licht am Ende der Nacht. Die Transporte  
aus dem KZ Bergen-Belsen nach  
St. Gallen“  
43 Seiten  
Celle / St. Gallen, 2019

48 in: Jahresbericht 2018 der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle 2019, S. 40-43.

„Warum ist es wichtig, sich nicht nur mit den Opfern, sondern auch mit den Tätern, Mittätern und Zuschauern der NS-Verbrechen auseinanderzusetzen?“, in: Imanuel Baumann (Hg.), Gestapo und Judenmord. Lehr- und Lernheft für einen Workshop im „Hotel Silber“, Stuttgart 2019, S. 28-33.

(Hg. zusammen mit Thomas Rahe)  
„Menschen in Bergen-Belsen. Biografische Skizzen zu Häftlingen des Konzentrationslagers“, Göttingen 2019 (mit Beiträgen zu Michel Flicx und Clemens Högg sowie (zus. mit Thomas Rahe) der Einleitung).

Vorträge

Binner, Jens

„Osnabrück steht auf gegen Antisemitismus“; Friedensveranstaltung des Runden Tisches der Religionen, Osnabrück, 13. März.

„Von Peine in den Tod. Die Deportationen der jüdischen Bevölkerung ab März 1942“, Begleitprogramm der Ausstellung „Deportationsort Ahlem. ‚Judentransporte‘ ab Hannover 1941-1944“, Kreismuseum Peine, 1. April.

„Sowjetische Kriegsgefangene in deutscher Hand. Eine vergessene Opfergruppe?“; Abschlusspräsentation des Projektes „Memory-Wiki – Auf den Spuren der Erinnerung an ‚vergessene‘ NS-Opfer in der Ukraine, Russland und Deutschland“, Haus der Wissenschaft Bremen, 20. August.

„Die Opfer des deutschen Vernichtungskriegs – Bestandsaufnahme einer Leerstelle in der deutschen Erinnerung“, Workshop „Gedenken an die Opfer der NS-Gewalt im östlichen Europa: Funktionen, Formen, Perspektiven. Erfahrungen und Impulse aus der Arbeit der Gedenkstätten und zivilgesellschaftlichen Initiativen in Deutschland“ an der Abteilung

Osteuropäische Geschichte der Universität Bonn, 25. Oktober.

Bouwman, Tessa

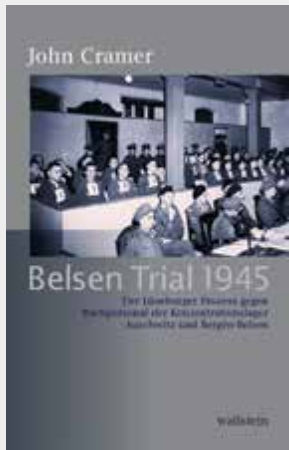
„Geschichte.Bewusst.Sein. Bildungsangebote der Gedenkstätte Bergen-Belsen“ Workshop beim Kinder zum Olymp!-Kongress „Meins?! Kulturerbe und kulturelle Bildung“, KZ-Gedenkstätte Buchenwald, 7. Juni.

„Social Media im Spannungsfeld von PR und Vermittlung“ Workshop beim 65. bundesweiten Gedenkstattenseminar „Herausforderungen des Digitalen für Gedenkstätten und Dokumentationszentren“, Bad Arolsen, 28.-29. Juni.

Grafe-Ulke, Bernd

„Wer an der Gesellschaft teilhaben will, muss sich organisieren“, Vortrag in Nienburg auf der 2. Tagung des „Interessenverbundes für Sinti und Roma / Weser-Ems in Niedersachsen“, 4. Oktober.

„KogA – Ergebnisse und Erkenntnisse aus fast fünf Jahren Projektarbeit“, Vortrag in Celle, Fachforum „Kompetent gegen Antiziganismus. Teilhabe und Empowerment“, 5. November.



**John Cramer**  
 „Belsen Trial 1945 – Der Lüneburger  
 Prozess gegen Wachpersonal der  
 Konzentrationslager Auschwitz und  
 Bergen-Belsen“  
 Zweite Auflage  
 Bergen-Belsen – Forschungen  
 und Dokumente, Band 1  
 427 Seiten  
 Wallstein Verlag, Göttingen 2019



„Vier Kieselsteine – Die Geschichte  
 der Familie Blumenthal“  
 Bildungsmaterialien für den Unterricht  
 an Grund- und weiterführenden Schulen  
 Zweite Auflage  
 Box mit Leseheft für Schüler\_innen  
 (72 Seiten),  
 Heft für Lehrende/Unterrichtende  
 (84 Seiten),  
 zwei Sätze mit Karten (ca. 90 Karten)  
 Celle, 2019



„Kinder im KZ Bergen-Belsen“  
 Begleitheft zur Ausstellung heraus-  
 gegeben von Jens-Christian Wagner  
 Zweite Auflage  
 68 Seiten  
 Celle, 2019

Gring, Diana  
 „Zeichnen gegen das Vergessen, Zei-  
 chen gegen das Vergessen. Über Aus-  
 prägungen, Entwicklungen und Perspek-  
 tiven des Erinnerns“, Podiumsgespräch  
 mit Manfred Bockelmann, Bildraum  
 Bodensee, Bregenz, 28. Februar.  
 „Das Trauma des Holocaust. Kinder-  
 überlebende und ihre Lebensgeschich-  
 ten zwischen Extremtraumatisierung  
 und Bewältigung“, Vortrag und Fortbil-  
 dungsveranstaltung in der MEDICLIN  
 Klinikum Soltau, 13. März.  
 „Kinder im KZ Bergen-Belsen“, Gruß-  
 wort zur Eröffnung der Ausstellung „Kin-  
 der im KZ Bergen-Belsen“ im Historischen  
 und Völkerkundemuseum St. Gallen,  
 11. April.  
 „Zur Biografie von Michael Gelber“,  
 Einführungsvortrag bei der Gedenkfeier  
 der AG Bergen-Belsen zum Jahrestag  
 der Befreiung, Bergen, 27. April.  
 „Die Ausstellung ‚Kinder im KZ Bergen-  
 Belsen‘ – Historischer Kontext und thema-  
 tische Aspekte“, Vortrag vor der Fachleh-  
 rergruppe Geschichte der Kantonsschule  
 am Burggraben, St. Gallen, 9. Mai.  
 „Aktuelle Debatten zur Erinnerungs-  
 kultur in Deutschland & Die letzten Zeu-  
 gen – Interviews mit Holocaust Child

Survivors“, Vortrag im Seminar „Väter  
 oder Täter? Geschichtskultur in der  
 Schweiz und in Deutschland“ der Pädä-  
 gogischen Hochschule St. Gallen, Gossau,  
 10. Mai.  
 „Die Ausstellung ‚Kinder im KZ Bergen-  
 Belsen‘“, Einführungsvortrag, Historisches  
 und Völkerkundemuseum St. Gallen,  
 12. Mai.  
 „Aus dem KZ Bergen-Belsen in die  
 Schweiz – Zur Biografie von Ladislaus  
 Löb“, Vortrag und Gespräch mit Prof.  
 Ladislaus Löb, Historisches und Völker-  
 kundemuseum St. Gallen, 23. Juni.  
 „Das Trauma des Holocaust. Kinder-  
 überlebende und ihre Lebensgeschichten  
 zwischen Extremtraumatisierung und  
 Bewältigung“, Vortrag im Historischen  
 und Völkerkundemuseum St. Gallen,  
 1. September.  
 „Gegen das Vergessen. Erinnerungs-  
 kultur heute am Beispiel der Ausstellung  
 ‚Kinder im KZ Bergen-Belsen‘“, Podiums-  
 diskussion, Historisches und Völkerkun-  
 demuseum St. Gallen, 29. September.  
 „Kinder im KZ Bergen-Belsen“, Gruß-  
 wort zur Eröffnung der Ausstellung  
 „Kinder im KZ Bergen-Belsen“ im  
 Deutsch-Luxemburgischen Schengen-  
 Lyzeum, Perl, 10. Oktober.

„Vor 80 Jahren – Die ‚Kindertransporte‘  
 nach England. Zeitzeugengespräch mit  
 Keith Stuart“, Moderation und Gespräch  
 mit Keith Stuart, Stadthaus Bergen,  
 20. Oktober.  
 „Die ermordete Kindheit. Folgen der  
 Verfolgung bei Kinderüberlebenden des  
 KZ Bergen-Belsen“, Vortrag auf Einladung  
 des Vereins Gedenkweg 9. November e.V.,  
 Evangelisches Kirchenzentrum Paulusge-  
 meinde Südstadt, Burgdorf, 29. Oktober.  
 Keller, Rolf  
 „Sporadisch, fragmentarisch, disparat:  
 Quellen zum Arbeitseinsatz der sowjeti-  
 schen Kriegsgefangenen“, Workshop  
 „Sowjetische Kriegsgefangene in archi-  
 valischer Überlieferung“ der Histori-  
 schen Kommission für Westfalen, des  
 Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe  
 und der Dokumentationsstätte Stalag  
 326/VI K Senne, Detmold, 2. Juli.  
 „Sowjetische Kriegsgefangene im Sys-  
 tem der Konzentrationslager“, Buchprä-  
 sentation, veranstaltet von der KZ-Gedenk-  
 stätte Mauthausen, Wien, 9. Dezember.  
 Neuburger, Tobias  
 „77 Jahre Auschwitz-Erlass: das Fort-  
 leben des Antiziganismus“, Volkshoch-



„Children in the Bergen-Belsen Concentration Camp“  
Exhibition booklet edited by  
Jens-Christian Wagner  
Englische Ausgabe  
Zweite Auflage  
68 Seiten  
Celle, 2019



Gedenkstätte Bergen-Belsen  
„Halbjahresprogramm“  
April bis September 2019



Gedenkstätte Bergen-Belsen  
„Halbjahresprogramm“  
Oktober 2019 bis März 2020

50 schule Celle, 16. Dezember.

„Glück ohne Macht? Die Kritik des Antiziganismus und das Verhältnis zu Antisemitismus und Rassismus“, AK Unbehagen in der Struktur, Lüneburg, 11. November.

„Strategien gegen Antiziganismus – Was haben wir erreicht? Was bleibt zu tun?“, Podiumsdiskussion im Rahmen des Fachforums Kompetent gegen Antiziganismus – Teilhabe und Empowerment, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle, 5. November.

„Institutioneller Antiziganismus. Effekte und Mechanismen“, Fachbereich Soziales der Landeshauptstadt Hannover, Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa, Hannover, 10. Juli.

„Sozialpsychologie eines Vorurteils – das Beispiel der Sinti und Roma“, Volkshochschule Celle, 11. Juni.

Rahe, Thomas

„Das jüdische DP-Camp Bergen-Belsen 1945–1950“. Vortrag beim Jahresempfang des Fördervereins der Gedenkstätte Ahlem, Hannover, 25. August.

„Die Entwicklung der Gedenkstätte Bergen-Belsen und ihrer Sammlungstätigkeit“. Vortrag im Rahmen der Europäi-

schen Sommeruniversität in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, 4. November.

„Verfolgte und Hinterlassenschaften. Erfahrungsgeschichte und Sammlungslogiken“. Vortrag beim Workshop „Das Museum am Tatort. Sammeln und Deponieren“, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen/Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, 9. Dezember.

Seybold, Katja

Vortrag über „Soviet Prisoners of War at Bergen-Belsen“ im Rahmen der deutsch-russischen Begegnung „Erinnerungskulturen im Vergleich“ in der Gedenkstätte, 2. Mai.

Rundgang durch die Dauerausstellung und über das ehemalige Lagergelände zum Thema: „Sinti und Roma in Bergen-Belsen und der bis heute anhaltende Kampf um Anerkennung und Wiedergutmachung“, 27. Oktober.

Staats, Martina

„Martha Fuchs: ‚[...] wollen wir alle mithelfen, diese Welt umzubauen, [...]‘ Ihre Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verfolgungserfahrungen“, Vortrag auf dem wissenschaftlichen Abschluss-Symposium zur Veranstaltungsreihe „Martha Fuchs“, Dornse, Braunschweig, 2. April.

„Roundtable: Handling mass documents“, Impulsvortrag auf dem Internationalen Workshop „Staging History: Archives, Objects and Architecture“, Wolfenbüttel, 16. Mai.

„Vermittlung historischen Wissens und Möglichkeiten der Erinnerungskultur“, Impulsvortrag, Roter Saal, Schloss Braunschweig, 25. Juni.

Kulturnacht der Stadt Wolfenbüttel, Eröffnungsrede, 21. September.

„Die Bedeutung der Erinnerung an die NS-Verbrechen in der Gegenwart“, Rede, Logenhaus Wolfenbüttel, 29. November.

Bericht über den Arbeitskreis der Gedenkstätten an ehemaligen Haftorten von Justiz und Polizei, zusammen mit Lars Skowronski, Bundesweite Gedenkstättenkonferenz, Gedenkstätte Flossenbürg, 5. Dezember.



„Kinder im KZ Bergen-Belsen – Pädagogische Materialien und Begleitheft zur Ausstellung“  
 Falblatt / Bestellformular zu den Publikationen



„Vier Kieselsteine. Die Geschichte der Familie Blumenthal – Bildungsmaterialien für den Unterricht an Grund- und weiterführenden Schulen und die außerschulische Bildungsarbeit“  
 Falblatt / Bestellformular zu den Publikationen



„Fortbildungsprogramm 2019“  
 Abteilung Bildung und Begegnung der Gedenkstätte Bergen-Belsen  
 14 Seiten

Tonn, Daniel

„Youth and memorial work“. Workshop im Rahmen des International Network Meeting „Integration in rural areas“, veranstaltet von der Ländlichen Erwachsenenbildung in Niedersachsen e.V., Duderstadt, 5. Dezember.

Wagner, Jens-Christian

„Was können wir aus der NS-Geschichte lernen?“ Rede zur zentralen Gedenkveranstaltung der Hansestadt Bremen im Lernort Bunker Valentin, 27. Januar.

„Lässt sich spielerisch aus der NS-Geschichte lernen?“ Input zur Fachtagung des Landesjugendringes in Oldau, 28. Januar.

„Vor aller Augen. KZ-Todesmärsche 1944/45.“ Öffentlicher Vortrag in Lage (Westfalen), 28. Januar.

„Erkenntnis statt Bekenntnis. Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen.“ Vortrag zur Auftaktveranstaltung der Lehrer\_innen-Fortbildung Yad Vashem in Hannover, 18. Februar.

„Zur Arbeit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten.“ Vortrag vor dem Aller-Klub Celle, 25. März.

„KZ-Räumungstransporte auf der Heide-

bahn“. Vortrag anlässlich der Eröffnung des Lernortes der Stadt Schneverdingen zu den Räumungstransporten im April 1945, 31. März.

„Michel Flicx. Häftling in Peenemünde, Dora und Bergen-Belsen.“ Beitrag zur Vorstellung des Buches „Menschen in Bergen-Belsen“ in der Leibniz Bibliothek Hannover, 15. April.

„Geschichte begreifen, für die Zukunft handeln. Anforderungen an eine zukunftsgerichtete KZ-Ausstellung“. Vortrag im Gemeindehaus Bisingen, 02. Juni.

„Erkenntnis statt Bekenntnis. Gedenkstättenarbeit und Public History.“ Öffentlicher Vortrag an der Universität Erfurt, 26. Juni.

„Chancen und Risiken von Augmented Reality und Virtual Reality an Gedenkstätten.“ Vortrag anlässlich der bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Bad Arolsen, 28. Juni.

„Rassismus und Vernichtungskrieg: Die Bedeutung des Ersten Weltkriegs für die deutsche Politik im Zweiten Weltkrieg.“ Vortrag anlässlich des 80. Jahrestages der Beginn des Zweiten Weltkrieges, Stiftungssitz Celle, 1. September.

„Erkenntnis statt Bekenntnis. Zur Zu-

kunft der Gedenkstättenarbeit“ Vortrag in Gardelegen, 10. September.

„Wie umgehen mit rechten Besucher\_innen und geschichtsrevisionistischen Parolen?“ Vortrag anlässlich einer Netzwerktagung der niedersächsischen Gedenkstätten mit der niedersächsischen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus, Hannover-Linden, 19. September.

„Die Modernisierung der Gedenkkultur. Eine Kontroverse?“ Vortrag anlässlich des 19. Dialogforums Mauthausen, Gedenkstätte Mauthausen, 20. September.

„The Belsen Memorial.“ Vortrag im Rahmen einer IHRA-Tagung an der Univ. Cambridge, Archäologisches Institut, 24. September.

Öffentlicher Abendvortrag „Gedenkstätten als Argument“ anlässlich der Tagung „Landesgeschichte und Public History“ an der Universität Göttingen, 26. September.

Podiumsdiskussion „Zeppelin-Tribüne: Erhalt um jeden Preis?“ (mit Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, MdL Karl Freller, Stiftung Bayerische Gedenkstätten), Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg, 2. Oktober.

„Topographie der Zwangsarbeit in Niedersachsen – NS-Lager und ihre



„Richtfest für den Neubau eines Dokumentationszentrums der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel 26. September 2018. Reden und Fotografien.“  
31 Seiten



„Veranstaltungsprogramm 2020“  
Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel  
39 Seiten



„Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. Architektonisches Konzept.“  
Flyer zur Architektur / winkelmüller.architekten gmbh  
5 Seiten

52 Nachnutzung.“ Vortrag anlässlich des Internationalen Workshops „Stätten der NS-Zwangsarbeit in Sachsen, Böhmen und Schlesien als archäologische Kulturdenkmale und Erinnerungsorte“, Leipzig, 7. November.

„Desafíos de la memoria ante la amenaza de la derecha extrema.“ Vortrag am Museu d'Art Contemporani de Barcelona, 29. November.

Wolpers, Christian

„Vier Kieselsteine´ als Material für die biografische Arbeit zu Entrechtung und Verfolgung im Nationalsozialismus in der Oberschule“, FK Geschichte an der Oberschule Westercelle, 27.Mai.

Hochschullehre

Neuburger, Tobias

Seminar „Was heißt Ethnisierung? Eine soziologische Einführung“, Hochschule Hannover, Fakultät V, Studiengang Soziale Arbeit, Wintersemester 2019/20.

Seminar „Ausgrenzung und Diskriminierung. Einführung in die Soziologie“, Hochschule Hannover, Fakultät V, Studiengang Soziale Arbeit, Sommersemester 2019.

Wagner, Jens-Christian

Praxisseminar „Wehrmacht und Verbrechen. Erarbeitung einer Werkstattausstellung zur Geschichte des Truppenübungsplatzes Bergen im Nationalsozialismus“ an der Leibniz Universität Hannover, Wintersemester 2018/19.

Praxisseminar „Zweifach überlebt: Bergen-Belsen 1944 und München 1972. Erarbeitung einer Ausstellung zur Biographie des Holocaust-Überlebenden und israelischen Sportlers Shaul Ladany“ an der Leibniz Universität Hannover, Sommersemester 2019.

Praxisseminar: Erarbeitung einer Wanderausstellung zum Thema „Heimkehr? Wege nach der Befreiung 1945“ an der Leibniz Universität Hannover, Wintersemester 2019/20.

Mitarbeit in Gremien

Keller, Rolf

Beirat des Dokumentations- und Lernortes Bückeberg gGmbH

Beirat der Gedenkstätten Gestapokeller Osnabrück und Augustaschacht Ohrbeck

Beirat des Denkkorts Bunker Valentin der Landeszentrale für politische Bildung Bremen

Beirat des Leitprojekts „Grenzgeschichte(n)“ der Metropolregion Hamburg

Wissenschaftlicher Beirat des Neugestaltungsjekts der Gedenkstätten Gestapokeller Osnabrück und Augustaschacht Ohrbeck

Wissenschaftlicher Beirat des Projekts zur Geschichte des Kriegsgefangenenlagers Gudendorf

Staats, Martina

Beirat der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam

Vertreterin des Arbeitskreises Gedenkstätten an Polizei- und Justizhaftorten

Vorsitzende des Kulturrats der Stadt

Wolfenbüttel

Vorsitzende des Arbeitskreises Andere Geschichte e. V., Braunschweig

Fachkommission zur Neugestaltung der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg

Wissenschaftlicher Fachbeirat der

KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

Wissenschaftlicher Beirat des Museums

Friedland

Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen

Wagner, Jens-Christian

International Committee of the Auschwitz-Birkenau Foundation,

Warschau

Memorial Sites Committee der Memorials Management Foundation, Warschau

Leitungsgruppe Gedenkstätten und Erinnerungskultur beim Schleswig-

Holsteinischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Kiel

Fachbeirat zur Neukonzeption der Gedenkstätte Hadamar

Fachbeirat der Gedenkstätten Augustaschacht und Gestapokeller Osnabrück

Fachbeirat des Denkortes Bunker

Valentin, Bremen

Fachkommission der Gedenkstätte

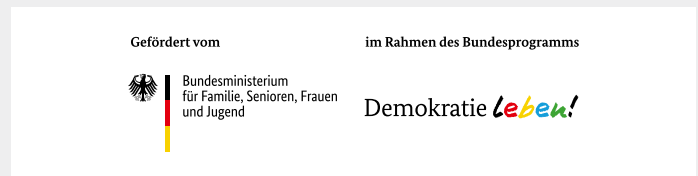
Ahlem, Hannover

Stiftungsrat der Stiftung Gedenkstätte Esterwegen

Stiftung

# Fünf Jahre Projekt KogA: Erfahrungen, Erkenntnisse und Faktoren zum Gelingen einer antiziganismuskritischen Bildungsarbeit

Bernd Grafe-Ulke, Tobias Neuburger, Daniel Tonn, Marion Seibel



54 Seit Sommer 2015 führt die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten das im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderte Modellprojekt „Kompetent gegen Antiziganismus – in Geschichte und Gegenwart“ (KogA) durch. 2019 endet die aktuelle Förderperiode für KogA. Nach fast fünf Jahren nehmen wir den folgenden Beitrag deshalb zum Anlass Erfahrungen, Erkenntnisse und Faktoren zum Gelingen einer antiziganismuskritischen Bildungsarbeit aus Projektsicht vorzustellen.

## Was und wen haben wir erreicht?

Den Kern von KogA bildete das Bildungsprogramm „Kompetent gegen Diskriminierung von Sinti\_ze und Rom\_nja“, das zwischen 2016 und 2019 vier Mal erfolgreich umgesetzt werden konnte und sich vorrangig an berufliche Multiplikator\_innen aus den folgenden Bereichen richtete: Soziale Arbeit, Jugendarbeit, schulische und außerschulische Bildung; öffentliche Einrichtungen, Behörden, Verwaltungen; Polizei, Justiz und Justizvollzug; Presse, Medien, Öffentlichkeitsarbeit. Wenngleich jedes Jahr eine spezifische Zielgruppe im Fokus stand, waren die Semi-

nargruppen relativ divers. Diese Heterogenität beurteilten die Teilnehmer\_innen aller Jahrgänge als erkenntnisfördernd und positiv.

In dem Bildungsprogramm wurde die Auseinandersetzung mit historischen Entrechtungserfahrungen der Sinti\_ze und Rom\_nja und insbesondere ihrer Verfolgungsgeschichte während des Nationalsozialismus in einer multiperspektivischen Herangehensweise mit Gegenwartsbezug und aktuellen politischen Fragestellungen zu Demokratie, Menschenrechten und Inklusion miteinander verbunden. Die historisch-politische Vermittlung erfolgte mit konkretem Bezug zum historischen Ort Bergen-Belsen als ehemaligem Konzentrations- und Kriegsgefangenenlager sowie zu weiteren Orten des Erinnerens an die Zeit des Nationalsozialismus in Niedersachsen. Hauptziel des Modellprojektes war die Qualifizierung von Multiplikator\_innen für vorurteils- und diskriminierungsbewusstes Handeln, um die gesellschaftliche Teilhabe von Rom\_nja und Sinti\_ze zu unterstützen und gegen Antiziganismus vorzugehen.

Während wir berufliche Multiplikator\_innen in Behörden, Verwaltungen, Kom-

munen, in schulischen Kontexten und in der Sozialen Arbeit gut erreicht haben, konnten wir Multiplikator\_innen aus den Bereichen Polizei, Justiz und Justizvollzug sowie Presse, Medien und Öffentlichkeitsarbeit leider nicht wie gewünscht für eine Teilnahme gewinnen. Dafür gibt es sicher unterschiedliche Gründe: Vielleicht ist neben einem vergleichsweise geringeren Handlungsdruck das eher unübliche langzeitpädagogische Format ausschlaggebend. Eine weitere Ursache waren zweifelsohne mangelnde Kontakte zu Schlüsselpersonen in beruflichen Aus- und Weiterbildungsinstitutionen.

Insgesamt hat KogA mit den Bildungsprogrammen rund 80 Multiplikator\_innen in 42 Seminar- und Beratungstagen qualifiziert. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden in den schriftlichen Evaluationen fielen überwiegend positiv aus: 60 Prozent zeigten sich „sehr zufrieden“, 35 Prozent „zufrieden“, weniger als fünf Prozent waren „weniger oder gar nicht zufrieden“. Besonders erfreulich: 94 Prozent der Multiplikator\_innen betrachteten ihre Teilnahme als beruflich „sehr nützlich“ (52 Prozent) oder „nützlich“





(42 Prozent), lediglich 6 Prozent gaben „weniger nützlich“ an. Zu ähnlich positiven Ergebnissen kam auch eine wissenschaftliche Evaluation des Bildungsprogramms 2018 durch das Deutsche Jugendinstitut.

Darüber hinaus hat KogA über die Jahre eine Reihe weiterer Angebote mit insgesamt 75 Veranstaltungstagen umgesetzt oder begleitet. Im Rahmen von Fachtagungen, Workshops, Seminaren und Vortragsabenden konnten wir zusätzlich rund 1.700 Personen erreichen.

#### Langzeitpädagogischer Ansatz trotz Handlungsdrucks und hohen Erwartungen

Die wirtschaftliche und soziale Lage sowie Formen der kumulativen Diskriminierung in Nicht-EU-Staaten des ehemaligen Jugoslawien, aber auch aus EU-Staaten wie Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Tschechien, führten in den letzten Jahren zu einer verstärkten Migration von Rom\_nja nach Deutschland – die EU-Arbeitnehmer\_innenfreizügigkeit ermöglichte dies rechtlich für alle Bürger\_innen der EU. In den KogA-Bildungsprogrammen waren vor allem berufliche Akteur\_innen vertreten, die in Behörden,

Verwaltungen, Kommunen sowie in schulischen Kontexten und in der Sozialen Arbeit mit migrierten Rom\_nja aus diesen Staaten zu tun haben. Aus Sicht der professionellen Akteur\_innen und der hinter ihnen stehenden Organisationen / Institutionen gab und gibt es verschiedene Herausforderungen der Integration und Teilhabe dieser Menschen in den Bereichen Bildung, Arbeit oder Wohnen. Ein wichtiger Beweggrund für die Teilnahme an unserem Bildungsprogramm war für Viele die Erkenntnis, dass sie ohne fundiertes Wissen zum Thema Antiziganismus und ohne Netzwerke nicht weiterkommen und keinen Zugang zu Sinti\_ze und Rom\_nja aufbauen können. Auf diesen Bedarf konnten wir reagieren, wobei der Handlungsdruck aus den Organisationen / Institutionen und die Erwartungen der Teilnehmer\_innen an sich selbst und das Programm oft sehr hoch waren: Auf der Suche nach schnellen Lösungsansätzen der Bildung, Beratung und Mediation hatten nicht Wenige den Anspruch, möglichst sofort viele Informationen und umfangreiche Kompetenzen zu erwerben, die sie sogleich in ihrer Tätigkeit einsetzen könnten. An dieser Stelle

mussten wir Überzeugungsarbeit leisten, dass dieser Ansatz weder zielführend noch realistisch ist. Mit bis zu elf Veranstaltungstagen im Basis-, Aufbau-, Vertiefungs- und Praxismodul war das Bildungsprogramm zeitlich relativ umfangreich aufgestellt. Doch um ein tieferes Bewusstsein für Antiziganismus zu erlangen, braucht es diese Zeit.

Immer wieder brachten Teilnehmer\_innen ein durch Stereotypen verzerrtes Vorwissen mit. Neben der weiteren Wissensvermittlung und Sensibilisierung für das Machtverhältnis Antiziganismus zielte das Bildungsprogramm vor allem darauf ab, die Vorstellung des kategorialen Andersseins von Sinti\_ze und Rom\_nja zu dekonstruieren. Äußerungen von Teilnehmer\_innen im Rahmen der Bildungsprogramme legten nahe, dass sie nicht selten von folgender Grundannahme ausgingen: Sinti\_ze und / oder Rom\_nja werden diskriminiert, weil sie anders wären. Dieses Narrativ zu dekonstruieren, das zeigt unsere Erfahrung, benötigt viel Zeit. Daher sind – bei aller Problematik

Teilnehmer\_innen des Workshops „Neue Vorbilder statt alter Vorurteile – Sinti\_ze- und Rom\_nja-Sportler\_innen“ besichtigen die Ausstellung „Abseits im eigenen Land“ während des KogA-Fachforums in Celle • Martin Bein



56 in Bezug auf Zeitkapazitäten der jeweiligen Ziel- und Berufsgruppen – langzeitpädagogische Ansätze sinnvoll, um das (berufsbedingte) Alltagsbewusstsein und Handeln kritisch zu reflektieren.

Spätestens nach dem zweiten Modul des Bildungsprogramms fühlten sich die Teilnehmer\_innen im Thema „angekommen“, konnten Dinge für sich besser einordnen und erkannten einen roten Faden hinter den aufeinander aufbauenden Seminarmodulen. Sehr wichtig war es zudem, viele praxis- und handlungsorientierte Methoden und Ansätze anzubieten. So konnten wir die Teilnehmenden motivieren und befähigen, eigene Praxisanwendungen zu erarbeiten, diese mit der Seminargruppe kollegial zu beraten und in ihren Institutionen / Organisationen umzusetzen.

#### Umgang mit Kulturalisierung und Ethnisierung

„Ich möchte mehr über die Kultur der Sinti\_ze und Rom\_nja erfahren“. Diesen Wunsch äußerten viele Teilnehmer\_innen der KogA-Bildungsprogramme immer wieder. Er steht exemplarisch für die Gratwanderung antiziganismuskriti-

scher Bildungsarbeit. Die Haltung von KogA war an dieser Stelle eindeutig: Wir als „Gadje“, also Menschen ohne Romnohintergrund, vermitteln nichts, was dem Bedürfnis Rechnung trägt, in homogenen Kategorien zu denken und Kultur als zentrale Erklärung für Verhaltensweisen, Handlungen und Einstellungen heranzuziehen. Vor allem durch Begegnungen mit Sinti\_ze und Rom\_nja, die „Expert\_innen ihres eigenen Lebens“ sind, kann deutlich werden, dass es nicht „die“ Kultur der Sinti\_ze und Rom\_nja, sondern vielfältige Traditionen und Lebensentwürfe gibt.

Von großer Bedeutung in der antiziganismuskritischen Bildungsarbeit ist es zudem, Narrativen und Diskursen entgegenzuwirken, die Personen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Aussehens oder ihrer Lebensgewohnheiten als Rom\_nja und Sinti\_ze ethnisieren. Als herausfordernd haben sich selbstethnisierende oder selbst-kulturalisierende Aussagen durch Vertreter\_innen aus Verbänden und Vereinen herausgestellt. Bedingt durch die „Authentizität“, die in der Regel von Teilnehmer\_innen einem Sinto oder einer Romni zugeschrieben wird, muss sehr behutsam vorgegangen werden. Eine

Methode, die sich hierbei gut bewährt hat, ist es, Seminareinheiten als Tandem zu konzipieren und durchzuführen, bestehend aus je einer/einem Referent\_in aus der Community und vom KogA-Team. Dieses Tandem-Modell verstehen wir als einen Baustein einer strategischen Allianz mit dem Ziel des Powersharing: sich gegenseitig Kompetenzen vermitteln – und eben nicht zuletzt auch gemeinsam gegen Antiziganismus vorgehen.

#### Mechanismen und Effekte struktureller und institutioneller Diskriminierung

Da relativ viele Teilnehmer\_innen der Bildungsprogramme in Behörden und Verwaltungen arbeiten, zielt das Bildungsprogramm auch darauf ab, ein Bewusstsein für Formen der strukturellen und institutionellen Diskriminierung zu schaffen, deren Effekte in nahezu allen relevanten Lebensbereichen (Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen etc.) identifiziert werden können. Wiederkehrende Themen in den Seminaren waren deshalb zum Beispiel die sichere Herkunftsstaatenregelung der Bundesrepublik Deutschland, Ausreisesperren für Rom\_nja in den Westbalkanstaaten, polizeili-

che Sondererfassungen von Sinti\_ze und Rom\_nja oder die überproportionale Beschulung von Sinti\_ze in Sonder- und Förderschulen.

Das Thema institutionelle Diskriminierung war für die Teilnehmenden sehr herausfordernd, da sie in der Regel annehmen, dass nach Recht und Gesetz gehandelt wird bzw. gehandelt werden muss. Zu erkennen, wie organisationale Stereotypen durch „gelerntes Wissen und Erfahrung“ verinnerlicht sind und wie bestimmte Gesetze und Verwaltungsvorschriften zur Diskriminierung beitragen, berührt das Berufsethos der beruflichen Akteur\_innen. Es zeigt auf, dass diskriminierende Praktiken nicht nur singuläres „Fehlverhalten“ bedeuten, sondern auch Personen betrifft, die von sich annehmen und überzeugt sind, diskriminierungsfrei zu handeln.

Lernen aus der Geschichte, oder durch die Geschichte?

Um gegenwärtigen Antiziganismus verstehen und richtig einordnen zu können, ist der Blick in die Geschichte der Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung von Sinti\_ze und Rom\_nja im Nationalsozialismus unerlässlich. Die NS-Verbrechen haben Auswirkungen bis in die Gegenwart. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, dass Überlebende bis heute traumatisiert sind und ihre Ängste oft an die nächste Generation weitergegeben haben. Zudem ist die NS-Ideologie teilweise heute noch in Form rassistischer Denkstrukturen und Diskurse in der Gesellschaft präsent. Vor diesem Hintergrund waren und werden Ansätze der historisch-politischen Bildung über den Nationalsozialismus sowie die Aufklärung und Bewusstmachung von Kontinuitäten, Diskontinuitäten und Wandlungen der Formen des Antiziganismus, jenseits von unzutreffenden Analogien, ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit bleiben. Bisher waren die Bildungsprogramme chronologisch aufgebaut, so dass sich die Inhalte sozusagen linear von der Geschichte in die Gegenwart bewegt haben. Nach fast fünf Jahren Erfahrung stellen wir uns jedoch die grundlegende Frage, ob die Vermittlung der historischen Verbrechen „en bloc“ nicht die Gefahr birgt, das Unrecht im heutigen Rechtsstaat aus den Augen zu verlieren. Um einer Abwehr zeitgenössischer Formen des Rassismus von vornherein zu begegnen, kann es daher sinnvoll sein, einen Ansatz zu wählen, der von der Gegenwart ausgeht, und durch gezielte und punktuelle Bezugnahmen

auf die Geschichte die Gewordenheit und Prozesshaftigkeit der Gegenwart und ihrer antiziganistischen Machtverhältnisse begreifbar macht.

Ausblick

Durch die erneute Förderung als Modellprojekt im Bundesprogramm Demokratie leben! können wir unsere Arbeit erfreulicherweise bis 2025 fortsetzen. In den nächsten Jahren werden wir die Seminarmodule unseres Bildungsprogramms weiterentwickeln und darüber hinaus neue Angebote der Beratung und Prozessbegleitung konzipieren.

Individuelle Formen der Diskriminierung müssen immer auch vor dem Hintergrund systemischer Handlungen betrachtet werden. Deshalb legen wir einen Schwerpunkt auf Formen von strukturellem und institutionellem Antiziganismus. Zusammen mit den beruflichen Akteur\_innen wollen wir Strategien entwickeln, um der Diskriminierung entgegenzuwirken und inklusive Praktiken zu befördern. Angelehnt an den „Index für Inklusion“ geht es darum, Kulturen, Strukturen und Praktiken kritisch zu hinterfragen und langfristig zu verändern. Deshalb werden wir auch Inhouse-Angebote konzipieren, um zukünftig stärker in Institutionen und Organisationen hineinwirken und sie in ihrer Gesamtheit adressieren zu können.

In den nächsten Jahren wollen wir Kontakte zu Schlüsselpersonen ausbauen, um bislang kaum oder nicht erreichte Zielgruppen zu gewinnen. Im ersten Schritt konzentrieren wir uns auf Multiplikator\_innen bei der Polizei. Über die Datenbank „Politische Bildung und Polizei“ der Bundeszentrale für politische Bildung sind bereits seit diesem Jahr Seminarangebote von KogA buchbar, die einen Fokus auf Mechanismen und Effekte institutioneller Diskriminierung legen und die ermöglichen, eigene Haltungen zum Thema Antiziganismus und deren Wirkung auf die berufliche Rolle zu reflektieren. Außerdem planen wir ein neues Format zu schaffen, mit dem wir die Alumni unserer Bildungsprogramme weiter begleiten und bei der Umsetzung von Maßnahmen in ihren jeweiligen Institutionen und Organisationen unterstützen. Nicht zuletzt werden wir unsere Zusammenarbeit mit verschiedenen Selbstorganisationen der Sinti\_ze und Rom\_nja in Niedersachsen und bundesweit stärken und weiterentwickeln.

Emran Elmazi vom Dokumentations- und Kulturzentrum Deutsche Sinti und Roma im Gespräch mit Claudia Schanz vom Niedersächsischen Kultusministerium während des KogA-Fachforums in Celle • Martin Bein

Tobias von Borcke vom Bildungsforum gegen Antiziganismus in Berlin spricht über Präventionsarbeit gegen Antiziganismus und Empowerment für Sinti\_ze und Rom\_nja während des KogA-Fachforums in Celle • Martin Bein

KogA-Projektleiter Bernd Grafe-Ulke im Gespräch mit Teilnehmer\_innen des Workshops „Historisch-politische Bildung gegen Antiziganismus für Multiplikator\_innen unterschiedlicher Berufsgruppen“ während des KogA-Fachforums in Celle • Martin Bein

# Projekt KogA: Neue Formate und Themen, neue Kooperationen und Zukunftsperspektiven

Bernd Grafe-Ulke, Marion Seibel, Daniel Tonn



58 2019 war für das Projekt „Kompetent gegen Antiziganismus“ (KogA) der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten das letzte Förderjahr im Rahmen des zurückliegenden, fünfjährigen Bundesprogramms Demokratie leben! Seit 2015 haben wir eine Vielzahl an Multiplikator\_innen aus unterschiedlichen Berufsfeldern adressiert, um zum Thema Antiziganismus Wissen zu vermitteln, für Machtverhältnisse zu sensibilisieren und Handlungsstrategien gegen die Diskriminierung von Sinti\_ze und Rom\_nja zu entwickeln. Die vergangenen zwölf Monate sind vor allem durch unser Fachforum, unser Bildungsprogramm mit dem Schwerpunkt „Antiziganismus und Medien“ sowie neue Kooperationen bestimmt worden.

## KogA-Fachforum

Im Rahmen unseres Fachforums „Kompetent gegen Antiziganismus. Teilhabe und Empowerment“ im November in Celle haben wir den Blick nicht nur zurück, sondern auch in die Zukunft gerichtet. Wie kann historisch-politische Bildung wirkungsvoll zum Abbau antiziganistischer Diskriminierung beitragen

und an der Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe von Sinti\_ze und Rom\_nja mitwirken? Was sind vielversprechende Ansätze und Good Practices der antiziganismuskritischen Bildungs- und Beratungsarbeit sowie des Empowerments? Und wo liegen neue Arbeitsfelder und unbenutzte Leerstellen? Diese und weitere Fragen diskutierten die rund 80 Teilnehmer\_innen aus den Bereichen kommunale Verwaltung, formale und non-formale Bildung, Polizei, Justizvollzug sowie Soziale Arbeit. Damit spiegelte die Veranstaltung die diversen Hintergründe der beruflichen Multiplikator\_innen und zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen wider, die KogA mit seinen Bildungsangeboten qualifiziert. Besonders hervorzuheben ist zudem die Teilnahme zahlreicher Vertreter\_innen von Selbstorganisationen der Sinti\_ze und Rom\_nja, die sich aktiv in das Forum eingebracht haben.

## Bildungsprogramm 2019: „Antiziganismus und Medien“

In unserem diesjährigen Bildungsprogramm bildete das Thema „Antiziganismus und Medien“ einen Schwerpunkt,

das sich vorrangig an berufliche Akteur\_innen aus den Tätigkeitsfeldern Presse, Medien und Öffentlichkeitsarbeit richtete. Wir haben das Programm in diesem Jahr von vier auf zwei Module verkürzt und damit statt wie bisher elf, nur sechs Seminartage durchgeführt. Wir wollten erproben, wie dieses kompaktere Format funktioniert und den Zugang für die Teilnehmer\_innen niedragschwelliger gestalten. Leider haben wir die anvisierte Zielgruppe nicht wie geplant erreicht – die Gründe hierfür gilt es eingehender zu eruieren. Nichtsdestotrotz waren die Teilnehmenden aus schulischen Kontexten, Kommunen und Sozialer Arbeit sehr daran interessiert, wie öffentlich-mediale Diskurse über Rom\_nja und Sinti\_ze funktionieren, auf welche Formen der visuellen Repräsentation diese zurückgreifen und mit welchen Strategien stereotypen Darstellungen begegnet werden kann. Während der Seminare haben wir mit den Teilnehmenden deshalb auch zwei Beispiele in Niedersachsen diskutiert, anhand welcher der unterschiedliche Umgang mit dem Thema Antiziganismus deutlich wird. In einem Fall reproduzierte ein Redakteur der Celleschen Zeitung das alte Vorurteil, Sinti\_ze



und Rom\_nja neigten zur Kriminalität. So schrieb er über einen Trickbetrug an einem Rentnerehepaar 2018, dass es sich bei den Täterinnen um „[...] zwei Frauen [...], nach Zeugenaussagen wahrscheinlich Sinti und Roma [...]“ gehandelt habe, welche „[...] die Wehrlosigkeit ihrer Opfer schamlos und dreist ausgenutzt“ hätten. Auf einen kritisch-konstruktiven Brief von KogA und dem Geschäftsführer der Stiftung, verbunden mit einem Gesprächsangebot, gab es keine Reaktion. Dass Medien ihrer Verantwortung durchaus nachkommen und rassistische Diskriminierung thematisieren, zeigte die Deister- und Weserzeitung (DEWEZET). Die DEWEZET berichtete Anfang 2019 ausführlich über einen Fall von Antiziganismus, bei dem einer Hamelner Sintezza von einer dortigen Wohnungsgesellschaft mit der Begründung „leichter Zigeunereinschlag“ ein Mietverhältnis verwehrt werden sollte. Im Zuge ihrer Berichterstattung führte die Zeitung auch ein Interview mit unserem Teamkollegen Tobias Neuburger.

#### Neue Kooperationen

Menschenverachtende Aussagen gegen Einzelne oder Gruppen haben leider Hochkonjunktur – in digitalen Räumen, aber auch außerhalb. Um dem etwas entgegenzusetzen, hat KogA deshalb das Kooperationsangebot der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung (LpB) angenommen und an der neuen App „KonterBUNT. Einschreiten für Demokratie“ mitgearbeitet. Mit der im Juni erschienenen und kostenlos für „Android“ und „iOs“ nutzbaren App können sich Anwender\_innen mit Hate Speech und Stammtischparolen kritisch auseinandersetzen. Die Themenbereiche sind breit gefächert und reichen von Antisemitismus über Sexismus bis zu Rassismus – das Themenfeld Antiziganismus hat KogA inhaltlich befüllt. Die Entgegnungen auf die dort genannten

Parolen basieren auf unseren mehrjährigen Erfahrungen in der antiziganismuskritischen Bildungsarbeit und dem Austausch mit Vertreter\_innen von Selbstorganisationen, die häufig selbst von Diskriminierung betroffen sind und waren. Auf diesem Projekt aufbauend werden wir uns 2020 im Rahmen einer von der LpB angebotenen Ausbildung zum Argumentationstrainer auch selbst weiterqualifizieren.

Außerdem haben wir eine neue Kooperation mit dem Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) und der Landesschulbehörde aufgenommen. In diesem Jahr konnten wir als „Kick-Off“ eine Fortbildung zum Thema „Interkulturelle Bildung am Beispiel von Rom\_nja“ mit Koordinator\_innen für sprachliche und interkulturelle Bildung sowie den jeweiligen Fachdezernent\_innen aus den vier Regionalabteilungen und Außenstellen der Niedersächsischen Landesschulbehörde in Kooperation mit dem NLQ durchführen. 2020 planen wir gemeinsam ein mehrtägiges Bildungsangebot für Mitarbeiter\_innen der Landesschulbehörde mit Koordinierungsfunktion zu konzipieren und umzusetzen.

In der zweiten Jahreshälfte haben wir verschiedene Anträge gestellt, um die Arbeit von KogA fortsetzen und weiterentwickeln zu können. Im Dezember erhielten wir schließlich die erfreuliche Nachricht, dass im Rahmen des neuen Bundesprogramms Demokratie leben! weitere fünf Jahre als Modellprojekt gefördert werden. Der bewilligte Antrag ist nicht zuletzt auch der in den zurückliegenden Jahren vertrauensvoll gewachsenen Zusammenarbeit mit verschiedenen Selbstorganisationen der Sinti\_ze und Rom\_nja zu verdanken. Stellvertretend für weitere Organisationen sind hier insbesondere der Niedersächsische Verband Deutscher Sinti e.V., der 1. Sinti-Verein Ostfriesland in Leer und das

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma zu nennen.

Ein besonderer Dank gebührt zudem unserem Projektkollegen Tobias Neuburger, der sich im November nach vier erfolgreichen Jahren gemeinsamer Bildungsarbeit gegen Antiziganismus aus unserem Team verabschiedet hat. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratien der Leibniz Universität Hannover forscht er von nun an zum Thema „Inklusive Stadtgesellschaft und Migration: kommunale Handlungsroutrinen und EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien“.

KogA-Leiter Bernd Grafe-Ulke spricht auf dem Fachforum in Celle über Erkenntnisse aus fünf Jahren Projektarbeit • Martin Bein

Mario Franz vom Niedersächsischen Verband Deutscher Sinti und Dr. Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, während des KogA-Fachforums in Celle • Martin Bein

Nadine, Charmaine und Michael Wagner (von li. n. re.) vom 1. Sinti-Verein Ostfriesland e.V. moderieren den Workshop „Teilhabe in Schule und Kindergarten fördern. Sinti\*ze als Bildungsbegleiter\*innen in Leer/Ostfriesland“ im Rahmen des KogA-Fachforums in Celle • Martin Bein

# Ideologie in Symbolen: Was haben Wolfsangel, Germanenkult und Hermann Löns mit dem Nationalsozialismus zu tun?

Jens-Christian Wagner



60 Im Frühjahr 2019 erreichten die Gedenkstätte Bergen-Belsen zunehmend Beschwerden von Besucher\_innen über einen Findling, der an der Straße von Winsen/Aller Richtung Gedenkstätte steht und auf dem neben dem Namen eines örtlichen Unternehmers eine Wolfsangel abgebildet ist. Nach diversen Pressemeldungen über diesen als unangemessen empfundenen Stein entwickelte sich in der Region eine lebhaft Diskussions über die Verwendung der Wolfsangel. Dabei zeigte sich ein verbreitetes Unwissen nicht nur über das Symbol selbst, sondern auch hinsichtlich der Rezeption des Werkes von Hermann Löns, der die Wolfsangel als Symbol popularisierte. Was also ist die Wolfsangel, und was hat sie mit Hermann Löns und dem Rechtsextremismus zu tun?

Die Wolfsangel ist ein jahrhundertaltes Symbol. Es zeigt eine mit einem Querbalken versehene Sigrune und geht wohl als Zeichen auch auf eine Wolfsfalle zurück. Seit dem Mittelalter tauchte sie in Stadt- und Adelswappen auf, und im 19. Jahrhundert wurde sie als Grenzmarkierung sowie zur Kennzeichnung von Forstbeschäftigten genutzt. Bis

dahin war ihre Verwendung politisch unbelastet.

Das änderte sich an der Wende zum 20. Jahrhundert. Die neu entstehende völkische Bewegung, die sich vor allem durch Nationalismus und Antisemitismus auszeichnete, entdeckte das Runenalphabet als Beweis für die Kulturleistung einer angeblich jahrtausendealten germanischen Rasse. Heute gilt allerdings als unbestritten, dass die ersten Runen, die im zweiten Jahrhundert nach Christus auftauchten, eine Adaption südeuropäischer Schriften waren.

Für die Völkischen waren nicht nur die Runen, sondern auch die Wolfsangel aber Symbole angeblicher germanischer Kulturhegemonie und Wehrhaftigkeit. Deshalb wurde sie schnell bei ihnen beliebt: Spätestens in den 1920er Jahren war die Wolfsangel ein vor allem von Völkischen und Nationalsozialisten genutztes politisches Erkennungszeichen. Gerne wurde sie auf Findlingen angebracht, jenen angeblich urgermanischen und unzerstörbaren Steinen, die in der Kunstgeschichte als die Kennzeichen schlechthin für die völkische Memorialkultur gelten.

Zur Verbreitung der Wolfsangel als po-

litischem Symbol in völkischen und später nationalsozialistischen Kreisen hat maßgeblich Hermann Löns beigetragen, der „Naturschutz“ als „gleichbedeutend mit Rassenschutz“ bezeichnete und schrieb, der „letzte und wichtigste Zweck des gesamten Heimatschutzes“ sei der „Kampf für die Gesunderhaltung des gesamten Volkes, ein Kampf für die Kraft der Nation, für das Gedeihen der Rasse“.<sup>1</sup> Überhaupt war Löns, wie viele in seiner Zeit, Nationalist, bisweilen auch mit antisemitischen Ausschlägen. 1910 schrieb er in einem Brief an Artur Kutscher: „Ich bin Teutone hoch vier. [...] Wir haben genug mit Humanistik, National-Altruismus und Internationalismus uns kaputt gemacht, so sehr, dass ich eine ganz gehörige Portion Chauvinismus sogar für unbedingt nötig halte. Natürlich passt das den Juden nicht und darum zetern sie über Teutonismus. Das aber ist der Weg, die Wahrheit und das Leben.“<sup>2</sup>

Stark von rassistischer Ideologie durchtränkt ist auch Löns' Roman „Wehrwolf“

1 Hermann Löns, Naturschutz und Rassenschutz, in: Ders., Nachgelassene Schriften, hrsg. von Wilhelm Deimann, Leipzig/Hannover 1928, S. 486.

2 Zit. nach Thomas Dupke, Hermann Löns – Mythos und Wirklichkeit. Eine Biographie, Berlin 1994, S. 161.

aus dem Jahr 1910, in dem er mit archaischer Blut-und-Boden-Romantik von heldenhaften Heidebauern erzählt, die sich gegen gefährliche fremde Eindringlinge wehren. In diesem Buch führte er die Wolfsangel als Symbol germanischer Wehrhaftigkeit ein: Die Kapelle des wehrhaften Heidedorfes zieren zwei Wolfsangeln. Etwa seit dieser Zeit ver sah Löns zudem seine Unterschrift bisweilen mit einer Wolfsangel, und als die Nationalsozialisten den „Wehrwolf“ im Zweiten Weltkrieg zur Pflichtlektüre für die Hitlerjugend machten, prangte auf dem Buchtitel längst die Wolfsangel. Weil das Buch genutzt wurde, um die Jugendlichen zum Untergrundkampf gegen die Alliierten aufzurufen, wurde es von diesen nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 auf den Index gesetzt.

Nicht nur für den Buchtitel des „Wehrwolfs“ wurde die Wolfsangel verwendet. Auch das Grab von Hermann Löns wurde 1935 damit geschmückt. 1934 waren die angeblichen Gebeine von Löns, der 1914 im Ersten Weltkrieg an der Westfront gestorben war, in Frankreich entdeckt und nach Deutschland gebracht worden. Sein Begräbnis nutzten die Nationalsozialisten für propagandistische Zwecke – genauer gesagt: die Wehrmacht, die die Gebeine bei Fallingbosten bestatten und die Grabplatte – einen Findling – mit dem Symbol der Wolfsangel versehen ließ. Mit ins Grab gegeben wurde eine Kapsel mit Hitler-Worten.

Mit dem Begräbnis in Fallingbosten erreichte der Löns-Kult der Nationalsozialisten seinen Höhepunkt. Das gilt auch für die politische Verwendung der Wolfsangel, die bald als Kennzeichen für diverse NS-Organisationen genutzt wurde, etwa für die SS-Division „Das Reich“ oder für Verbände der Hitlerjugend. Auch in der Region um Celle wurde die Wolfsangel gerne genutzt, beispielsweise im ehemaligen Kreis Burgdorf, der sie 1935 mit Bezug auf Löns' „Wehrwolf“ in sein Wappen aufnahm (in den 1970er Jahren übernahmen die Stadt Burgwedel und die Gemeinde Wedemark das Zeichen in ihren Wappen).

Nach 1945 nutzten Neonazis die Wolfsangel als Erkennungszeichen, etwa die 1982 verbotene „Junge Front“. Seit dem Verbot dieser Organisation ist die Verwendung der Wolfsangel als Symbol im politischen Kontext verboten. Ansonsten hat sie Bestandsschutz und darf etwa in Wappen, auf Steinen oder in der Forstwirtschaft verwendet werden. Trotz des Verbotes im politischen Kontext wird die Wolfsangel aber weiterhin von Rechtsextremisten genutzt. Im letzten Europa-

wahlkampf etwa nutzte die NPD auf Plakaten eine leicht verfremdete Wolfsangel als Kennzeichen für „nationale Schutzzonen“, und in der Ukraine (dort ist das Zeichen nicht verboten) dient die Wolfsangel als Kennzeichen für rechts-extreme Milizen.

Fazit: Wenn wir uns mit den ideologischen Ursprüngen und Folgen der NS-Herrschaft und den Gründen für die breite Mitmachbereitschaft im Nationalsozialismus beschäftigen – und darin liegt eine der Hauptaufgaben der Gedenkstättenarbeit –, dann müssen wir auch über Symbole wie die Wolfsangel, den Löns-Kult der Nazis und die aktuelle Verwendung des Symbols durch Rechts-extreme sprechen: Es war und ist ein Erkennungszeichen der rechtsextremen Szene. Bei jeder Verwendung sollte man daher historisch-politische Sensibilität und Wachsamkeit walten lassen. Das bedeutet nicht, dass das Symbol von jedem Löns-Stein oder aus Stadtwappen entfernt werden muss. Die Verwendung der Wolfsangel sollte aber historisch kontextualisiert werden, etwa mittels Infotafeln.

Mit einer solchen zeitgeschichtlichen Kontextualisierung lässt sich viel aus den Spuren lernen, die der Nationalsozialismus und seine geistigen Vorläufer auf Gedenksteinen und Bauten hinterlassen haben: Es lässt sich lernen, dass die Nazis 1933 nicht vom Himmel gefallen sind, sondern ihren Rassismus und ihren Antisemitismus auf völkischen und nationalistischen Ideologemen aufbauten, die seit der Jahrhundertwende von immer mehr Deutschen bereitwillig aufgesogen und verinnerlicht wurden. Zum Erfolg der NS-Propaganda und zur breiten gesellschaftlichen Akzeptanz der von den Nationalsozialisten propagierten „Volksgemeinschaft“ haben ihre ideologischen Vorreiter ganz erheblich beigetragen. Und nach 1945 wirkten Teile dieser Ideologie nach. Auch dafür stehen die Wolfsangel und der Löns-Kult exemplarisch. Umso mehr sollte man heute kritisch mit solchen Symbolen umgehen – ganz im Sinne eines reflexiven Geschichts-bewusstseins, das zu vermittelnden Aufgaben der Gedenkstätten ist.

Gedenkstein für Hermann Löns in Winsen (Aller), 2019. Der Stein wurde 1966 anlässlich des 100. Geburtstages von Hermann Löns aufgestellt. In einem Gemeinschaftsprojekt der Gedenkstätte mit der Schule im Allertal und der Gemeinde Winsen soll 2020 eine erläuternde Infotafel zu dem Stein erarbeitet werden. • Jens-Christian Wagner

Gedenkstein für Hermann Löns bei Bockelskamp (Landkreis Celle), 2019. Der Stein wurde erst 2004 von einem örtlichen Verein aufgestellt. • Jens-Christian Wagner





# Gedenkstätte Bergen-Belsen

# Gedenkstätte Bergen-Belsen

Thomas Rahe, Katrin Unger, Jens-Christian Wagner



64 Die für die Öffentlichkeit wohl am stärksten sichtbaren Ereignisse in der Gedenkstätte Bergen-Belsen waren 2019 die Erweiterung der Gedenkstätte auf ein Teilareal der benachbarten Niedersachsen-Kaserne mit der Einweihung des Lernortes M.B. 89 zum 74. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen im April, die Eröffnung der Ausstellung „Lebensläufe. Verfolgung und Überleben im Spiegel der Sammlung von Shaul Ladany“ im September und die Präsentation unserer Wanderausstellung „Kinder im KZ Bergen-Belsen“ in der Gedenkstätte Ravensbrück, im Historischen und Völkerkundemuseum St. Gallen und in Perl / Saarland.

Nicht zuletzt diesen Aktivitäten ist es zu verdanken, dass die Gedenkstätte weit über die Region Celle hinaus medial präsent war und sich viele Menschen mit der Geschichte Bergen-Belsens auseinandersetzen konnten, ohne selbst vor Ort zu sein. Das entspricht der Zielsetzung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, deutlich stärker als bisher in die Gesellschaft hineinzuwirken, um diese im Sinne historischen Urteilsvermögens demokratisch zu stärken und damit dem Aufstieg nationalistischer,

rassistischer und antisemitischer Strömungen ein deutliches Zeichen kritischen Geschichtsbewusstseins entgegenzusetzen.

Erst mit dem Aufbau der Gedenkstätte Bergen-Belsen als „arbeitende Einrichtung“ mit wissenschaftlichem Personal Ende der 1980er Jahre begann eine systematische Sammeltätigkeit zur Geschichte des Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Daran gemessen hat diese Sammlung mittlerweile einen bemerkenswerten Umfang erreicht. Auch im vergangenen Jahr konnten zahlreiche Zuwächse an Originalerwerbungen zu verschiedenen Aspekten und Phasen der Geschichte des Lagers Bergen-Belsen verzeichnet werden, viele davon als Schenkungen von Überlebenden oder Angehörigen.

Zu den bemerkenswertesten Ergebnissen der Sammlungsaktivitäten der Gedenkstätte Bergen-Belsen gehört die außerordentlich große Zahl von Häftlingstagebüchern aus dem Konzentrationslager. Allein im vergangenen Jahr konnten drei weitere, bisher unbekannte Tagebücher ermittelt werden, darunter erstmals auch eines aus dem Frauenlager. Insgesamt liegen nun 34 Häftlings-

tagebücher aus dem KZ Bergen-Belsen vor – die mit Abstand größte Zahl von Tagebüchern aus einem einzelnen NS-Konzentrationslager. Sowohl für die historische Forschung als auch für die Bildungsarbeit kommt ihnen eine große Bedeutung zu. Dementsprechend setzte die Gedenkstätte auch im vergangenen Jahr mit der Edition des ungarischsprachigen Tagebuchs von Jenő Kolb ihre Praxis fort, Häftlingstagebücher aus dem KZ Bergen-Belsen in einer kommentierten deutschen Übersetzung zu veröffentlichen.

2019 wurden die internationalen Bezüge der Arbeit der Gedenkstätte Bergen-Belsen noch deutlicher sichtbar als in den Vorjahren. Nicht zuletzt mit der Präsentation der Ausstellung „Kinder im KZ Bergen-Belsen“ im schweizerischen St. Gallen und der Organisation eines umfassenden Begleitprogramms, in dem ehemalige Häftlinge aus ihren Erinnerungen berichteten, war die Gedenkstätte im Ausland so präsent und aktiv wie nie zuvor. Die hohen Besucher\_innenzahlen und die große mediale Resonanz darauf bestätigten die internationale Bedeutung der Arbeit der Gedenkstätte Bergen-Belsen.



Auch in anderen Arbeitsbereichen zeigten sich 2019 deutlich die internationalen Kontexte, in die die Gedenkstätte Bergen-Belsen eingebunden ist, wie bei der Teilnahme an der internationalen Konferenz zur Namensdokumentation von NS-Verfolgten in Yad Vashem, bei den zahlreichen externen Anfragen oder der Nutzungen der Sammlung der Gedenkstätte vor Ort im Kontext von historischer Forschung, Ausstellungs- und Publikationsvorhaben innerhalb und außerhalb Europas.

International ging es auch beim 25. Internationalen Workcamp vom 8. bis 18. April zu, welches der Landesjugendring Niedersachsen in Kooperation mit der Gedenkstätte durchführte. Rund 50 Jugendliche und junge Erwachsene aus zehn Nationen haben sich mit der Geschichte des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers Bergen-Belsen auseinandergesetzt. In zwei Phasen wählten die Teilnehmenden aus sieben Workshops und wurden inhaltlich sowie kreativ tätig.

Am 28. April wurde im Rahmen der Feierlichkeiten zum 74. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen der Lernort M.B. 89 eingeweiht. An diesem

Tag eröffneten Studierende der Leibniz Universität Hannover die Ausstellung „Aufrüstung, Krieg und Verbrechen. Die Wehrmacht und der Truppenübungsplatz Bergen“, die sie in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen erarbeitet hatten. Die Abteilung Bildung und Begegnung entwickelt im Lernlabor M.B. 89 zukunftsfähige und innovative Formate, um neben der „klassischen“ Zielgruppe von Jugendlichen verstärkt auch Erwachsene in beruflichen Kontexten als Zielgruppe zu erreichen.

Die Erhöhung der finanziellen Förderung durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien und das Land Niedersachsen ermöglichte 2019 die Einstellung mehrerer zusätzlicher Mitarbeiter\_innen in der Abteilung Bildung und Begegnung. Damit kann die Gedenkstätte nun besser auf die Bedürfnisse der Besucher\_innen der Gedenkstätte und die sich verändernden Rahmenbedingungen eingehen.

Gedenkstätten sind zunehmend Ziel von Angriffen und Provokationen von Rechtsextremen und Rechtspopulisten. Das gilt auch für die Gedenkstätte Bergen-Belsen. Rechtsextreme Meinungen und geschichtsrevisionistische Provokatio-

nen spiegeln in gewissem Maße die gesellschaftlichen Veränderungen nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Für die in der Vermittlung Tätigen ist es wichtig, sich damit entsprechend auseinanderzusetzen und in konkreten Situationen entsprechend und angemessen zu handeln. Daher widmeten sich Fortbildungen für feste wie freie Mitarbeiter\_innen in der Vermittlung zunehmend auch dem Umgang mit geschichtsrevisionistischen und populistischen Vorkommnissen in Gedenkstätten.

Die Mitglieder des International Advisory Boards der Gedenkstätte Bergen-Belsen • Maximilian Vogel

Eröffnung der Ausstellung zum 25-jährigen Jubiläum des Internationalen Jugendworkcamps Bergen-Belsen im Beisein der Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta • Martin Bein

Die von den Gedenkstätten Ravensbrück, Bergen-Belsen und Dachau gemeinsam konzipierte und organisierte Tagung „Religiosität in Konzentrationslagern und anderen NS-Haftstätten“ fand am 28. und 29. Juni in der KZ Gedenkstätte Ravensbrück statt. Die Mehrzahl der Beiträge soll 2021 in einem Themenheft der Zeitschrift „Beiträge zur nationalsozialistischen Verfolgung“ veröffentlicht werden, die künftig von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten herausgegeben wird. • Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück

Die aufgrund der großen Resonanz bereits mehrfach durchgeführte szenische Lesung zu Irma Grese fand 2019 in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, in Burgdorf und am 20. Januar im Schlosstheater Celle (Foto) statt. • Diana Gring

# Die Wanderausstellung „Lebensläufe. Verfolgung und Überleben im Spiegel der Sammlung von Shaul Ladany“

Tessa Bouwman, Jens-Christian Wagner



66 Im Alter von acht Jahren wurde Shaul Ladany 1944 mit seiner Familie aus Ungarn in das KZ Bergen-Belsen deportiert. Er gehörte zu den wenigen jüdischen Häftlingen, die aufgrund von Verhandlungen ungarischer und schweizerischer jüdischer Organisationen mit der SS gerettet wurden und im Dezember 1944 mit dem sogenannten Kasztner-Transport in die Schweiz ausreisen durften. Später wanderte Shaul Ladany nach Israel aus und wurde ein bekannter Wissenschaftler und Sportler. Als Geher nahm er an den Olympischen Spielen in München teil und überlebte den Anschlag der palästinensischen Terrorgruppe auf die israelische Mannschaft am 5. September 1972. Der Leistungssportler hörte damals nicht auf: Noch heute nimmt er an internationalen Sportwettkämpfen teil. Shaul Ladany verfügt über eine große Sammlung von Originaldokumenten zu seiner Verfolgung im Nationalsozialismus. Ergänzt um Informationen zur deutschen Besatzungsherrschaft in Serbien und in Ungarn, zu den Rettungsbemühungen des ungarischen Zionisten Rudolf Kasztner und zum Neuanfang der Überlebenden im neu gegründeten Staat Israel wurden

diese Dokumente mit der Ausstellung „Lebensläufe“ in der Gedenkstätte Bergen-Belsen ab September 2019 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Ausstellung gliedert sich in die Abschnitte: Jugoslawien und Ungarn 1941 bis 1944 – Bergen-Belsen – Schweiz – Rückkehr und neue Existenz in Israel – Olympia-Attentat 1972 – Sammeln gegen das Vergessen. Alle Inhalte der Ausstellung werden auf großen Stelltafeln präsentiert. Um die Fotos und Dokumente aus der Sammlung von Shaul Ladany herauszuheben, werden diese in Holzrahmen gezeigt. Alle anderen Dokumente, Fotos und Texte sind direkt auf die Tafeln gedruckt. Auf diese Weise sollen die individuellen Exponate aus der Sammlung von Shaul Ladany zum einen historisch kontextualisiert werden, zum anderen soll deutlich werden, dass die Geschichte der Familie Ladany stellvertretend für die vieler anderer NS-Verfolgter steht. Im Kern wird nicht eine biographische Ausstellung über Shaul Ladany präsentiert, sondern seine Lebensgeschichte ist der rote Faden für verschiedene thematische Zugriffe: die NS-Verfolgung in Jugoslawien und Ungarn, die Rettungsbemühungen Rudolf

Kasztners, die Flüchtlingspolitik der Schweiz, der Aufbau einer Nachkriegs-Existenz und die Entwicklung der Erinnerungskultur in Israel – sowie das Bemühen vieler Überlebender, ihrer Nachwelt Dokumente über das Grauen in Bergen-Belsen zu hinterlassen.

Am 5. September 2019, dem 47. Jahrestag des Attentats auf das israelische Olympia-Team in München, wurde die Ausstellung in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus dem In- und Ausland in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eröffnet. Shaul Ladany berichtete eindrucksvoll über seine Erinnerungen an das KZ Bergen-Belsen und an Olympia 1972. Grußworte hielten Aaron Sagui, Gesandter der Botschaft des Staates Israel, Michaela Küchler, Sonderbeauftragte im Auswärtigen Amt für Beziehungen zu jüdischen Organisationen, und Uschi Schmitz, Vizepräsidentin des Deutschen Olympischen Sportbunds.

Dass die Ausstellung, die bis Dezember 2019 in Bergen-Belsen gezeigt wurde, realisiert werden konnte, ist vor allem Shaul Ladany zu verdanken, der seine umfangreiche Sammlung zur Verfügung stellte. Mit großem Sachverstand und dem Blick für Details sichtete und scannte



Antje Naujoks in Ladanys Haus in Omer bei Be'er Sheva in Israel alle wichtigen Unterlagen. Beiden sei sehr herzlich gedankt! Das gilt auch für das Auswärtige Amt, das die Ausstellung großzügig förderte.

Die Ausstellung wurde als Wanderausstellung konzipiert und kann kostenlos ausgeliehen werden. Sie besteht aus fünf je ca. vier Meter langen Stellwänden sowie einer Prolog-Steile und ist innerhalb eines Tages montierbar. Leihnehmer wenden sich bei Interesse bitte an Till Amelung, Tel. 05051-4759-175, Email: [veranstaltungen@stiftung-ng.de](mailto:veranstaltungen@stiftung-ng.de).



Bei der Ausstellungseröffnung am 05. September v.r.: Michael Fürst (Vorsitzender der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen), Michaela Kückler (Sonderbeauftragte im Auswärtigen Amt für Beziehungen zu jüdischen Organisationen), Michaela Engelmeier (Makkabi Deutschland), Shaul Ladany, Jens-Christian Wagner, Patricia Schikore (Makkabi Deutschland). • Katrin Unger

Blick in die Ausstellung. • Jens-Christian Wagner

Blick in die Ausstellung. • Jens-Christian Wagner

Shaul Ladany bei der Ausstellungseröffnung am 5. September. • Jens-Christian Wagner

Anlässlich des internationalen Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus wurde die Ausstellung „Lebensläufe“ vom 29. Januar bis zum 7. Februar 2020 im niedersächsischen Landtag präsentiert. Shaul Ladany hielt am 29. Januar eine Rede vor dem Landtag. • Jens-Christian Wagner



# Die Ausstellung „Kinder im KZ Bergen-Belsen“

Diana Gring

Sechs Überlebende waren Ehrengäste der Eröffnungsveranstaltung im HVM St. Gallen: v.l.n.r. Sigmund Baumöhl, Gabriella Bartholdi, Ladislaus Löb, Egon Holländer, Katharina Hardy, Ivan Lefkovits, hinten: Anita Winter (Gamaraal-Stiftung) und Diana Gring (Gedenkstätte Bergen-Belsen), 11. April 2019 • Michael Elser

Nach einem zweistündigen Zeitzeugengespräch umringen einige Schüler\_innen der St. Galler Kantonsschule am Burggraben den Überlebenden Ivan Lefkovits für weitere Fragen, 2. September 2019 • Diana Gring



68 Ein erfreulich großes Besucherinteresse und eine positive Resonanz begleiteten die Wanderung unserer Sonderausstellung „Kinder im KZ Bergen-Belsen“.<sup>1</sup> Die Ausstellung über das Schicksal von Häftlingen unter 15 Jahren und ihr Leben nach der Befreiung als „Child Survivors“ wurde bis Anfang April 2019 in der Gedenkstätte Ravensbrück gezeigt. Als nächste Stationen folgten das renommierte Historische und Völkerkundemuseum St. Gallen (HVMSG) in der Schweiz und das Deutsch-Luxemburgische Schengen-Lyzeum in Perl.

Am 11. April 2019 fand im Museum St. Gallen in einem feierlichen Rahmen die Ausstellungseröffnung statt, an der neben mehr als zweihundert Gästen auch sechs Zeitzeug\_innen teilnahmen, die als Kinder das KZ Bergen-Belsen überlebten und heute in der Schweiz wohnhaft sind. Die parallel präsentierte Wanderausstellung „Last Swiss Holocaust Survivors“<sup>2</sup> der Gamaraal-Stiftung ergänzte und komplettierte die berührende Begegnung der Besucher\_innen mit Menschen, die in ihrer Kindheit das

unfassbare Leid des Holocaust erleben mussten.

Durch eine enge Kooperation zwischen dem Museum und der Gedenkstätte konnte ein vielseitiges Begleitprogramm für den Ausstellungszeitraum angeboten werden. So hielt Diana Gring als Kuratorin der Ausstellung mehrere Vorträge mit verschiedenen Themenschwerpunkten und moderierte Zeitzeugengespräche. Peter Müller, Provenienzforscher im HVMSG, bot Führungen mit einem lokalgeschichtlichen Fokus an. Zur Finissage am 29. September 2019 diskutierte ein illustres Podium die Erinnerungskultur(en) in der Schweiz und in Deutschland unter dem Titel „Gegen das Vergessen“.

Im Rahmen der Kooperation mit dem Museum St. Gallen entstand zudem die Broschüre „Licht am Ende der Nacht“, verfasst von Diana Gring und Peter Müller. Die Publikation dokumentiert erste Forschungsergebnisse und Quellenfunde zu einem bisher weitgehend unbekanntem Teil der Lokalgeschichte St. Gallens: Im Winter 1944/45 war die Stadt Zwischenstation für zwei Transporte mit losgekauften und ausgetauschten Häftlingen aus dem KZ Bergen-Belsen.

Auch mit der Pädagogischen Hochschule St. Gallen und dem Kantonsgymnasium am Burggraben ergab sich eine Zusammenarbeit. Es wurden Multiplikatorenschulungen durchgeführt, mit Seminararteilnehmer\_innen gearbeitet und Zeitzeugengespräche organisiert. Im Kantonsgymnasium konnten in den Veranstaltungen mit den Überlebenden Katharina Hardy und Prof. Ivan Lefkovits rund 500 Schüler\_innen erreicht werden, die mit großem Interesse den Schilderungen lauschten und engagiert an der Diskussion teilnahmen.

Vom 10. Oktober bis 6. Dezember 2019 präsentierte das Deutsch-Luxemburgische Schengen-Lyzeum die Ausstellung in ihren Räumen. Nur einen Tag nach dem antisemitisch motivierten Anschlag in Halle fand auf der Eröffnungsfeier der Überlebende Gerd Klestadt bei seinem Grußwort eindrucksvolle Worte der Mahnung und der Trauer. In den Wochen danach besuchten deutsche und luxemburgische Schulklassen die Ausstellung.

1 [www.kinder-in-bergen-belsen.de](http://www.kinder-in-bergen-belsen.de)

2 [www.last-swiss-holocaust-survivors.ch](http://www.last-swiss-holocaust-survivors.ch)

# Archiv und Dokumentation

Klaus Tätzler



Im Arbeitsbereich „Archiv und Dokumentation“ wurden 2019 mehr als 150 Besucher\_innen betreut. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete das nochmals eine Steigerung. Zum Großteil handelte es sich bei den betreuten Besucher\_innen um Studierende bzw. Wissenschaftler\_innen, die die Bestände der Gedenkstätte und ihre Beratungskompetenz für verschiedene Forschungsprojekte nutzten. Die weiteren Besucher\_innen teilten sich in sehr unterschiedliche Interessengruppen, so kamen z.B. Angehörige von zehn britischen Soldaten, die an der Befreiung des KZ Bergen-Belsen beteiligt waren, in die Gedenkstätte. Von einigen erhielt die Gedenkstätte zudem Fotos und Dokumente für die Sammlungen.

Zu den Alltagsaufgaben gehörte auch wieder die Beantwortung von zahlreichen schriftlichen und telefonischen Anfragen aus einem breiten Spektrum von sehr unterschiedlichen Interessen, vom historischen Detail bis hin zur Lieferung von Materialien. Für Ausstellungs- und Publikationsprojekte wurden Sammlungsrecherchen geleistet und Rechtsklärungen vorgenommen.

In den Archivdatenbanken wurden 2019 etwa 500 neue Datensätze angelegt.

Die Korrektur und Anlage der neuen Datensätze bezog sich wie in den vergangenen Jahren vorwiegend auf Fotos zur Familiengeschichte, Augenzeugenberichte ehemaliger Häftlinge und Zugänge in den Objektsammlungen. Im Frühjahr konnten weitere Fundstücke vom ehemaligen Lagergelände inventarisiert werden. Eine geplante Fortsetzung gegen Ende des Jahres kam zwar leider nicht zustande, dennoch war in diesem Sammlungsbereich ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Von den über 120 neu inventarisierten Gegenständen und Originaldokumenten in den Objektsammlungen waren in diesem Jahr jedoch bemerkenswert viele – ca. fünfzig – aus Nachlässen ehemaliger Häftlinge und anderer Zeitzeugen. Von Frieda Struyf, der Nichte von Adolphe Bourguignon, erhielt die Gedenkstätte seine Häftlingsjacke und eine umfangreiche Fotosammlung. Adolphe Bourguignon war als Mitglied einer belgischen Widerstandsgruppe Häftling in Buchenwald und Mittelbau-Dora gewesen und in Bergen-Belsen befreit worden.

Eine weitere wichtige Schenkung war eine Halskette, die ein britischer Soldat von einer Überlebenden im Zusammen-

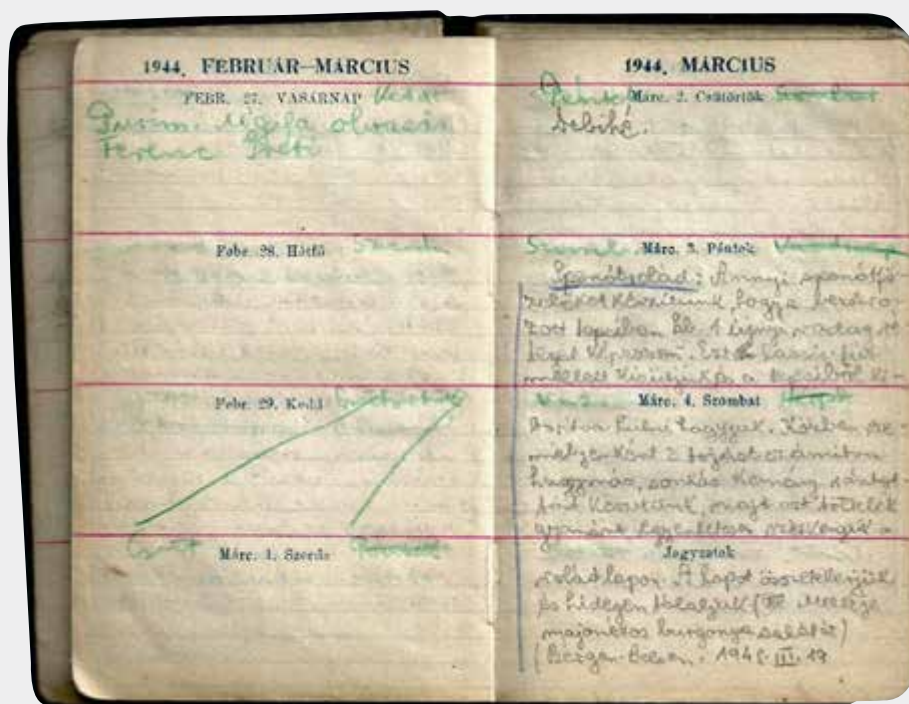
hang mit der Befreiung in Bergen-Belsen 69 erhalten hatte. Von Joanne Lagerstrom erhielt die Gedenkstätte eine hölzerne Brosche mit einer Beschriftung auf der Innenseite: Estonian DP Camp Celle 1946. Die Brosche gehörte ihrer Tante Margaret Lagerstrom, die als Angehörige der UNRRA vermutlich in den DP Camps Bergen-Belsen und Celle tätig war. Schließlich gelang es, aus dem Nachlass des Künstlers Gerd Piepenhagen ein Werk in die Sammlung der Gedenkstätte zu übernehmen. Ein weiteres Kunstwerk von ihm mit explizit inhaltlichem Bezug konnte an die Kolleg\_innen in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora vermittelt werden.

Außerdem konnten für die Sammlung der Originaldokumente mehrere sehr seltene Publikationen aus dem DP Camp Bergen-Belsen erworben werden.

Der Bestand von rund 2.900 Entschädigungsakten in siebzig Aktenkartons, die

Adolphe Bourguignon in seiner Häftlingsjacke; vermutlich aufgenommen nach der Rückkehr aus Bergen-Belsen in Belgien, ca. Ende 1945 • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Frieda Struyf übergibt die Häftlingsjacke ihres Onkels Adolphe Bourguignon bei einem Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen am 22.8.2019 • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten



70 die Gedenkstätte in den 1990er Jahren vom israelischen Verband jüdischer Überlebender des KZ Bergen-Belsen erhalten hat, soll in den nächsten Jahren komplett digitalisiert werden. Mit dem Zentrum für Arbeit und Beratung Celle (ZAC), einer Einrichtung der Lebenshilfe Celle, konnte 2018 ein Partner gefunden werden, der verlässlich und kostengünstig bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen. Mittlerweile ist ungefähr die Hälfte – ca. 50.000 Blatt – einzeln gescannt und bearbeitet worden.

#### Der Nachlass von Imre Pick

Imre Pick wurde am 17. August 1921 in Pomaz / Ungarn geboren. Er wuchs in einer Arbeiterfamilie auf. 1944 verpflichteten ihn die ungarischen Behörden zur Zwangsarbeit in einem jüdischen Arbeitsbataillon. Ende 1944 wurde er aus Budapest deportiert und traf mit einem Transport am 14. Dezember 1944 im Ungarnlager des KZ Bergen-Belsen ein. Kurz vor der Befreiung wurde er am 3. April 1945 auf einen Räumungstransport nach Theresienstadt geschickt, wo er schließlich am 8. Mai 1945 von der sowjetischen Armee befreit wurde. Im Juni 1945 ge-

langte er zurück nach Budapest. Dort erwarb er 1948 einen Universitätsabschluss in Chemie und Naturkunde und arbeitete anschließend als Lehrer.

Imre Pick starb am 4. April 1990 in Budapest.

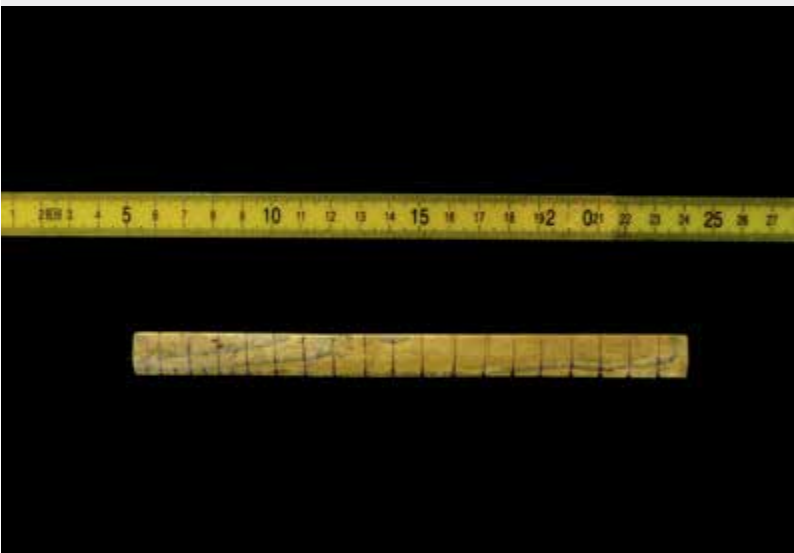
Um seinen Nachlass kümmerte sich seine Nichte Klára Székffy. Ende 2018 entschloss sich Frau Székffy, mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen Kontakt aufzunehmen. Im September 2019 besuchte sie die Gedenkstätte und übergab als Schenkung über vierzig Dokumente, einige Objekte und mehrere Fotos aus dem Nachlass von Imre Picks. Darunter befanden sich Dokumente, die sich nicht nur auf die Monate in Bergen-Belsen und Theresienstadt bezogen, sondern auch viele, die unmittelbar vor der Deportation und kurz nach der Repatriierung entstanden. So gibt es z.B. aus der Zeit im Arbeitsbataillon ein Foto, auf dem man Imre Pick mit seinen Kameraden am Tisch sitzen sieht; in der Hand hält er Stift und Papier. In vielerlei Hinsicht scheint diese Aufnahme charakteristisch zu sein. Imre Pick hat nicht nur für persönliche Zwecke Notizen gemacht, sondern auch koordinierende Aufgaben wahrgenommen. So ist es si-

cher kein Zufall, dass er als Beauftragter für einen Wagen beim Repatriierungstransport von Theresienstadt nach Budapest zuständig war; entsprechend fand sich in seinen Unterlagen ein mehrseitiger handschriftlicher Text über seine Aufgaben während des Transportes.

Neben einer ganzen Reihe von ausgefüllten Formularen, Bescheinigungen und Ausweisen, die sich auf Imre Pick beziehen, gibt es aber auch viele persönliche Aufzeichnungen, etwa zwei Gedichte. Das eine wurde im KZ Bergen-Belsen im Februar 1945 verfasst, das andere nach der Befreiung im Juni 1945.

Von herausragender Bedeutung für die Sammlung der Gedenkstätte ist zweifelsohne ein Tagebuch, das Imre Pick im Zeitraum vom 3. Dezember 1944 bis zum 25. Juni 1945 führte. Darin finden sich viele Anmerkungen, die in charakteristischer Weise Alltagssituationen im Ungarnlager in Bergen-Belsen widerspiegeln. So besteht z.B. der Eintrag vom 19. März 1945 in Bergen-Belsen weitgehend aus einem Rezept, in dem ausführlich die Zubereitung von Spinatrouladen beschrieben wird. Diese Art von erträumten und fantasierten Gerichten ist auch aus vielen anderen Auf-





zeichnungen und Augenzeugenberichten bekannt; sie korrespondiert mit der katastrophalen Versorgungssituation und dem allgegenwärtigen Hunger im Lager. Das Tagebuch ist wie die meisten Dokumente in ungarischer Sprache geschrieben. Die Handschrift wurde von Klára Székffy bereits in Maschinschrift transkribiert und sollte dringend ins Deutsche übersetzt werden.

Außer umfangreichem Schriftgut befinden sich in der Sammlung auch einige sehr interessante Objekte; darunter ein kleiner hölzerner Stab, auf dem die Zentimeter-Abstände wie auf einem selbst angefertigten Lineal gekennzeichnet sind. In der Lagerzeit diente er zur präzisen Abmessung der Brotportionen. Eine erste Auswahl der Dokumente wurde zur Prüfung und konservatorischen Behandlung in das Zentrum für Bucherhaltung in Leipzig gebracht.

*Corinna Rathjen*: Bibliothek der Gedenkstätte Bergen-Belsen

Wie in den Jahren zuvor konnte der Bestand der Gedenkstättenbibliothek Bergen-Belsen um ca. 200 Titel erhöht werden, davon fast die Hälfte durch Kauf,

Gedenkstätte Bergen-Belsen

die andere Hälfte durch Schenkungen und vor allem durch Schriftentausch mit anderen Institutionen – letzterer wurde 2019 stark intensiviert und ausgebaut. Der Gesamtbestand an Literatur beläuft sich somit inzwischen auf über 11.000 Titel.

Die Anzahl der Bibliotheksnutzer ist im Vergleich zu den Vorjahren leicht gestiegen, es wurden 230 Anfragen bearbeitet. Regen Zuspruch fand die seit 2018 auf einem Bibliotheksrechner installierte Faust-Datenbank, in der von den Besuchern direkt nach Archivmaterialien recherchiert werden kann.

Die Präsenzbibliothek der Gedenkstätte Bergen-Belsen ist jeweils montags, dienstags und donnerstags von 10.00–16.30 Uhr sowie nach besonderer Vereinbarung zugänglich und kann in diesem Zeitraum von allen interessierten Besucher\_innen, Schüler\_innen, Student\_innen oder Wissenschaftler\_innen genutzt werden.

Tagebuch von Imre Pick, u.a. Eintrag vom 19. März 1945  
Rezept zur Zubereitung von Spinatrouladen • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Zum Arbeitsdienst zwangsverpflichtete ungarische Juden, rechts mit Stift Imre Pick; vermutlich Mitte/Ende Oktober 1944 in Galánta aufgenommen • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Imre Pick in seinem Arbeitszimmer ; ca. 1950er Jahre • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Improvisierter Brotmessstab von Imre Pick, der zur exakten Bestimmung von Brotscheibenrationen bei der Verteilung in den Konzentrationslagern Bergen-Belsen und Theresienstadt diente • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

20.5.2019 Lorely French (Pacific University Oregon) bei Recherchen zur Bergen-Belsen Überlebenden Ceija Stojka und Rosalie Racine (University of Montréal) bei Recherchen zum Belsen Trial. • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

# Namensverzeichnis der Häftlinge des Konzentrationslagers Bergen-Belsen

Bernd Horstmann



72 Umfangreiche Recherchen in Gedenkstätten und Archiven sowie die Unterstützung von Überlebenden, Angehörigen ehemaliger Häftlinge oder Forschenden machten es möglich, etwa 43 % der Namen der Häftlinge des KZ Bergen-Belsen zu rekonstruieren.

Im Gegenzug erhalten zahlreiche Einrichtungen und Forschende mittels Auszügen aus dem Namensverzeichnis Unterstützung für ihre Projekte. Beispielhaft für das vergangene Jahr seien genannt:

- Förderverein Gedenkstätte „Laura“, Schmiedebach/Thüringen
- Gedenkprojekt Häftlinge aus Groß-Rosen, Außenlager Gräben
- Gedenkbuch Stadt Magdeburg
- Projekt Hannoverscher Bahnhof, KZ-Gedenkstätte Neuengamme
- Kooperation mit Walter Schiffer, Publikation zu Gedenk- und Grabsteinen auf dem Gelände der Gedenkstätte Bergen-Belsen

Beantwortung namensbezogener Anfragen

Zahlreiche personenbezogene Anfragen treffen insbesondere von Angehörigen ehemaliger Häftlinge des KZ Bergen-Belsen,

von Forschenden, von Behörden oder anderen Einrichtungen, aber auch von Überlebenden selbst ein. Aufgrund der Vielzahl der Anfragen ist bei der Beantwortung eine Priorisierung notwendig. So erhalten Überlebende Bergen-Belsens in der Regel nach wenigen Tagen eine Antwort.

2019 beantwortete der Arbeitsbereich Namensverzeichnis insgesamt 817 externe Anfragen gegenüber 724 im Vorjahr. Die Anfragen lassen sich vier Gruppen zuordnen:

1. Überlebende des KZ Bergen-Belsen (83),
2. Angehörige oder Nachkommen ehemaliger Häftlinge (400),
3. Gedenkstätten, Initiativen, Historiker\_innen, Journalist\_innen, interessierte Privatpersonen, Studierende, etc. (287),
4. Behörden und Suchdienste (47).

Die Zunahme der Anfragen von Überlebenden und Angehörigen bzw. Nachkommen ehemaliger Häftlinge ist vor allem bedingt durch das Interesse am 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, der im April 2020 begangen wird.

## Besucherbetreuung

Im vergangenen Jahr sind mehr als 100 Einzelpersonen oder kleine Gruppen betreut worden. Die meisten der Besucher\_innen waren Angehörige der 2<sup>nd</sup> oder 3<sup>rd</sup> Generation, aber auch sechs ehemalige Häftlinge des KZ Bergen-Belsen zählten dazu. Überlebende und Angehörige werden beim Besuch der nahegelegenen Kaserne begleitet, in der sich die Gebäude des ehemaligen Nebenlagers und des Displaced Persons Camps sowie zwei Friedhöfe befinden. Die Zahl der Historiker\_innen und Forschenden, die in den namensbezogenen Quellen recherchieren, nimmt weiterhin zu.

## Totenbuch für die Häftlinge des KZ Bergen-Belsen

Von den insgesamt mindestens 52.000 Toten des Konzentrationslagers Bergen-Belsen sind nur etwas mehr als 10.000 namentlich bekannt. Diese Namen sollen im kommenden Jahr in einem Toten-

Gästebuch (links) und zweibändiges Gedenkbuch für die Häftlinge des KZ Bergen-Belsen im Foyer der Gedenkstätte. 31 Exemplare des Gedenkbuches wurden 2019 ausgegeben. © Bernd Horstmann



Dubletten in der „Central Database of Shoah Victim's Names“ zusammenzuführen und wird trotz technischer Hilfsmittel mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Der Abgleich geringerer Datenvolumen ist jedoch ebenfalls arbeitsintensiv. So erforderte allein der gründliche Abgleich der Häftlingsdatenbank der Gedenkstätte Westerbork mit der Datenbank des Joods Monument drei Jahre, wie José Martins erläuterte. Auch die Möglichkeiten und Formen des Lernens und Erinnerns wurden thematisiert. Sie reichen von webbasierten Darstellungen wie „Micro Sites“ (einseitige Website) oder Online-Totenbüchern bis zu klassischen Präsentationsformen, wie der Wall of Names im Mémorial de la Shoah in Paris. Dazu berichtete Valerie Kleinknecht, dass die Wall of Names nach umfangreicher Aktualisierung und Neugestaltung im Jahr 2020 mit mehr als 75.000 Namen auf 222 Steinplatten wiedereröffnet werden soll. Schließlich initiierte der Beitrag „Survival Risk of Terezín Prisoners“ von Tomáš Fedorovič eine anregende Diskussion wissenschaftsethischer Fragen.

Die Gedenkstätte Kazerne Dossin in Mechelen wird im Herbst 2020 den nächsten Workshop ausrichten.

Führung von Dr. Alexander Avraham, Direktor Hall of Names und Central Database of Shoah Victims' Names, während des Workshops in der Gedenkstätte Yad Vashem • Bernd Horstmann

buch online veröffentlicht werden. Das Namensverzeichnis der Häftlinge des KZ Bergen-Belsen bildet die Grundlage für das Totenbuch. Für die Realisierung wurde dieses Jahr im Rahmen einer befristeten Projektstelle mit umfangreichen Recherche- und Ergänzungsarbeiten begonnen. Es geht darum, Quellen zu Todesfällen abzugleichen, Schreibweisen von Namen und Datumsangaben zu prüfen sowie Ortsnamen zu vereinheitlichen.

Workshop „Digitization of Nazi Era Victims' Data“ in Yad Vashem

Im November fand in der Gedenkstätte Yad Vashem der internationale Workshop „Digitization of Nazi Era Victims' Data“ statt mit mehr als fünfzig Teilnehmer\_innen. Seit dem ersten Treffen 1997 wird diese Konferenz jährlich im Wechsel von den beteiligten Institutionen ausgerichtet. Zu den regelmäßig teilnehmenden Einrichtungen gehören die Gedenkstätte Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum, die Gedenkstätten Auschwitz, Groß-Rosen, Terezín, Westerbork und Mauthausen, der International Tracing Service (jetzt: Arolsen Archives), das Instytut Pamięci Narodowej (IPN),

das Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie (NIOD), das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), das Mémorial de la Shoah, Paris, das Bundesarchiv, das Polnische Rote Kreuz, die meisten deutschen KZ-Gedenkstätten sowie das NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, das NS-Dokumentationszentrum Köln, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand sowie die Stiftung Topographie des Terrors. Erstmals waren Kolleg\_innen des Jewish Community Archives Thessaloniki, des Joint Distribution Committee Jerusalem, des Muzeum POLIN, der Gedenkstätten Beit Theresienstadt und des Atlit Detention Camps vertreten.

Das breite Spektrum der Arbeit mit namensbezogenen Quellen in den verschiedenen Gedenkstätten spiegelte sich in den Vorträgen wieder. So stellten Esther Fuxbrumer und Alexander Avraham ein in Yad Vashem entwickeltes Verfahren vor, bei dem unter Einsatz technischer Mittel (Algorithmen) Millionen verschiedener Datensätze verglichen werden, um diejenigen herauszufinden, welche sich auf ein- und dieselbe Person beziehen. Das Verfahren dient dazu, die



74 Die engen Verbindungslinien zwischen dem Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager Bergen-Belsen und der heutigen Niedersachsen-Kaserne können mit der seit April 2020 im Lernort M.B. 89 gezeigten Ausstellung zum Thema „Auf-rüstung, Krieg und Verbrechen. Die Wehrmacht und die Kaserne Bergen-Hohne“ deutlicher konturiert werden. Die digitale Installation, die Teil der Ausstellung ist und dennoch auch für sich steht, bietet Interessierten einen Überblick über die Kaserne und die Nutzung der Liegenschaft zu verschiedenen Zeiten. Anders als im ehemaligen Hauptlager von Bergen-Belsen hat sich die damalige Gebäudestruktur der Kaserne bis heute erhalten. Da es sich aber um einen militärischen Sicherheitsbereich handelt, sind die meisten original erhaltenen Gebäude, etwa das Roundhouse, für die meisten Besucher\_innen nicht zugänglich. Mit Hilfe der virtuellen Anwendung können sie sich von M.B. 89 aus den historischen Ort erschließen.

Mit M.B. 89 ist ein neuer Lernort entstanden, der jedoch gleichzeitig als Begegnungsort für Überlebende des Konzentrationslagers, deren Angehörige wie auch im Displaced Persons Camp Bergen-

Belsen Geborene dienen soll. So steht das Gebäude M.B. 89, das im Wesentlichen die baulichen Strukturen der 1930er/1940er Jahre aufweist, exemplarisch für die nach der Befreiung als Unterkünfte für die Überlebenden genutzten Gebäude. Dadurch dient es den Überlebenden als Annäherung an die eigene Erinnerung und Erfahrung.

Seit Ende April konnten schon zahlreiche Besucher\_innen durch das Gebäude und historische Areal geführt werden. Wichtige Adressaten und Multiplikatoren stellen die in der Niedersachsen-Kaserne stationierten Militärangehörigen dar: Gemeinsame Rundgänge in M.B. 89 dienen dem gegenseitigen Kennenlernen und hatten u.a. zur Folge, dass Gebäude in der Liegenschaft besichtigt werden konnten, die vorher verschlossen geblieben waren.

Arbeitsbereich Kriegsgefangenenlager Bergen-Belsen

Gegenüber den Vorjahren stieg die Anzahl der Anfragen und Besuche zur Klärung des Schicksals in Bergen-Belsen internierter und verstorbener Kriegsgefangener deutlich an. Oftmals haben die

vor allem aus Russland stammenden Angehörigen der zweiten, dritten und vierten Generation erst wenige Wochen zuvor erfahren oder durch eigene Recherchen ermittelt, dass der Verwandte im Kriegsgefangenenlager Bergen-Belsen verstorben ist. Ein wichtiges Recherche-tool, nicht nur für Angehörige, sondern auch für Forscher\_innen stellt hierbei die Website OBD Memorial (<https://obd-memorial.ru/html/>) dar, die vom russischen Verteidigungsministerium betrieben wird. Dort kann nach dem Schicksal gestorbener sowjetischer Kriegsgefangener recherchiert werden.

Mit dem Besuch der Angehörigen in der Gedenkstätte Bergen-Belsen ist auch die Hoffnung verbunden, vor Ort weitere Informationen zum Schicksal des Verstorbenen zu finden. Aufgrund nur lückenhafter Überlieferung können diese Wünsche seitens der Gedenkstätte nicht immer befriedigt werden. Einige der bei OBD Memorial hinterlegten Dokumente geben eine genaue Grablage für den Verstorbenen auf dem Friedhof

Hans-Jürgen Vehse, Angehöriger eines im Kriegsgefangenenlager Bergen-Belsen tätigen Wehrmachtssoldaten lässt sich die virtuelle Rekonstruktion in M.B. 89 erklären, für die er Dokumente aus dem Privatbesitz zur Verfügung gestellt hat, 28. April 2019. • Jesco Denzel



des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Bergen-Belsen an, z.B. Einträge in den Lazarettkarten oder dem fragmentarisch überlieferten Totenregister. Leider suggerieren diese Angaben eine vermeintlich genaue Grablage, die heute jedoch nicht mehr nachvollziehbar ist, da ein Friedhofsplan mit der Verzeichnung der Gräber bislang nicht aufgefunden werden konnte.

Gern genutzt wird deshalb von vielen Angehörigen die Möglichkeit, eine Tafel mit dem Namen und den Geburts- und Sterbedaten anfertigen zu lassen. Dieses Angebot, initiiert von der AG Bergen-Belsen e.V., wird seit über zehn Jahren regelmäßig in Anspruch genommen.

Die Arbeiten am Totenbuch der in Bergen-Belsen zwischen 1941 und 1945 verstorbenen Kriegsgefangenen wurden in Form weiterer Recherchen und der Auswertung bislang unbekannter Quellen fortgesetzt.

Busexkursion zu den Friedhöfen der ehemaligen Kriegsgefangenenlager

Am Sonntag, 23. Juni fand zum dritten Mal seit 2015 eine Busexkursion zu den Friedhöfen der ehemaligen Kriegsgefangenenlager Bergen-Belsen, Fallingbostel-Oerbke und Wietzendorf statt. Bei der Exkursion handelte es sich um eine Kooperationsveranstaltung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten mit der Gemeinde Wietzendorf, den gemeindefreien Bezirken Lohheide und Osterheide, der Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen e.V. sowie der Initiative „Weg des Erinnerns“ der OBS Bad Fallingbostel. In diesem Kontext sei auch insbesondere dem nun ehemaligen Bürgermeister der Gemeinde Wietzendorf, Uwe Wrieden gedankt, der einmal mehr zu einem gelungenen Ausklang der Veranstaltung mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken beigetragen hat.

Der evangelische Militärbischof der Bundeswehr Dr. Rink während des Rundgangs durch die Ausstellung in M.B. 89, 23. Oktober 2019. • Harald Koch / epd bild

Andreas Ehresmann während seiner Rede anlässlich des 74. Jahrestages der Befreiung des KZ Bergen-Belsen auf dem Friedhof des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers, 28. April 2019 • Jesco Denzel

# Bildung und Begegnung

Marc Ellinghaus, Katrin Unger



76 Menschen, die in NS-Gedenkstätten Bildungsangebote gestalten, sehen sich nicht nur von den Geschichten der Orte und den generellen Fragen der historisch-politischen Bildung an diesen Orten herausgefordert. Auch die Gegenwart, auf die sich in dieser Bildungsarbeit zu beziehen selbstverständlich ist, fordert stets auf neue Arten heraus, derzeit ganz besonders: Neonazis und Rechts-extreme verüben Anschläge und Morde, gemeinsam mit Rechtspopulist\_innen bestimmen sie politische Diskurse, sitzen in Talkshows, Behörden und Parlamenten und machen Politik. Teile der sogenannten Mitte übernehmen ihre Terminologie, Themen und Ziele. Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in einem neuen Ausmaß umgedeutet, relativiert und verharmlost; die Erinnerung an diese Verbrechen wird in Frage gestellt und attackiert.

Die Bildungsarbeit an Gedenkstätten erfährt deutlicher als bisher, dass bestimmte Grundannahmen, wie die eines weitgehenden gesellschaftlichen Konsenses über Menschenrechte und der Bewertung der NS-Verbrechen, nicht ganz der Realität entsprechen. Neu ist, dass die Gegner eines solchen Konsen-

ses sich durch Erfolge in ihrem Kulturkampf von rechts und die stattfindenden Diskursverschiebungen ins Recht gesetzt fühlen und aus der Deckung trauen.

Diese Herausforderungen müssen in den Gedenkstätten aufgenommen werden, sie setzen neue Themen in Fortbildungen und Fachaustausch auf die Tagesordnung, sie erfordern eine neue Selbstverständigung und die Schärfung der Sprache und der Analysefähigkeit der Mitarbeiter\_innen.

Bildung tut Not. Glücklicherweise konnte die Arbeit der Abteilung Bildung und Begegnung im vergangenen Jahr entsprechend abgesichert und gestärkt werden.

Da im Verlauf des zweiten Halbjahres eine Stelle für die Verwaltung und Organisation der Bildungsabteilung, drei Stellen für pädagogische Mitarbeiter\_innen, und eine wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen-Stelle besetzt werden konnten, ist die Abteilung 2019 um fünf Kolleg\_innen gewachsen.

Die Wiederherstellung einer internen Organisationsstelle für die Bildungsabteilung schließt dabei eine Lücke, die seit einigen Jahren bestand. Sie ermöglicht eine einheitliche Beratung zu den

Bildungsangeboten der Abteilung, erlaubt endlich die zentrale Planung auch der mehrtägigen Bildungsangebote und erleichtert die innere Organisation der Arbeit der Abteilung ungemein.

Die hinzugewonnenen pädagogischen Mitarbeiter\_innen sind in den Betrieb besonders der mehrtägigen Bildungsangebote eingebunden und übernehmen zusätzlich bestimmte Querschnittsaufgaben für die Arbeit der Bildungsabteilung und des Besucher\_innendienstes:

- die Entwicklung, Bereitstellung und Organisation der durch Guides und Teamende für die Bildungsarbeit gemeinsam genutzten Materialien, Medien und Infrastruktur, insbesondere der digitalen;

- die Unterstützung der Ausbildung und Begleitung des Besucher\_innendienstes sowie die Qualitätssicherung und Evaluation der Bildungsangebote;

- die Entwicklung eines Profils und Bildungsangebots für den Lernort M.B. 89.

Für den Zeitraum von 18 Monaten forscht ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Thema Täter\_innen, Täter\_innen-Gesellschaft und arbeitet an Materialien, Konzepten und Ausstellungen, um hier seit langem bestehende Lücken zu schließen.



Mit Sabine Thubauville, Tessa Bouwman, Brigita Malenica, Sarah Ullrich und David Reinicke konnte die Gedenkstätte für diese Aufgaben hochqualifizierte und engagierte Kolleg\_innen gewinnen.

Weiter verstärken seit Februar Dominic Sauerbier und seit Schuljahresbeginn Sabrina Barking, Daniela Bracher und Andrea Kroll, die die Gedenkstätte als abgeordnete Lehrkräfte gewinnen konnte, mit einem Teil ihrer Dienstzeit den Besucher\_innendienst.

Wir sind sehr glücklich über jede\_n einzelne\_n Kolleg\_in, die nun das Team der Bildung und Begegnung, der Gedenkstätte und der Stiftung stärken und bereichern.

Das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“, das die Stadt Bergen seit 2017 erfolgreich in Kooperation mit der Gedenkstätte Bergen-Bergen betreibt, und das durch den Bund im Rahmen des Programms „Demokratie leben“ gefördert wird, hat eine gute Perspektive, um in den kommenden fünf Jahren seine Arbeit in Bergen nachhaltig zu verankern.

Das so gewachsene Team im Besucher\_innendienst und der Abteilung Bildung und Begegnung benötigt Platz für Bildungsangebote und Arbeitsplätze, was den Druck auf die Erschließung des

Lernorts M.B. 89 erhöht und Umbauten am Bildungszentrum der Gedenkstätte nötig macht.

Ein sich erneuerndes Team muss sich über die Grundlagen seiner Arbeit, auch während seiner Arbeit in weit über tausend Veranstaltungen, kontinuierlich verständigen.

Daher werden in den folgenden Beiträgen zentrale Themen und Fragen der Bildungs- und Vermittlungsarbeit an der Gedenkstätte aufgegriffen:

Gesellschaftsgeschichte in der Bildungsarbeit vermitteln: Wie kann die Geschichte der NS-Massenverbrechen so vermittelt werden, dass ihr Charakter als Gesellschaftsverbrechen, die unter Zustimmung und Mittun aus der ganzen Breite der Bevölkerung heraus verübt wurden, deutlich wird?

Auf die Besucher\_innen geschaut: Was brauchen die Teilnehmenden, wie werden wir ihnen in ihrer Diversität gerecht und setzen uns in ihrer Sprache und ihren Medien mit ihren Fragen auseinander?

Gedenkstättenarbeit im Spiegel der Gesellschaft: Welche Herausforderungen bestehen für die Akteur\_innen der Bildungsarbeit in den Gedenkstätten?

Auszubildende des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz bei Arbeiten im Gelände der Gedenkstätte • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Einweihung des Lernorts M.B. 89 und Eröffnung der Ausstellung • Martin Bein

Besuch des Lernorts M.B.89 während der Bergen-Belsen International Summerschool • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Besuch der Ausstellung Hannoverscher Bahnhof in Hamburg während der Bergen-Belsen International Summerschool • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

# Gesellschaftsgeschichte in der Bildungsarbeit vermitteln

Sarah Ullrich, David Reinicke, Daniel Tonn



78 Ein wesentlicher Anspruch historisch-politischer Bildungsarbeit an NS-Gedenkstätten ist, bei Besucher\_innen ein kritisches Geschichtsbewusstsein zu befördern: Indem sie sich analytisch mit historischen Sachverhalten befassen, können sie zu eigenen Bewertungen und Deutungen gelangen, die eine Orientierung im Heute ermöglichen. Besonders relevant ist in dieser Hinsicht die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Dimension der NS-Geschichte, welche die Abteilung Bildung und Begegnung deshalb perspektivisch noch stärker in den Blick nehmen wird.

Zum einen bestanden im Nationalsozialismus zahlreiche Angebote der Integration in die sogenannte Volksgemeinschaft. Gleichzeitig wurde „Volksgemeinschaft“ durch die nationalsozialistischen Führungseliten in erster Linie darüber definiert, wer ihr nicht angehören durfte. Was waren Mechanismen und Praktiken dieser Exklusion und Entrechtung? Welche Kontinuitäten, aber auch Brüche zur NS-Zeit ergeben sich in Bezug auf die Abwertung und Diskriminierung bestimmter Gruppen? Wie nutzten historische Akteur\_innen die Angebote zur Indienststellung für das NS-Regime? Wie diese

Fragen anhand der Geschichte Bergen-Belsens thematisiert und Aktualitätsbezüge untersucht werden können, zeigen die folgenden drei Beispiele, zu denen zukünftig Bildungsangebote (weiter)entwickelt werden.

Erweiterte Perspektiven durch den Lernort M.B. 89

Im April 2019 wurde die Gedenkstätte um einen Teil der heutigen Niedersachsen-Kaserne erweitert. Im dort entstehenden Lernort M.B. 89 kann stärker als zuvor auf die historischen Rahmenbedingungen Bergen-Belsens eingegangen werden. Durch die historischen Verbindungslinien beider Orte, der ehemaligen Wehrmachtskaserne Bergen-Hohne einerseits und dem ehemaligen Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager Bergen-Belsen andererseits, können weitere Themen in den Blick genommen werden, die die Komplexität der Geschichte Bergen-Belsens stärker in einen größeren gesellschaftlichen Kontext einbetten.

Bereits jetzt finden diese Themen Berücksichtigung in der Vermittlungsarbeit der Gedenkstätte. Doch deren Lernpotentiale sind noch nicht ausgeschöpft. Gerade

die Betrachtung der nationalsozialistischen Gesellschaft bietet hier Anknüpfungspunkte. So lassen sich mithilfe der Kaserne Fragen nach der gesellschaftlichen Verflechtung der Lager stellen sowie die Reaktionen der Bevölkerung beleuchten. Dadurch öffnet sich der Blick auf die zutiefst rassistisch organisierte nationalsozialistische Gesellschaft. In dieser wurden zuvor bestehende Stigmatisierungs- und Kriminalisierungsdiskurse, die ihren Ursprung nicht erst im Nationalsozialismus hatten, in radikaler Weise weitergeführt und in Taten umgesetzt. Schaut man auf diese Diskurse, werden Parallelen zur heutigen Gesellschaft sichtbar.

Antiziganismus in Geschichte und Gegenwart

Trotz der mühsam durch die Bürger\_innenrechtsbewegung erkämpften Anerkennung der NS-Massenverbrechen und der politischen Ächtung des Antiziganismus zeigen empirische Befunde über Bevölkerungseinstellungen eine relativ hohe und über den Zeitverlauf stabile Ablehnung von Sinti\_ze und Rom\_nja seit den 1990er Jahren sowie eine ausgeprägte Vorurteilsstruktur. Obschon die „Porajmos“ ge-





sie direkt Gewalttaten an Häftlingen begingen und wie sie durch ihre Stellung zum Funktionieren des Lagers beitrugen. Auch bei der Betrachtung von Täter\_innen-schaft ist es daher wichtig, einen differenzierten Blick einzunehmen. Dafür müssen ideologische Motivation, Opportunitätsstrukturen und individuelle Handlungsspielräume betrachtet und verschiedene Erklärungsansätze wie Gruppendynamik, biographische Prägung oder militärische Männlichkeitsstrukturen diskutiert werden. So lassen sich moralische Wertverschiebungen ausmachen, die das Täter\_innenhandeln erst ermöglichten. Gerade diese Wertverschiebungen – wenn etwa universelle Menschenrechte im Handeln gegenüber bestimmten Gruppen infrage gestellt werden – sind auch gegenwärtig von hoher Relevanz.

Um bestimmte aktuelle Themen einordnen und Formen menschen- und demokratiefeindlicher, rassistischer und völkischer Einstellungen demaskieren zu können, hilft der Blick in die Entstehungs-, Entwicklungs- und Wirkungsgeschichte des Nationalsozialismus. Dabei öffnet erst die Auseinandersetzung mit den Themen Entrechtung und Verfolgung, Täter\_innenschaft sowie mit den Reaktionen und Verwicklungen der Umgebungsbevölkerung den Blick für die nationalsozialistische Gesellschaft und deren Funktionsweise. So wird auch offensichtlich, dass viele Mechanismen, die die nationalsozialistischen Verbrechen ermöglichten – sei es, weil sie Menschen zu Täter\_innen werden ließen, weil sie zur Unterstützung und Zustimmung der Gesellschaft zum Regime beitrugen oder weil sie die Ausgrenzung beförderten – nicht genuin nationalsozialistisch waren, sondern mehr oder weniger auch heute noch Gültigkeit besitzen. Erst das Verstehen dieser grundlegenden Mechanismen ermöglicht das Erkennen und Einordnen ähnlicher, auch aktueller Phänomene und befähigt dazu, eigene Verhaltensweisen und Handlungsmotive zu reflektieren. Dieses erweiterte Themenspektrum soll nicht zuletzt in der Bildungsarbeit am neuen Lernort M.B. 89 stärker zum Tragen kommen.

Teilnehmer\_innen einer Fortbildung zum Thema „Sinti\_ze und Rom\_nja im KZ Bergen-Belsen“ • Marion Seibel

Verschiedene Publikationen zur Geschichte des Antiziganismus im Allgemeinen und zur Verfolgungsgeschichte der Sinti\_ze und Rom\_nja im Nationalsozialismus im Besonderen. • Daniel Tonn

Besucherin in der Ausstellung „Aufrüstung, Krieg und Verbrechen. Die Wehrmacht und der Truppenübungsplatz Bergen“ zur Eröffnung im April 2019 • Jesco Denzel

Bergen-Belsen 1942. Wachablösung der Landesschützen am Eingang des Lagers. Fotograf unbekannt, aus der Sammlung des deutschen Soldaten Heinrich V. • Privatbesitz

nannten Massenverbrechen an den Rom\_nja und Sinti\_ze in Deutschland seit 1982 als Genozid anerkannt sind – hierfür war auch eine große Gedenk- und Protestkundgebung 1979 in Bergen-Belsen ausschlaggebend –, ist fundiertes Wissen über diese Geschichte in der Bevölkerung weiterhin kaum vorhanden. Dies ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass die Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus als Thema in Schulbüchern und Lehrplänen kaum eine Rolle spielt. Davon ausgehend lässt sich ein grundsätzlicher Bedarf an Bildung und Vermittlung ableiten.

Daher wird die Gedenkstätte Bergen-Belsen Formate weiterentwickeln, die im Kontext des historischen Ortes die spezifischen Verfolgungsmaßnahmen und Beteiligungen systemtragender NS-Institutionen an der Vorbereitung und Durchführung des Genozids offenlegen. Ebenso müssen gegenwärtige antiziganistische Vorfälle thematisiert werden, die zum Teil in einer deutlichen negativen Tradition der NS-Zeit stehen. Um neue Zugänge zu erproben, ist nicht zuletzt die weitere Vernetzung mit Akteur\_innen der historisch-politischen Bildung sowie mit Selbstorganisatio-

nen der Sinti\_ze und Rom\_nja sehr wichtig.

#### Auseinandersetzung mit Täter\_innenschaft

Ausgrenzung und Verfolgung im Nationalsozialismus lassen sich nicht ohne das aktive Handeln von Tatbeteiligten auf verschiedenen Ebenen erklären. So waren verschiedene übergeordnete Instanzen für die Zustände in Bergen-Belsen maßgeblich verantwortlich: für das Kriegsgefangenenlager die Wehrmachtsführung, für das Konzentrationslager das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS, das Reichssicherheitshauptamt und das Auswärtige Amt.

Vor Ort bestimmten wiederum die Bewachungseinheiten die Ausgestaltung des Lageralltags. Zur Rolle dieser Wehrmachts- und SS-Angehörigen stellen sich verschiedene Fragen, etwa ob sie als Teil der Lager-SS direkten Zugang zu den Häftlingsbereichen hatten oder als Angehörige der Wachtruppe „nur“ für die Außenbewachung zuständig waren, ob sie schon früh und auf eigenen Wunsch der SS beitraten oder erst im Krieg an die SS überstellt wurden, ob

# Auf die Besucher\_innen geschaut

Tessa Bouwman, Brigita Malenica



80 Das Bildungsangebot der Gedenkstätte Bergen-Belsen nehmen alljährlich über Tausend Gruppen aus unterschiedlichen Kontexten in Anspruch. Davon machen Schulklassen einen erheblichen Teil aus. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass die Schulgruppen sowohl untereinander als auch innerhalb der Klassen eine große Diversität aufweisen. Die Abteilung Bildung und Begegnung mit ihren festen, wie freien Mitarbeitenden betreut Schüler\_innen verschiedenster Schulformen und Altersstufen ab 14 Jahren, die mit breit gefächertem Vorwissen und unterschiedlichen Erwartungshaltungen in die Gedenkstätte kommen. Wahrzunehmen ist zudem eine steigende Anzahl an Schüler\_innen aus Förderschulen. Die am meisten nachgefragten Bildungsformate sind mehrstündige Führungen und Studientage. Darüber hinaus besteht ein wachsendes Interesse an mehrtägigen Angeboten, die eine vertiefte Auseinandersetzung mit spezifischen Fragestellungen zum Nationalsozialismus und der Nachgeschichte der nationalsozialistischen Gewalt ermöglichen. Gerade diese Formate sind für außerschulische Jugendgruppen sowie für Studierende besonders attraktiv.

Außerdem nutzen unterschiedliche Erwachsenengruppen unsere Bildungsangebote, während der Berufsausbildung, für Fort- und Weiterbildungen oder als touristisches Angebot. Auf diesen Wegen sowie im Rahmen von Austauschprogrammen kommen auch zahlreiche internationale Besucher\_innen zu uns.

Was bedeutet diese Diversität der Besucher\_innen für unsere Bildungsarbeit?

Mit unseren Bildungsangeboten tragen wir der Vielfalt der Besucher\_innen und ihren unterschiedlichen Bedürfnissen, Kenntnissen und Erfahrungen Rechnung. Partizipative Methoden ermöglichen eine offene Arbeitssituation, die zu kritischen Fragen und Diskussionen anregen kann.

So aktivieren wir Teilnehmer\_innen beispielsweise im Rahmen eines „Karteneinstiegs“, sich über die Vorstellungen von einem Konzentrationslager auszutauschen. Indem die Gruppe undatierte Karten des Lagers in eine chronologische Reihenfolge bringt, lässt sich die schrittweise Ausweitung und Veränderung des Lagers abbilden. Häufig ergeben sich bereits hier Irritationen auf-

grund abweichender Vorstellungen über ehemalige Lager, an welche wir im Verlauf der Veranstaltungen anknüpfen. In ähnlicher Weise können sich Teilnehmer\_innen anhand von Fundstücken und Bildern als historische Quellen der Geschichte Bergen-Belsens annähern.

Eine Erweiterung erfährt der partizipative Ansatz über kreative Zugänge. Bei „Kunsttagen“ in der Jugendfreizeitstätte Bergwerk der Stadt Bergen setzten sich Jugendliche mit den Themen Gewalt und demokratisches Zusammenleben auseinander. Sie schmiedeten, zeichneten und töpferen. In einem Rap-Workshop, der in Kooperation mit der Stiftung Linerhaus in Celle stattfand, verarbeiteten junge Männer mit Migrationsbiografien ihre eigenen Ausgrenzungserfahrungen in einem gemeinsamen Rapsong. Indem sich die Jugendlichen künstlerisch ausdrücken, können sie eine Sprache für Ihre Gedanken und Emotionen zu einem herausfordernden Thema finden.

Die Bergen-Belsen International Summer School bietet Studierenden, Nachwuchswissenschaftler\_innen und young professionals den Raum, ihre unterschiedlichen Perspektiven über eigene Forschungsansätze einzubringen. In ver-



schiedenen Workshops haben sie zudem die Möglichkeit, eigene Themen zu setzen. Dabei hat sich zum Beispiel das Format eines Barcamps bewährt, bei dem lediglich eine Zeitstruktur vorgegeben ist und sich die Teilnehmenden Inhalte und Umsetzung der Sessions eigenständig erarbeiten. Hier werden auch digitale Tools eingesetzt, mit welchen die Teilnehmenden direkt über das eigene Smartphone in den Ablauf der Veranstaltung eingreifen können.

Digitale Medien bieten für den Lernort Bergen-Belsen weitere Chancen, um die nicht mehr vorhandene Baustruktur des Lagers sichtbar zu machen. Ein Beispiel hierfür ist der digitale Geländeguide, den wir bereits seit einigen Jahren in der Bildungsarbeit der Gedenkstätte Bergen-Belsen einsetzen und der mit Hilfe von „erweiterter Realität“ (augmented reality) einen komplexen Zugriff auf die Geschichte des Lagers ermöglicht. Ein anderes Beispiel ist die Virtual Reality-Installation zur Geschichte der Niedersachsen-Kaserne im entstehenden Lernort M.B.89, die einen alternativen Zugang zum historischen Ort Bergen-Belsen schafft, indem die Verbindung zwischen den beiden Orten erkennbar gemacht wird.

In der Vermittlungsarbeit werfen wir zudem die Frage auf, inwieweit ein von vielen Besucher\_innen am historischen Ort erwartetes, unmittelbares Nachvollziehen der Geschichte möglich ist und wo die Grenzen des Digitalen an Orten historischer Massenverbrechen liegen.

Wir nutzen Social Media, um eine globale Öffentlichkeit zu erreichen. Zum Beispiel berichten wir über Eindrücke von Veranstaltungen oder teilen historische Informationen zu persönlichen Schicksalen von Menschen, die in Bergen-Belsen inhaftiert waren. Tools, die mit einer Meinungsbarometer-Funktion Erwartungen, Eindrücke und Fragen direkt sichtbar machen, eröffnen weitere Möglichkeiten der Partizipation, die wir in neuen Formaten ausbauen werden. Darüber hinaus bieten Videoportale neue Wege, Jugendlichen Informationen zur Geschichte Bergen-Belsens zur Verfügung zu stellen. Deshalb haben wir in diesem Jahr begonnen, Video-Formate zu entwickeln.

Die beschriebenen Methoden und Medien schaffen Möglichkeiten, die zu einer kritischen Auseinandersetzung mit Ausgrenzung und Gewalt einladen.

Um noch mehr darüber zu erfahren, wer aus welchen Gründen die Gedenkstätte aufsucht und welche Eindrücke die Besuche hinterlassen, entwickeln wir unsere Besucher\_innenforschung weiter. In Kenntnis der Ergebnisse werden wir unsere Arbeit stetig weiterentwickeln und an den Bedürfnissen und Perspektiven unserer Besucher\_innen ausrichten.

Ein Teilnehmer des Rapworkshops sammelt mit seinem Smartphone Eindrücke in der Dauerausstellung der Gedenkstätte Bergen-Belsen • Amin Saleh

Gruppe von Teilnehmenden der Kunsttage im Bergwerk mit Kursleiterin Karla Krüger bei der Erkundung des Gedenkstättenengeländes • Brigita Malenica

Teilnehmende der Bergen-Belsen International Summer School 2019 arbeiten in der Dauerausstellung der Gedenkstätte Bergen-Belsen mit Video-Interviews • Anton Brüggeboes

Kunstwerk von Lena Haase, entstanden bei den Kunsttagen im Bergwerk und ausgestellt in der Stadthalle Bergen • Brigita Malenica

# Demokratie leben lernen

## Partnerschaft für Demokratie in Bergen – eine Kooperation zwischen der Gedenkstätte Bergen-Belsen und der Stadt Bergen

Leyla Ferman

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



82 Anlässlich des 30. Jahrestages der UN-Kinderrechtskonvention erklärten der Begleitausschuss und das Jugendforum in Bergen 2019 zum „Jahr der Kinderrechte“. Die beiden ehrenamtlichen Gremien der Partnerschaft für Demokratie förderten in diesem Rahmen unter anderem den Aufbau von Kinderparlamenten an den zwei Bergener Grundschulen, damit Schüler\_innen mehr teilhaben und mitbestimmen können. Schüler\_innenparlamente konnten besonders bei zwischenmenschlichen, sozialen Fragen Antworten finden. In einem weiteren Projekt richtete die Kita Neuer Weg einen Kinderrat ein, der Vorschulkindern mehr Partizipation ermöglicht. Einen würdigen Abschluss des Jahres der Kinderrechte stellte die Gestaltung des Internationalen Tages der Kinderrechte am 20. November 2019 in Bergen dar. Auf dem Friedensplatz überreichten am Vormittag mehr als 700 Kinder aus neun Grundschulen und Kindergärten ihre Wünsche und Forderungen an Bürgermeisterin Claudia Dettmar-Müller, wie z.B. eine bessere Anbindung der Ortschaften an die Stadt Bergen oder mehr Bildungsmöglichkeiten. Am Nachmittag wurde ein Programm mit Theater, Musik

und interaktiven Ständen im Stadthaus Bergen von und mit Kindern gestaltet.

Die Erfahrungen der Kinder im KZ Bergen-Belsen dienen bei der Auseinandersetzung mit Kinderrechten heute als Warnung. Anhand ihrer Geschichten können wir lernen, wie Kindern durch eine rassistische und demokratiefeindliche Ideologie die Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten genommen werden.

Äußerungen und Fragen von Jugendlichen zur Bedeutung von und zu Formen und Zeitpunkten des Erinnerns an Bergen-Belsen machen deutlich, dass ihnen dieser Ort thematisch und räumlich manchmal weit weg erscheint. Um Formate zu finden, die den Jugendlichen die Geschichte und Gegenwart dieses Ortes stärker näherbringen können, fragt die Gedenkstätte das Interesse von Jugendlichen direkt und indirekt über Multiplikator\_innen immer wieder ab. Zusammen mit der Anne-Frank-Oberschule-Bergen organisierte die Bürgerstiftung Region Bergen das Programm des interaktiven Jugendtheaterprojektes „Spurensuche – Was für ein Mensch willst Du sein“ über NS-Euthanasie. Gemeinsam mit dem Jugendforum veranstaltete die Gedenkstätte Bergen-Belsen im August

2019 das „Festival der Vielfalt“ mit dem Motto „Ja zu Vielfalt, Respekt und Toleranz, Nein zu Rassismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“, zu dem sechs Bands spielten und Informationsstände zum Gespräch und Austausch einluden.

Ein besonderes Thema ist das Zusammenleben mit geflüchteten Menschen, die neu in Bergen sind und in ihren Heimatländern Gewalt und Leid durch extremistische und ideologisch motivierte Verfolgung erfahren mussten. Dem gesellschaftlichen Wert der Erfahrungen von Geflüchteten für das Zusammenleben vor Ort könnte und sollte auch in der Projektarbeit mehr Raum gewährt werden.

Der Begleitausschuss und das Jugendforum Bergen erklärten 2020 zum „Jahr des Dialoges zwischen den Generationen“.

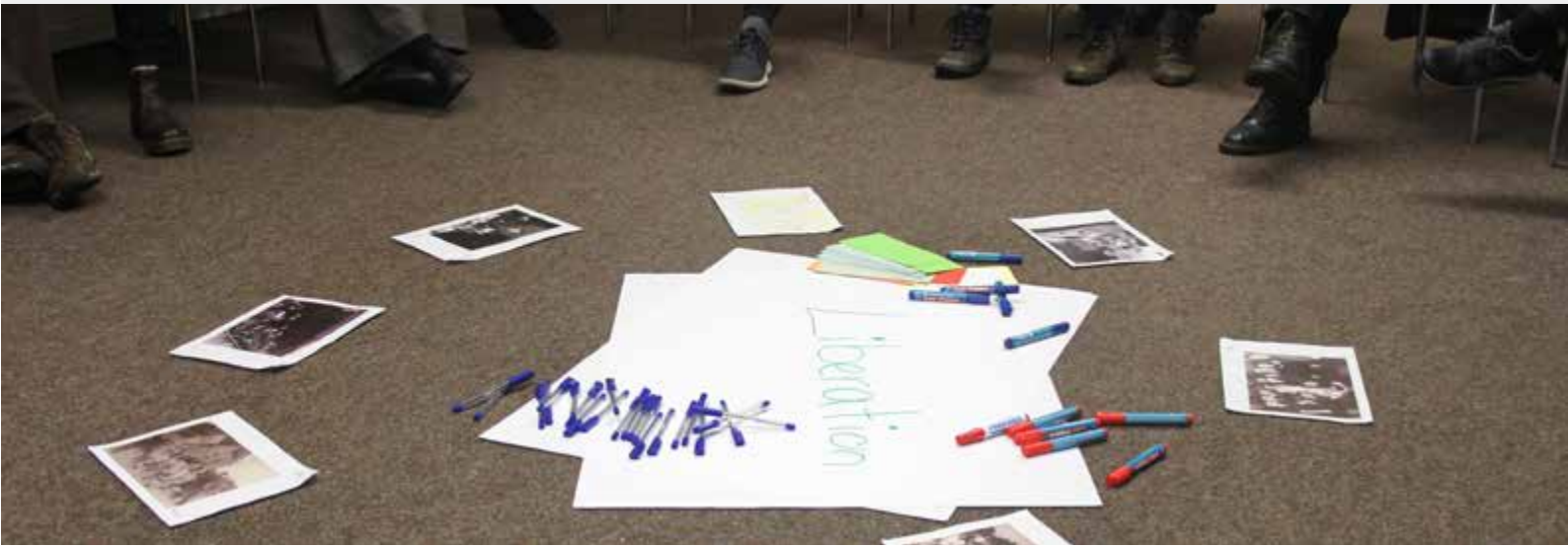
[www.demokratieinbergen.de](http://www.demokratieinbergen.de)

Internationaler Tag der Kinderrechte, 20. November 2019, Stadthaus in Bergen • Leyla Ferman

Jugendtage „Kunst und Demokratie“ in Kooperation mit der Jugendfreizeitstätte Bergwerk, 7.-10. Oktober 2019 • Sarah Ullrich

# Gedenkstättenarbeit im Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen – Herausforderung für Vermittelnde und Teilnehmende

Brigita Malenica, Sarah Ullrich



Die in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit wahrnehmbare Radikalisierung der politischen Rechten sowie ihr Eindringen in Gesellschaft und Institutionen stellt eine der aktuellen Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit dar. An der zunehmenden Ausgrenzung und Gewalt bis hin zum Mord an Migrant\_innen und Andersdenkenden wird die Gefährdung des demokratischen Zusammenlebens in der Gegenwart deutlich. Ziel rechtspopulistischer Strömungen und der Neuen Rechten ist die radikale Infragestellung und Revision demokratischer Errungenschaften, vor allem auch der Anerkennung vielfältiger Lebensformen und damit von gesellschaftlicher Diversität. Gedenkstätten selbst werden vor allem substantiell in ihrem Selbstverständnis als Orte des Gedenkens und Erinnerns an die Opfer des Nationalsozialismus durch rechte Akteur\_innen angegriffen.

Aktuelle gesellschaftliche Veränderungen und Debatten beeinflussen darüber hinaus nicht nur Gruppen, die Gedenkstätten besuchen, sondern auch die Vermittelnden selbst und wirken sich damit auf die Bildungsarbeit vor Ort aus. Die Folge ist eine stete Verlagerung von

Schwer- und Anknüpfungspunkten in der Bildungsarbeit, die sich in der Formulierung neuer Fragestellungen und Gegenwartsbezüge widerspiegelt. Ebenso finden neue geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse und Forschungsansätze Eingang in die pädagogische Arbeit vor Ort. Stärker berücksichtigt werden etwa Erkenntnisse aus der Forschung zu Täter\_innenschaft und eine zunehmende gesellschaftsgeschichtliche Betrachtung und Einbettung der nationalsozialistischen Verbrechen. Dies erfordert neue Ansätze der Bildungsarbeit, die auf die beschriebenen aktuellen Debatten und gesellschaftliche Veränderungen reagieren. Und so stellt sich einerseits die Frage, welche Bedeutung diese für uns Vermittelnde haben und andererseits wie die Gedenkstätte Bergen-Belsen darauf mit neuen Bildungskonzepten und -inhalten reagiert.

Die Abteilung Bildung und Begegnung hat sich daher die Aufgabe gestellt, alle dort Tätigen in ihrer Rolle als dialogisch agierende Vermittler\_innen weiter zu stärken. Multiperspektivität als didaktische Methode nimmt in der pädagogischen Praxis der Gedenkstätte eine zentrale Stellung ein. Historische Situationen

werden aus verschiedenen Perspektiven von beteiligten Akteur\_innen dargestellt, beleuchtet und zur Diskussion gestellt, ohne dabei neutral zu sein. Zugleich gilt es, das Prinzip der Multiperspektivität auf die Vermittlungssituation selbst zu erweitern. Die Einbeziehung der Erfahrungen von vermittelnden und teilnehmenden Personen in die pädagogische Arbeit am historischen Ort bietet für alle Beteiligten die Möglichkeit, die eigene Rolle im Umgang mit historischen und gegenwärtigen Gewalterfahrungen zu reflektieren. Welchen Zugang Besucher\_innen der Gedenkstätte dabei zum historischen und gegenwärtigen Ort sowie zur NS-Geschichte finden, ist von vielen Faktoren abhängig. Neben der Prägung durch das soziale Umfeld sind es die Erfahrungen, die jede\_r Einzelne als Teil der Gesellschaft macht: Diskriminierungs- und Anerkennungserfahrungen spielen hier ebenso eine Rolle wie der Zugang zu Bildung und Teilhabe – von politischer Partizipation bis hin zur Befriedigung individueller Bedürfnisse – sowie die Möglichkeit, vielfältige Ge-

83

Vermittler\_innen des britischen Holocaust Education Trust probieren Bildungsmaterialien zur Geschichte der DP's aus • Daniel Howard-Schiff



84 schichtserzählungen wahrzunehmen und einordnen zu können. Wird der Blick der Teilnehmenden als substantieller Teil der Wissensvermittlung gesehen, öffnet dies Wege, den organisierten Besuch der Gedenkstätte als Moment zu erleben, in dem über die Vergangenheit ein gegenwärtiges und zukünftiges Verständnis von Gesellschaft verhandelt wird.

Die Honorarkräfte, Lehrkräfte und Mitarbeiter\_innen in der Bildungsarbeit sollen in Fortbildungen angeregt werden, ihr Diversitätsbewusstsein zu schärfen und sich auf aktuelle gesellschaftliche Diskurse und Debatten sowie individuelle Erfahrungen einzulassen und konstruktiv mit ihnen umzugehen.

Fortbildungsangebote beschäftigen sich auch mit der Frage, wie mit rechten, menschenfeindlichen und geschichtsrevisionistischen Positionen und Verhaltensweisen in Bildungssituationen umgegangen werden kann. Gemeinsam mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus für Demokratie in Hamburg und in Niedersachsen wurden in Workshops Strategien erarbeitet, um auf Störungen und Angriffe aus der rechten Szene situativ passend zu reagieren. Bei einem

Vernetzungstreffen für Mitarbeiter\_innen, Honorarkräfte und Abgeordnete Lehrer\_innen an niedersächsischen Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen gab es zudem die Gelegenheit, Strategien für den Umgang mit rechten Provokationen und menschenfeindlichen Positionen zu entwickeln.

Andererseits wird in Fortbildungen auch reflektiert werden, wie sensibel auf mögliche Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen unter den Teilnehmenden reagiert werden kann. Eine wesentliche Aufgabe ist dabei, Emotionen und ihrer Rolle in politischen und gesellschaftlichen Konflikten, gerade an einem Ort der Trauer und der Erinnerung an die NS-Gewalt, größere Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Ziel der Bildungsangebote ist, den Teilnehmenden zu ermöglichen, ihren eigenen Zugang zur Geschichte des Ortes und der hier verübten Gewalt zu finden. Dafür müssen angemessene Vermittlungsmethoden entwickelt und einbezogen werden. Die aktive Partizipation an der Auseinandersetzung mit historischen Erfahrungen, die zugleich eine eigene, kritische Haltung gegenüber gesellschaftlichen Konfliktsituationen fördert, eröffnet den Teilnehmenden die

Möglichkeit, historische Rassismus-Erfahrungen jenseits einfacher Analogiebildungen mit individuellen, aktuellen Erfahrungen in Bezug zu setzen. Das Angebot zur Reflexion und Weiterentwicklung der eigenen pädagogischen Arbeit muss daher unter anderem sowohl rassistuskritische als auch demokratiefördernde Ansätze beinhalten.

Schließlich baut die Gedenkstätte das Angebot an mehrtägigen Seminaren weiter aus, um so eine intensivere Auseinandersetzung zu ermöglichen und den Raum für weiterführende Diskussionen zu öffnen. Im Lernort M.B. 89 der nahegelegenen Niedersachsen-Kaserne wird dies in einem Lernlabor erprobt. Neue Formate, die unterschiedliche Zugänge nutzen und so den verschiedenen Perspektiven der Besucher\_innen gerecht werden, stehen im Mittelpunkt. Dabei soll auch eine thematische Erweiterung stattfinden, die stärker die Akteur\_innen der Verbrechen und die Zivilbevölkerung in den Blick nimmt. Deren Verhaltensweisen und Handlungsoptionen bieten Diskussionsmöglichkeiten und Denkanstöße, die einerseits die Funktionsweise der nationalsozialistischen Gesellschaft verstehen lassen, an-



dererseits zum kritischen Hinterfragen eigener heutiger Handlungsweisen und -motivationen anregen. Daher werden beispielsweise diskursive Methoden erdacht und erprobt, die durch eine vertiefte Auseinandersetzung nicht nur zu einer historisch begründeten Einschätzung menschlichen Verhaltens, sondern auch zu einer eigenen Positionierung befähigen. So können biografische Zugänge ganz konkrete Handlungsoptionen aufzeigen und beispielsweise zum Nachdenken über widerständiges Verhalten anregen. Nicht nur über die Frage, was im Kontext einer Diktatur unter widerständigem Verhalten verstanden werden kann, sondern auch durch das Ergründen von Motiven, kann ein spezieller Blick auf die Funktionsweisen der NS-Gesellschaft geworfen werden. Aspekte, die die Ausgrenzung und Integration in diese Gesellschaft thematisieren, aber auch nach Mitmachbereitschaft und -bedingungen fragen, ermöglichen, über Handlungsbedingungen in gegenwärtigen gesellschaftlichen Kontexten nachzudenken. Gedenkstättenarbeit kann so durch eine handlungsorientierte Arbeitsweise zu einer eigenständigen Urteilsbildung der Teilnehmenden beitragen.





## Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

# Die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Martina Staats

Begrüßung der Gäste beim Familientreffen für Angehörige von während der NS-Zeit im Strafgefängnis Wolfenbüttel Hingerichteten und Inhaftierten, 14. April 2019  
• Sarah Kunte

Elisabeth Jensenius sprach während des 25. Gedenkgottesdienstes „Gegen das Vergessen“, 16. April 2019  
• Sarah Kunte

Auf der Tagung „Opfer des Nationalsozialismus – Friedhöfe und Grabstätten“ stellten Dr. Gustav Partington und Simona Häring den Schüler\_innen-Wettbewerb zur Gestaltung eines Gedenkortes für Hingerichtete, deren Leichname an das Anatomische Institut der Universität Göttingen abgegeben wurden, vor • Juliane Hummel

Arne Westby, März 2017, Noresund • Olaf Markmann

88 Das wichtigste Ereignis für die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel im Jahr 2019 war, nach siebenjähriger Forschungs- und dreijähriger Bauzeit, die Eröffnung des neuen Dokumentationszentrums. 400 Gäste, darunter über vierzig Familienangehörige von in der NS-Zeit Inhaftierten und Hingerichteten, nahmen an dem Festakt im Lessingtheater teil. Im Anschluss besichtigten sie die neue Dauerausstellung „Recht. Verbrechen. Folgen. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus“. Die Eröffnung und die Ausstellung fanden ein vielfaches und positives Medien-echo.

Seit dem 19. November ist die Ausstellung im regulären Museumsbetrieb für die Öffentlichkeit zugänglich und wurde bereits von über 1.000 Besucher\_innen während der ersten fünf Wochen besichtigt. Ein Veranstaltungsprogramm mit Vorträgen und Führungen informiert im Jahresverlauf vertiefend über den Neubau und die Ausstellung.

Insgesamt wurde mit der großen räumlichen Erweiterung der Gedenkstätte auch eine Neukonzeption der täglichen Arbeit notwendig: ein Teilumzug in die Büros im Neubau, die Auflösung des

Standorts Braunschweig, der Umzug und die Zusammenführung der Sammlung sowie der Bibliothek fanden statt. Zugleich mussten die ausgeschiedenen Mitarbeiter\_innen des Neugestaltungsjahres verabschiedet und die neuen Kolleg\_innen (Hausmeister, Mitarbeiter\_in am Besuchertresen sowie eine wissenschaftliche Mitarbeiterin) eingearbeitet und die Aufgabenverteilung neu organisiert werden. Außerdem wurde mit der Neukonzeption der Bildungsarbeit sowie dem Aufbau eines Besucher\_innendienstes begonnen und Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit (Flyer) wurden neu erstellt.

Das zweijährige Projekt „outSITE Wolfenbüttel. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel und sein Netzwerk im Land Braunschweig“ machte erhebliche Fortschritte; auf der Basis der begonnenen Recherchen ergaben sich neue Forschungsergebnisse, über die die Projektpartner regelmäßig informiert werden. Neben den Gebäuden in Wolfenbüttel selbst verfügte das Strafgefängnis in der NS-Zeit zusätzlich über Außenorte, die im ganzen Freistaat Braunschweig verteilt waren. Zeitweise befanden sich mehr Gefangene an den Außenarbeitsorten als im zen-

tralen Gefängnis in Wolfenbüttel. Weitere Stätten, die mit dem Strafgefängnis in Verbindung standen, sind Hinrichtungs- und Beerdigungsorte. Soldaten, die von der Wehrmachtsjustiz zum Tode verurteilt worden waren, wurden teilweise auch in Wolfenbüttel inhaftiert und von dort zur Vollstreckung der Urteile zu einem Schießplatz in einem Wald in Braunschweig, der Buchhorst, gebracht. Die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, die Braunschweigische Stiftung und die Stiftung Zukunftsfonds Asse fördern das zweijährige Projekt mit insgesamt 165.000 €.

Mit dem Projekt „§ 175 StGB – 20 Jahre legitimes Unrecht in der Bundesrepublik am Beispiel des Strafvollzugs in Wolfenbüttel“ hat die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten einen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte von Männern geleistet, die in der Bundesrepublik Deutschland wegen homosexueller Handlungen verurteilt wurden. Das Projekt wurde durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales sowie die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten finanziert. Die Forschungsergebnisse wurden im Januar in einer Publikation vorgelegt – Maria Bormuth: „Ein Mann,



der mit einem anderen Mann Unzucht treibt [...], wird mit Gefängnis bestraft.' § 175 StGB – 20 Jahre legitimes Unrecht in der Bundesrepublik am Beispiel des Strafvollzugs in Wolfenbüttel". Darüber hinaus bietet die Gedenkstätte seit Januar einen Workshop für Schüler\_innen und interessierte Gruppen zur Geschichte des § 175 StGB an.

Ein wichtiges Anliegen der Gedenkstätte ist die Intensivierung des Kontaktes zu Familienangehörigen von im Strafvollzug Wolfenbüttel Hingerichteten und Inhaftierten.

Am 14. April fand erneut ein Begegnungstreffen, das vierte „Familientreffen“, statt. Nach dem gemeinsamen persönlichen Austausch, einem Bericht über die Arbeit der Gedenkstätte und Informationen über die Fortschritte bei der Neugestaltung wurde im ehemaligen Hinrichtungsgebäude der Inhaftierten und Hingerichteten gedacht.

Am 2. Januar 2020, vier Tage vor seinem 100. Geburtstag, verstarb der norwegische „Nacht- und Nebel“-Gefangene Arne Westby. Wir fühlen uns in Trauer verbunden mit seinem Sohn Jan Westby und seiner Familie. Das im März 2017 mit ihm geführte lebensgeschichtliche Inter-

view ist umso mehr ein wichtiges Vermächtnis für die Arbeit der Gedenkstätte.

Der 25. Gedenkgottesdienst „GEGEN DAS VERGESSEN“ wurde am 16. April in der St. Petrus-Kirche zusammen mit Familienangehörigen gestaltet. Die Dänin Elisabeth Jensenius erinnerte eindrucksvoll an das Weiterleben als Familie mit den Hafterfahrungen und -traumatisierungen ihres u.a. im Strafvollzug Wolfenbüttel inhaftierten Vaters. Die Künstlerin Sabine Pinkepank berichtete in einer bewegenden Rede über das gebrochene Leben ihres Großvaters Henry Pinkepank, der aufgrund von regimekritischen Äußerungen zwei Jahre im Wolfenbütteler Strafvollzug inhaftiert war. Der Gedenkgottesdienst wurde erneut von der Kolpingfamilie, der Kirchengemeinde St. Petrus, amnesty international und der Gedenkstätte konzipiert und durchgeführt.

In dem Ideenwettbewerb zum Gedenkort für mindestens 217 Opfer der Hinrichtungsstätte Wolfenbüttel, deren Leichname an das Anatomische Institut der Universität Göttingen abgegeben wurden, wird derzeit, nach der Auswahl der Preisträger\_innen im Juni 2018, seitens der Stadt Wolfenbüttel, der Ge-

denkstätte in der JVA Wolfenbüttel sowie MAN Truck & Bus SE, Berufsbildung Werk Salzgitter die Finanzierung des Gedenkortes auf dem Gräberfeld 13a des Hauptfriedhofs geplant. Der Ideenwettbewerb wurde am 29. August bei der Tagung „Opfer des Nationalsozialismus – Friedhöfe und Grabstätten“ in Hannover durch Mitarbeiter\_innen des Pädagogik-Teams vorgestellt.

Am 3. September wurden in Zusammenarbeit mit der Buchhandlung Behr in einer erneut ausgebuchten Lesung die im Göttinger Wallstein-Verlag erschienenen Lebenserinnerungen Jean-Luc Bellangers unter dem Titel „Feindbegünstigung – Als politischer Häftling im Strafvollzug Wolfenbüttel“ von dem Schauspieler Jürgen Beck-Rebholz vorgetragen. Ergänzt wurde die Lesung durch eine historische Einführung zu der Bedeutung des Kriegsbeginns für das Strafvollzug Wolfenbüttel.

# Pädagogische Projekte der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Gustav Partington, Robert Heldt



90 *Gustav Partington*: Remember. Eine künstlerische Auseinandersetzung mit Denkmälern und Erinnerungsorten  
Ein Workshop der Bundesakademie für Kulturelle Bildung Wolfenbüttel in Kooperation mit der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Die künstlerisch-kreative Auseinandersetzung mit der Geschichte stellt neben der kognitiven ein weiteres wichtiges Standbein der pädagogischen Arbeit in der Gedenkstätte dar. Ein gelungenes Beispiel dafür ist der Workshop „Remember“, den Sarah Kuschel von der Bundesakademie für Kulturelle Bildung Wolfenbüttel in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte durchgeführt hat. Unter Anleitung der international mehrfach ausgezeichneten Fotografin und Medienkünstlerin Luise Schröder setzten sich die Teilnehmer\_innen unter anderem mit der Frage auseinander: Wie kann Kunst zu einer reflexiven Geschichtsschreibung beitragen und bestehende Erinnerungen neu befragen?

Die Teilnehmer\_innen lernten in diesem Zusammenhang nicht nur die historischen Orte der ehemaligen Landesstrafanstalt Wolfenbüttel kennen, sondern waren aufgefordert, sich diese mithilfe

ihrer Fotoapparate innerhalb (z.B. das ehemalige Hinrichtungsgebäude) und außerhalb (z.B. das Gräberfeld mit den Hinrichtungsoptionen auf dem Städtischen Friedhof) der JVA zu erschließen und abschließend im Rahmen einer kleinen Werkschau durch eine Fotodokumentation zu präsentieren.

In einem ausführlichen Feedback erklärt eine der Teilnehmer\_innen, Julia Valerie Zalewski, „dass die künstlerische Auseinandersetzung mit diesen alten und neuen Konzepten des Erinnerns eine besondere ästhetische Erfahrung und produktive Aneignung ermöglichen kann: Indem wir den direkten Bezug zwischen dem Damals und dem Heute künstlerisch herstellen, entsteht etwas Neues, das uns Vergangenheit und ihre Konstruktionen reflektieren und Bedeutungen für die Gegenwart erforschen lässt. Wir können reagieren, kommentieren, hinterfragen, kontextualisieren, erweitern oder völlig neu inszenieren.“ Besonders beeindruckt hat sie der Besuch der historischen Schauplätze in der Gedenkstätte: „Dabei lässt die Gedenkstätte die historisch aufgeladenen Räume, den bröckelnden Putz, die Briefe und Wandeinritzungen der Gefangenen

für sich selbst sprechen – und das ist vor allem sehr bedrückend und beklemmend. Diesen Ort, der für viele der letzte in ihrem Leben war, mit einer Kamera zu erfassen, war anfangs nicht einfach, und doch hilfreich, um der Sprachlosigkeit einen bildnerischen Ausdruck zu geben.“ Die abschließende Werkschau bewertet sie uneingeschränkt positiv: „Diese Auseinandersetzungen eröffnen viele wertvolle Perspektiven und Lesarten eines Ortes, an dem Vergangenes und Gegenwärtiges auf so besondere Weise korrelieren.“

Eine der entstandenen Arbeiten stammt von Sabine Resch-Hoppstock. Sie hat ein Bildkonzept entwickelt, in dem, wie in der beispielhaften Collage zu sehen ist, ein Foto aus dem ehemaligen Hinrichtungsgebäude (die Fliesen aus dem Hinrichtungsraum) im öffentlichen Raum platziert wird. Sie kommentiert ihre Arbeit so: „Die Darstellungsmöglichkeit der (Detail-) Fotos an öffentlichen Orten wie Bushaltestellen oder Plakatwänden würde und sollte zu Irritationen und zum Innehalten (im Sinne von „häh, was ist das denn?!)“ gerade auch bei Passanten in und um Wolfenbüttel führen. Der so überraschend be-



gonnene Prozess muss natürlich aufgegriffen und fortgeführt werden. Die Mitarbeiter der Gedenkstätte (und der Bundesakademie und die Kulturschaffenden der Stadt u. Ä.) sollten die so angesprochenen Menschen abholen und begleiten, um die Gedenkstätte und das Furchtbare der systematischen Auslöschung „regimeunpassender Menschen“ ins öffentliche Bewusstsein und die heutigen Köpfe zu rücken. Dieser Schrecken hat hier vor unserer Haustür und unter den Augen und Ohren der damaligen Bevölkerung stattgefunden.“

Vorgesehen ist im Jahr 2020 nicht nur ein weiterer Workshop der Bundesakademie, der sich der künstlerisch-kreativen Auseinandersetzung mit den historischen Orten in der JVA widmet, sondern auch eine Präsentation der beeindruckenden Workshop-Ergebnisse im Multifunktionsraum des neuen Dokumentationszentrums.

[Quelle Zitat Zalewski: „Kultursache“ – Newsletter der Bundesakademie für Kulturelle Bildung Wolfenbüttel 12/2019; Zitat Resch-Hoppstock: privat]

*Gustav Partington: Workshop zur Verfolgung homosexueller Männer nach § 175 StGB in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel des Strafvollzugs in Wolfenbüttel*

Ende Dezember 2018 hat Maria Bormuth ihr Projekt zur Verfolgung homosexueller Männer nach § 175 StGB in der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen. Als Ergebnis liegt nicht nur eine Veröffentlichung vor („Ein Mann, der mit einem anderen Mann Unzucht treibt [...], wird mit Gefängnis bestraft.“ § 175 StGB – 20 Jahre legitimes Unrecht in der Bundesrepublik am Beispiel des Strafvollzugs in Wolfenbüttel, Schriften der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. 2. Band), Maria Bormuth hat auch einen Workshop konzipiert, der mehrfach mit Schüler\_innen- und Erwachsenengruppen durchgeführt werden konnte.

Die Frage, ob Minderheiten akzeptiert werden, ist eine Frage zum Zustand der Demokratie. Für die Zeit der frühen Bundesrepublik sprach Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2018 von der „Unvollkommenheit“ der „neuen freiheitlichen Ordnung“. Er sagte: „Die Würde von Homosexuellen, sie blieb antastbar.“

Diesen Fehler nicht nur zu beseitigen, sondern auch aufzuarbeiten und sich zu entschuldigen, damit hat sich die Bundesrepublik schwergetan. Schließlich wurde der § 175 erst 1994 endgültig abgeschafft. Die Gesetze zur Rehabilitierung der aufgrund von § 175 verurteilten Männer wurden erst 2002 – für die Zeit nach 1935 bis Kriegsende – und 2017 für Verurteilungen nach dem 8. Mai 1945 verabschiedet.

Trotz der überwiegenden Sprachlosigkeit der Betroffenen ist es Maria Bormuth gelungen, auf der Basis von Akten aus dem Niedersächsischen Landesarchiv – Standort Wolfenbüttel sowie von Interviews mit Justizvollzugs- und Kriminalbeamten die Verfolgungs- und Haftsituation der Homosexuellen in der frühen Bundesrepublik am Beispiel des Strafgefängnisses Wolfenbüttel zu rekonstruieren.

In dem Workshop wird folglich von Einzelfällen berichtet, über die Gründe der Verurteilungen nach § 175, die aus heutiger Sicht fragwürdigen Haftbedingungen, die grassierenden Vorurteile, die vermeintliche Krankhaftigkeit der homosexuellen Veranlagung sowie über die grotesken Versuche, diese angebliche Krankheit im Sinne einer vermeintlichen Resozialisierung zu behandeln.

Eingebettet wird dieses Thema in eine Vorstellung der Geschichte der Landesstrafanstalt Wolfenbüttel, in der auch schon in der NS-Zeit Männer wegen § 175 inhaftiert waren. Ein abschließender Vergleich mit der rechtlichen Situation homosexueller Männer weltweit verdeutlicht die Fragilität der gesellschaftlichen Stellung dieser Minderheit.

91

Collage Sabine Resch-Hoppstock • Sabine Resch-Hoppstock

Fotoarbeit im Hinrichtungsgebäude • Sarah Kunte

Werkschau in der Bundesakademie • Luise Schröder

Bildereinstieg zum Workshop zur Verfolgung homosexueller Männer mit Zeitstrahl • Gustav Partington



92 *Robert Heldt*: Erinnerungsschablonen – Stencils des Gymnasiums Neue Oberschule Braunschweig für die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel zum Hermann-Tempel-Gedicht „Unter dem Beil“

Im März 2019 führte der Kunstkurs der 9BI der Neuen Oberschule unter der Leitung von Juliane Heldt einen Workshop in der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel durch. Ziel der Arbeit war es zu prüfen, inwiefern künstlerisches Handeln und Gedenken im Kunstunterricht miteinander verknüpft werden können. Im Anschluss an den Workshop stand die Unterrichtseinheit „Streetart“, in der die Schüler\_innen die Stencil-Methode, bekannt durch den/die Künstler\_in Banksy, erprobten. Das Gedicht „Unter dem Beil“ von Herrmann Tempel (Gefangener der Strafanstalt Wolfenbüttel in der NS-Zeit), das sich auch an der Wand des Eingangsbereichs des neuen Dokumentationszentrums wiederfindet, diente den Schüler\_innen als Vorlage für eigene Schablonen – Erinnerungsschablonen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind so überzeugend, dass sie im neuen Dokumentationszentrum einen Platz finden

sollen. Im Patio neben dem Multifunktionsraum werden sie in Zukunft auf zwei Glasstelen vorzufinden sein. Die Glasstelen erlauben es, die historische Gefängnismauer mit den gesprühten Stencils in Verbindung treten zu lassen und runden die künstlerische Arbeit somit ab.

Einen ersten Einblick in das Projekt lieferten zwei Schülerinnen mit ihrer Lehrerin bereits zur feierlichen Eröffnung des Dokumentationszentrums: mit Hilfe der Stencil-Methode haben sie für die Besucher\_innen Friedenstauben als Wegmarken auf den Fußweg zwischen Lessingtheater und Neubau gesprüht.

# Trauer um Jean-Luc Bellanger

Martina Staats



Die Mitarbeiter\_innen trauern um den mit der Gedenkstätte eng verbundenen ehemaligen Gefangenen Jean-Luc Bellanger (1925–2019).

Jean-Luc Bellanger hatte sich als Jugendlicher einer Widerstandsgruppe im besetzten Frankreich angeschlossen. 1942 wurde er jedoch denunziert, wegen „Feindbegünstigung“ zu zehn Jahren Haft verurteilt und als 17-Jähriger aus Frankreich in das Strafgefängnis Wolfenbüttel gebracht. Dort musste er in der Bibliothek und im Lazarett arbeiten. Nach der Befreiung des Strafgefängnisses Wolfenbüttel im April 1945 übernahm Jean-Luc Bellanger wichtige Verwaltungsaufgaben, um anderen Gefangenen zu helfen. Im Mai kehrte er nach Frankreich zurück. In seiner Heimat schloss er ein Studium und eine Journalistenausbildung ab und arbeitete von 1949 bis 1987 bei Radio France Internationale (RFI).

Erinnerungspolitisch engagierte sich Jean-Luc Bellanger als Mitglied der Fédération Nationale des Déportés et Internés Résistants et Patriotes (FNDIRP). Seit 1991 veröffentlichte er regelmäßig Berichte und Rezensionen im Magazin „Patriote Résistant“.

Jean-Luc Bellanger hat sich als Mitglied der „Kleinen Kommission“ des Wissenschaftlichen Beirats für Gedenkstättenarbeit zur Neugestaltung der Gedenkstätte Wolfenbüttel beim Niedersächsischen Kultusministerium (1996 bis 2011) eingebracht, nachdem er in den 1990er Jahren seine erste Reise nach Wolfenbüttel unternommen hatte. Er war von 2005 bis 2014 Mitglied des Stiftungsbeirats. Diesen vertrat er auch im Stiftungsrat der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten.

Als Zeitzeuge berichtete er in der Öffentlichkeit und bei Besuchen in Schulen von seinen Verfolgungserfahrungen. Im Dezember 2016 unterstützte er die Arbeit der Gedenkstätte durch ein lebensgeschichtliches Interview, das eine wichtige Quelle für die neue Dauerausstellung ist.

2018 erschienen die Erinnerungen über seine Verfolgungs- und Hafterfahrungen: Jean-Luc Bellanger: „Feindbegünstigung – Als politischer Häftling im Strafgefängnis Wolfenbüttel“, herausgegeben von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Göttingen 2018, Schriftenreihe der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel, Band 1.

Jean-Luc Bellanger verstarb am 5. Oktober 2019 im Alter von 94 Jahren.

Die Mitarbeiter\_innen trauern um einen Freund und Ratgeber, der sich mit großem Engagement für die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und für die Würdigung des Widerstands gegen die Nationalsozialisten einsetzte.

Für Jean-Luc Bellanger diente die Vergangenheit dazu, Entwicklungen der Geschichte zu verstehen, um so die Zukunft zu gestalten.

„Denn diese, wie viele andere Gedenkstätten in Deutschland, ist ‚Teil der kollektiven Erinnerung und nationalen Identität der Völker Europas‘, wie es in einem Kommissionsbericht des Bundestages heißt. Deswegen wurde sie gegründet, deswegen muss sie bleiben“, betonte er in seiner Rede zur Eröffnung der Dauerausstellung „Justiz im Nationalsozialismus“ im Hafthaus III im Jahr 1999.

Wir sind Jean-Luc Bellanger zu großem Dank verpflichtet und fühlen uns in Trauer verbunden mit seinen Angehörigen.

Jean-Luc Bellanger, Dezember 2016, Vitry-sur-Seine.  
• Olaf Markmann

# „Erinnern ist Zukunft“ – Eröffnung des neuen Dokumentationszentrums

Martina Staats



94 Mit einem Festakt im Wolfenbütteler Lessingtheater und anschließendem Rundgang durch die neue Dauerausstellung wurde am 17. November das Dokumentationszentrum der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel feierlich eröffnet.

Der Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Dr. Jens-Christian Wagner, und die Leiterin der Gedenkstätte, Martina Staats, freuten sich, 400 Gäste begrüßen zu dürfen. Über vierzig Familienangehörige von in der NS-Zeit Inhaftierten und Hingerichteten sowie weitere Zeitzeug\_innen aus ganz Europa waren gekommen, um an diesem besonderen Tag für die Geschichte der Gedenkstätte teilzunehmen. Alle Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten hatten sich über Jahre zusammen mit den Kultusminister\_innen Niedersachsens für den Ausbau der Gedenkstätte eingesetzt und den Weg von der Antrag- bis zur Fertigstellung begleitet.

Moderiert von Martina Staats nutzten alle acht Redner\_innen mit ihren zukunftsweisenden und inspirierenden Grußworten und Reden die Gelegenheit für klare Stellungnahmen für demokratische Werte, Toleranz und Respekt. Zugleich

verdeutlichten sie die Notwendigkeit, sich zu erinnern und sich mit der NS-Zeit auseinanderzusetzen.

Dr. Jens-Christian Wagner betonte in seinem Grußwort:

„[I]n unserer neuen Dauerausstellung lernen wir, in welcher Gesellschafts- und Rechtsordnung wir nicht leben wollen. Wir lernen, dass es Recht, das diesen Namen verdient, ohne den Rechtsstaat nicht gibt. Doch der demokratische, liberale Rechtsstaat wird von vielen in Europa und weltweit immer mehr in Frage gestellt. Die Beschäftigung mit der Geschichte von Justiz und Strafvollzug im Nationalsozialismus bietet deshalb deutliche Aktualitätsbezüge – deutlicher als in anderen Bereichen der NS-Repressions- und Mordpolitik.“

Als zweiter Redner hob der Bürgermeister der Stadt Wolfenbüttel, Thomas Pink, die Bedeutung der Gedenkstätte als Teil der Stadt und ihres Tourismuskonzeptes wie auch als kulturellen Ort hervor. Dieses zeigt sich an der jahrelangen Zusammenarbeit und Unterstützung, so war beispielsweise anlässlich der Eröffnung ein Beitrag über das Dokumentationszentrum im Blog „echt lessig“ erschienen.

Thomas Pink appellierte: „Wir haben die NS-Zeit nicht erlebt und können nicht sicher sagen, ob wir anders gehandelt hätten. Was wir aber tun können, ist darauf hinzuarbeiten, dass unser heutiges – auf menschlicher Vernunft beruhendes – Rechtssystem auch in Zukunft erhalten bleibt.“

Die Landrätin des Landkreises Wolfenbüttel, Christiana Steinbrügge, bekräftigte die Bedeutung des Strafgefängnisses Wolfenbüttel nicht nur in der Stadt, sondern in der ganzen Region:

„Die Arbeit der Gedenkstätte zeigt aber auch, dass das Gefängnis in Wolfenbüttel keine solitäre Anlage war, sondern dass eine Vielzahl von weiteren Haft- und Arbeitsstätten dazu gehörte.“

Nach einem besonders herzlichen Dank an die frühere Kultusministerin Frauke Heiligenstadt für ihre Unterstützung hielt eine der Hauptreden der Niedersächsische Kultusminister Grant Hendrik Tonne. Er hatte den Baufortschritt sehr interessiert begleitet. Der Kultusminister betonte in seiner Rede:

„Es liegt an uns, die Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen und Offenheit, Vielfalt und Demokratie zu leben und täglich neu auszuhandeln. Das ist eine Mühe,





von Prof. Dr. Inge Marszolek im August 2016 hatte PD Dr. Thomas Henne den Vorsitz übernommen. Der Vorsitzende unterstrich in seiner engagierten Rede die Wichtigkeit des weiteren Ausbaus der Gedenkstätte:

„Die Mitglieder der Expertenkommission werden die weitere Professionalisierung und Ausgestaltung der Gedenkstätte weiter begleiten. Wir waren eine Kommission für die Neugestaltung, und so ist es an der Zeit, ein institutionelles und personelles Format für die nun anstehende Beratung und Weiterentwicklung der Gedenkstätte zu finden.“

Das Wichtigste bei der Entwicklung der neuen Dauerausstellung waren die Unterstützung und das Vertrauen der Familienangehörigen. Standing Ovation erhielt der Sohn eines belgischen Widerstandskämpfers, André Charon, für seine persönliche und emotionale Rede:

„[Das] Gedächtnis, das Denken, [die] Empathie, das Wort und das Handeln ... Das neue Dokumentationszentrum, das wir heute einweihen, vereint diese fünf grundlegenden Werte wie die fünf Finger einer Hand. Es bildet eine Zeitkapsel, einen kostbaren Schrein, der diese Werte schützen und an künftige Generationen weitergeben wird, damit die Finsternis der Vergangenheit nie wiederkehren möge.“

Im Anschluss an den Festakt fuhren die Gäste mit Shuttlebussen zum Dokumentationszentrum. Nach der festlichen Eröffnung mit dem Banddurchschneiden konnte die neue Dauerausstellung besichtigt werden.

Bereits am Freitag waren in einer Pressekonferenz, an der der Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Dr. Jens-Christian Wagner, der Sohn des belgischen Widerstandskämpfers André Charon sowie die Gedenkstättenleiterin Martina Staats teilnahmen, das Dokumentationszentrum und die Dauerausstellung vorgestellt worden.

Alle Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten vereint: Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta (Mitte) mit dem amtierenden Geschäftsführer Dr. Jens-Christian Wagner (2.v.l.) und den beiden früheren Geschäftsführern Wilfried Wiedemann (l.) und Prof. Dr. Habbo Knoch (r.) sowie Martina Staats • Helge Krückeberg

Maria Bering, Leiterin der Gruppe K4 „Geschichte, Erinnerung“ bei der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien • Olaf Markmann

André Charon, Sohn eines belgischen Widerstandskämpfers und ehemaligen Gefangenen des Strafgefängnisses Wolfenbüttel • Helge Krückeberg

Gäste der Eröffnung besichtigen nach dem Festakt im Lessingtheater die neue Dauerausstellung • Helge Krückeberg

die sich lohnt, und der einzige Weg, der verhindert, dass sich Verbrechen, wie sie im Strafgefängnis Wolfenbüttel und an zahllosen anderen Orten im nationalsozialistischen Deutschland begangen wurden, wiederholen – und sei es auch im anderen Gewand.“

Neben der Landesfinanzierung wurde die andere Hälfte der Kosten des Neugestaltungsprojekts durch Mittel zur Förderung von Projekten im Rahmen der Gedenkstättenkonzeption des Bundes getragen. Die Leiterin der Gruppe K 4 „Geschichte, Erinnerung“ bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Maria Bering, unterstrich in ihrer fundierten Rede die bundesweite Bedeutung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel:

„Orte des Gedenkens und der Bildungsarbeit wie die Gedenkstätte Wolfenbüttel leisten einen wichtigen Beitrag dazu, die Rolle eines Rechtssystems als tragende Säule einer Diktatur begreifbar zu machen – ebenso wie die fatalen Folgen für ihre Opfer und deren Angehörige. Es ist ihr unverzichtbares Verdienst, dieses Bewusstsein bei den Besucherinnen und Besuchern – und damit in der Gesellschaft unserer frei-

heitlich demokratischen Rechtsordnung – zu verankern.“

„Wann immer Sie in Gruppen, mit Ihren Freunden, Angehörigen, Familien oder auch alleine in unsere schöne Stadt kommen: Die Gefängnistore werden für Sie immer geöffnet werden.“ Fast dreißig Jahre nach diesem klaren Statement zur Eröffnung der Gedenkstätte am 24. April 1990 war es eine besondere Freude, dem früheren Anstaltsleiter Hannes Wittfoth ganz herzlich zu danken und ihm und seinem Nachfolger Dieter Münzebrock die ersten Exemplare des Katalogs zur neuen Dauerausstellung auf der Bühne zu überreichen.

Anstaltsleiter Dieter Münzebrock unterstrich in seiner Rede, dass obzwar die Interessen von Justizvollzugsanstalt (Aspekt der Sicherheit) und Gedenkstätte (größtmögliche Offenheit) häufig konträr seien, mit dem entsprechenden Willen aber eine gute Zusammenarbeit und das Betreiben einer Gedenkstätte auch in einem Hochsicherheitsgefängnis möglich seien.

Die Arbeit des Neugestaltungsprojekts wurde begleitet von der Internationalen Expertenkommission für die Neugestaltung der Gedenkstätte. Nach dem Tod

# Die neue Dauerausstellung „Recht. Verbrechen. Folgen. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus“

Martina Staats<sup>1</sup>



96 Die Besucher\_innen des Dokumentationszentrums betreten den Neubau durch eine Öffnung in der Gefängnismauer und werden so gleich damit konfrontiert, dass sich die Gedenkstätte auf dem Gelände bzw. direkt angrenzend an eine Justizvollzugsanstalt befindet.

Das erste Ausstellungskapitel widmet sich daher dem Thema „Strafvollzug heute“. Eine Filmsequenz informiert mit O-Tönen von Gefangenen der JVA Wolfenbüttel, die im Rahmen eines Projektes der Künstlerin Yvonne Salzmann entstanden sind, und mit Auszügen aus einem Interview mit dem Vorsitzenden des Bundes der Strafvollzugsbediensteten. Im Gegensatz zum Nationalsozialismus erfolgen die Rechtsprechung und die Behandlung der Gefangenen heute nach rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Im Erdgeschoss passieren die Besucher\_innen dann den Prolog mit einer Medieninstallation: einer Zeitschleuse von der Gegenwart in die NS-Zeit: Diese zeigt mit Hilfe der Gültigkeit von Grundrechten in der Bundesrepublik bzw. der

Aufhebung von Rechten in der NS-Zeit das Ende des Rechtsstaates 1933.

Der überwiegende Teil der Ausstellung befindet sich im ersten Obergeschoss. Leitexponate und Kapitelfarben gliedern die Ausstellung und kennzeichnen die verschiedenen thematischen Abschnitte. Ein Zeitstrahl und drei animierte Kontextfilme ermöglichen die Orientierung über den Ort des Strafgefängnisses Wolfenbüttel und das Land Braunschweig hinaus.

Alle Ausstellungstexte sind in deutscher und englischer Sprache verfasst.

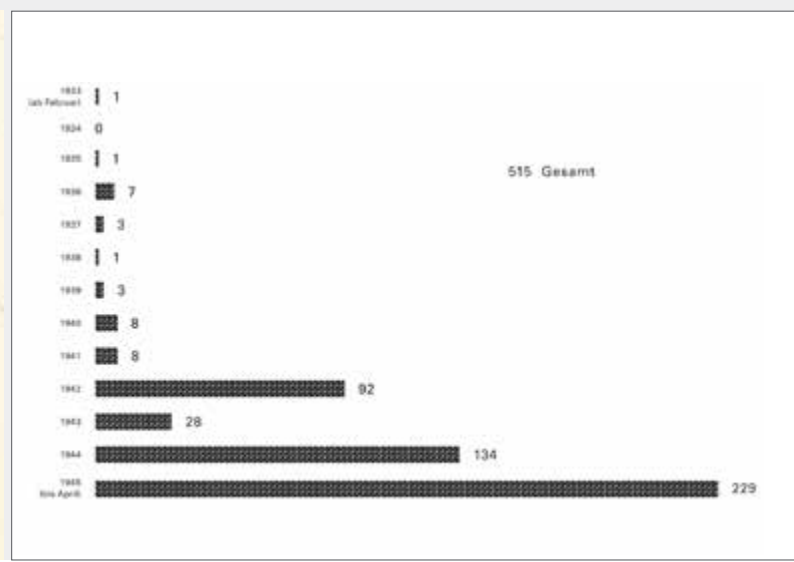
Gleich am Eingang der Dauerausstellung im ersten Obergeschoss können sich die Besucher\_innen an einer Reproduktion des historischen Modells des Strafgefängnisses Wolfenbüttel, Stand 1939, orientieren. Sofern keine Gefangenenbewegungen in der JVA stattfinden, blicken die Besucher\_innen von dort durch ein großes Fenster zu den historischen Orten, u.a. der ehemaligen Hinrichtungsstätte und den Hafthäusern. Sind die Fensterscheiben undurchsichtig, ermöglicht eine *augmented reality* mit Hilfe von iPads und einer Projektion einen digitalen Einblick.

Das wesentliche Kapitel der Dauerausstellung widmet sich dem Strafgefäng-

nis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus. Sichtbar wird, wie das zentrale Gefängnis des Landes Braunschweig in die Verfolgungspolitik der Nationalsozialisten eingebettet war. Die Ausstellung visualisiert die Veränderung vom Reformstrafvollzug der Weimarer Zeit zur „Strafe als Abschreckung“ und die justizielle Verfolgung von aus rassistischen und politischen Gründen außerhalb der „Volksgemeinschaft“ stehenden Menschen. Verdeutlicht wird auch, dass sich die Haftbedingungen ab Kriegsbeginn dramatisch verschlechterten: mit einer Ausweitung des Arbeitszwanges an über siebzig Außenarbeitsorten, der angespannten Ernährungslage und der starken Überbelegung. Dieses führte zu einem hohen Anstieg der Krankheitszahlen und zu mehr als 500 Todesfällen unter den Gefangenen.

Mithilfe von vielen Objekten, Grafiken und Interviewausschnitten erfahren die Besucher\_innen, was es bedeutete in Haft zu sein: Wie war es um die Ernährung, die Arbeit und die medizinische Versorgung bestellt? Ausgewählte Biografien verdeutlichen die Gefangenen-gesellschaft und die persönlichen Auswirkungen für die Gefangenen.

<sup>1</sup> Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich allen an dem Neugestaltungsprojekt Beteiligten für ihre Arbeit danken, insbesondere dem Neugestaltungsteam: Bianca Armbricht, Lukas Busche, Anett Dremel, Dr. Thomas Kubetzky, Sarah Kunte, Janna Lölke und Ina Stenger.



Die Ausstellung zeigt aber auch die (Verwaltungs-)Handelnden und Tatbeteiligten. So ist an der Außenwand das zuständige Personal des Gefängnisses, u.a. in Funktionsbiografien, dargestellt.

Während in der Weimarer Republik die Todesstrafe ausschließlich wegen Hochverrats und Mordes verhängt werden konnte und eine öffentliche Diskussion über ihre Abschaffung geführt wurde, änderte sich die Situation ab 1933: Bis Mai 1945 gab es 36 Gesetzesänderungen und Verordnungen, in denen die Todesstrafe vorgesehen war.

Das folgende Ausstellungskapitel thematisiert die Hinrichtungsstätte im Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus.

Im Strafgefängnis Wolfenbüttel befand sich im Nationalsozialismus eine der zentralen Hinrichtungsstätten in Norddeutschland. Zwischen Oktober 1937 und März 1945 wurden dort an 526 Frauen und Männern die überwiegend von NS-Sondergerichten verhängten Todesurteile mit der Guillotine in zwei Fällen auch durch Strangulation vollstreckt. Die Sondergerichte in Braunschweig, Hannover und Magdeburg verurteilten die meisten der dann im Ge-

fängnis Wolfenbüttel Hingerichteten. Aber auch Urteile anderer Sondergerichte und des Volksgerichtshofs in Berlin wurden in Wolfenbüttel vollstreckt.

Soldaten der Wehrmacht erschossen weitere fünf Verurteilte aus dem Strafgefängnis auf dem Schießstand Braunschweig-Buchhorst.

Fast die Hälfte der zum Tode Verurteilten kam aus dem besetzten europäischen Ausland. Die meisten Hingerichteten wurden auf lokalen Friedhöfen bestattet. Über 200 Leichen wurden zu Forschungszwecken an das Anatomische Institut der Universität Göttingen gegeben.

Auch dieser Ausstellungsteil ist in zwei Bereiche gegliedert. In einem äußeren Wandbereich werden die Rahmenbedingungen für die Hinrichtungen während der NS-Zeit thematisiert. Im Zentrum stehen die Akteure: die Besucher\_innen erfahren anhand ausgewählter Kurzbiografien etwas über beteiligte Richter und Staatsanwälte an den urteilenden Sondergerichten. Außerdem werden in Form von Funktionsbiografien weitere an den Hinrichtungen beteiligte Personengruppen vorgestellt: Gefängnisbedienstete, Seelsorger, Ärzte. Auch über den Scharfrichter und seine Gehil-

fen können sich die Besucher\_innen informieren.

Ergänzt wird dieser Abschnitt durch eine Auswahl von Dokumenten und Grafiken, die den Ablauf der Hinrichtungen und die Behandlung der Verurteilten verdeutlichen. So ließen die Staatsanwaltschaften die Hinrichtungen häufig in der lokalen Presse und über Plakatierungen bekannt geben.

Der zweite, innere Teil dieses Ausstellungsabschnitts ist ganz den Biografien hingerichteter Personen gewidmet. Hier können in einer multimedialen

Ein Hinweisschild am Parkplatz der angrenzenden Volksbank weist Besucher\_innen den Weg zum Dokumentationszentrum • Sarah Kunte

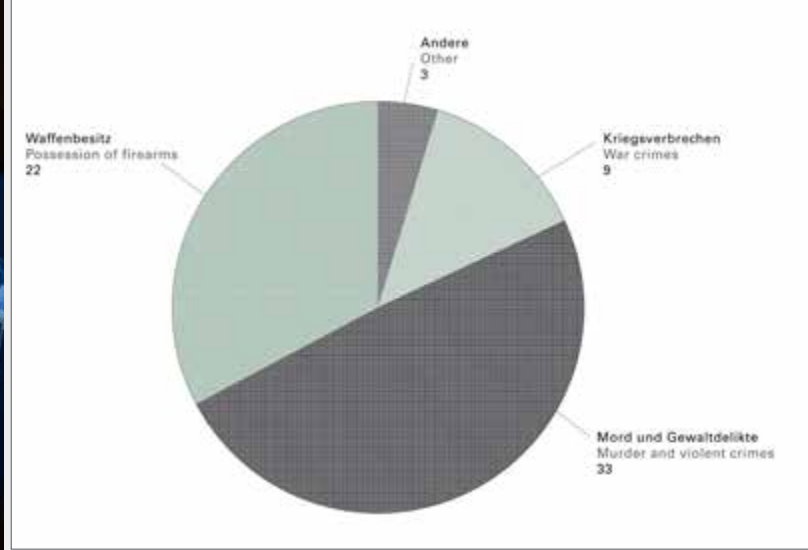
Eine Karte im Treppenhaus zeigt Hinrichtungsstätten der Justiz im Deutschen Reich und den annektierten Gebieten sowie die Haftanstalten auf dem Gebiet der deutschen Gefängnisverwaltung. • Grafik: Studio Tabassomi

Tablets simulieren eine augmented reality am Modell des ehemaligen Strafgefängnisses. • Helge Krückeberg

Blick in den Ausstellungsbereich zum Strafvollzug im Nationalsozialismus • Helge Krückeberg

Essensausgabe, Zeichnung: Wilfred Jensenius, 1945 (nach der Befreiung) • Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Sterbefälle im Strafgefängnis Wolfenbüttel 1933–1945 • Grafik: Studio Tabassomi



98 Präsentation, die eine Reproduktion des Hinrichtungsbuches miteinbezieht, einzelne Schicksale intensiver nachvollzogen werden. Neben einer Auswahl personenbezogener Dokumente erhalten Besucher\_innen biografische Informationen zum Schicksal der ausgewählten Person.

Das Ausstellungskapitel „Befreiung, Kriegsende, Besatzung“ beginnt mit den letzten Wochen vor der Befreiung: Mit Hilfe von Ausschnitten aus lebensgeschichtlichen Interviews, Tagebucheinträgen und Zeichnungen wird die Rückkehr arbeitsunfähiger Gefangener aus den Außenarbeitskommandos und die Verlegung von Inhaftierten aus frontnahen Haftstätten dokumentiert. In einer Vitrine wird der Abtransport von „Nacht- und Nebel“-Gefangenen und zum Tode Verurteilten in andere Gefängnisse gezeigt. „Draußen fahren Panzer vorbei, Amerikaner.“ Und da geht natürlich ein Freudenschrei durch die ganze Meute: „Wir sind frei, wir sind frei.“, erinnert sich in einem Interview der politische Gefangene Alfred Hausser (1912–2003) an den 11. April 1945. An diesem Tag befreiten Truppen der 9. US-Armee das Strafgefängnis Wolfenbüttel.

Befreite politische Gefangene aus Großbritannien, Belgien und Frankreich unterstützten die Alliierten vor Ort und übernahmen Funktionen, um nach Möglichkeit geordnete Verhältnisse und die medizinische Versorgung und Verpflegung der befreiten Gefangenen zu gewährleisten.

Teile des Gefängnispersonals des Strafgefängnisses Wolfenbüttel mussten sich im Juli 1946 vor dem Landgericht Braunschweig und 1950 vor einem Kriegsgericht in Brüssel verantworten. Sechs frühere Bedienstete des Strafgefängnisses standen damals in Belgien wegen Mordes und Gefangenemisshandlung vor Gericht. Die umfangreichen Gerichtsakten enthalten wertvolles Material und stellen somit eine wichtige Quelle für die Ausstellung dar.

Die Todesstrafe blieb in allen westlichen Besatzungszonen in Kraft. Im Strafgefängnis Wolfenbüttel fanden während der Besatzungszeit noch 44 Hinrichtungen durch die Guillotine statt, erneut durchgeführt von Scharfrichter Friedrich Heer (1879–1952). 23 weitere Urteile vollstreckten britische Erschießungskommandos in der Kaserne an der Lindener Straße in Wolfenbüttel.

Im sich daran anschließenden Ausstellungskapitel Ausstellungskapitel können sich die Besucher\_innen über die Kontinuitäten und Brüche in Justiz und Strafvollzug zwischen der NS-Zeit und der frühen Bundesrepublik während der 1950er und 1960er Jahre informieren.

Kontinuitäten sind nicht nur an der über die NS-Zeit hinausgehenden Beschäftigung von Richtern und Staatsanwälten festzumachen. Auch einige Strafrechtsparagrafen, die diese Juristen bis in die 1960er Jahre hinein anwandten, entstammten der NS-Zeit. So hatten nationalsozialistische gesetzliche Regelungen gegen „Gewohnheitsverbrecher“ (Paragraph 20a RStGB) und homosexuelle Männer (Paragraph 175 RStGB) sogar über die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 hinaus Gültigkeit. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wurde 1951 zudem das politische Strafrecht gegen Kommunisten eingeführt. In der Folge saßen erneut Menschen wegen politischer Betätigung oder homosexueller Handlungen im Strafgefängnis Wolfenbüttel in Haft.

Die strafrechtliche Verfolgung und die Haftbedingungen dieser Gefangenen-



gruppen in der frühen Bundesrepublik waren bisher weitestgehend Forschungsdesiderate.

In der Ausstellung wird die Geschichte dieser Gefangenengruppen durch Dokumente der Gefängnisverwaltung und des Haftalltages, private Erzählungen, Objekte und Fotos veranschaulicht. Dazu gehört beispielsweise das lebensgeschichtliche Interview mit dem ehemaligen politischen Gefangenen Willi Gerns.

Auch über die Brüche zwischen NS-Zeit und früher Bundesrepublik informiert die Ausstellung anhand lokaler Beispiele, u.a. mit einer Biografie des damaligen Braunschweiger Generalstaatsanwalts Fritz Bauer.

Im Kapitel „Raum für Erinnerungen“ wird an der Außenwand die Geschichte des Umgangs mit dem historischen Ort, der Errichtung der Gedenkstätte sowie der gesellschaftlichen und politischen Anerkennung von Justizverurteilten als NS-Opfer in der Bundesrepublik anhand einer Exponatwand mit 21 Objekten – ergänzt durch einen Medienschlitten mit vertiefenden Materialien – gezeigt. Der Innenbereich ist den Familienangehörigen der Justizverurteilten gewidmet. Auch deren Leben wird – teilweise bis

heute – von der NS-Verfolgung beeinflusst. Kinder, Enkel und weitere Angehörige von im Strafgefängnis Inhaftierten und Hingerichteten berichten darüber anhand von Objekten. Die Interviewauschnitte werden durch Biografien ergänzt.

Ein interaktiver Epilog beschließt die Dauerausstellung: Neben aktuellen Berichten und Ankündigungen unter der Überschrift „Und weiter?“ können die Besucher\_innen ausgehend von der Frage „Und ich?“ ihre Gedanken, Fragen und Eindrücke hinterlassen. „Was ist Geschichte, wenn wir sie nicht weitergeben?“, so lautet ein Besucher\_innen-Kommentar.

Die Erarbeitung der Dauerausstellung erfolgte in enger und guter Zusammenarbeit mit dem Gestaltungsbüro *büro-berlin* sowie den Mediengestaltern *schnellebuntbilder*. Die Internationale Expertenkommission für die Neugestaltung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel unter dem Vorsitz von PD Dr. Thomas Henne unterstützte und beriet fachlich.

Von großer Bedeutung für die Erstellung der Dauerausstellung war die Hilfe von Familienangehörigen ehemaliger Gefangener, die für lebensgeschichtliche

Interviews zur Verfügung standen und der Gedenkstätte Objekte als Geschenke oder Leihgaben für die Dauerausstellung überlassen haben.

99

Medienstation mit einer Reproduktion des Hinrichtungsbuchs. Besucher\_innen erhalten hier biografische Informationen zu während der NS-Zeit Hingerichteten. • Helge Krückeberg

Schlüsselbund aus dem Strafgefängnis Wolfenbüttel, den der ehemalige politische Gefangene André Charon nach der Befreiung an sich nahm. • Helge Krückeberg

Verurteilungsgründe der zwischen Juni 1945 und Juli 1947 in Wolfenbüttel vollstreckten Hinrichtungen • Grafik: Studio Tabassomi

Blick in den Ausstellungsbereich „Kontinuitäten und Brüche in der frühen Bundesrepublik“ • Helge Krückeberg

Im Kapitel „Raum für Erinnerungen“ werden die Geschichte des Umgangs mit dem historischen Ort und der Werdegang der Gedenkstätte vorgestellt. Der Innenbereich ist Familienangehörigen und „ihren“ Objekten gewidmet. • Helge Krückeberg



# Gedenkstättenförderung Niedersachsen

# Gedenkstättenförderung Niedersachsen

Rolf Keller

Am 23. Oktober tagte das Preisgericht zur Auswahl eines Gestaltungsentwurfs für die KZ-Gedenkstätte Salzgitter-Drütte. Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten war durch Juliane Hummel und Dr. Jens-Christian Wagner vertreten. • AK Stadtgeschichte Salzgitter e. V.

Osnabrück, 5. März: Eine zugemauerte Zellentür im Gestapokeller, die im Zuge bauhistorischer Untersuchungen freigelegt wurde. • Rolf Keller

Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats der Gedenkstätten Augustaschacht Ohrbeck und Gestapokeller Osnabrück am 5. März: Geschäftsführer Dr. Michael Gander im Gespräch mit Prof. Wolfgang Benz im Gestapokeller • Rolf Keller



102 Wesentliche Aufgabe der Abteilung „Gedenkstättenförderung Niedersachsen“ ist die Unterstützung und Vernetzung der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur sowie der Erforschung und Dokumentation der Geschichte des Nationalsozialismus in Niedersachsen. Ein wichtiges Instrument ist dabei die finanzielle Förderung der Dokumentations- und Gedenkstätten in freier Trägerschaft sowie von Projekten, die von Geschichtswerkstätten, Vereinen oder Initiativen durchgeführt werden. Die Dokumentationsstelle zur Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933 bis 1945 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen leistet Hilfestellung im Bereich Forschung und Dokumentation. Workshops und Tagungen zu verschiedensten Aspekten dienen der Fortbildung und Vernetzung der Akteure. Außerdem bietet die Abteilung Beratung und Serviceleistungen in Fragen der historisch-politischen Bildung sowie der Konzeption und Finanzierung von Projekten an. Oft geschieht dies durch intensive Vor-Ort-Beratung und/oder aktive Beteiligung in lokalen/regionalen Gremien oder Arbeitsgruppen. So waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung

auch im Berichtsjahr in größere Neugestaltungsprojekte von Dokumentations- und Gedenkstätten sowie Kommunen eingebunden, z. B. in Hameln/Emmertal (Dokumentations- und Lernort Bückeberg), Liebenau (Dokumentationsstelle Pulverfabrik), Lüneburg (Friedhof Tiergarten und Gedenkstätte „Opfer der NS-Psychiatrie“), Osnabrück/Ohrbeck (Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht), Salzgitter (Gedenkstätte KZ Drütte) oder Wolfsburg (Gedenk- und Lernort Laagberg).

Außerdem waren sie an der Konzeption und Durchführung verschiedenster Workshops, Ausstellungsprojekte, Outdoor-Gestaltungen, Veröffentlichungen etc. an vielen weiteren Orten in unterschiedlicher Weise beteiligt. Am 16. Mai fand beispielsweise im Denkort Bunker Valentin (Bremen-Farge) auf Einladung der Abteilung Gedenkstättenförderung ein zweiter Workshop zum Thema „Erschließung der Rüstungslandschaft Schwanewede für die historisch-politische Bildungsarbeit“ statt, an dem Vertreter\_innen der Heimatfreunde Neuenkirchen e. V., des Geschichtslehrpfads Lagerstraße/U-Boot-Bunker Valentin e. V., der Internationalen Friedensschule

Bremen und des Denkort Bunker Valentin teilnahmen. Auf der Tagesordnung stand die Diskussion eines Papiers mit der Zusammenstellung historisch bedeutsamer baulicher Relikte und sonstiger Örtlichkeiten, die für einen zukünftigen Lernort Rüstungslandschaft in Frage kommen. Die Vorlage war von Vertretern der Heimatfreunde Neuenkirchen/Baracke Wilhelmine und des Denkort Bunker Valentin ausgearbeitet worden. Bei einem weiteren Treffen am 14. November verständigte sich die Runde über den weiteren Projektverlauf.

Ein weiteres Aufgabenfeld betrifft die Weiterentwicklung der Gedenkstätten in freier Trägerschaft und die nachhaltige Sicherung ihrer Existenz. In diesem Zusammenhang sind Konsultationen mit Politik und Verwaltung erforderlich. Hierzu zwei Beispiele: In einem Fall konnte durch den Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung mit dem Landkreis Rotenburg die institutionelle Förderung der Gedenkstätte Sandbostel erreicht werden. In einem anderen Fall hat die Stadt Braunschweig die Trägerschaft der Gedenkstätte Schillstraße dem Arbeitskreis „Andere Geschichte e. V.“ übertragen, der schon bisher für die personelle





und inhaltliche Betreuung der Einrichtung gesorgt hatte. Die Stadt hat die kontinuierliche Förderung des Vereins und damit der Gedenkstätte beträchtlich erhöht, so dass eine zusätzliche (zunächst halbe) Personalstelle eingerichtet werden konnte. Im Einvernehmen mit der Stadt strebt der Arbeitskreis eine inhaltliche und räumliche Weiterentwicklung der Einrichtung an. In diesem Zusammenhang führte die Abteilung ein Gespräch mit der zuständigen Dezernentin des Kulturamtes in Braunschweig.

Seit einigen Jahren organisiert die Abteilung Gedenkstättenförderung interne Fortbildungen für die Mitarbeiter\_innen der Stiftung in Form von Exkursionen zu Gedenk- und Dokumentationsstätten sowie historischen Orten in Niedersachsen, um den Kolleg\_innen die Tätigkeitsfelder der Abteilung näherzubringen sowie die lokale bzw. regionale Geschichte der Orte und die Arbeit der von der Stiftung geförderten Einrichtungen und Initiativen in Niedersachsen vorzustellen. Am 12. September standen der Besuch des Lernorts „Ehemalige Synagoge in Stadthagen“ sowie ein Rundgang zu Orten der NS-Zeit in Bückeburg auf dem Programm.

Die „Ehemalige Synagoge Stadthagen“, zentraler Dokumentations-, Gedenk- und Lernort über die NS-Herrschaft und ihre Opfer im Schaumburger Land, wurde 2017 nach umfangreichen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen am Gebäude eröffnet. Vertreter des Trägervereins stellten den Verein, ihre Aktivitäten und ihre Bildungsangebote vor. Die Teilnehmer\_innen zeigten sich von dem bemerkenswert professionellen Niveau der auf ehrenamtlicher Basis durchgeführten Arbeit sehr beeindruckt. Nachmittags ging die Fahrt weiter nach Bückeburg, wo der Initiator zahlreicher Projekte zur Erinnerungskultur in Bückeburg, der frühere Lehrer Klaus Maiwald, im Zuge eines Stadtrundgangs über die Geschichts-AG der Herderschule und die erfolgreiche Teilnahme an Schülerwettbewerben, über Stolpersteinverlegungen und Initiativen zur Installation von Informationstafeln im öffentlichen Raum berichtete. Deutlich wurde hier, vor welchen Schwierigkeiten die Initiativen vor Ort häufig stehen, zum anderen aber auch, was bei entsprechendem Engagement auf lokaler Ebene erreicht werden kann.

Die personelle Situation der Abteilung 103 hat sich im Berichtsjahr nicht verändert. Seit August 2018 ist die Stelle für die Entwicklung der Bildungsarbeit sowie die Unterstützung und Vernetzung der pädagogischen Arbeit von niedersächsischen Gedenkstätten durch die Abteilung GFN nur noch unterhältig besetzt. Die Einschränkungen, die sich durch die Halbierung der formal zur Verfügung stehenden Zeit und darüber hinaus durch zusätzliche schulische Beanspruchungen in den eigentlich für die Stiftungsarbeit vorbehaltenen Zeitfenstern ergeben, sind inzwischen deutlich geworden. Eine kontinuierliche Betreuung von Gedenkstätten und Initiativen im Bildungssektor ist nicht mehr zu gewährleisten; Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen des „Forums Bildungsarbeit“ konnten nicht angeboten werden.

Mitarbeiter-Fortbildungsfahrt mit Gästen am 12. September: Klaus Maiwald informiert über die Opfer des Lagers Steinbergen und das Mahnmal auf dem Friedhof in Bückeburg. • Juliane Hummel

Der Vereinsvorsitzende Andreas Kraus erläuterte die Räumlichkeiten und die Ausstattung der ehemaligen Synagoge Stadthagen, 12.9.2020. • Juliane Hummel

# Dokumentationsstelle Widerstand und Verfolgung 1933–1945 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen

Silke Petry



104 2019 wurden von der Dokumentationsstelle 148 schriftliche sowie eine Vielzahl von telefonischen Anfragen zu verschiedensten thematischen Aspekten beantwortet (z. B. Kriegsgefangenenlager und Wehrmacht, Konzentrationslager und SS, Civil Internment Camps, Displaced Persons, einzelne Verfolgtengruppen, Gestapo, Widerstand, NS-Kultstätten, Kriegsverbrecherprozesse, Friedhöfe und Gräberfelder, Archivwesen und Quellenbestände, Recherchemöglichkeiten, Auswertung und Dokumentation). Zehn Besucher bzw. Besuchergruppen haben vor Ort in den Beständen der „Dokumentationsstelle zur Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933–1945 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen“ recherchiert. Fotos und Dokumente aus den Beständen der Dokumentationsstelle wurden für diverse Ausstellungen und Publikationen zur Verfügung gestellt.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Arbeit im Bereich Forschung und Dokumentation bildete weiterhin der Bereich Kriegsgefangene/Kriegsgefangenenlager; dies beinhaltet auch die Themen Grabstätten/Friedhöfe und Erinnerungskultur. Vor allem die sowjetischen Kriegsgefangenen als größte Opfergruppe in

Niedersachsen stehen zunehmend im Fokus der Forschung und des bürgerschaftlichen Engagements. Der wissenschaftliche Austausch nimmt national und international zu.

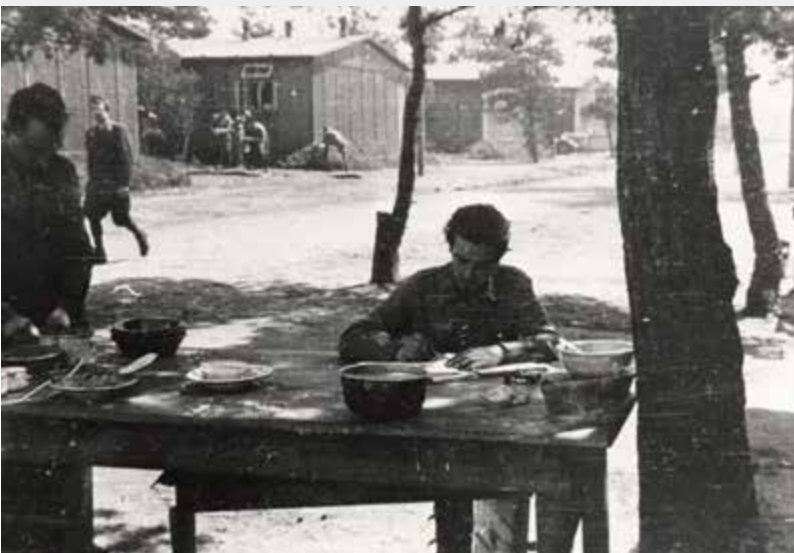
Intensive Beratung erhielt der Kulturverein Raum2 bei der Konzeption und Recherche für eine Ausstellung über die Muna Neu Tramm, die im Rahmen der Kulturellen Landpartie im Wendland im Mai präsentiert wurde; außerdem stellte die Dokumentationsstelle Quellenmaterial zur Verfügung. Unterstützung wurde auch für ein Feature zum Thema „Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland“ geleistet, das der Deutschlandfunk am 8. Juli in der Reihe „Gesichter Europas“ sendete.

Neben der historischen Forschung und Fragen der Vermittlung besteht auch bei der Klärung von Schicksalen weiterhin eine große Nachfrage. Im Berichtsjahr wurden fünfzig Anfragen von Angehörigen bzw. Nachkommen vor allem sowjetischer, außerdem slowakischer und französischer Kriegsgefangener sowie italienischer Militärinternierter bearbeitet.

Die Präsenzbibliothek der Dokumentationsstelle bietet Publikationen vor allem

zum Schwerpunkt NS-Zeit und Folgen in Nordwestdeutschland. 2019 wurden 140 Titel neu aufgenommen. Der Bestand umfasst insgesamt 6.340 Druckwerke, außerdem Zeitschriften sowie audiovisuelle Medien und ist online über den Katalog der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken (AGGB) recherchierbar. Die Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken wurde 1998 auf Initiative der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin und der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin ins Leben gerufen. Mitglieder sind Bibliotheken von Institutionen oder einzelne Personen.

Die archivalische Sammlung der Dokumentationsstelle umfasst Reproduktionen (Kopien, Mikrofilme, Scans) von schriftlichen Quellen und Fotografien aus Archiven im In- und Ausland sowie in geringem Umfang auch originale Unterlagen wie Nachlässe, Fotografien und Alben. Im Zuge der Reorganisation der Sammlungen hat die Dokumentationsstelle mit der systematischen Verzeichnung und Erfassung der Fotobestände begonnen. Insgesamt handelt es sich um einen Pool von etwa 3.000 Fotografien (Originalabzüge, fotomechanische



Repros und Digitalisate), die in einer professionellen Archivdatenbank erfasst werden. Bisher wurden 850 Fotos und Zeichnungen aufgenommen. Einen Zuwachs erhielt die fotografische Sammlung im Berichtsjahr durch fünfzig Reproduktionen von Fotografien, die ein italienischer und ein französischer Gefangener unmittelbar nach der Befreiung des Kriegsgefangenenlagers Wietzen-dorf (Oflag 83) im April 1945 aufgenommen haben. Diese wurden vom Istituto Storico Toscano Istituto Storico Toscano della Resistenza e dell'Età contemporanea in Florenz und der Amicale de l'Oflag II B in Neuilly sur Seine zur Verfügung gestellt.

Auf dem Weg von Wietzen-dorf nach Bergen, 22. April 1945. Das Gepäck der französischen und italienischen Offiziere wurde nach etwa acht Kilometern von Lastwa-gen der britischen Armee aufgenommen und nach Bergen transportiert. Der Großteil der Gefangenen aber musste den gesamten Weg von rund zwanzig Kilome-tern zu Fuß zurücklegen.  
 • Amicale de l'Oflag IID-IIB-XXIB, Neuilly-sur-Seine

Wietzen-dorf, ehemaliges Oflag 83, Frühjahr/Sommer 1945. Entgegen ihren Hoffnungen mussten die italia-nischen Offiziere noch viele Wochen im Lager Wietzen-dorf ausharren, bevor sie in die Heimat zurückkehren konnten.  
 • Istituto Storico Toscano Istituto Storico Toscano della Resistenza e dell'Età contemporanea, Sammlung Merca-tali, Florenz

Wietzen-dorf, ehemaliges Oflag 83, Frühjahr/Sommer 1945. Die Anspannung, das Warten auf die Heimkehr setzte den befreiten Italienern stark zu. Die Zustände im Lager Wietzen-dorf waren nach wie vor katastrophal. Hier bereiten zwei italienische Offiziere unter einfachs-ten Bedingungen eine Mahlzeit im Freien zu.  
 • Istituto Storico Toscano Istituto Storico Toscano della Resistenza e dell'Età contemporanea, Sammlung Merca-tali, Florenz

106 Am 29. August fand in Hannover zum neunten Mal die niedersachsenweite Tagung zum Thema „Opfer des Nationalsozialismus – Friedhöfe und Grabstätten“ statt. Die Resonanz auf die Veranstaltung war mit rund siebzig Teilnehmer\_innen wieder sehr gut.

Zum Auftakt der Veranstaltung referierten Erik Beck vom Kreismuseum Wewelsburg und Dr. Jens-Christian Wagner (Stiftung nds. Gedenkstätten) über ein Problem, das auch 75 Jahre nach Kriegsende mancherorts noch besteht: Die ungeklärte Frage nach dem Verbleib der Leichen der gestorbenen bzw. ermordeten KZ-Häftlinge. Im Rahmen eines Forschungsprojekts geht Erik Beck derzeit der Frage nach dem Umgang mit den 1.278 im KZ Niederhagen ums Leben gekommenen Häftlingen nach. In vielen Fällen ist noch nicht geklärt, wo die Leichen kremiert wurden und was mit der Asche geschah.

Jens-Christian Wagner berichtete über neue Erkenntnisse zum Verbleib der Toten des KZ Ellrich-Juliushütte. Inzwischen konnte durch archäologische Untersuchungen am Hang unterhalb des früheren Krematoriums und an einer weiteren Stelle menschlicher Leichenbrand in

großem Umfang lokalisiert werden. Beratungen zwischen Vertretern der Kommunen Ellrich und Walkenried, des Landkreises Göttingen, der Kriminalpolizei, des niedersächsischen Landesamts für Denkmalpflege sowie des niedersächsischen Innenministeriums und der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten führten zu dem Beschluss, die Fundstellen würdig und angemessen als Grabfelder zu gestalten.

Anschließend berichtete Ronald Sperling von der Gedenkstätte Lager Sandbostel über den Friedhof des Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglagers Sandbostel. Deutlich wurde hier wieder einmal, dass aufgrund von Umbettungen und Umgestaltungsmaßnahmen in der Nachkriegszeit die Rekonstruktion der Geschichte der Friedhöfe und der Opfer noch lange nicht abgeschlossen ist. Eindeutlich wurde der Sanierungsbedarf deutlich, der nicht nur in Sandbostel, sondern an vielen Kriegsgräberstätten im Lande besteht.

Michael Skoruppa von der Ubbo-Emmius-Gesellschaft Emden referierte über „Emder Friedhöfe und die Opfer des Faschismus“. Er recherchierte insbesondere über die Gräber von Kriegsgefange-

nen und Zwangsarbeitern, die in Emden bestattet sind bzw. in Emden im Arbeits-einsatz waren und andernorts beerdigt sind, z. B. auf dem Friedhof Bremen-Osterholz.

Dr. Željko Dragić und Petar Miloradović vom Vorstand des Vereins „Antikriegsbaracke Atter-Osnabrück / Förderverein Antikriegskultur und Friedenshandeln“ stellten das Projekt „Die Gräber der serbisch-jüdischen Offiziere des Kriegsgefangenenlagers Oflag VI C in Eversheide in der lokalen Erinnerungskultur“ vor. Das Anliegen des Vereins ist es, die Geschichte des Lagers zu erforschen, in dem serbische Offiziere, darunter etwa 450 jüdischen Glaubens, untergebracht waren. Nach dem Krieg blieben viele der Befreiten in Osnabrück, da eine Rückkehr in das kommunistische Jugoslawien für sie nicht in Frage kam; weitere Überlebende kamen aus anderen Orten hinzu. Daher existiert in Osnabrück heute eine große serbisch-orthodoxe Gemeinde. Der Verein möchte in der letzten erhaltenen Baracke des Lagers die Geschichte dieser Minorität dokumentieren und dort Bildungsarbeit leisten.

Zum Abschluss informierten Simona Häring und Dr. Gustav Partington von



der Gedenkstätte Wolfenbüttel über einen Ideenwettbewerb für Schüler\_innen, der die Gestaltung eines Gedenkortes für 217 Opfer der Hinrichtungsstätte im ehemaligen Strafgefängnis Wolfenbüttel zum Thema hatte. Da deren Leichname an das Anatomische Institut Göttingen abgegeben wurden und daher keine Gräber existieren, gab es für die Angehörigen bisher keinen Erinnerungsort. 33 Entwürfe wurden eingereicht; eine Jury prämierte schließlich vier herausragende Arbeiten. Der Gedenkort soll 2020 realisiert werden. Das Projekt ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie erfolgreiche Bildungsarbeit an und mit Gedenkstätten umgesetzt werden kann.

Erik Beck vom Kreismuseum Wewelsburg berichtet über seine Recherchen zum Verbleib von 1.278 im KZ Niedersachsen zwischen 1939 und 1944 ermordeten Häftlingen.  
 • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Diskussion im Plenum  
 • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Dr. Željko Dragić und Petar Miloradovic (Antikriegsbaracke Atter-Osnabrück / Förderverein Antikriegskultur und Friedenshandeln) stellen ihre Vereinsarbeit vor.  
 • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Roland Sperling / Gedenkstätte Lager Sandbostel (links) und Dr. Rolf Keller / Stiftung nds. Gedenkstätten – Gedenkstättenförderung Niedersachsen (rechts) in der Diskussion.  
 • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

# Neu aufgefundene bzw. lokalisierte Aschegräber im ehemaligen KZ-Außenlager Ellrich-Juliushütte

Jens-Christian Wagner



108 Mithilfe neu aufgefundener Fotos aus dem Sommer 1945 und archäologischer Sondierungen konnten im Frühjahr und Sommer 2019 zwei Aschegräber mit den Überresten von etwa 1.000 Toten auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Ellrich-Juliushütte lokalisiert werden. Nun sollen die Gräber, wie auch das gesamte ehemalige Lagergelände, ihrer historischen Bedeutung entsprechend neu gestaltet werden.

Das KZ Ellrich-Juliushütte  
(Deckname „Erich“)

In Ellrich-Juliushütte (Ellrich ist eine Grenzstadt in Thüringen, Juliushütte ein unmittelbar an den Bahnhof von Ellrich angrenzender ehemaliger Ortsteil, der zur niedersächsischen Gemeinde Walkenried gehört) befand sich von Anfang Mai 1944 bis Anfang April 1945 ein Außenlager des KZ Mittelbau-Dora. Mit durchschnittlich 8.000 Häftlingen war es nach Buchenwald, Dora, Neuengamme und Bergen-Belsen das größte KZ in Mittel- und Nordwestdeutschland.

Die Häftlinge waren am Ellricher Bahnhof in halb verfallenen Gebäuden ehemaliger Gipsfabriken untergebracht – an-

fangs ohne jegliche sanitäre Einrichtungen, mit den entsprechenden Folgen: Katastrophale hygienische Bedingungen führten schnell zur Ausbreitung epidemischer Krankheiten. Die Häftlinge mussten Zwangsarbeit bei Bauvorhaben für geplante (aber nie fertiggestellte) Untertagefabriken leisten. Aufgrund der harten Arbeitsbedingungen, der hygienischen Situation und chronischen Schlafentzugs (selbst nach SS-Angaben hatten die Häftlinge täglich nur drei bis vier Stunden Schlaf) ließ die Kraft der Häftlinge schnell nach, so dass ab Herbst 1944 die Todesrate stark anstieg. Allein im März 1945 starben in dem Lager 1.000 Menschen – das war jeder achte Häftling. Insgesamt überlebten 4.000 Häftlinge die Deportation nach Ellrich-Juliushütte nicht.

Zwischen dem 4. und dem 6. April 1945 räumte die SS angesichts der heranrückenden amerikanischen Truppen das Lager und schickte die Häftlinge auf Todesmärsche, u.a. in das KZ Bergen-Belsen. Als amerikanische Truppen am 11. April in Ellrich einrückten, war das Lager leer.

Das ehemalige Lager und die deutsch-deutsche Grenze

Nach dem Krieg durchzog die britisch-sowjetische Demarkationslinie und spätere deutsch-deutsche Grenze das Gelände. Auf DDR-Seite wurden die erhaltenen KZ-Gebäude und ehemaligen Gipsfabriken in den 1950er Jahren im Zuge des Grenzabbaus abgetragen. Auf westlicher Seite entschloss man sich 1963 bei einem Besuch des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Rainer Barzel, den nicht mehr bewohnten Ortsteil Juliushütte abzureißen, um diesen „Schandfleck“ zu entfernen und eine „parkähnliche Landschaft“ zu schaffen, wie die Lokalzeitung „Harzkurier“ seinerzeit schrieb. Diese Aufgabe übernahm 1964 der Bundesgrenzschutz, der die noch vorhandenen Gebäude sprengte, u.a. auch das noch weitgehend erhaltene ehemalige KZ-Krematorium. Anschließend wurde das Gelände bewaldet und zum Naturschutzgebiet erklärt.

Erst nach der deutschen Wiedervereinigung wurde das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers wieder zugänglich. In den 1990er Jahren wurde von der Stadt Ellrich und dem Verein



„Jugend für Dora“ ein kleiner Rundweg angelegt, 2010 wurde er (finanziert vom französischen Überlebenden-Verband „Dora, Ellrich et Kommandos“ und realisiert durch die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora) mit Infotafeln versehen. Die Grablagen im ehemaligen Lagergelände, die sich auf niedersächsischer Seite befinden, wurden 2010, weil sie nicht genau lokalisiert werden konnten, nicht gekennzeichnet.

#### Die „Entsorgung“ der Leichen und die Lokalisierung der Sammelgräber

Bis Februar 1945 wurden die Leichen aus dem Lager mit Lkw in das Krematorium des Hauptlagers Dora gebracht und dort verbrannt. Anfang März 1945 ging in Ellrich-Juliusshütte ein eigenes Krematorium in Betrieb. Angesichts der hohen Todeszahlen reichte die Kapazität des mit nur einem Ofen ausgestatteten Krematoriums bald jedoch nicht mehr aus, so dass wie in anderen Lagern (z.B. in Dora und in Bergen-Belsen) Leichen zusätzlich auch auf Scheiterhaufen verbrannt wurden. Insgesamt wurden so etwa 1.040 Leichen verbrannt. Von 830 Toten sind die Namen bekannt (die Todes- und Verbrennungslisten blieben erhalten). Überwiegend handelt es sich um sowjetische und polnische Häftlinge, außerdem um Franzosen, Belgier und Niederländer. Fast alle waren als politische Häftlinge ins KZ eingewiesen worden. Zusätzlich finden sich auf den Totenlisten einige Dutzend ungarische und polnische Juden sowie einige Sinti und Roma.

Der Leichenbrand aus dem Krematorium wurde an einem Hang hinter dem Gebäude abgekippt, aber nicht als Grab gekennzeichnet. Der Standort des Scheiterhaufens für die zusätzlichen Verbrennungen, das zweite nun lokalisierte Sammelgrab, konnte erst jetzt ermittelt werden. Grundlage waren neu in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora aufge-

tauchte Fotos, die ein amerikanischer Soldat im Juni 1945 von dem ehemaligen KZ und von der Verbrennungsstelle gemacht hatte. Darauf sind deutlich verkohlte Knochen zu erkennen. Diese Stelle wurde nun durch den Kreisarchäologen Dr. Stefan Flindt aus Göttingen mittels oberflächlicher Bodenuntersuchung eindeutig lokalisiert – es liegen dort noch immer Leichenbrand und Knochen direkt unter der Grasnarbe.

#### Kennzeichnung der Grablagen und Ausbau des Gedenkortes

Angestoßen durch die Lokalisierung der beiden Grablagen hat sich unter Federführung der zuständigen Gemeinde Walkenried und beraten durch die Stadt Ellrich, die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, den Landkreis Göttingen, das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport und das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege sowie in Kooperation mit den Niedersächsischen Landesforsten und dem Grünen Band Thüringen (als Grundeigentümer des ehemaligen Lagergeländes) eine Arbeitsgruppe konstituiert, um Lösungen für eine würdige Gestaltung der Gräber zu finden und zugleich die Zugänglichkeit und Kennzeichnung des ehemaligen KZ-Geländes zu verbessern.

#### Bewertung

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurden die baulichen Relikte des ehemaligen KZ mutwillig von Ost- wie Westdeutschen zerstört. Auf beiden Seiten legten sich Schuldzuweisungen gegenüber dem jeweils anderen deutschen Staat als Deckgeschichten über eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Alle Beteiligten wussten, dass sich auf dem Gelände die Sammelgräber

von über 1.000 Toten befanden, was jedoch offenbar auf keinerlei Interesse stieß.

Nach 1990 wurde der Ort zwar ansatzweise erschlossen, führt aber bis heute im deutschen öffentlichen Bewusstsein ein Schattendasein. Ganz anders in Frankreich: Dort gilt Ellrich als eines der wichtigsten Lager der Deportation von Résistance-Kämpfern; am 1961 von Präsident de Gaulle errichteten Mahnmal für die Opfer der Deportation neben der Kathedrale Notre Dame etwa werden am Eingang die wichtigsten Lager aufgezählt: „Auschwitz, Bergen-Belsen, Buchenwald, Dora-Ellrich“.

Nun, 75 Jahre nach Kriegsende, besteht berechtigte Hoffnung, dass dieses von der deutschen Öffentlichkeit mehr oder weniger vergessene Lager seiner historischen Bedeutung entsprechend erschlossen wird – und dass die Toten endlich ein würdig gestaltetes Grab bekommen.

Asche und Knochenreste auf der Fläche, auf der im Frühjahr 1945 Leichen auf Scheiterhaufen verbrannt wurden, Juni 1945.  
 • KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Das ehemalige Krematorium im Lager Ellrich-Juliusshütte, Juni 1945. Der Leichenbrand wurde hinter dem Krematorium den Hang hinuntergekippt.  
 • KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Rückwand des ehemaligen Unterkerkblocks 4, 2012.  
 • Jens-Christian Wagner

Vorderseite von Unterkerkblock 4, nach 1945.  
 • KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

1989 aufgestellter Gedenkstein am ehemaligen Krematorium, 2013. • Jens-Christian Wagner

# Qualifizierung und Vernetzung der Bildungsarbeit in niedersächsischen Gedenkstätten

Christian Wolpers



## 110 Umgang mit rechten, rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppen und/oder Äußerungen bei Bildungsveranstaltungen in Gedenkstätten

Zu dieser Thematik fand am 19. September in Hannover ein von der Abteilung Bildung und Begegnung der Gedenkstätte Bergen-Belsen, der Interessengemeinschaft der niedersächsischen Gedenkstätten und Initiativen sowie der Abteilung Gedenkstättenförderung Niedersachsen organisiertes, landesweites Treffen statt. Die ca. 35 Teilnehmenden aus mehreren niedersächsischen Gedenkstätten tauschten ihre Erfahrungen aus, formulierten Bedarfe, diskutierten Konsequenzen für die weitere Arbeit und vereinbarten die Bildung eines Netzwerkes und einer Meldestelle für einschlägige Vorfälle mit rechtspopulistischem bzw. -extremem Hintergrund.

Als Unterstützung für die Gedenkstätten wird die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten Mittel zur Durchführung von Informationsveranstaltungen und Argumentationstrainings gegen rechte Äußerungen in Bildungsveranstaltungen und im Gedenkstättenkontext allgemein zur Verfügung stellen.

Fortbildung für niedersächsische Lehrer\_innen in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium, dem Niedersächsisches Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) und der Gedenkstätte Yad Vashem

Im April fand eine weitere Fortbildung für niedersächsische Lehrer\_innen in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem statt. Dazu führte die Abteilung GFN federführend mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen und in Kooperation mit dem NLQ im Februar ein Vorbereitungsseminar in Hannover durch, das die Teilnehmenden u.a. mit einem Besuch der Gedenkstätte Ahlem auf einen Perspektivvergleich der Erinnerungskulturen in Israel und Deutschland vorbereitete.

Beim Nachbereitungsseminar in der Gedenkstätte Bergen-Belsen erarbeiteten die Teilnehmenden unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die sie bezüglich der Vermittlungsarbeit in einer israelischen und niedersächsischen Gedenkstätte gemacht hatten, vielfältige Ansätze zur Umsetzung erinnerungskultureller Arbeit mit niedersächsischen Schüler\_innen.

Neuaufgabe „Vier Kieselsteine“

Nach der Neuaufgabe der Materialbox „Vier Kieselsteine“, die anhand der Lebensgeschichte der Familie Blumenthal aus Hoya einen Zugang zum biografischen Lernen zur Shoah für Kinder ab neun Jahren bietet, fand am 25. November in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eine Lehrer\_innenfortbildung statt, bei der die Materialien und die Arbeit mit dem Textbuch vorgestellt wurden. Die Teilnehmenden aus den Schulformen Oberschule und Förderschule setzten sich hinsichtlich eines möglichen Unterrichtseinsatzes intensiv mit den durch den Erzähltext, die historischen Erklärungen und die beiliegenden Materialien eröffneten Möglichkeiten eines unterrichtlichen Einsatzes auseinander.





Beratung von Gedenkstätten und  
Geschichtsinitiativen im Kontext der  
Bildungsarbeit

111

Im abgelaufenen Jahr fanden „Vor-Ort-Beratungen“ in der Gedenkstätte Schillstraße in Braunschweig zum Projekt „Kunstvermittlung in der Bildungsarbeit der Gedenkstätte Schillstraße“, beim Arbeitskreis Stolpersteine Rehburg-Loccum und beim Verein Lagerbaracke Alexisdorf-Neugnadenfeld e.V. im Landkreis Graftschaft Bentheim statt.



Besuch von Christian Wolpers und Dr. Rolf Keller in Rehburg am 5. Juni: Teilansicht der Ausstellung zur Geschichte der Juden in Rehburg-Loccum in den Räumen des Arbeitskreises Stolpersteine Rehburg-Loccum.  
• Rolf Keller

Besuch in Neugnadenfeld am 24. Juni: Christian Wolpers und Christhard Pasternak, Vorsitzender des Vereins „Lagerbaracke Alexisdorf – Neugnadenfeld“, vor einem der zwölf Informationsmodule des Geschichtspfades in Neugnadenfeld. Dieser erläutert die Geschichte des Kriegsgefangenenlagers Alexisdorf und der Herrnhuter Brüdergemeinde, die sich dort nach dem Krieg ansiedelte.  
• Rolf Keller

Materialbox „Vier Kieselsteine“ – Die Geschichte der Familie Blumenthal • Christoph Ermisch

# Förderung der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur durch finanzielle Zuwendungen

Arnold Jürgens



112 Der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten stehen verschiedene Möglichkeiten der finanziellen Förderung der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur zur Verfügung:

- Projektförderung sowie institutionelle Förderung und Schwerpunktförderung von Gedenkstätten  
2019 standen hierfür 460.000 € zur Verfügung. Insgesamt wurden Zuwendungen für 22 Vorhaben an 15 Träger vergeben. Der Großteil der Mittel wurde für die institutionelle Förderung der Gedenkstätten Salzgitter-Drütte und Moringen sowie für die Finanzierung der Leitungsstellen in den Gedenkstätten Esterwegen (DIZ Emslandlager), Sandbostel, Augustaschacht Ohrbeck, Liebenau und Lüneburg aufgewendet.
- Förderung von Neugestaltungsprojekten und Sanierungsmaßnahmen  
Jährlich stehen 1 Mio. € für größere Investitionen in den Gedenkstätten bereit. Diese stehen nicht allein für die Gedenkstätten in freier Trägerschaft, sondern auch für die von der Stiftung getragenen Einrichtungen zur Verfügung. Im Berichtsjahr ist der überwie-

gende Teil der Mittel in Sanierungs- und Neugestaltungsmaßnahmen der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel geflossen. Seit Herbst 2017 wird außerdem das von der BKM kofinanzierte Neugestaltungsprojekt der Gedenkstätten Gestapokeller Osna-brück und Augustaschacht Ohrbeck gefördert. Am 1. Juli 2019 hat das Projekt zur Neugestaltung der Gedenkstätte Salzgitter-Drütte begonnen.

- Förderung von Gedenkstättenfahrten und pädagogischen Projekten  
Das Land Niedersachsen hat den Etat zur Förderung von Gedenkstättenfahrten im Haushaltsjahr 2018 auf 200.000 € erhöht. Mit Zustimmung des Stiftungsrates wurden die Mittel je hälftig für die Förderung von Gedenkstättenfahrten sowie die Verbesserung der Betreuungsangebote in den Gedenkstätten durch zusätzliche Honorarkräfte und die Weiterentwicklung pädagogischer Formate verwendet.

Die Vergabe der Fördermittel erfolgt unter Beteiligung der „Wissenschaftlichen Fachkommission zur Förderung und Fortentwicklung der Gedenkstätten-

arbeit in Niedersachsen“ (WFK). Die Empfehlungen der WFK sind die Grundlage für die Förderentscheidungen der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Der WFK gehören Professor\_innen für Geschichtswissenschaften und -didaktik von Universitäten in Niedersachsen sowie Fachleute aus den Bereichen Gedenkstättenarbeit, jüdische Geschichte und Archivwesen an.

Institutionelle Förderung, Schwerpunktförderung, Projektförderung

Entsprechend dem Förderkonzept der Stiftung erhalten die Gedenkstätten in Salzgitter-Drütte und Moringen eine institutionelle Förderung. Die gewährten Mittel dienen in erster Linie der Finanzierung von Personalstellen im Bereich Leitung und Verwaltung. Neben der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten tragen vor allem die Stadt Salzgitter und der Landkreis Northeim die Kosten für den Unterhalt der jeweiligen Gedenkstätte. Die Bereitschaft zur dauerhaften Unterstützung der Gedenkstätten wird in entsprechenden Kooperationsvereinbarungen zwischen der Stiftung, den Kommunen und den Trägervereinen



festgehalten. Ab Januar 2020 erhält auch die Gedenkstätte Sandbostel eine institutionelle Förderung. Der Landkreis Rotenburg (Wümme), die Stiftung Lager Sandbostel und die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten haben am 23. August 2019 eine Vereinbarung über die gemeinsame Förderung der Gedenkstätte Sandbostel unterzeichnet. Damit erhalten nunmehr drei Gedenkstätten in Niedersachsen eine institutionelle Förderung, die eine wichtige Voraussetzung für die Gewährleistung der Kontinuität und Qualität der Arbeit in den Einrichtungen ist.

Die Gedenkstätte Esterwegen (DIZ Emslandlager) erhält eine Schwerpunktförderung, insbesondere durch die (anteilige) Finanzierung der Leitungsstelle. Außerdem werden die Projektleitungsstellen der im Aufbau begriffenen Dokumentations- und Gedenkstätten in Osnabrück/Ohrbeck (Augustaschacht), Liebenau und Lüneburg gefördert. Voraussetzungen für die Aufnahme in die Schwerpunktförderung sind die historische Bedeutung und Exemplarität des Ortes, die wissenschaftliche wie pädagogische Qualität der Arbeit der Dokumentations- und Gedenkstätte, eine

breite Basis bürgerschaftlichen Engagements und die Beteiligung weiterer Geldgeber aus der Region an der Gesamtfinanzierung der Einrichtung. Entwicklungen und Konzepte der schwerpunktförderten und im Aufbau befindlichen Gedenkstätten werden regelmäßig in der WFK vorgestellt, diskutiert und die Einrichtungen entsprechend beraten.

Weitere Zuwendungen erfolgen über das Instrument der Projektförderung. Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten gewährt Gedenkstätten, Vereinen, Geschichtswerkstätten und Initiativen finanzielle Zuschüsse für Projekte zur NS-Geschichte und Erinnerungskultur in Niedersachsen. Im Vorfeld bietet die Stiftung den Antragstellern außerdem umfassende Beratung und Information in konzeptionellen, inhaltlichen, organisatorischen und formalen Fragen an. Zuschüsse wurden 2019 unter anderem für folgende Projekte gewährt:

Das von Radio Tonkuhle e.V. (Hildesheim) erarbeitete Hörspiel „Die Schlangenbande. Gestapoterror gegen Alfelder Jugendliche 1944“ basiert auf historischen Ereignissen in Alfeld und Hildesheim. Jugendliche aus dem politischen Umfeld von KPD und SPD sollen HJ-An-

gehörige angegriffen und belästigt haben. Die Gestapo Hildesheim verhaftete daraufhin eine größere Gruppe dieser Jugendlichen und brachte deren Verhalten mit den zu diesem Zeitpunkt in Deutschland auftretenden oppositionellen bündischen Jugendgruppen („Edelweißpiraten“) in Verbindung. Trotz mehrwöchiger Inhaftierung und Verhöre durch die Gestapo konnte den Jugendlichen die Bildung einer oppositionellen Jugendgruppe nicht nachgewiesen werden. Das Gerichtsverfahren endete mit einem Freispruch. Das von Radio Tonkuhle geplante Vorhaben eignet sich in didaktischer Hinsicht sehr gut, heutigen Jugendlichen exemplarisch zu zeigen, wie

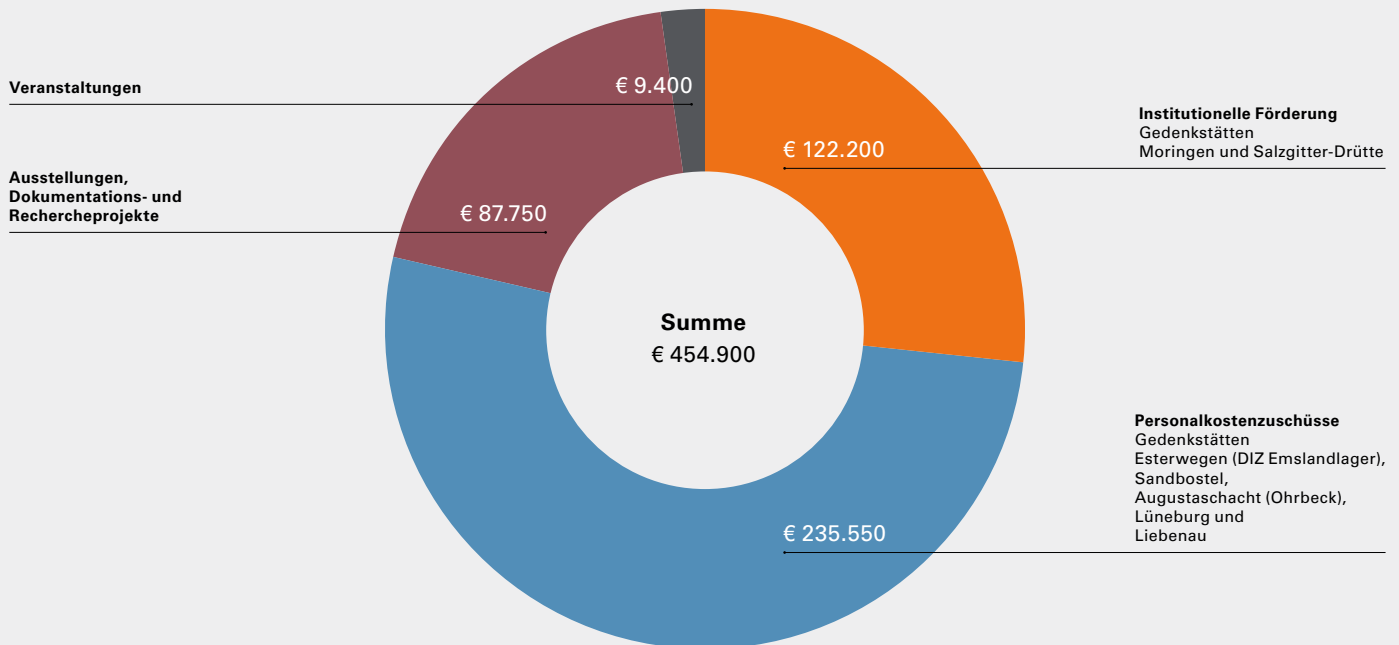
113

Eröffnung der Ausstellung „... und sie waren Nachbarn. Die jüdischen Familien Bendix und Rosenbaum in Bad Gandersheim“ im Museum „Portal zur Geschichte“, Bad Gandersheim, 9. Dezember 2019. • Julia Fuhrmann

Tafel zur Einführung in eine Ausstellung mit 20 Biografien von Verfolgten des Nationalsozialismus in Schaumburg • Förderverein ehemalige Synagoge Stadthagen e.V.

CD-Cover „Die Schlangenbande“  
• Covergestaltung: Steffen Neubauer

Patrick Bach bei Aufnahmen seiner Rolle „Willi Sievers“ in „Die Schlangenbande“ • Silas Degen



114 das diktatorische NS-Regime auf unangepasstes bzw. von den damaligen Normen abweichendes Verhalten reagierte.

Die „Heimatsfreunde Neuenkirchen e.V.“ (Schwanewede) betreuen den Dokumentations- und Lernort „Baracke Wilhelmine“. Zwischen 1935 bis 1945 war die Region an der Unterweser Schauplatz größerer Rüstungsprojekte des nationalsozialistischen Deutschland. Hier sollten riesige Mengen an Treibstoff für den Krieg gelagert und eine neuartige U-Boot-Waffe gebaut werden. Für die Arbeiten an den Tanklagern und dem U-Boot-Bunker „Valentin“ wurden viele Tausend Menschen benötigt. Die meisten von ihnen wurden unter Zwang aus verschiedenen Teilen Europas in die Region verbracht. Für sie wurden in der Umgebung der Baustellen Lager errichtet, sie selbst bei schlechter Ernährung und täglichem Terror zur Arbeit gezwungen. Die meisten Bauwerke der Kriegsprojekte sind heute wieder aus dem Landschaftsbild verschwunden, andere nicht zugänglich oder nur mit guten Ortskenntnissen aufzufinden. Als sichtbare Relikte aus dieser Zeit sind der am Weserufer erbaute Bunker „Valentin“ und die „Baracke Wilhelmine“ geblieben. Der größte Teil der

„Rüstungslandschaft Farge/Schwane-wede“ wird als Standortübungsplatz von der Bundeswehr genutzt. Im Hinblick auf den bevorstehenden Abzug der Bundeswehr (ca. 2022/23) wird angestrebt, die für Dokumentation und vor allem die Bildungsarbeit relevanten baulichen Relikte und Örtlichkeiten im Gelände zu sichern und dafür zu sorgen, dass sie auch künftig zugänglich sind. Basierend auf den Ergebnissen eines Workshops hat der Verein eine erste Bestandsaufnahme und vorläufige Bewertung der historisch bedeutsamen Orte vorgenommen.

Der 2008 gegründete Verein „Ehemalige Synagoge Stadthagen e.V.“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen im heutigen Landkreis Schaumburg und die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus zu befördern. Für diese Zwecke wurde die ehemalige Synagoge Stadthagen zu einem Gedenk- und Lernort für den Landkreis Schaumburg ausgebaut. Neben dem Betrieb des Gedenk- und Lernortes in Stadthagen organisiert der Förderverein regelmäßig Veranstaltungen zur Geschichte des Nationalsozialismus im gesamten Landkreis. Die Erarbeitung einer

Wanderausstellung mit Informationen zur Geschichte der Juden in Schaumburg und exemplarischen Biographien ehemaliger Verfolgter aus dem Landkreis Schaumburg-Lippe diente der Erweiterung der Informations- und Bildungsmöglichkeiten in der Region.

#### Förderung von Gedenkstättenfahrten und pädagogischen Projekten

Im Berichtsjahr wurden 306 Fahrten zu Gedenkstätten in Niedersachsen bezuschusst, an denen rund 17.800 Schülerinnen und Schüler teilnahmen.

Nicht zuletzt durch die Erhöhung der Mittel für die Förderung von Gedenkstättenfahrten für Schulklassen und außerschulische Jugendgruppen hat die Zahl der Anträge aus den Schulen und damit die Nachfrage nach Betreuungsangeboten der Gedenkstätten stark zugenommen. Aus diesem Grund wurde erneut ein Teil der Mittel für die Finanzierung von Honorarkräften in den niedersächsischen Gedenkstätten verwendet. Diese Form der Unterstützung zur Verbesserung der Betreuungsangebote ist von den Gedenkstätten sehr begrüßt worden. Die Gedenkstätten haben zu-

sätzliche Honorarkräfte angeworben und in Fortbildungen auf die pädagogische Arbeit mit unterschiedlichen Besuchergruppen vorbereitet. Die Zahl der Besuche in den Gedenkstätten konnte durch die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich gesteigert werden.

Gleichzeitig können mit Hilfe der zusätzlichen Mittel neue Bildungskonzepte entwickelt werden, z. B. adressatenorientierte Formate. So hat der „Gedenkkreis Wehnen“ exemplarische Patientengeschichten und Täterbiographien für die pädagogische Vermittlungsarbeit mit Besuchergruppen in der Gedenkstätte „Alte Pathologie“ erarbeitet.

Ein von den „Heimatfreunden Neuenkirchen“ initiiertes Bildungsprojekt mit Schülerinnen und Schülern der Waldschule Schwanewede und italienischen Schülerinnen und Schülern aus der Toskana knüpfte an das Vorläuferprojekt „In Ricordo“ an, in dem sich die Jugendlichen mit dem Schicksal von italienischen Militärinternierten beschäftigt hatten, die beim Bau des U-Boot-Bunkers „Valentin“ eingesetzt waren. Sie hatten u. a. eine Roll-up-Ausstellung und einen Kurzfilm mit beispielhaften Biographien produziert und dafür den Demokratie-

preis des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“ erhalten. Dieser Erfolg und die intensivierten Kontakte nach Italien waren die Motivation, nun auch die zur Zwangsarbeit eingesetzten italienischen Zivilisten (Frauen und Männer) in der Region Schwanewede in den Blick zu nehmen. In Kooperation mit dem Denk-Ort Bunker Valentin, dem Nationalen Verband ehemaliger italienischer Häftlinge nationalsozialistischer Lager (ANEI) erarbeiteten die italienischen und deutschen Schülerinnen und Schüler nach den zunächst dafür notwendigen Recherchen eine Dokumentation zum Schicksal dieser Personengruppe in Form einer Ausstellung und eines Films.

#### Förderung eines wissenschaftlichen Volontariats

Das Konzept zur „Förderung der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen durch finanzielle Zuwendungen“ sieht die Einrichtung wissenschaftlicher Mitarbeiterstellen in den niedersächsischen Gedenkstätten auf Basis eines Volontariats vor. Die WFK hatte für den Zeitraum vom September 2018 bis August 2020 die Einrichtung eines Volontariats in der

Gedenkstätte Lager Sandbostel empfohlen. Entsprechend dem Förderkonzept soll die Förderung eines wissenschaftlichen Volontariats ab September 2020 fortgesetzt werden.



# Geförderte Gedenkstätten

# Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht

Dr. Michael Gander,  
Geschäftsführer der Gedenkstätten  
Gestapokeller und Augustaschacht

Die Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht werden im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht  
Zur Hügelschlucht 4  
D – 49205 Hasbergen  
Tel.: +49 (0) 5405 – 895 92 70  
Fax: +49 (0) 5405 – 895 92 71  
info@augustaschacht.de  
www.gedenkstaetten-augustaschacht-osnabrueck.de



Eine Text-Bild-Ton-Collage zu der „Geschichte eines Deutschen“ von Sebastian Haffner zeigten am 6. Juni in der Gedenkstätte Augustaschacht acht Abiturient\_innen des Osnabrücker Gymnasiums „In der Wüste“ in Zusammenarbeit mit dem Regisseur Burkhard Imeyer, der Bildbearbeiterin Marlis Imeyer und dem Geschichtslehrer Thomas Allewelt. Den Schüler\_innen William Homburg, Paul Bilefeld, Jule Brünenkamp, Philipp Hagemann, Swenja Pohlmann, Laurin Schiffer, Insa Beisel und Maja Gausmann dankte Dr. Klaus Lang, der stellvertretende Vorsitzende des Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht e.V. • Michael Gander

118 Die Erarbeitung der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht stand in diesem Jahr im Vordergrund. Die Grabungen in Sommer und Herbst, ein Kooperationsprojekt mit der Universität Osnabrück sowie ein Bildungsprojekt mit mehreren Schulen aus der Umgebung der Gedenkstätte Augustaschacht trugen zu diesem wichtigen Vorhaben bei.

In der ersten Jahreshälfte wurden die letzten Entscheidungen zur Gestaltung der Ausstellung getroffen. Die Auswahl und Erstellung der Ausstellungsinhalte, insbesondere der Texte, dauerte hingegen das ganze Jahr über an. Einen besonderen Beitrag zu den Inhalten der Ausstellung und zur zukünftigen Bildungsarbeit leistete die im Juni begonnene vertiefte Kooperation der Gedenkstätten mit dem Forschungsprojekt zur überlieferten Kartei der Gestapo Osnabrück von Prof. Dr. Christoph Rass, Universität Osnabrück. Diese Zusammenarbeit wird vom Landschaftsverband Osnabrücker Land e. V., der Stiftung Stahlwerk Georgsmarienhütte und privaten Unterstützern gefördert sowie vom Niedersächsisches Landesarchiv – Standort Osnabrück unterstützt. Die Bundesbeauftragte für Kul-

tur und Medien und die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten erhöhten zum Ende des Jahres die Förderung für die Gedenkstätten, um Brandschutzmaßnahmen, zusätzliche Filme und barrierefreie Wege für die Ausstellung zu ermöglichen.

Die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus in der Gedenkstätte Augustaschacht wurde am 27. Januar von Schüler\_innen der Realschule Bad Iburg mit dem Ziel gestaltet, Ergebnisse ihrer geschichtlichen Spurensuche und ihre Gedanken über Gegenwart und Zukunft angesichts von nationalistisch und rassistisch motiviertem Hass und Gewalt vorzustellen. Der Toten des Arbeitserziehungslagers Ohrbeck wurde am 7. April im Rahmen einer Gedenkfeier gedacht. Romeo Franz, Abgeordneter des Europäischen Parlamentes, besuchte am 22. Mai die Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht. Der Jugendclub Mania des Theater Osnabrück führte vom 26. Mai bis zum 2. Juni das Stück „Woyzeck“ nach Georg Büchner in der Gedenkstätte Augustaschacht auf. Abiturient\_innen des Osnabrücker Gymnasiums „In der Wüste“ zeigten am 6. Juni am selben Ort ihre „Text-Bild-Ton-Collage“ zu der

„Geschichte eines Deutschen“ von Sebastian Haffner. Im August organisierten die Gedenkstätten in Zusammenarbeit mit „Service Civil International“ und „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ zwei internationale Sommerlager in der Gedenkstätte Augustaschacht. Die Gedenkstätten beteiligten sich in Zusammenarbeit mit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten an der Vorbereitung eines Treffens zum „Umgang mit rechten und rechtsextremen Gruppen in Gedenkstätten“ am 19. September in Hannover. Vom 2. bis zum 6. Oktober setzte ein Workcamp der CAJ Osnabrück die von den Sommerlagern begonnenen Grabungen fort. Die Gedenkstätten waren Mitorganisatorinnen eines transnationalen Workshops zu „Conflicting Memories of the War and Occupation“ vom 20.–25. Oktober in Kiew. In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Osnabrück und dem Museumquartier Osnabrück veranstalteten die Gedenkstätten fünf Vorträge, zwei Lesungen, eine Filmvorführung und zehn Zeitzeug\_innengespräche mit Erna de Vries und Mortko Jazowitskij. Eine weitere Lesung fand in Zusammenarbeit mit der Osnabrücker Buchhandlung „Zur Heyde“ statt.





Die Angebote der Gedenkstätten nahmen 6.300 Menschen wahr. Erneut förderte die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten die bei den Bildungsangeboten eingesetzten Honorarkräfte. Die Arbeit der Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht wurde bei Vorträgen am 21. Februar vor dem Verein für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück, am 5. November in Georgsmarienhütte und am 10. November auf dem Herbstfest von „Service Civil International“ in Bielefeld vorgestellt. Am 17. September beteiligten sich die Gedenkstätten an einer Podiumsdiskussion im Theater Osnabrück zu „Nazi-Parodien in Film und Theater.“ Am 5. November folgte eine Mitwirkung bei einer Podiumsdiskussion in der Universität Osnabrück, die anlässlich des Attentats auf die Synagoge in Halle an der Saale eine Bestandsaufnahme antisemitischer Gewalt zum Thema hatte. Eine Schülerin absolvierte ein Praktikum in den Gedenkstätten. Mit dem europäischen Freiwilligendienst und der „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ arbeiteten in den Gedenkstätten nacheinander Aleksandr Derksen aus Russland und Anna Khovanksa aus der Ukraine. Die beiden

Gedenkstätten sind in der Osnabrücker Trägergemeinschaft „9. November“, im „Initiativkreis Stolpersteine“, in der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und Initiativen zur Erinnerung an die NS-Verbrechen und im Beirat des niederländischen „Nationalen Untertauchermuseums“ in Aalten aktiv. Am 21. März, sowie am 24. und 25. Oktober beteiligten sich die Gedenkstätten an zwei bundesweiten Treffen zur Vernetzung von Gedenkstätten, die sich mit der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus beschäftigen. Sie nahmen an niederländischen Gedenkfeiern in Aalten, beim Nationalmonument Kamp Amersfoort und für Hannie Schaft in Haarlem teil.

Die Fertigstellung und Eröffnung der neuen Dauerausstellung in den Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht ist in 2020 die Hauptaufgabe der Gedenkstättenarbeit. Ein internationales und ein regionales Jugendworkcamp erfassen die Funde der bisherigen archäologischen Freilegungen auf dem Gedenkstättenengelände. Erstmals soll in Kooperation mit der „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ und dem Verein „3 Stufen“ ein internationales Sommerlager in Vishki in Lettland stattfinden.

Im Herbst ist in Berlin und Osnabrück ein transnationaler Workshop in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit und dem Critical Global Studies Institute der Sogang University in Seoul geplant.

119

Die Umsetzung der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht (GGA) berät ein wissenschaftlicher Beirat. An der Beiratssitzung am 5. März in der Gedenkstätte Augustaschacht nahmen teil: Dr. Michael Gander (GGA), Georg Hörschemeyer (GGA), Dr. Rolf Keller, Prof. Dr. Peter Romijn, Peter Kreipe (GGA), Prof. Dr. Wolfgang Benz, Brigitte Lenz-Gust (GGA), Dr. des. Janine Doerry (GGA), Prof. Dr. Dietmar von Reeken, Tanja Vaitulevich (GGA), Dr. Thomas Lutz, Dr. Matthias Gafke (GGA), Dr. Christine Glauning und Thomas Jander (v.l.n.r.). Weitere Beiräte sind Dr. Jens-Christian Wagner, Prof. Dr. Carsten Dams und Prof. Dr. Christoph Rass. • Aleksandr Derksen

Der Abgeordnete des Europäischen Parlamentes, Romeo Franz (2.v.r.), beim Besuch der Gedenkstätte Gestapokeller am 22. Mai in Begleitung der Bundestagsabgeordneten Filiz Polat (1.v.r) und des Sprechers des Niedersächsischen Verbandes Deutscher Sinti e.V. Mario Franz (1.v.l.) mit den Vorständen des Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht e.V.: Georg Hörschemeyer, Peter Kreipe und Jutta Keil (2.-4.v.l.) sowie dem Gedenkstättengeschäftsführer Dr. Michael Gander. • Jonas Graeber

Im Mittelpunkt der Gedenkfeier für die Toten des Arbeitserziehungslagers Ohrbeck am 7. April in der Gedenkstätte Augustaschacht stand eine Lesung der Schriftstellerin Natascha Wodin. • Aleksandr Derksen

# Vierzig junge Menschen aus sechs Ländern bereiteten mit Grabungen barrierefreie Wege vor

Der Hasberger Bürgermeister Holger Elixmann (5. v.r.) dankte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des internationalen Sommerlagers von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste für ihr Engagement in der Gedenkstätte Augustaschacht und der Gemeinde der Christuskirche Hasbergen für die Gastfreundschaft mit der sie die jungen Freiwilligen im Gemeindezentrum untergebracht haben. Pastorin Maria Beisel und Diakonin Elvira Schoof (1. und 2. v.l.) nahmen mit den Jugendlichen an dem alle beeindruckenden Zeitzeugengespräch mit dem Holocaustüberlebenden Mortko Jazovitskij (6. v.l.) teil.  
• Aleksandr Derksen



120 In der Gedenkstätte Augustaschacht engagierten sich im Sommer und Herbst die Teilnehmer\_innen von drei Workcamps. Den Anfang machten im August zwanzig junge Menschen aus Russland, der Ukraine, Belarus, Lettland, Spanien und Deutschland, die in einem deutsch-russisch-ukrainischen Workcamp des „Service Civil International“ und einem internationalen Sommerlager der „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ jeweils zwei Wochen in der Gedenkstätte Augustaschacht freiwillig arbeiteten. Im Oktober nahmen zwanzig Jugendliche und junge Erwachsene an einem archäologischen Workcamp der „Christlichen Arbeiterjugend Osnabrück“ teil.

Alle Freiwilligengruppen wurden von Sara Snowadsky und Judith Franzen von der Stadt- und Kreisarchäologie Osnabrück bei den Grabungen auf dem ehemaligen Lagergelände des Arbeitserziehungslagers Ohrbeck angeleitet. Sie legten sorgsam weite Teile des ehemaligen Weges der Gefangenen in dem Arbeitserziehungslager frei und konnten Hinterlassenschaften aus der Kriegszeit, wie einen britischen Uniformknopf, bergen. Mit diesen Freilegungen bereiteten die internationalen und Osnabrücker

Freiwilligen die Anlage einer neuen barrierefreien Zuwegung zu den Teilen der neuen Dauerausstellung auf dem ehemaligen Lagergelände vor. Vor dem Anlegen neuer Wege sollte der darunterliegende Boden nach Spuren des Arbeitserziehungslagers Ohrbeck untersucht werden. Dank dieser Vorarbeiten konnte im Dezember mit dem Wegebau begonnen werden. Ab April 2020 werden Gedenkstättenbesucher\_innen barrierefrei die Ausstellungsteile am ehemaligen Lagertor und an den Fundamenten der früheren Lagerlatrinen erreichen, sowie den Verlauf des ehemaligen Lagerweges sehen können.

Die Workcampsteilnehmer\_innen schützten zudem die in den letzten Jahren von Freiwilligengruppen freigelegten Fundamente des Nachbarhauses mit Sand gegen weitere Schäden durch die Witterung. Diese anstrengende Aufgabe musste in Handarbeit bewältigt werden, da ein Maschineneinsatz die alten Fundamente beschädigt hätte. Eine weitaus filigranere Arbeit war die Bearbeitung und Dokumentation der bei den Freilegungen in den vergangenen Jahren gemachten Funde, die unter fachkundiger Leitung von Bauhistorikerinnen der Firma

Schulz + Drieschner GbR mit großer Sorgfalt begonnen wurde. Die internationale Gruppe von „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ entwickelte zudem Vorschläge für ein neues Grabungsprojekt der Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht mit dem Osnabrücker Verein „Drei-Stufen“ im lettischen Ort Vishki, wo im Sommer 2020 eine erste Untersuchung des erhaltenen Fußbodens der zerstörten Synagoge des Ortes stattfinden soll.

Die internationalen Gruppen und die Grabungen wurden von der Stadt Georgsmarienhütte und der Stiftung Deutsches Holocaust-Museum gefördert, sowie vom Deutschen Roten Kreuz Holzhausen und der Christuskirche in Hasbergen unterstützt. Das Workcamp der Christlichen Arbeiterjugend Osnabrück wurde vom Bildungsinstitut der arbeitenden Jugend e.V. gefördert.

Die Teilnehmer\_innen des Workcamps der Christlichen Arbeiterjugend Osnabrück legten im Oktober einen Teil des Lagerweges zu den Latrinen frei. Der Verlauf der historischen Kantensteine ist auf dem Foto gut zu erkennen. Der barrierefreie Weg für Gedenkstättenbesucher\_innen verläuft ab April 2020 links neben der Freilegung.  
• Michael Gander

Auf der Dialog-Veranstaltung „Wie erinnern wir in Zukunft?“ am 21. Januar 2019 im Niedersächsischen Landtag in Hannover trafen die Teilnehmer\_innen des Schulprojektes zusammen mit weiteren in den Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht engagierten Jugendlichen am Ende der Veranstaltung Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta (3. V.l.): Florin Maletz, Elias Witzke (Schulprojekt), Lyann Rücker (Schulprojekt), Jenrik Bauschule (Schulprojekt), Alea Hoge, Cassandra Heidrich (Schulprojekt) und Eileen Schröder. • Michael Gander

Teilnehmer\_innen des Schulprojektes befragten am 27. November in der Realschule Georgsmarienhütte in kleinen Gruppen mehrere freiwillige Gedenkstättenmitarbeiterinnen, die Öffnungszeiten der Gedenkstätte Augustaschacht betreuen, nach ihren Erfahrungen. Hannelore Blischke (2.v.l.) und Marlies Lücking (2.v.r.) beantworteten gerne die Fragen der Schüler\_innen Leon Scheidemann, Pia Gärke und Domenick Morgret. • Maren Stindt-Hoge



Seit 2018 begleitet eine Projektgruppe mit Schüler\_innen und Lehrer\_innen aus Georgsmarienhütte und Hasbergen die Entwicklung der neuen Dauerausstellung in den Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht. Die Teilnehmenden kommen aus Haupt-, Real- und Oberschulen sowie einem Gymnasium.

In verschiedenen Workshops lernten die Schüler\_innen mit Unterstützung ihrer Lehrer\_innen gemeinsam die Geschichte des ehemaligen Arbeitserziehungslagers Ohrbeck kennen und bereiteten sich auf ihre eigenen Recherchen vor. Ab Januar begannen sie mit der Suche nach Erinnerungen, Erzählungen und Zeitzeugnissen, die mit der Geschichte des Augustaschachtes, Ausländern in der Region und Einheimischen im Südkreis während des Krieges verbunden sind. In den folgenden Monaten führten sie Interviews mit Zeitzeug\_innen, befragten Passant\_innen im öffentlichen Raum nach deren Wissen über die Gedenkstätte Augustaschacht und setzten sich mit den Kurator\_innen der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätten auseinander.

Im Juni führte die Projektgruppe mit dem Ausstellungsteam einen Workshop

zu Inhalten und Gestaltung der neuen Dauerausstellung durch. Als Ergebnis der Konzeptdiskussion regten die Schüler\_innen und Lehrer\_innen an, die Dauerausstellung in der Gedenkstätte Augustaschacht um ein zusätzliches Bildungsmodul zu ergänzen. Diese Anregung veranlasste das Ausstellungsteam nach weiteren Beratungen mit den Gestalter\_innen zu einer entsprechenden Ergänzung des Ausstellungskonzeptes.

Das Bildungsmodul ist im Ausstellungsraum zur Erinnerungskultur zum AEL Ohrbeck geplant, und entspricht in Form und Farbe der Gestaltung der neuen Dauerausstellung, um die gleiche Aufmerksamkeit der Besuchenden erhalten zu können. Es enthält Platz für einen Haupttext, eine Vitrine für Exponate und einen Monitor mit PC für digitale und multimediale Inhalte. Das Bildungsmodul soll von schulischen Projektgruppen für die Vorstellung von Ergebnissen ihrer Projektarbeit zu Themen, die mit der Gedenkstätte Augustaschacht verbunden sind, genutzt werden können. Auf diese Weise soll mit temporären Inhalten, die nach Möglichkeit jährlich wechseln sollen, thematisch eine Brücke in die Gegenwart geschlagen werden, indem aktuelle

Perspektiven auf die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Folgen, sowie vergleichende gegenwartsbezogene Ansätze gezeigt werden können.

Die Projektgruppe der Hasberger Schule „Am Roten Berg“, des Gymnasiums Oesede, der Sophie-Scholl-Schule und der Realschule Georgsmarienhütte erarbeitet seit dem Herbst aus ihren Projektergebnissen die ersten Inhalte für das von ihnen angeregte Bildungsmodul. Für sie ist der Ort der Gedenkstätte Augustaschacht, der Augustaschacht, ein Resonanzraum, der Fragen aufwirft, wie sie in ihrem Ausstellungstext betonen: „Erinnern an die Vergangenheit – Perspektiven für die Zukunft: Wie gehen wir mit diesem Ort, der historischen Verantwortung und der Erinnerung um?“ Mit der Eröffnung der neuen Dauerausstellung am 1. April 2020 geben sie ihre Projektergebnisse öffentlich weiter.

# Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte

Maike Weth,  
Leiterin der Gedenk- und  
Dokumentationsstätte KZ Drütte

Die Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte wird im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

Gedenk und Dokumentationsstätte  
KZ Drütte  
Wehrstraße 29  
D – 38226 Salzgitter  
Tel.: +49 (0) 5341 – 4 45 81  
Fax: +49 (0) 5341 – 17 92 13  
info@gedenkstaette-salzgitter.de  
www.gedenkstaette-salzgitter.de



122 „Ich saß den ganzen Tag auf dem Kopf eines Menschen, ein Mann. Sein Kopf war schmutzig, sein Haar fettig und verknotet. Und es stank. Überall stank es bestialisch. Mein blau-weißer Stoff übernahm diesen Geruch, diesen Schmutz. In meinen Nähten krabbelte es überall. Winzige Tiere, die sich in den Haaren des Mannes einnisteten und sie verseuchten. [...]“ (Auszug aus dem Gedicht „Die Mütze“ von Alina R.)

Im Januar 2019 begleiteten die Mitarbeiter\_innen der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte den 9. Jahrgang des Kranichgymnasiums Salzgitter bei einer Projektwoche rund um die Geschichte der Stadt. Eine Gruppe setzte sich mit Objekten aus den Konzentrationslagern auseinander und verarbeitete ihre Gedanken durch kreatives Schreiben. Entstanden sind Gedichte wie „Die Mütze“ von Alina R.

Dieses Projekt bildete den Auftakt der Bildungsarbeit in 2019. Neben vier weiteren mehrtägigen Seminaren mit Schüler\_innen, Auszubildenden und Gewerkschafter\_innen, wurden 2019 etwa 100 Führungen und Studientage in der Gedenkstätte durchgeführt. An weiteren zwölf Samstagen war die Gedenkstätte

für die Öffentlichkeit zugänglich, die Aufsicht übernahmen Ehrenamtliche. Die Führungen und Seminare sind von den angestellten Historikerinnen, den zwei abgeordneten Lehrkräften sowie zusätzlichen Honorarkräften, die dank der Förderung durch die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten eingesetzt werden können, durchgeführt worden.

Das jährlich stattfindende Seminar mit Auszubildenden der Salzgitter Flachstahl GmbH war auch 2019 ein Schwerpunkt in der Bildungsarbeit. Unter dem Titel „Lebensrhythmus – Überlebensrhythmus“ setzten sich die Teilnehmer\_innen mit Geräuschen im KZ Drütte auseinander.

„Inzwischen mussten wir mit einer langen Eisenstange einen Stempel mit einem Hammerschlag auf die Granate schlagen, woraus das Fertigungsdatum und der Fertigungsort hervorgingen.“ (H. Brüning, Häftling im KZ Drütte)

In ihrer Rede zur Gedenkstunde am 11. April griffen sie die Erinnerungen ehemaliger Häftlinge auf und setzten sie anschließend in einer Klangcollage mit Percussion-Instrumenten abstrakt um.

Auch das eigenständige Projekt der Freiwilligen in der Gedenkstätte, Cora

Serbser, hatte 2019 einen kreativen Schwerpunkt. Im Rahmen eines Tagesseminars bot die 19-Jährige eine Gedenkstättenführung und einen Vortrag zu Kunst im Nationalsozialismus an und gab den Teilnehmer\_innen anschließend die Möglichkeit, das Gehörte künstlerisch umzusetzen.

Auch diese Veranstaltung war Teil des vielfältigen Jahresprogramms rund um die Gedenkstätte KZ Drütte. Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus brachte das Diwan Theater (Osnabrück) Lessings „Nathan der Weise“ auf die Bühne. Auf großes Interesse stieß der Vortrag von Dr. Bernhard Strebel, der seine aktuellen Forschungsergebnisse zum KZ Watenstedt/Leinde vorstellte. Auch eine Führung auf dem Gelände des ehemaligen KZ Salzgitter-Bad war gut besucht. Beide Veranstaltungen erinnerten an die Einrichtung der zwei Außenlager vor 75 Jahren.

Während im Herbst 1944 in Salzgitter das Frauenlager Salzgitter-Bad eingerichtet wurde, trieben die Deutschen Anfang Oktober in den niederländischen Provinzen Limburg und Noordbrabant im Rahmen der sogenannten Kirchenrazzien arbeitsfähige Männer zusammen,



um sie nach Deutschland zu bringen. Zwei von ihnen waren die Brüder Arnold und Willem Verbaarschot aus Sevenum, die zur Zwangsarbeit bei den Reichswerken „Hermann Göring“ eingesetzt wurden. Im April 2019 besuchte Maarten Verbaarschot (Sohn von Arnold) Salzgitter, um die Haftorte seiner Angehörigen zu sehen. Seine Eindrücke hielt Herr Verbaarschot fotografisch fest und erarbeitete so eine Ausstellung, die 2020 in der Gedenkstätte KZ Drütte gezeigt wird.

Eine weitere Besuchergruppe reiste aus Polen nach Salzgitter, um erstmals das Grab von Marianne Marchewka zu besuchen. Die junge Mutter konnte auf Grund ihrer TBC-Erkrankung nach Kriegsende nicht mit ihrer Familie in die Heimat zurückkehren. Sie starb kurz darauf in Salzgitter und wurde auf dem Friedhof Jammertal beigesetzt. Erst 2016 fand ihre Familie im Internet die Antwort auf die Frage nach dem Verbleib von Marianne Marchewka.

Auch eine Vielzahl von schriftlichen Anfragen erreichte die Gedenkstätte 2019. Für die Beantwortung wurden Recherchen im Gedenkstättenarchiv durchgeführt sowie Unterlagen der regionalen Archive und der Arolsen Archives gesichtet.

Unterstützt wurden die Mitarbeiter\_innen der Gedenkstätte dabei auch von Praktikant\_innen. 2019 hat die Gedenkstätte KZ Drütte vier Praktika vergeben und eine Bachelorarbeit betreut.

Über die Arbeiten und Planungen wurde auch 2019 regelmäßig in den eigenen Veröffentlichungen (Website, Druckerzeugnisse) sowie in der Presse und auf Portalen verschiedener Kooperationspartner berichtet. So konnte ein breites Publikum angesprochen werden.

Neben diesen vielfältigen Aufgaben war das Jahr 2019 insbesondere durch die Arbeiten zur Erweiterung und Neugestaltung der Gedenkstätte KZ Drütte geprägt. Im ersten Halbjahr wurden die konzeptionellen Vorüberlegungen abgeschlossen, die im zweiten Halbjahr Grundlage für das Auswahlverfahren eines Gestaltungsbüros waren.

Teilnehmerin am Workshop „Kunst gegen das Vergessen“.  
• Teri Arias

Poltern, Klagen, schlurfen... Die Auszubildenden präsentierten ihre Klangcollage unter anderem vor dem ehemaligen Unterkunftsraum. • Jörg Dreyer

Definition, Funktion, Typen und Effekte – im Seminar zur Vorbereitung der Gedenkstunde setzten sich die Teilnehmer\_innen mit Geräuschen auseinander. • Maike Weth

Am 27. Oktober 1944 erreichte der zweite Häftlingstransport das KZ Salzgitter-Bad. 75 Jahre später wurde am Gedenkort daran erinnert. • Maike Weth

Maarten Verbaarschot (links) erzählte bei seinem Besuch in Salzgitter Fritz Wittfoot die Geschichte seines Vaters und Onkels. • Teri Arias

# „KZ-Häftlinge in der Rüstungsproduktion“ – Neugestaltung der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte

Maike Weth



124 Am 11. April 1994 eröffnete der ehemalige Häftling Stane Tušar die Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte auf dem Werksgelände der heutigen Salzgitter AG. Ein etwa 200 qm großer Raum, ein Teil des früheren Blocks IV, wurde für eine Dauerausstellung zur Verfügung gestellt. 25 Jahre später werden nun die bisherigen Flächen um den übrigen Teil des ehemaligen Blocks IV sowie um das damalige Krankenrevier und den Leichenraum (ca. 1000 Quadratmeter) erweitert. In diesem Bereich soll unter dem Titel „KZ-Häftlinge in der Rüstungsproduktion“ eine neue Dauerausstellung entstehen. In den Jahren 2016 bis 2018 erfolgten bereits die dafür notwendigen Vorarbeiten.

Im ersten Halbjahr 2019 wurden, gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Beirat zur Neugestaltung, die konzeptionellen Vorüberlegungen abgeschlossen. In der Ausarbeitung sind unter anderem die Leitlinien für eine neue Dauerausstellung und Rahmenbedingungen für die Gestaltung festgehalten worden. Die Ideen und Ziele des Neugestaltungsteams konnten überzeugen, sodass neben der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten drei weitere Stiftungen eine

Projektförderung übernehmen. Somit stand dem Projektbeginn am 1. Juli nichts mehr im Wege.

Für die wissenschaftliche Mitarbeit (50%) im Projekt wurde Julia Braun eingestellt. Die Historikerin ist seit mehreren Jahren im Gedenkstättenbereich tätig. Nach einer Einarbeitung erfolgten zunächst Archivrecherchen zu den geplanten Ausstellungsmodulen Krankenrevier und Leichenraum sowie zu dem Außenlager bei Salzgitter-Gebhardshagen.

Die Projektassistenz (50%) übernahm Dr. Teri Arias Ortiz, die bereits seit 2018 als Assistenz der Gedenkstättenleitung arbeitet. Ihr obliegt unter anderem die Koordination zwischen den verschiedenen Projektbeteiligten. Dazu zählen neben der Gedenkstätte KZ Drütte und den Vertreter\_innen der Salzgitter AG seit Ende 2019 auch das Architekturbüro Kleineberg und das Team des Gestaltungsbüros Hinz & Kunst (beide Braunschweig). Letztere konnten im Auswahlverfahren zur Neugestaltung der Dauerausstellung überzeugen und wurden von der Jury für eine Zusammenarbeit empfohlen.

Ihr Entwurf orientiert sich an den konzeptionellen Vorüberlegungen der Ge-

denkstättenmitarbeiter\_innen und greift das erste Gestaltungskonzept von 1993 in Form und Material wieder auf. Bis Ende 2019 fanden mehrere Treffen mit den Gestaltern statt, um die Planungen weiter auszuarbeiten. Im Innenbereich müssen einige Anpassungen - beispielsweise hinsichtlich der zu präsentierenden Objekte - vorgenommen werden, zusätzlich soll der Außenbereich eine stärkere Betonung erfahren, um die Sichtbarkeit und Wahrnehmung der Gedenkstätte zu erhöhen.

Für einen Einblick in die laufenden Arbeiten wurde unter [www.neugestaltung.gedenkstaette-salzgitter.de](http://www.neugestaltung.gedenkstaette-salzgitter.de) ein Projekt-Blog eingerichtet. Dort wird nicht nur über die aktuellen Entwicklungen berichtet, sondern auch der eine oder andere Blick auf die Anfänge der Gedenkstätte KZ Drütte geworfen.

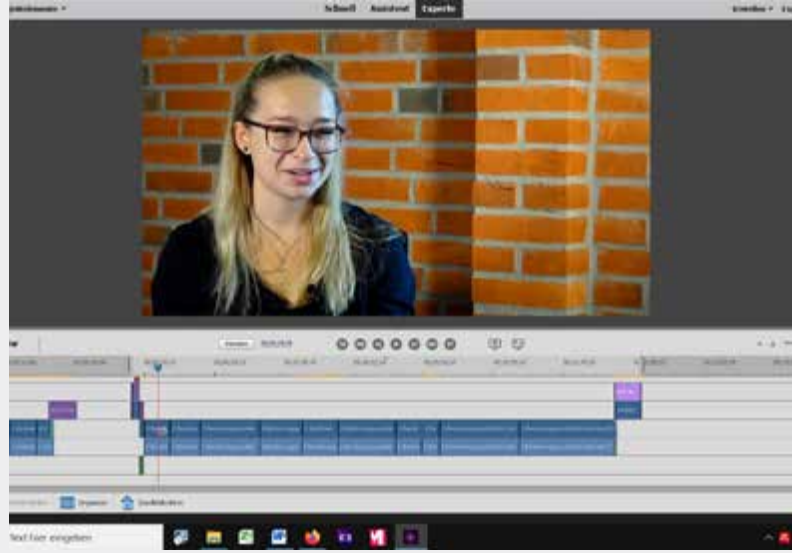
Gestaltungsmodell zur ersten Dauerausstellung von den Büros Kleineberg und Hinz & Kunst, 1993. • Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.

Der ehemalige Häftling Stane Tušar eröffnete am 11. April 1994 die Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte • Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.

Im Rahmen eines Einführungskolloquiums im Auswahlverfahren zur Neugestaltung wurden den teilnehmenden Büros die Gedenkstätte und die bisherigen Planungen vorgestellt. • Julia Braun

# „Zeugen der Zeitzeugen“ Ein Interviewprojekt zur Geschichte der Erinnerungskultur

Maïke Weth



Das letzte Projekt von Elke Zacharias, Leiterin der Gedenkstätte KZ Drütte bis März 2018, befasste sich mit Begegnungen von ehemaligen KZ-Häftlingen und Mitgliedern des Gedenkstättenträgervereins. Auszubildende befragten in diesem Rahmen die „Zeugen der Zeitzeugen“ zu ihren Treffen mit den Überlebenden: Was hat sie motiviert? Was hat sie berührt? Was hat sie überrascht?

Diese Projektidee wurde 2019 in Erinnerung an Elke Zacharias noch einmal aufgegriffen und thematisch erweitert. Sechs Personen aus dem näheren Umfeld der Gedenkstätte wurden in Videointerviews zu ihren Erinnerungen an den zehn Jahre dauernden „Kampf“ um die Gedenkstätte KZ Drütte befragt. Damit eng verknüpft waren Begegnungen mit Überlebenden, die selbst in die Auseinandersetzungen mit Politik und damaliger Unternehmensleitung eingebunden waren. Die einzelnen Teilnehmer\_innen haben aus ihrer jeweiligen Position heraus zum Teil sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Der damalige Betriebsrat der Salzgitter AG mit seinem Vorsitzenden Walter Gruber hatte den historischen Ort fast täglich vor Augen und setzte sich intensiv mit dem Unter-

nehmensvorstand auseinander. Mitglieder des Arbeitskreises Stadtgeschichte e.V. engagierten sich währenddessen im ganzen Stadtgebiet: Mit Vorträgen und Rundfahrten informierten sie über die NS-Geschichte Salzgitters.

In den Interviews schilderten die Befragten nicht nur ihre ersten Erfolge, wie eine Gedenktafel am historischen Ort, sondern auch die großen Widerstände, die Gedanken ans Aufgeben und die bis heute offenen Fragen.

Wesentlicher Motor in der Auseinandersetzung waren sicherlich die unterschiedlichen Begegnungen mit Zeitzeugen. Sie waren geprägt von Sprachhürden: „[...] und ich dachte so, naja, Deutsch ist ja wahrscheinlich auch nicht seine Liebessprache“ (Chr. Großmann); von Unsicherheit: „[...] mal gucken was kommt, oder wie du dich, wie man sich fühlt. Das weiß man gar nicht [...]“ (E. Wolnik) und Betroffenheit: „Er [Jacques Klajman] stand neben mir und sagte zu mir: ‚Ich kann jetzt keinen Deutschen sehen‘. Das hat mich damals sehr, sehr getroffen [...]“ (A. Materne).

In den Erinnerungen an die Begegnungen sind aber auch sehr besondere Augenblicke verankert. So erinnert sich Chris-

toph Großmann an den Besuch von Pierre Restoueix im ehemaligen Arbeitskommando „Aktion 88“: „[...] da stand er in der Tür und hat in die Halle reingeguckt und ich stand ihm so gegenüber und diese Augen, die drückten alles aus, was in dem Moment anscheinend durch seinen Kopf durchging, nämlich diese Erinnerung an damals, wo er die Granaten bauen musste, die möglicherweise auch gegen sein eigenes Volk eingesetzt wurden. Und dieser Blick, [...] der ist eben plastisch bei mir im Kopf geblieben.“

Die Begegnungen mit Überlebenden waren und sind ein wesentlicher Teil der Gedenkstättenarbeit, doch werden die direkten Kontakte bald nicht mehr möglich sein. Diese Interviews mit den „Zeugen der Zeitzeugen“ eröffnen eine neue Möglichkeit, an solchen Begegnungen weiterhin teilzuhaben.

Aus 8,5 Stunden Videomaterial sind Film-Clips zu 17 verschiedenen Themen entstanden. • Screenshot aus dem Bearbeitungsprogramm

Das Projekt wurde von Jana Göhe durchgeführt. Die Bearbeitung des Filmmaterials wurde ehrenamtlich von Ediz Nisanci übernommen. • Teri Arias

1985 wurde diese Gedenktafel an einer Wand des ehemaligen KZ Drütte vom Betriebsrat angebracht. Sie war lange der einzige sichtbare Hinweis auf die Geschichte des Ortes. • Elke Zacharias

# Gedenkstätte Esterwegen

Dr. Andrea Kaltofen,  
Geschäftsführerin der  
Stiftung Gedenkstätte Esterwegen

Die Gedenkstätte Esterwegen wird im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

Gedenkstätte Esterwegen  
Hinterm Busch 1  
D – 26897 Esterwegen  
Tel.: +49 (0) 5955 – 98 89 50  
info@gedenkstaette-esterwegen.de  
www.gedenkstaette-esterwegen.de  
www.facebook.com/GedenkstaetteEsterwegen

126 Aus Anlass des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus zeigte die Gedenkstätte Esterwegen am Sonntag, dem 27. Januar den Dokumentarfilm „Erna de Vries. Ich wollte noch einmal die Sonne sehen“. Der Film des Vereins „Zeitlupe“ basiert auf einem Interview mit der Holocaust-Überlebenden Erna de Vries aus dem Jahr 2006. Im Anschluss beantwortete die 95-jährige Auschwitz-Überlebende noch einige Fragen aus dem mehr als 600 Gäste umfassenden Plenum. Seit 1998 erzählt Erna de Vries jungen Menschen ihre Lebensgeschichte und hält die Erinnerung an ihre Mutter, die in Auschwitz umkam, wach. Für ihren Einsatz gegen das Vergessen ehrte die Gemeinde Lathen sie 2004 mit der Ehrenbürgerwürde und benannte 2016 den Platz vor dem Rathaus nach ihr. Im Jahr 2012 erhielt sie vom Landkreis Emsland die Emslandmedaille und 2014 das Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

„Ich füge mich nicht, ich demonstriere...“ – Leben und Wirken von Carl von Ossietzky“ – unter diesem Titel eröffnete die Gedenkstätte Esterwegen anlässlich des 81. Todestages von Carl von Ossietzky, Friedensnobelpreisträger und Häftling

des Konzentrationslagers Esterwegen von 1934 bis 1936, eine Sonderausstellung der Universitätsbibliothek Oldenburg. Mit der Ausstellungseröffnung am 28. April wurde gleichzeitig aller Opfer des 2. Weltkriegs und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedacht, die im Emsland am 26. April 1945 mit der Einsetzung eines ersten Nachkriegslandrates zu Ende war. Im Laufe des April 1945 waren die 15 Lager im Emsland und der Grafschaft Bentheim befreit bzw. geräumt worden, und auch das Leid der Gefangenen hatte ein Ende gefunden.

Die Gedenkstätte Esterwegen gehört zu den zwölf Gründungsmitgliedern der neuen Arbeitsgemeinschaft „Frühe Konzentrationslager“. Ziel der AG ist neben einem Bundesländerübergreifenden Wissenstransfer die gegenseitige Unterstützung bei wissenschaftlichen Forschungsvorhaben sowie ein Austausch über die historisch-politische Bildungsarbeit. Konkret vorbereitet werden bereits eine öffentliche Tagung sowie eine gemeinsame Ausstellung für das Themenjahr 2023, in dem sich die Machtübergabe an die Nationalsozialisten und mit ihr die Errichtung der ersten Konzentrationslager zum 90. Mal jährt.

In einem gemeinsamen Projekt der Stiftung Gedenkstätte Esterwegen und der Universität Osnabrück untersuchten Studierende der Universität Osnabrück mit nichtinvasiven Prospektionsmethoden im September den Friedhof sowie das Gelände des früheren Strafgefangenenlagers Aschendorfermoor, um die genaue Lage der Erschießungsgräben und Massengräber des sogenannten „Herold-Massakers“ zu erkunden. Im April 1945 waren mehr als 150 Gefangene nach einem Befehl des Hochstaplers Willi Herold, auch „der Henker vom Emsland“ genannt, im Rahmen eines Endphaseverbrechens ermordet worden.

Im November kürte der Niedersächsische Heimatbund (NHB) die 1938 bzw. 1941/42 gepflanzte Baumallee an der ehemaligen Lagerstraße in der Gedenkstätte zur „Allee des Monats“ als stille Zeitzeugin des dunkelsten Kapitels auch der niedersächsischen Geschichte. Die Historie der Pflanzung, aber auch die Besonderheit durch die Vielzahl an Baumarten erhebe diese zu einer der wertvollsten Alleen und zugleich zu einem besonderen Mahnmal an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Niedersachsen, hieß es seitens des NHB.





Die Stiftung Gedenkstätte Esterwegen kann sich im Rahmen des Bundesförderprogramms „Jugend erinnert“ über eine Fördersumme von 390.000 Euro für das gemeinsam mit der Universität Osnabrück (Interdisziplinäre Arbeitsgruppe „Konfliktlandschaftsforschung“) und der Historisch-Ökologischen Bildungsstelle Papenburg eingereichte Projekt „Boden | Spuren“ freuen. Durch das Bundesförderprogramm, das bis 2022 mit 17 Millionen Euro ausgestattet wird, sollen Gedenkstätten und Dokumentationszentren neue Bildungsformate erarbeiten und neue Kooperationen eingehen können. Das Projekt „Boden | Spuren“ der Gedenkstätte Esterwegen richtet sich an junge Erwachsene, die sich in Sommerakademien der Lagergeschichte im Emsland nähern sollen. Mit modernsten naturwissenschaftlichen Methoden können sie an ausgewählten Orten zerstörungsfrei im Boden verborgene Spuren der Lager und der zugehörigen Friedhöfe lokalisieren und ihre Erkenntnisse und Ergebnisse anschließend beispielsweise durch 3D-Modelle für die Öffentlichkeit visualisieren und darstellen. Das Projekt erstreckt sich über drei Jahre und verbindet geoarchäologische, archäologi-

sche, geschichtswissenschaftliche, didaktische und kulturwissenschaftliche Ansätze, um neue Annäherungen an gewaltüberformte Orte und neue Formen der Vermittlung in der Erinnerungskultur zu entwickeln.

Im Herbst 2017 erschien der Ausstellungsbegleitband „Hölle im Moor. Die Emslandlager 1933–1945“ im Wallstein Verlag in Göttingen. Wegen der großen Nachfrage konnte noch im gleichen Jahr eine zweite (durchgesehene) Auflage auf den Markt gebracht werden. 2019 gab die Stiftung Gedenkstätte Esterwegen die dritte, nochmals durchgesehene Auflage heraus. Der Begleitband gibt einem breiten Publikum einen Überblick über die Geschichte der Emslandlager und verortet sie im Kontext der Geschichte des „Dritten Reiches“. Die Publikation zeigt zahlreiche bislang unbekannte historische Dokumente und Fotografien. Im Mittelpunkt stehen dabei die harte Zwangsarbeit, das Leben und Leiden sowie der Tod der Häftlinge. Der Band informiert aber auch über Täter, Profiteure und das zivile Umfeld der Lager.

Eröffnung der Ausstellung „'Ich füge mich nicht, ich demonstriere...' – Leben und Wirken von Carl von Ossietzky“, Esterwegen, 28.04.2019 (v.l.n.r.: Dr. Andrea Kaltofen, Heiner Reinert, Alexandra Otten, Hermann Vinke, Hermann Bröring) • Stiftung Gedenkstätte Esterwegen

Prospektion auf dem Gelände des ehemaligen Strafgefangenenlagers Aschendorfermoor (Studierende der Universität Osnabrück), 05.09.2019 • Stiftung Gedenkstätte Esterwegen

Prospektion auf dem Gelände des ehemaligen Strafgefangenenlagers Aschendorfermoor (Studierende der Universität Osnabrück) • Stiftung Gedenkstätte Esterwegen

# Karl Salling-Møller aus Dänemark in Esterwegen

Maren Weers



128 In kleinem Kreis fand am 17. Oktober - wie seit vielen Jahren - der Besuch des Dänen Karl Salling-Møller, ehemaliger Häftling des Außenlagers Versen des KZ Neuengamme, statt. Die Mitarbeiter\_innen der Gedenkstätte Esterwegen haben sich sehr gefreut, dass der mittlerweile 94-Jährige auch in diesem Jahr die Gedenkstätte besucht hat. Er kam in Begleitung seiner Tochter Kari und eines Enkels des bereits verstorbenen Mitinhaftierten Henning Jensen.

Bei Kaffee und Kuchen konnte er noch einmal seine Geschichte Revue passieren lassen. Als 18-jähriger dänischer Widerstandskämpfer wurde er im Mai 1944 in seiner Heimatstadt Nibe im Rasiersalon seines Vaters verhaftet. Seine Untergrund-Gruppe war denunziert worden, eine britische Waffenlieferung erhalten zu haben. Über diverse Gefängnisse in Dänemark brachte man ihn schließlich ins KZ Neuengamme bei Hamburg. Da dieses zu der Zeit völlig überfüllt war, wurden Außenlager des KZ Neuengamme eingerichtet, u. a. in Meppen-Versen. Dort war Salling-Møller mit ca. 200 weiteren Dänen von 1944 bis 1945 inhaftiert. Aufgabe der Häftlinge war es, Panzergräben und Unterstände auszuheben.

Aufgrund der harten Arbeit, schlechten Kleidung, mangelhaften Ernährung und des harten Winters erkrankte er an einer Rippenfellentzündung und Tuberkulose. Mitte März 1945 ordnete die SS die Rückkehr der Häftlinge nach Neuengamme an. Nach Verhandlungen des schwedischen Vizepräsidenten des Roten Kreuzes Graf Folke Bernadotte mit SS-Reichsführer Heinrich Himmler wurden die skandinavischen Häftlinge am 20. April 1945 mit weißen Bussen dort abgeholt und ins neutrale Schweden evakuiert („Aktion Bernadotte“). Am 17. Mai 1945 kehrte Karl Salling-Møller nach Dänemark zurück und lebt seither in Ålborg.

Auf dem Foto sieht man ihn vor der Vitrine mit seinen Stiefeln und seiner Mütze, die er damals in einem Rote-Kreuz-Paket erhalten und für die Dauer ausstellung der Gedenkstätte zur Verfügung gestellt hat. Er sagte, dieses Rote-Kreuz-Paket habe sein Leben gerettet im harten Winter 1944/45. Seine Tochter erzählte, dass er seine Häftlingsnummer „54573“ immer noch auswendig auf Deutsch aufsagen könne.

Das Team der Gedenkstätte Esterwegen bedankt sich für diesen sehr bewegenden Besuch und hofft, Karl Salling-

Møller und seine Familie und Freunde im nächsten Jahr wieder in Esterwegen begrüßen zu dürfen!

# Sonderausstellung "Luxemburg im Zweiten Weltkrieg: Zwangsrekrutierung – Streik – Umsiedlung"

Sebastian Weitkamp



In Zusammenarbeit mit dem Comité Pour La Mémoire De La Deuxième Guerre Mondiale (Luxembourg) zeigte die Gedenkstätte Esterwegen vom 22. September 2019 bis zum 9. Februar 2020 eine Ausstellung über das dunkle Kapitel der deutschen Besatzung Luxemburgs.

Am 10. Mai 1940 marschierte die Wehrmacht in das neutrale Großherzogtum Luxemburg ein, und Adolf Hitler ließ durch seinen Gauleiter Gustav Simon eine deutsche Zivilverwaltung aufbauen. Die NS-Führung behandelte das besetzte Land faktisch wie einen Teil des Deutschen Reiches, obwohl es nicht offiziell annektiert wurde. Die Anordnung der Zwangsrekrutierung luxemburgischer Männer für die Wehrmacht 1942 stieß dann auf deutlichen Widerstand im ganzen Land. In der Folge kam es zu einem Generalstreik – eine einzigartige Reaktion auf das völkerrechtswidrige Vorgehen des nationalsozialistischen Deutschland. Der Streik wurde erbarmungslos niedergeschlagen. Am Ende standen Todesurteile, Gefängnisstrafen und Umsiedlungen in das Deutsche Reich. Viele der gegen ihren Willen in die Wehrmacht gezwungenen Luxemburger gerieten in die Mühlen der Wehrmachtsjustiz. Weil

sie sich der Zwangsrekrutierung widersetzen, wurden sie von deutschen Militärgerichten zu Gefängnisstrafen oder zum Tode verurteilt.

Für die Gedenkstätte Esterwegen wurde die luxemburgische Ausstellung eigens um neue Inhalte über die Zwangsrekrutierten in den „Emslandlagern“ erweitert.

Die stellvertretende Landrätin Margret Berentzen und der Chef du Service de la Mémoire de la Seconde Guerre mondiale Jean-Claude Müller aus Luxemburg begrüßten die Gäste und betonten in ihren Eröffnungsreden die enge Verbundenheit zwischen Luxemburg und Deutschland in einem vereinten Europa. Sie unterstrichen zudem die langjährige, aktive Erinnerungsarbeit zwischen luxemburgischen Opferverbänden und dem Aktionskomitee für ein DIZ Emslandlager e.V. sowie der Stiftung Gedenkstätte Esterwegen.

# Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

Martin Guse,  
Leiter der Dokumentationsstelle  
Pulverfabrik Liebenau e.V.

Die Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau wird im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.  
Königsberger Straße 15  
D – 31618 Liebenau  
Tel.: +49 (0) 5023 – 1575  
pulverfabrik@martinguse.de  
www.martinguse.de/pulverfabrik  
Jugend-AG im Internet: www.japl.de



130 Im Jahr 2019 beging die Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau ihr 20-jähriges Bestehen als zivilgesellschaftlich wirkender Verein. Im Mittelpunkt der Jubiläumsveranstaltungen standen die „Internationalen Begegnungstage“ vom 6. bis 14. August 2019.

Auch im Jahr 2019 stieg das Interesse an den Bildungs- und Vermittlungsangeboten mit circa 2.500 Teilnehmer\_innen deutlich. Neben den 59 inhaltlich-historischen Werksführungen, den Vorträgen und Ausstellungen nahmen fünf Schulklassen oder Kurse von Oberschulen und Gymnasien der Region an ein- oder mehrtägigen Workshops teil.

Die Steigerung der Anzahl der Werksführungen erfolgte bereits seit 2018 durch einvernehmliche Absprachen mit der „Eickhofer Heide GmbH & Co KG“ als neuer Eigentümerin der ehemaligen Pulverfabrik (seit 1. Februar 2018). Die fruchtbare Zusammenarbeit mündete am 28. Oktober 2019 in die Unterzeichnung des neuen Vertrages für das Betretungsrecht der Werksanlage. Neben dem ständigen Betretungsrecht für Mitarbeiter\_innen der Dokumentationsstelle beinhaltet er die Möglichkeiten einer erheblich verbesserten Vermittlungsarbeit

durch Führungen, ganztägige Projekte und mehrtägige Workshops sowie der Einrichtung eines Lehrpfades im Werksgelände. Der Vertrag regelt zudem die haftungsrechtlichen Fragen sowie die Gefährdungs- und Sicherheitsaspekte für alle Besucher\_innen der Anlage, die aufgrund der Altlasten und des baulichen Zustandes der 400 ehemaligen Produktionsgebäude zu berücksichtigen sind.

Für die künftigen Ausstellungen der Dokumentationsstelle sicherten Vereinsmitglieder vom 24. bis 26. Juli 2019 wichtige Relikte (Türen, Schilder von Produktionsgebäuden, Beschläge, Lampen) aus unterschiedlichen Zeitebenen der Werksnutzung.

Erfreulicherweise konnte die Dokumentationsstelle auch im Jahr 2019 zwei ehemalige Zwangsarbeiter der Pulverfabrik in Liebenau empfangen. Vom 5. bis 8. Mai 2019 war der 93-jährige Karl Payuk aus der Ukraine zu Gast. Der CVJM Landesbergen präsentierte die Ausstellung der Dokumentationsstelle zu seinem Lebensweg und lud zum sehr gut besuchten Gespräch mit dem Zeitzeugen ein. Zum gleichen Zweck besuchte Karl Payuk am 7. Mai 2019 eine Schul-Arbeitsgruppe der Oberschule Uchte.

Mit den Nachkommen ehemaliger Zwangsarbeiter\_innen von der Insel Ter-schelling (Niederlande) begab sich auch der 99-jährige ehemalige Zwangsarbeiter Piet Kaspers vom 4. bis 7. September 2019 auf Spurensuche in Liebenau, wobei ein regionales Fernseheteam seine Erinnerungen aufnahm.

Die vereinsinterne Jugend-AG führte im Januar einen ganztägigen Planungsworkshop durch und entsandte am 21. Januar drei Mitglieder zur Jugendtagung des Niedersächsischen Landtages, die unter dem Motto: „Wie erinnern wir in Zukunft? Mitmachen statt leerer Rituale“ stattfand. Neben ihren Pflege- und Instandsetzungseinsätzen auf den hiesigen Kriegsgräberstätten und Gedenkorten sowie dem besonderen Einsatz im Projekt „Schicksalsklärung“ (Namenstafeln für Todesopfer) wirkte sie arbeitsintensiv bei den Jubiläumsveranstaltungen und Jugendaustauschprogrammen mit.

Zwei Mitglieder beteiligten sich am internationalen Jugendkunstprojekt „IMAGinE“, das im April 2019 in Liebenau begonnen und im Oktober mit einem Aufenthalt in Minsk (Belarus) fortgesetzt wurde. Nach mehrmonatiger Vorbereitung konnte am 16. November 2019



die mit der AG erarbeitete Ausstellung „PULVERFABRIK LIEBENAU # Foto-projekt mit Jugendlichen aus Belarus, Deutschland, Polen und Ukraine 2014“ in der „Auekunst Liebenau“ eröffnet werden.

Neben der bereits im Jahr 2015 vertraglich fixierten Zusammenarbeit mit dem Mehrgenerationenhaus Stolzenau und dem Verein „Alte Synagoge Petershagen“ intensivierte die Dokumentationsstelle die Kooperation mit weiteren Gedenkorten und -initiativen in der Region Nienburg, Minden und Porta Westfalica, vor allem aber mit dem „Arbeitskreis Stolpersteine Rehburg“ und dem „Arbeitskreis Gedenken Marklohe“, um für das Jahr 2020 gemeinsame Recherche- und Vortragsprojekte zu ehemaligen Zwangsarbeiter\_innen vorzubereiten.

Historisch relativierenden, rechtspopulistischen oder -extremen Äußerungen sowie Anfeindungen gegenüber der Gedenkstättenarbeit musste in den Veranstaltungen und im Arbeitsalltag der Dokumentationsstelle im Jahr 2019 stärker als bisher begegnet werden. Als präventive Maßnahmen nahm die Dokumentationsstelle abstimme Gespräche mit der örtlichen Polizei auf und organisierte

am 11. Dezember 2019 als Mitveranstalter den Vortrag „Völkische Landnahme – zu rechtsextremen Akteuren im ländlichen Raum“ mit der Journalistin Andrea Röpke an.

Mit den Umgestaltungsmaßnahmen zur Gedenk- und Bildungsstätte im 1992 errichteten Trakt der Schule Liebenau kann in der zweiten Jahreshälfte 2020 begonnen werden, wenn die letzten Schüler\_innen der Hauptschule Liebenau ihre Abschlusszeugnisse erhalten haben. Für die Umnutzung der Gedenkstätte am Ort des ehemaligen „Arbeits-erziehungslagers Liebenau“ fand im Herbst 2019 ein entsprechender Ideen-wettbewerb mit vier beteiligten Gestaltungs-büros statt.

5. Januar: Gruppenfoto der Jugend-AG beim „Friedensplatz“ anlässlich ihres Planungsworkshops. • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

5. Mai: Gruppenführung, hier im Produktionsgebäude 4205 der ehemaligen Pulverfabrik. • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

6. Juni: Gedenkzeremonie auf der Kriegsgräberstätte Deblinghausen-Hesterberg anlässlich des Workshops mit Schüler\_innen des Albert-Schweizer-Gymnasiums Nienburg/W. und der „Arrowhead Park High School“, Las Cruces (New Mexico, USA) • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

6. September: Bei seinem Besuch in Liebenau informierte sich der 99jährige ehemalige Zwangsarbeiter Piet Kaspers auch in der Zwangsarbeiterkartei der Dokumentationsstelle. • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

7. November: Mitarbeiter\_innen der Straßenmeisterei Marklohe-Lemke stellten sich nach der Führung einem Gruppenfoto und versprachen ein Wiederkommen. • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

# Projekt 20 Jahre Dokumentationsstelle



132 Vom 6. bis 14. August 2019 beging die Dokumentationsstelle ihr 20-jähriges Jubiläum im Rahmen von internationalen Begegnungstagen mit Gästen aus Belarus, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Polen und der Ukraine. Die Nachkommen der ehemaligen Zwangsarbeiter\_innen der Pulverfabrik Katerina Derevjanko, Evgenia Tkatschenko und Cornelis Brouwer, Ivan Dudar, Jouke Wind, Berend Smit, Stefan Tarapacki und Silvio Marconcini folgten der Einladung ebenso, wie die Vertreter\_innen von osteuropäischen Partnerorganisationen. Fast alle hatten die Dokumentationsstelle in den zwanzig Jahren zuvor schon einmal oder mehrfach besucht, freuten sich auf ein Wiedersehen mit anderen Betroffenen und interessierten sich für neue Erkenntnisse und den aktuellen Sachstand zum Gedenkstättenbau. Im Werksgelände, bei den Produktionsgebäuden und an den Lagerstandorten folgten sie den Spuren ihrer Verwandten und ließen sich (neue) Inhalte, Fotos und Dokumente zeigen und erläutern. Die Gäste berichteten über ihre mittlerweile verstorbenen Väter oder Mütter – mitunter Großeltern, und deren Erlebnisse, die von den Zeitzeug\_innen meist sehr spärlich und zu ganz

unterschiedlichen Zeiten an die Familienangehörigen weitergetragen worden waren. Sie diskutierten über die bis in das spätere Familienleben hineinwirkenden Folgen der Zwangsarbeit: über Essgewohnheiten, den besonderen Wert von Lebensmitteln, das Misstrauen gegenüber „manchen Menschen“ und auch über mitunter aggressive Schübe bei Vater oder Großvater, die sie auf das Erlebte zurückführten.

Bei der Gedenkfeier am 10. August 2019 konnte mit den Gästen auf der Kriegsgräberstätte Deblinghausen-Hesterberg ein wesentlicher Schritt im Projekt „Schicksalsklärung“ vollzogen werden. Mit der ausführenden Fachfirma war es zuvor gelungen, die stählernen Erinnerungstafeln für die 653 bisher namentlich ermittelten Todesopfer der NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik fristgerecht fertigzustellen und an drei vorbereiteten Betoninstallationen anzubringen. Für alle Mitwirkenden der Gedenkstunde war es ein ganz besonderer Moment, als die Familie von Stefan Tarapacki den Namen des im Alter von 33 Jahren im „Arbeitserziehungslager“ Liebenau umgekommenen Vaters und Großvaters dort suchte und fand.

Am 11. August 2019 trafen sich 180 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur offiziellen Feierstunde anlässlich des Jubiläums in der Aula der Liebenauer Schule, darunter Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne, Bundes- und Landtagsabgeordnete der Region, Nienburgs Landrat Detlev Kohlmeier sowie Dr. Jens-Christian Wagner von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten.

8. August: Gemeinsame Erkundungen im „Trockenring“ der ehemaligen Pulverfabrik. • Kokshaikin/Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

10. August: Maryja Streblov von der Jugend-AG übersetzte bei der Gedenkfeier: Hier die Grußworte von Stefan Tarapackis Tochter Jeanine Marciniak und Enkelsohn Toni. • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

10. August: Eine Blume für den unbekanntenen Urgroßvater... • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

# Projekt IMAGinE – Internationales Jugend-Kunstprojekt 2019/20



In Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen aus der Ukraine und Belarus sowie der Kunstschule Mittelweser (Stolzenau) entstanden bereits im Jahr 2018 die Ideen für ein neues Angebot in der internationalen Jugendbildungsarbeit der Dokumentationsstelle. So fanden sich 15 Kunstschüler\_innen aus Gomel (Belarus), Schostka (Ukraine) und dem Landkreis Nienburg/Weser vom 8. bis 14. April 2019 zu einem Pilotprojekt zusammen, in dem sie sich inhaltlich-lernend und künstlerisch-gestaltend mit der Geschichte der NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik Liebenau auseinandersetzten. Die Länderteams offenbarten sehr schnell eine besondere Ideenvielfalt und Kreativität, wobei individuelle Skizzen und Ideen wie selbstverständlich in die Teamarbeit einfließen.

Bei der Abschlusspräsentation stellten sie ihre Team-Gemälde in der Größe von jeweils 2,00 x 0,90 Metern vor. In sehr kurzer Zeit waren drei Kunstwerke entstanden, die Erstaunen und starken Beifall bei Förderern und Gästen hervorriefen. Die Begegnung mit den ausländischen Gruppen, das integrative Grundkonzept des Projektes, die neuen Informationen zur NS-Geschichte, die Relikte des Wer-

kes, die unterschiedlichen Schicksale, die Berichte und Fotografien ehemaliger Zwangsarbeiter\_innen hätten sie ganz besonders motiviert, teilten die Künstler\_innen mit. Ebenso seien sie überrascht gewesen, dass die Betreuer\_innen keine engen Vorgaben erteilt hätten, sondern ausdrücklich zur Umsetzung eigener Gedanken und Empfindungen in der künstlerischen Auseinandersetzung animiert hätten.

Im Abschlussstatement sprachen sie sich vehement für eine Fortführung des Kunstprojektes aus.

Nach erfolgreicher Einwerbung von Fördermitteln in der Region und durch den Zuwendungsbescheid der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) in Berlin konnte dem Wunsch entsprochen werden. Vom 10. bis 17. Oktober 2019 trafen sich die Gruppen in Minsk (Belarus) wieder, diesmal mit insgesamt 21 jungen Teilnehmer\_innen. Den Besuchern der Gedenkstätten Chatyn und Dalwa schlossen sich Gesprächsrunden mit belarussischen Frauen und Männern an, die als Kinder der NS-Verfolgung ausgesetzt waren. Gemeinsam mit den Zeitzeug\_innen – die in der Kunst-AG der Internationalen Vereinigung „Verständ-

igung“ in Minsk ihrem Hobby nachgehen – 133 entstanden neue Skizzen und Kunstwerke. Im Jahr 2020 werden sich zwei Projektphasen in Schostka (Ukraine) und Liebenau anschließen.

Zudem skizzierten und skizzieren die jungen Künstler\_innen ihre Ideen für mindestens ein individuelles Kunstwerk, das sie bis August 2020 in ihrer jeweiligen Heimat fertigstellen wollen. Die persönlichen Zeichnungen, Objekte oder Skulpturen sollen in eine Ausstellung münden, die sowohl in den Gedenk- und Bildungsstätten in Liebenau und Schostka auf Dauer öffentlich präsentiert werden soll.

10. April: Erste Skizzen entstanden auf dem Werksgelände • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

11. April: Die individuellen Skizzen der Künstler\_innen wurden gemeinsam diskutiert und in das Teamgemälde integriert. • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

13. April: Abschlusspräsentation der Künstler\_innen für Förderer, Vereinsmitglieder und Gäste. • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

# „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg

Dr. Carola Rudnick  
wissenschaftliche und pädagogische Leiterin  
der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg

Die „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg wird im Rahmen der Schwerpunkt-förderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

„Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg e.V.,  
Am Wienebütteler Weg 1, D-21339 Lüneburg,  
Tel.: +49 (0) 4131 60-20970,  
info@gedenkstaette-lueneburg.de,  
www.pk-lueneburg.de/gedenkstaette



134 Die „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg befindet sich auf dem Gelände der Psychiatrischen Klinik Lüneburg. Sie erforscht und vermittelt am historischen Ort die Beteiligung der Anstalt an der „Aktion T4“, die Ermordung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und die Ermordung von Patient\_innen ausländischer Herkunft. Der Ort steht exemplarisch für die „Kinder-Euthanasie“: Von den 5.000 Kindern und Jugendlichen, die diesem Mordprogramm zum Opfer fielen, wurden mindestens 300 bis 350 in der „Kinderfachabteilung“ Lüneburg ermordet. Weiterhin wurde die Lüneburger Anstalt als eine von elf „Ausländer-sammelstellen“ genutzt, in denen unter anderem Zwangsarbeiter konzentriert und ebenfalls ermordet wurden. Seit 2015 befindet sich die „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg im Neugestaltungsprozess. Hierzu gehören, neben der Errichtung eines Bildungszentrums und der Einrichtung einer neuen Dauerausstellung, die kontinuierliche Erforschung der verschiedenen Verbrechen, die mit der Lüneburger Psychiatrie in Verbindung stehen, und diesbezügliche Veröffentlichungen bzw. Veranstaltungen.

Auftakt bildete am 26. Januar die Finis-

sage zur Sonderausstellung „Frauen als Opfer der T4“, die mit einer Spenden-Lesung verbunden wurde. Bei dieser Spenden-Lesung lasen über vierzig Leser\_innen fünf Stunden am Stück ausgewählte und dramaturgisch aufeinander abgestimmte Dokumente zur „Aktion T4“ in der Region Lüneburg vor. Die Musiker Hans-Malte Witte (Saxophon), Frank Füllgrabe (Gitarre) und Dr. Sebastian Stierl (Cello) rundeten die Lesung mit musikalischen Pausen ab. Viele der über neunzig Zuhörer\_innen blieben von Anfang bis Ende. Ihre Spenden kamen der 164-seitigen Publikation zur Sonderausstellung zugute, die mit dem Titel „Still, stumpf, beschäftigt mit Kartoffelschälen, verlegt“ im Sommer 2019 erschien und zur Gedenkfeier am 25. August vorgestellt wurde.

Am 27. Januar wurde gemeinsam mit Angehörigen von Opfern der „Kinder-Euthanasie“ durch Dr. Carola Rudnick, wissenschaftliche und pädagogische Leiterin der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, in Bad Pyrmont die Sonderausstellung „Den Opfern ein Gesicht, den Namen wieder geben“ eröffnet. Die Sonderausstellung wurde bis zum 15. Februar im Rathaus gezeigt.

Am 12. Februar wurde im Beisein von Angehörigen und zweier Pflegeschülerinnen der Krankenpflegeschule Lüneburg für Anna Meyer vor ihrem Wohnhaus in Scheeßel ein Stolperstein verlegt. Anna Meyer war Patientin der Lüneburger Heil- und Pflegeanstalt und wurde am 9. April 1941 im Rahmen der „Aktion T4“ in die Zwischenanstalt Herborn und von dort am 12. Mai 1941 in die Tötungsanstalt Hadamar verlegt. Ihre Biografie war von den Pflegeschülerinnen im Rahmen eines Seminars erforscht worden. Dr. Rudnick hielt einen Vortrag über „Die ‚Aktion T4‘ und ihre Realisierung in der Provinz Hannover“, der unter gleichnamigem Titel im Herbst 2019 in Heft 99 der Rotenburger Schriften erschien.

Am 22. November wurden sieben weitere Stolpersteine für Lüneburger „Euthanasie“-Opfer im Stadtgebiet Lüneburg verlegt. Hierfür waren Angehörige aus ganz Europa und Deutschland angereist. Auch die zu diesen Stolpersteinen gehörigen Biografien waren von Pflegeschülerinnen und Pflegeschülern in Zuge eines Seminars erforscht worden, ein Stolperstein wurde auch deshalb von ihnen gespendet. Die Verlegung endete mit einem Angehörigen-Treffen in der





Gedenkstätte und war eines von zwei Kooperationsprojekten, die in 2019 mit der Geschichtswerkstatt Lüneburg umgesetzt wurden. Am 22. März begann die Errichtung eines Bildungszentrums mit einem symbolischen „Spatenstich“ als Bauauftakt. Dies ist die erste Teilmaßnahme, die im Rahmen der Neugestaltung der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg umgesetzt wird. Auf rund 200 m<sup>2</sup> entstehen Arbeits-, Sammlungs- und Seminarräume für die Bildungsarbeit der Gedenkstätte. Hierfür wurde der Gedenkstätte ein unter Denkmalschutz stehendes ehemaliges Gärtnerhaus auf dem Gelände der Psychiatrische Klinik Lüneburg zur Verfügung gestellt. Es war 1832 als Wohnhaus der Pächter der ersten königlich-hannoverschen Baumschule erbaut und bis in die 1960er Jahre bewohnt worden. Weitere zwanzig Jahre lang diente es als Schutzhütte für Mitarbeiter\_innen der psychiatrie-eigenen Gärtnerei und verfiel in den vergangenen vierzig Jahren allmählich. Mit Eigenmitteln der Psychiatrischen Klinik Lüneburg, Landesdenkmalmitteln, einem Zuschuss des Landkreises Lüneburg und Fördergeldern von verschiedenen Stiftungen (Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Hermann

Reemtsma-Stiftung, Bingo Umweltstiftung, Klosterkammer Hannover, Sparkassen-Stiftung Niedersachsen und Lüneburg, VGH-Stiftung) wird das Gebäude seit Frühjahr 2019 mit einem Gesamtvolumen von rund 750.000 Euro gerettet und denkmalgerecht saniert. Durch den Arbeitskreis Lüneburger Altstadt konnten an einer Giebelwand zusätzlich moderne Ziegel durch Klostersteine ersetzt werden.

Höhepunkte der Baumaßnahme waren das unerwartete Finden von sogenannten Tau-Steinen aus dem Turm der Lüneburger Kirche St. Nicolai, der Anfang des 19. Jahrhunderts baufällig und daher abgerissen worden war, die Anhebung des kompletten Dachstuhls um 15 cm sowie die achtstündige Erhitzung des gesamten Gebäudes auf über 80 Grad, um mit dieser Wärmebehandlung einen buntgescheckten Nagekäfer zu bekämpfen, der tragende Konstruktionsteile befallen hatte. Am 8. September besuchten mehr als 150 Interessierte die Baustelle anlässlich des bundesweiten Tages des offenen Denkmals. Hierbei konnten sie im Rahmen von Baustellenführungen erleben, wie dieses Baudenkmal mithilfe von Handwerkskunst gerettet wird.

Am 7. Mai wurde die Sonderausstellung „Frauen als Opfer der T4“ im Rathaus Uelzen eröffnet. Für die Betreuung der Ausstellung wurden von Sabine Knapp und Dr. Rudnick acht Schüler\_innen des Uelzener Lessing Gymnasiums zu Schüler\_innen-Guides ausgebildet. Diese Ausbildung war ein „Testballon“ für zwölf Schüler\_innen des Lüneburger Gymnasiums Wilhelm-Raabe-Schule, die dann in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Lüneburg ab August darin ausgebildet wurden, zukünftig Rundgänge zum Thema „Lüneburg im Nationalsozialismus“ anbieten zu können.

Die „Euthanasie“-Gedenkstätte befindet sich auf dem Gelände der Psychiatrischen Klinik Lüneburg. \* ArEGL (Archiv der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg)

Der Jazz-Musiker Hans-Malte Witte spielte am 26.1.2019 in den Pausen der Spenden-Lesung für das Buch „Still, stumpf, beschäftigt mit Kartoffelschalen, verlegt“ nachdenklich stimmende Stücke auf dem Saxophon. \* ArEGL

Am 22.11.2019 wurden im Stadtgebiet Lüneburg in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Lüneburg sieben Stolpersteine für Lüneburger „Euthanasie“-Opfer verlegt, davon zwei Steine für Heinrich Biester und Dieter Lorenz direkt vor der „Euthanasie“-Gedenkstätte. \* ArEGL

Bei der Verlegung von Stolpersteinen in Lüneburg kamen am 22.11.2019 Angehörige aus ganz Deutschland und Europa zusammen. \* ArEGL



136 Zwischen März und Mai entwickelte ein Wahlpflichtkurs des Gymnasiums Herderschule in Lüneburg mit Unterstützung der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg das Theaterstück „Planwirtschaftlich verlegt“, eine Szenecollage zum Gedenken an die Opfer der „Euthanasie“. Am 25. August wurde das Theaterstück als zentraler Programmpunkt der Gedenkfeier im Gesellschaftshaus der Psychiatrischen Klinik Lüneburg aufgeführt und erzielte im November den 5. Platz des Bundeswettbewerbs „Andersartig gedenken“.

Bei der Gedenkfeier wurden die rund einhundert Gäste erstmals von Dr. Marc Burlon begrüßt, der im Frühjahr 2019 den Posten als Ärztlicher Direktor der Psychiatrischen Klinik Lüneburg angetreten hat. Im Zuge der Erstellung seiner Doktorarbeit über „Kinder-Euthanasie in Hamburg“ war Dr. Burlon im Jahr 2006 im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf auf Gehirn-Präparate gestoßen, die durch Dr. Rudnick Lüneburger Opfern zugeordnet und daraufhin in Lüneburg bestattet werden konnten.

Vor dem offiziellen Programm der Gedenkfeier, das in diesem Jahr den thematischen Akzent auf die „Zukunft der Erinnerung“ legte, hatten die Schau-

spieler\_innen des Gymnasiums Herderschule die Möglichkeit, ein Gespräch mit Friedrich Buhlich zu führen. Friedrich Buhlich ist Bruder von insgesamt drei Kindern, die in der „Kinder-Euthanasie“ ermordet wurden. Zwei seiner Geschwister wurden 1944 und 1945 in Lüneburg ermordet.

Am 5. Dezember endeten die öffentlichen Veranstaltungen mit einer Krimi-Lesung. Ulrich Gaertner las aus seinem neuesten Buch „Mordärzte“. Im Anschluss diskutierten der Autor und Dr. Rudnick über Entstehen, Chancen und Grenzen des historischen Krimis, der historische Bezüge zu den Lüneburger „Euthanasie“-Verbrechen herstellt.

Ende Dezember musste die „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg leider von Anja Steinmeier Abschied nehmen. Zwei Jahre unterstützte Frau Steinmeier die Gedenkstätte bei der Projekt- und Vereinsverwaltung sowie bei der Veranstaltungsorganisation. Sie musste diese nebenberufliche Aufgabe aus gesundheitlichen Gründen aufgeben.

Die Veranstaltungen der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg wurden von über 3.200 Menschen besucht. Über 1.200 Besucher\_innen nahmen in 2019 zudem an

einem ein- oder mehrtägigen Programm teil. Drei dieser Veranstaltungen waren deutsch-polnische Jugend-Begegnungen und zwei waren Fortbildungen für Lehrkräfte bzw. Multiplikatoren. Die fünf- bis sechsständigen Workshops und ein- oder mehrtägigen Seminare konnten durch die Abordnung von Elke Severon (Lehrkraft an der Oberschule Scharnebeck) und durch ein neunköpfiges Team pädagogischer Mitarbeiter\_innen realisiert werden, die im Mai und November zum aktuellen Forschungsstand intern fortgebildet wurden. Über 580 Besucher\_innen wurden im Rahmen von Führungen durch ehrenamtliche Vereinsmitglieder betreut. Der Vorsitzende des Vereins, Dr. Sebastian Stierl, vertrat die Gedenkstätte im Frühjahr und im Herbst bei den Tagungen des „Arbeitskreises Euthanasie“. Durch Dr. Stierls Engagement im 2019 eingerichteten „Arbeitskreis Erinnerungskultur“ der Hansestadt Lüneburg brachte sich die „Euthanasie“-Gedenkstätte u. a. in die Neugestaltung der städtischen Erinnerungskultur ein. Sieben Mal kamen die ehrenamtlichen Mitglieder des Trägervereins der Gedenkstätte im Jahr 2019 zu Sitzungen zusammen, um den Gedenkstätten-



Am 7. Mai 2019 wurde die Sonderausstellung „Frauen als Opfer der T4“ im Rathaus Uelzen eröffnet. • ArEGL

Plakat zum Theaterstück „Planwirtschaftlich verlegt“, eine Szenencollage zum Gedenken der Opfer der „Euthanasie“. Gestalterinnen: Ute Mattheus/Dr. Carola Rudnick • ArEGL



betrieb und die Veranstaltungen zu planen.

Von Dr. Rudnick wurden Vorträge in Bad Pyrmont, Berlin, Dresden, Hamburg, Herford, Leck, Ludwigslust, Lüneburg, Scheeßel und Uelzen gehalten. Vier Studierende aus Hannover, Lüneburg, Magdeburg und Berlin wurden bei der Erstellung universitärer Arbeiten unterstützt. Es fanden Beratungen einzelner Gemeinden und Geschichtsinitiativen zu lokal identifizierbaren Kinder-Schicksalen statt und es erschienen wissenschaftliche Aufsätze.

Für die Buchpublikation „Still, stumpf, beschäftigt mit Kartoffelschalen, verlegt“, für die Stolpersteinverlegungen sowie aber vor allem auch für Angehörige, die sich mit einer Anfrage zur Schicksalsklärung an die „Euthanasie“-Gedenkstätte gewandt haben, wurden durch Dr. Rudnick im Jahr 2019 über 35 Schicksale von Opfern der „Euthanasie“ geklärt, zu zwölf Personen konnten für die Sammlung und für die Bildungsarbeit Biografie-Mappen erstellt werden.

Eine große Hilfe bei Schicksalsklärungen und Forschungsfragen sind die Aufnahmebücher der Heil- und Pflegenanstalt. Sie wurden seit Januar 2019 sukzessive

im Rahmen einer Nebentätigkeit durch den Archivar Danny Kolbe erfasst. Zudem konnten alle Kinder- und jugendlichen Patient\_innen ab 1941 im Zusammenhang mit dem seit September 2019 laufenden neuen Forschungsschwerpunkt „Kinder-Euthanasie“ durch Dr. Rudnick in einer Patientendatenbank erfasst werden.

Schließlich wurde zwischen Mai und August mit Unterstützung der dafür eingesetzten, beratenden Fachkommission unter dem Vorsitz von Dr. Astrid Ley (Gedenkstätte Sachsenhausen) ein Antrag auf Landes- und Bundesmittel für die Errichtung eines Dokumentationszentrums mit einer neuen Dauerausstellung im ehemaligen Badehaus am Wasserturm auf den Weg gebracht. Es handelt sich hierbei um die zweite Teilmaßnahme der Neugestaltung der „Euthanasie“-Gedenkstätte, die ab Januar 2021 umgesetzt werden soll. Die anteilige Förderung des Landes Niedersachsen wurde im Juni durch die wissenschaftliche Fachkommission der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten prinzipiell befürwortet. Nicht nur dieser Landes- und Bundesmittelantrag, sondern auch die Arbeit der Gedenkstätte insgesamt wurde in

2019 herausragend gefördert durch die Psychiatrische Klinik Lüneburg, die Gesundheitsholding Lüneburg sowie die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Generell konnte die Arbeit nur bewältigt werden mit dem ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder der Fachkommission, des Vorstandes, der Vereinsmitglieder bzw. der AG Gedenkstätte sowie mit kooperierenden Einrichtungen.

Mit einem symbolischen „Spatenstich“ begann am 22.3.2019 die Errichtung eines Bildungszentrums für die „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg. • ArEGL

Die Schüler\_innen Celine Glaser, Julietta Al Gadery und Valentin Jonas des Lüneburger Gymnasiums Wilhelm-Raabe-Schule wurden mit neun weiteren Mitschüler\_innen in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Lüneburg ab August 2019 zu Schüler\_innen-Guides ausgebildet. • ArEGL

Friedrich Buhlrich im Gespräch mit den Schauspieler\_innen des Gymnasiums Herderschule am 25.8.2019. • ArEGL

Dr. Marc Burlon begrüßt bei der Gedenkfeier 2019 die ehemaligen Direktoren der Lüneburger Psychiatrie Dr. Sebastian Siterl und Dr. Jürgen Lotze persönlich. • ArEGL

# KZ-Gedenkstätte Moringen

Dr. Dietmar Sedlaczek,  
Leiter der KZ-Gedenkstätte Moringen

Die KZ-Gedenkstätte Moringen wird im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

KZ-Gedenkstätte Moringen  
Lange Straße 58  
D – 37186 Moringen  
Postanschrift: Postfach 1131, D – 37182 Moringen  
Tel.: +49 (0) 5554 – 2520 / 8807 / 2504  
info@gedenkstaette-moringen.de  
www.gedenkstaette-moringen.de  
www.warumerinnern.wordpress.com  
https://twitter.com/MoMemorial  
www.instagram.com/moringenmemorial  
www.facebook.com/moringenmemorial  
www.erinnernsuedniedersachsen.de



138 Am Ende des Jahres 2019 kam es zu einem rechtsextremen Vorfall an der KZ-Gedenkstätte Moringen: Mitglieder der Kameradschaft Einbeck meldeten sich unter einem Privatnamen zu einer Führung an. Sie diskreditierten mit verschiedenen Aussagen oder Fragen die Opfer und stellten die Darstellung der Gedenkstätte in Frage, indem sie historische Dokumente als manipuliert verunglimpften. Nachdem aufgrund dieser Provokationen die Führung durch einen Mitarbeiter der Gedenkstätte abgebrochen worden war, posierten sie für ein Foto mit antisemitischer Aussage vor der Gedenkstätte, das sie anschließend mit einer Art Exkursionsbericht ins Netz stellten. Dieser Post erfuhr höchste Aufmerksamkeit, genauso wie die Stellungnahme der Gedenkstätte zu diesem Vorfall. Das Foto wurde schließlich in zahlreichen Varianten karikiert, woraufhin der Post mit allen Kommentaren gelöscht wurde. Wenige Tage später meldeten dieselben Akteure in Moringen eine Kundgebung an. Ein Bündnis aus der Zivilgesellschaft rief zu einer Gegenkundgebung auf, an der 400 Menschen teilnahmen. Dieser Vorfall ist ein weiteres Beispiel dafür, dass sich Gedenkstätten zunehmend im

Fokus rechtsextremer Parteien und Gruppierungen befinden. Es erscheint daher dringend geboten, sich stärker mit dieser Bedrohung auseinanderzusetzen.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Gedenkstätte lag auch 2019 auf der Bildungsarbeit. Insgesamt haben 118 Gruppen (2018: 95) Führungen und unterschiedliche thematische Angebote der Gedenkstätte genutzt. 16 Schulen und Gruppen aus Südniedersachsen wie auch aus anderen Regionen und anderen Bundesländern nahmen an zum Teil mehrtägigen Projekten teil. Mit neun Aufführungen des Klassenzimmerstücks „Die Besserung“ erreichten wir 740 Besucher\_innen. Daneben bot die Gedenkstätte 13 öffentliche Führungen an. In Kooperation mit der Geschwister-Scholl-Schule in Göttingen und dem XXX Liceum Ogólnokształcące im. księża Jana Twardowskiego in Lublin (Polen) fand ein Jugendaustausch statt. Nachdem im vorhergehenden Jahr die polnischen Schüler\_innen nach Deutschland gereist waren, fuhren im Jahr 2019 die deutschen Schüler\_innen zum Gegenbesuch nach Polen. In Kooperation mit der KGS Moringen veranstaltete die Gedenkstätte darüber hinaus auch 2019 wieder eine Studienreise in die KZ-

Gedenkstätte Auschwitz.

Neben Führungen und Projekttagen wächst die Bedeutung der teils dezentralen Vortrags- und Theaterangebote. 29 öffentliche Veranstaltungen fanden 2019 in der Gedenkstätte sowie an anderen Orten in der Region statt. Auch in diesem Jahr beteiligte sich die Gedenkstätte Moringen mit speziellen Angeboten am internationalen Museumstag und am Tag des offenen Denkmals. Nach der positiven Resonanz im vorherigen Jahr haben Lagergemeinschaft und Gedenkstätte auch 2019 wieder ein Treffen der Generationen veranstaltet. Der Einladung folgten Angehörige von Häftlingen der drei Moringer Konzentrationslager sowie ein ehemaliger Häftling des Jugend-KZ aus Österreich in Begleitung von vier Mitgliedern seiner Familie. Bestandteil des Treffens war eine Reihe von Veranstaltungen, die auch für eine interessierte Öffentlichkeit zugänglich waren.

An der Gedenkstätte war wieder ein mehrmonatiges studienbegleitendes Praktikum angesiedelt.

Einen spektakulären Fund machte die Gedenkstätte bereits 2018 im Magistratsarchiv der Stadt Moringen, wo in einem bislang unzugänglichen Raum ein Teil der



Korrespondenz der Stadt Moringen mit dem Konzentrationslager und dem DP-Camp entdeckt wurde. Diesen Bestand haben wir auch 2019 weiter erschlossen. So konnten inzwischen 400 Namen und personenbezogene Daten von DPs des Moringen Camps (1945–51) ermittelt werden.

Auch das Jahr 2019 war wieder von Vorarbeiten für den Ausbau der Gedenkstätte am historischen Ort geprägt. Ungeklärte Zuständigkeiten und offene genehmigungsrechtliche Fragen bezüglich der baulichen Maßnahmen verursachten eine zeitliche Verzögerung in der Planung des Vorhabens. So konnte 2019 eine aus Mitteln der SnG in Auftrag gegebene Kosten- und Machbarkeitsanalyse nicht in allen Bereichen umgesetzt werden. Aus den bisherigen Ergebnissen dieser Studie wird jedoch bereits deutlich, dass mit der geplanten Erweiterung der Gedenkstätte im Dachgeschoss der ehemaligen Kommandantur des Lagers bauliche Ertüchtigungen bzw. die Einrichtung zusätzlicher technischer Ausstattungen notwendig werden, die das gesamte Gebäude betreffen. Im Gespräch mit dem Staatlichen Baumanagement Südniedersachsen und den beteiligten Ministerien

(Kultusministerium und Sozialministerium) hoffen wir auf eine nachhaltige Klärung der offenen Fragen und Zuständigkeiten, damit 2020 alle Voraussetzungen geschaffen werden können, um zeitnah einen Antrag bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) einreichen zu können.

Der Leiter der Gedenkstätte ist Mitglied im Sprecherrat der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und Initiativen zur Erinnerung an die NS-Verbrechen. In dieser Funktion nimmt er auch einen Sitz im Beirat der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten wahr. Darüber hinaus sind Leitung und Assistenz der Gedenkstätte Mitglied des Lokalen Aktionsplans (LAP) des Bundesprogramms „Demokratie leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ im Landkreis Northeim.

Am 4. Dezember 2019 nahmen 400 Menschen an einer Protestkundgebung in Moringen gegen eine Kundgebung rechtsextremer Gruppen teil. • Hans-Peter Niesen

2019 erhielt die KZ-Gedenkstätte Moringen zahlreiche Besuche von Angehörigen ehemaliger Häftlinge aus Israel, Großbritannien und Argentinien. Am 13. Mai besuchten die Geschwister Victoria (2.v.r.) und Santiago Alonso Novo (rechts im Bild) aus Buenos Aires die Gedenkstätte. Sie waren nach Deutschland gereist, um zu ihrer Großtante Bella Löbenstein zu recherchieren, die 1935 Häftling im Frauen KZ-Moringen gewesen war. • Thomas Beck

Ernst Blajs, ehemaliger Häftling des Jugend-KZ aus Österreich, und Julian Lautenschlegler bei der Kranzniederlegung: Am 25. und 26. Oktober trafen sich in der KZ-Gedenkstätte Moringen im Rahmen des zweiten Treffens der Generationen ehemalige Häftlinge, ihre Angehörigen und Nachfahren mit Schüler\*innen und interessierten Menschen aus der Region. • Dietmar Sedlaczek

Am 28. November stellte der Verbund Zeitgeschichte im Zentrum (dazu gehören das Museum Friedland, die KZ-Gedenkstätten Mittelbau-Dora und Moringen sowie das Grenzlandmuseum Eichsfeld) am Rande eines gemeinsamen Podiumsgesprächs zur Erinnerungskultur seinen neuen Flyer vor: Paul Schneegans (v.l.n.r.) und Mira Keune (beide Grenzlandmuseum Eichsfeld), Tina Fibiger (Kulturjournalistin), Angela Steinhardt (Museum Friedland), Dr. Dietmar Sedlaczek (KZ-Gedenkstätte Moringen), Wolfgang Nolte (ehem. Bürgermeister Duderstadt) und Dr. Regine Heubaum (KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora). • Claudia Nachtwey

2019 setzte eine Gruppe Studierende im Fach Medien- und Bildungsmanagement der PH Weingarten die bereits 2018 begonnenen Arbeiten am Prototyp einer interaktiven Web-App für die KZ-Gedenkstätte Moringen fort. Im Mittelpunkt stand dabei die Verbesserung der Handhabbarkeit der App. Exploratives, selbstgesteuertes und soziales Lernen steht dabei im Mittelpunkt. Ziel der App ist es, den Dachboden der ehemaligen Kommandantur, durch das Entdecken und Entschlüsseln unterschiedlicher historischer Spuren für Besuchergruppen erfahrbar zu machen. Bei einem Arbeitstreffen am 8. und 9. Oktober in Weingarten präsentierte die Projektgruppe die Überarbeitung und führte einen Usability Test mit Mitarbeitern der Gedenkstätte durch. Abschließend fand ein Gespräch zur zukünftigen Zusammenarbeit mit dem Prorektor für Forschung der PH Weingarten, Herrn Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Müller, statt. • Simon Schaudt

# Jugendliche pflegen das Gräberfeld für die Opfer des Jugend-KZ Moringen

Miriam Hockmann, Dietmar Sedlaczek



140 Im Rahmen der 72-Stunden-Aktion haben dreißig Jugendliche einer katholischen Firmgruppe aus dem Dekanat Nörten-Osterode gemeinsam mit evangelischen Jugendlichen aus Moringen das Gräberfeld des Jugend-KZ gepflegt. Darüber hinaus haben sie sich auch um die Gräber verstorbener Patienten des Moringer Maßregelvollzugs (MRVZN) gekümmert. Zeitgleich engagierten sich 160.000 junge Menschen in Deutschland in weiteren über 3.400 Projekten in der 72-Stunden-Aktion des BDKJ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend).

Die Aktion in Moringen startete mit einer Führung zur Geschichte des Jugend-KZ. Ein historischer Ortsrundgang führte entlang des ehemaligen Lagergeländes und endete im ehemaligen Kommandantur-Gebäude des Lagers. Die Jugendlichen wurden begleitet vom Bundestagsabgeordneten Dr. Roy Kühne (CDU), der Moringer Bürgermeisterin Heike Müller-Otte sowie Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche. Auch die Seelsorger des MRVZN waren dabei. Nach einem gemeinsamen Mittagessen, das Patienten des MRVZN für die Gruppe gekocht hatten, gingen die Jugendlichen zum Gräberfeld des Jugend-KZ auf

dem Moringer Friedhof. Sie setzten sich mit den Lebensgeschichten der hier begrabenen Jugendlichen auseinander. Dabei erfuhren sie von der Verfolgungsgeschichte der jugendlichen KZ-Häftlinge, lernten einzelne Biografien und die Gründe für die Verfolgung kennen und hörten auch von dem aus Zwangsarbeit und Strafen bestehenden Häftlingsalltag, zu dem auch das Sterben und der Tod im Lager gehörten.

Nach der Auseinandersetzung mit der Geschichte begannen die Aktionsteilnehmenden mit der praktischen Arbeit. Es wurde Unkraut gejätet, Holzkreuze wurden abgeschliffen und Grabsteine geputzt, um die kaum noch lesbaren Inschriften instand zu setzen. Am nächsten Tag wurden die Jugendlichen bei ihrer Arbeit von Bischof Dr. Heiner Wilmer unterstützt. Insgesamt wurden im Rahmen des Projektes 55 Grabsteine gesäubert und nachgemalt und mehrere Dutzend Holzkreuze gepflegt.

Die Erinnerung wachzuhalten, das war das Anliegen des Projektes. Sylvia Timpe von der örtlichen Kolpingsfamilie kündigte an, die Pflegearbeiten auch nach der 72-Stunden-Aktion fortsetzen zu wollen. «So verblassen die Namen der im Jugend-

KZ ermordeten Jugendlichen weder auf den Grabsteinen noch in unserer Erinnerung“, kommentierte eine der Jugendlichen die Arbeit.

Die Jugendlichen der 72 Stunden Aktion stellen sich vor. Mit dabei sind die betreuenden Mitarbeiter\*innen der Gedenkstätte, die Gemeindepastoren sowie die Moringer Bürgermeisterin Heike Müller-Otte (3. v.l.) und Dr. Roy Kühne, MdB (3. v.r.). • Miriam Hockmann

Bischof Dr. Heiner Wilmer besuchte das Moringer Projekt und beteiligte sich aktiv an den Arbeiten. • Miriam Hockmann

Die Jugendlichen setzen die kaum noch lesbaren Inschriften der Grabsteine instand. • Miriam Hockmann

# „Schwestern, vergesst uns nicht“. Wanderausstellung zum Frauen-KZ Moringen mit Kohlezeichnungen von Hedwig Regnart

Dietmar Sedlaczek



Viele ihrer Erfahrungen hat die Fürther Widerstandskämpferin Hedwig Regnart in ausdrucksstarken Kohlezeichnungen dargestellt. Als Autodidaktin zeichnete sie Bilder von der Not der Bevölkerung nach den beiden Weltkriegen. Immer wieder thematisieren ihre Zeichnungen Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus. Viele Bilder zeigen Menschen in der Isolation der Einzelhaft, die Hedwig Regnart selbst mehrmals für Monate erdulden musste. Sie war u.a. 1936–37 Häftling im Frauen-KZ Moringen gewesen.

Hedwig Regnart hatte ihre Zeichnungen nie für eine Ausstellung vorgesehen. Sie zeichnete, um das Erlebte zu verarbeiten. Für uns heute sind diese Bilder eine historische Quelle: Dokumente über den politischen Widerstand, ausgeführt von Frauen, deren Beitrag im Kampf gegen den Nationalsozialismus lange Zeit wenig Beachtung und Anerkennung erfuhr.

Sie versteckten Regimegegner oder schmuggelten sie ins Ausland, vervielfältigten und verteilten illegale Flugblätter, leiteten Waffen und Nachrichten ausländischer Sender weiter. Verfolgten gewährten sie Unterschlupf, beschafften ihnen Lebensmittel und Kleidung. Ein solches Verhalten konnte für Frauen

– wie für Männer – gefährlich werden. Viele dieser Frauen erfuhren für ihre mutigen Taten Verfolgung und Haft, auch im Frauen-KZ Moringen (1933–38). Während die Männer für ihre Taten später geehrt wurden, spielt der Widerstand von Frauen im öffentlichen Bewusstsein bis heute kaum eine Rolle. Daher begrüßen wir die Entscheidung des Deutschen Bundestages (19/11092) vom 28.6.2019, Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu würdigen. Ziel des Antrags ist u.a. eine Stärkung der pädagogischen Vermittlungsarbeit hierzu in den NS-Gedenkstätten, insbesondere an den Orten der einstigen Frauen-Konzentrationslager Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück.

Die Ausstellung „Schwestern, vergesst uns nicht. Kohlezeichnungen von Hedwig Regnart. Widerstandskämpferin und Häftling im Frauen-KZ Moringen (1936–37)“ wurde am 8. März 2019, dem internationalen Frauentag, im Foyer des Kreishauses in Northeim eröffnet. Der Gedenktag erinnerte 2019 an 100 Jahre Wahlrecht für Frauen in Deutschland. Zu jenen Frauen, die in Moringen inhaftiert gewesen waren, gehörten neben Hedwig Regnart zahlreiche weitere Aktivis-

tinnen der frühen Stunde, so die Abgeordnete des Bayerischen Landtags Viktoria Hösl und Minna Faßhauer aus Braunschweig, die erste deutsche Ministerin.

Die Ausstellung, die von einem Team der KZ-Gedenkstätte Moringen kuratiert wurde, ist als Wanderausstellung konzipiert und kann von der Gedenkstätte ausgeliehen werden. Die Ausstellung wurde aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben“ vom Lokalpolitischen Aktionsplan des Landkreis Northeim gefördert.

„Hinter Gittern“. Kohlezeichnung von Hedwig Regnart.

Ausstellungseröffnung im Foyer der Landkreisverwaltung in Northeim am 8. März 2019. Dr. Dietmar Sedlaczek führt durch die Ausstellung. • Arne Droidner

Miriam Hockmann führt eine weitere Gruppe durch die Ausstellung. • Miriam Hockmann

# Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel

Andreas Ehresmann,  
Geschäftsführer Stiftung Lager Sandbostel  
Leiter Gedenkstätte Lager Sandbostel

Die Gedenkstätte Lager Sandbostel wird im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

Gedenkstätte Lager Sandbostel/  
Stiftung Lager Sandbostel  
Grefstraße 3  
D – 27446 Sandbostel  
Tel.: +49 (0) 4764 – 22 54 810  
a.ehresmann@stiftung-lager-sandbostel.de  
www.stiftung-lager-sandbostel.de



142 Dank der großzügigen Förderung unter anderem der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, des Landkreises Rotenburg (Wümme) und des Fonds „Friedenswege“ der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers konnte der 2018 deutlich gestiegene Personalstand und die qualitativ hochwertige gedenkstättenpädagogische und wissenschaftliche Arbeit in der Gedenkstätte Lager Sandbostel auch 2019 aufrechterhalten werden.

Richtungsweisend für unsere zukünftige Arbeit war dann allerdings die am 23. August zwischen der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und der Stiftung Lager Sandbostel zunächst für fünf Jahre vereinbarte Institutionelle Förderung der Gedenkstätte Lager Sandbostel. Dadurch entfällt die bisher jährliche Neubearbeitung der grundlegenden Fördermittel für Personal und Unterhalt und wir haben nun eine mittelfristige Planungssicherheit. Sondermittel werden allerdings auch weiterhin projektbezogen beantragt.

Trotz des genannten hauptamtlichen Personalstands ist den vielen ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern der Gedenkstätte auch für das ver-

gangene Jahr gar nicht genug zu danken. Ohne diese hoch engagierte Arbeit, sei es bei der Unterstützung der pädagogischen Arbeit, in der Bibliothek oder beim Aufräumen und Pflegen des Gedenkstättenengeländes, würde so manches in der Gedenkstätte nicht laufen. Die Gedenkstätte Lager Sandbostel wäre nicht die Gedenkstätte, die sie heute ist und die sie auch für viele Besucher\_innen ausmacht.

Erfreulich war im vergangenen Jahr, dass vom Auswärtigen Amt einem Förderantrag der Gedenkstätte Lager Sandbostel stattgegeben wurde, der im Rahmen des ausgeschriebenen Förderprogramms „Jugend Erinnert“ gestellt wurde.

Die Besuchszahlen sind im vergangenen Jahr unverändert auf hohem Niveau (mit leichter Tendenz nach oben) bei etwa 12.000 Besucher\_innen geblieben. Aufgeteilt sind diese wie auch in den letzten Jahren in die drei große Gruppen: Schulklassen, Konfirmandengruppen und Einzelbesucher. Auch im vergangenen Jahr sind etwa 600-700 ausländische Besucherinnen und Besucher – oftmals Kinder, zunehmend aber auch Enkel und sogar Urenkel von ehemaligen

Kriegsgefangenen oder KZ-Häftlingen – in die Gedenkstätte gekommen.

Eindrucksvoll war die gut besuchte Gedenkfeier anlässlich des 74. Jahrestags der Befreiung der Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge im Stalag X B am 29. April. Aus der Kreispolitik hat der Landrat Hermann Luttmann und von der niedersächsischen Landeskirche der Landessuperintendent Hans-Christian Brandy gesprochen. Sehr gefreut hat uns, dass mit Domenico Bolognese der Sohn des italienischen Militärinternierten Michele Bolognese eine Ansprache gehalten hat. Er berichtete davon, dass sein Vater nie über seine Erlebnisse in der Kriegsgefangenschaft gesprochen hat, aber Zeit seines Lebens davon geprägt war. Trotz, oder vielleicht auch wegen seiner Erlebnisse in deutscher Gefangenschaft habe er seinen Kindern stets Versöhnung vorgelebt und Ihnen deutlich gemacht, so Domenico Bolognese, das in einem Krieg die Beteiligten oftmals potenzielle Opfer und Henker zugleich seien. Inwieweit sie sich schuldig machten, zitierte er seinen Vater, sei ihre persönliche Entscheidung.

Aus dem konsularischen Korps sprachen der polnische Vize-Generalkonsul





Blick in den Bernard Le Godais Saal mit der Sonderausstellung zur NS-Wehrmachtsjustiz. • Andreas Ehresmann

Der Schauspieler Werner Wölbern bei einer Lesung aus Erinnerungsberichten von ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen. • Andreas Ehresmann

Theaterstück „Draußen vor der Tür“ von Wolfgang Borchert.

Informationsflyer für den Workshoptag „Nach Vorne Denken“.

Adam Borkowski, der russische Generalkonsul Andrej Sharashkin und der italienische Generalkonsul Giorgio Taborri Grußworte. Die Diplomaten appellierten an die Teilnehmer\_innen der Gedenkveranstaltung die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus aufrechtzuerhalten.

Am 22. Juni richteten wir am 78. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion eine weitere Gedenkveranstaltung aus.

Zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen – und damit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs - wurde von der Stiftung Lager Sandbostel am 1. September 2019 erstmals eine Gedenkveranstaltung ausgerichtet, um der als Folge des Krieges von Besatzung, Gefangenschaft und Verfolgung betroffenen Menschen zu gedenken. Anders als sonst üblich, fand der erste Teil der gut besuchten Veranstaltung auf der Kriegsgräberstätte Parnewinkel in Selsingen statt. Auf diesem ehemaligen Lagerfriedhof bestattete die Wehrmacht bis 1941 die Toten des Stalag X B, darunter die ersten polnischen Kriegsgefangenen.

Neben den „festen“ Terminen, wie öffentlichen Rundgängen – die von ehrenamtlich aktiven Guides angeboten werden – Denkgottesdienste unseres Friedens-

pädagogen Michael Freitag-Parey, zahlreichen teils sehr gut besuchten wissenschaftlichen Vorträgen und Filmveranstaltungen gab es auch viele herausragende Einzelveranstaltungen, die eigentlich alle wert wären genannt zu werden. Beispielhaft seien nur erwähnt:

Ein wunderbarer Workshoptag am 15. Juni mit dem Titel „Nach Vorne Denken“, der von unserer damaligen FSJlerin Marie-Claire Müller, mit Unterstützung mehrerer Kolleg\_innen, als ihr FSJ-Projekt entwickelt wurde. Die Fragestellungen waren: „Welche Themen müssen in der Friedens- und Gedenkstättenarbeit angeboten werden? Historisch-politische Bildungsarbeit, Menschenrechts-erziehung, Antirassismusbildung, Fragen der Vermittlung des Geschehenen, Fragen nach dem „Wie“ von Gedenken und Erinnern. Aber welche Ansätze und Methoden eignen sich? Was ist der richtige Umgang mit diesen Themen? Und wie wird diese wichtige Arbeit in Zukunft aussehen?“

Sehr eindrucksvoll war das in der ehemaligen Lagerküche aufgeführte Theaterstück „Draußen vor der Tür“ der hervorragenden Theater- und Musik-AG des St.-Viti-Gymnasiums Zeven. Rund 200

Besucher\_innen kamen zu der Aufführung des bewegenden und mahnenden Theaterstücks von Wolfgang Borchert.

Am Vorabend des 78. Jahrestags des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion konnten wir den renommierten Schauspieler Werner Wölbern dafür gewinnen, aus Texten ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener zu lesen. Umrahmt von der Musik des Gitarristen Christian Sutter zeichneten die von unserer Volontärin Ines Dirolf zusammengestellten Texte ein dichtes Bild der Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen vom Zeitpunkt ihrer Gefangennahme, der Kriegsgefangenschaft und der Befreiung, aber auch der Rückkehr in die Heimat und die Situation bis in die Gegenwart hinein.

Ein weiteres spannendes und für uns neues Format war die mit 100 Besucher\_innen sehr gut besuchte Veranstaltung „Zeitzeugen erzählen“, bei der Johann Pape (Jg. 1930) und Johann Dücker (Jg. 1935) über ihre Erinnerungen an das Kriegsgefangenenlager berichteten. Johann Pape wurde als Jugendlicher zu Aufräumarbeiten im kurz zuvor befreiten Stalag X B dienstverpflichtet und Johann Dücker musste im Alter von neun Jahren zusehen, wie kurz vor Kriegsende zwei auf einem Todesmarsch geflohene KZ-Häftlinge erschossen wurden. Um die beiden Menschen zu ehren und an sie zu erinnern hat er 2006 einen Gedenkstein aufstellen lassen. Bis heute das einzige Erinnerungszeichen für diesen Todesmarsch.



„Wie unterirdisch vor allem die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen war...“  
Schulprojekt zu sowjetischen Kriegsgefangenen im Stalag X B

Ines Dirolf



144 Im Juni besuchte die Klasse 10a der Oste-Hamme-Schule Gnarrenburg die Gedenkstätte Lager Sandbostel, um sich in einem mehrtägigen Projekt mit der Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen zu beschäftigen. Im Mittelpunkt stand die inhaltliche und fotografische Auseinandersetzung mit den Erinnerungsberichten des ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen Sergej Litvin.

Da die Schüler\_innen die Gedenkstätte Lager Sandbostel bereits im Vorfeld kennenlernen konnten, begannen die Projekttag auf dem ehemaligen Lagerfriedhof in Sandbostel. Am Beispiel des ehemaligen Lagerfriedhofs konnten die Schüler\_innen nachvollziehen, wie ungleich die Wehrmacht die verschiedenen Kriegsgefangenenengruppen behandelte. Dazu lässt sich an den optischen Umstrukturierungen des ehemaligen Lagerfriedhofs nach 1945 die Entwicklung der Erinnerungskultur seit Kriegsende ablesen. In der Gedenkstätte verschaffte sich die Klasse 10a mit einem Zeitstrahl einen Überblick über die Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen – von der Gründung der Sowjetunion 1917 bis zur ersten symbolischen Anerkennungszahlung an

ehemalige sowjetische Kriegsgefangene 2015 durch die Stiftung EVZ. Mit Auszügen aus der Filmdokumentation „Schatten des Krieges“ als historisches Bildmaterial endete der erste Projekttag. Ein Schüler fasste den Tag für sich zusammen mit der Erkenntnis „wie unterirdisch die Behandlung der Kriegsgefangenen, vor allem der sowjetischen war“.

Am zweiten Tag widmete sich die Klasse dem Umgang mit historischen Quellen. Anhand von Personalkarten, Schmuckkästchen, Fotografien, Dokumenten und Erkennungsmarken erfuhren die Schüler\_innen, welche Auskünfte diese Quellen über die Geschichte von sowjetischen Kriegsgefangenen geben können und welche nicht. Mit diesem Wissen näherten sich die Schüler\_innen dem Quellenbestand des ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen Sergej Litvin. Litvin kam im Herbst 1941 als einer der ersten sowjetischen Kriegsgefangenen im Stalag X B an und überlebte die Jahre im Lager bis zu seinem Arbeitseinsatz in landwirtschaftlichen Arbeitskommandos vor allem dadurch, dass ihn die Lagerkommandantur aufgrund seiner Deutschkenntnisse als Schreiber einsetzte. Die Erinnerungs-

berichte Litvins und das Gespräch mit Gerd A. Meyer, dessen Vater Anatolij Pokrowskij kurz vor Kriegsende im Stalag X B verstarb, blieben den Schüler\_innen sehr eindrücklich in Erinnerung.

Auf Grundlage der Erinnerungsberichte bekamen die Schüler\_innen am dritten Projekttag die Möglichkeit Objekte, Orte und Quellen zu fotografieren, die in ihren Augen die Geschichte von Sergej Litvin widerspiegeln. Besonders diese Form der Auseinandersetzung mit Geschichte auch außerhalb des historischen Standorts des Kriegsgefangenenlagers, erweiterte das Verständnis von Geschichte. Eine Schülerin hielt zusammenfassend fest: „Ich hab gemerkt, dass ich in Zukunft überall etwas in Bezug auf Geschichte lernen kann.“ Eine Auswahl der Fotos wird in der Online-Ausstellung zu sowjetischen Kriegsgefangenen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz zu sehen sein.

Schülerinnen der OHS setzen sich mit der Biografie eines sowjetischen Kriegsgefangenen auseinander, \* Marliese Eckhoff

Schülerinnen der OHS erarbeiten sich Grundlagen der Quellenkritik \* Marliese Eckhoff

Die Klasse 10a der Oste-Hamme-Schule Gnarrenburg nach drei spannenden Projekttagen \* Marliese Eckhoff

„Die Menschheit sollte Widerstand gegen jene leisten, die Krieg führen wollen.“

## Bewegendes Gedenken zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen

Jan Dohrmann



Am 1. September 2019 fanden sich etwa vierzig Menschen auf der „Kriegsgräberstätte Parnewinkel“ in Selsingen ein, um dem deutschen Überfall auf Polen vor achtzig Jahren zu gedenken. Nach der Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Lager Sandbostel, Günther Justen-Stahl, nahm Ines Dirolf eine geschichtliche Einordnung der Ereignisse um den 1. September 1939 vor. Die an der Gedenkstätte Lager Sandbostel als wissenschaftliche Volontärin tätige Historikerin betonte die oft vergessenen Verbrechen der frühen Phase des Zweiten Weltkrieges, an denen neben der SS auch die Wehrmacht beteiligt war. „Polnische Kriegsgefangene waren ein alltägliches Bild in der deutschen Gesellschaft“, stellte Dirolf fest und sie zeigte auch die Spuren auf, die der Krieg in der Region hinterlassen hat. Nur eine Spur von vielen ist der heute als „Kriegsgräberstätte“ bezeichnete Friedhof Parnewinkel, auf dem die Wehrmacht die ersten verstorbenen Kriegsgefangenen aus dem Stalag X B Sandbostel – unter ihnen mindestens 13 Polen – bestattete.

Der polnische Vizekonsul Adam Borkowski betonte den Beitrag der pol-

nischen Bevölkerung zum Sieg der Alliierten über das Deutsche Reich. Obwohl Polen eine schnelle militärische Niederlage habe einstecken müssen, hätten Polinnen und Polen an verschiedenen Fronten weitergekämpft und den größten Untergrundstaat im besetzten Europa aufgebaut.

Claas Both, FSJler der Gedenkstätte Lager Sandbostel, und die Schülerin Shorouk Abd Al Rahman trugen ein selbstverfasstes Gedicht im Stil eines Poetry Slams vor und beendeten ihren Beitrag mit einem Appell an den Frieden. „Die Menschheit sollte Widerstand gegen jene leisten, die Krieg führen wollen“, zitierten sie den ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen Wiktor Listopadzki. Nachdem Pastor Karol Jaruzel von der Polnischen Katholischen Mission in Bremen ein Gebet gesprochen hatte, erfolgte eine Kranzniederlegung durch die Vertreter des Generalkonsulats der Republik Polen in Hamburg, sowie des Gedenkstättenvereins Sandbostel e.V. und der Stiftung Lager Sandbostel.

Auf der „Kriegsgräberstätte Sandbostel“, dem 1941 eingerichteten Lagerfriedhof des Stalag X B, wurde die Veranstaltung mit einer Blumenniederlegung vor

dem Hochkreuz auf dem polnischen Grabfeld und der Möglichkeit des individuellen Gedenkens fortgesetzt. Zum Abschluss hielt Vizekonsul Borkowski eine Ansprache auf Polnisch an seine zahlreichen Landsleute. Viele von ihnen kamen von der polnischen Kirchengemeinde aus Bremen und waren zum ersten Mal in Sandbostel und Parnewinkel.

145

Trauerkranz des Generalkonsulats der Republik Polen in Hamburg und von Gästen niedergelegte Blumen auf der „Kriegsgräberstätte Sandbostel“ • Jan Dohrmann

Vizekonsul Adam Borkowski bei seiner Rede auf der „Kriegsgräberstätte Parnewinkel“ • Jan Dohrmann

Shorouk Abd Al Rahman und Claas Both beim Vortragen des Jugendbeitrags • Jan Dohrmann

## 146 Herausgeber

Stiftung niedersächsische Gedenkstätten  
Im Guldernen Winkel 8  
D – 29223 Celle  
Tel.: +49 (0) 5141 – 933 55-11  
Fax: +49 (0) 5141 – 933 55-33  
[www.stiftung-ng.de](http://www.stiftung-ng.de)  
[info@stiftung-ng.de](mailto:info@stiftung-ng.de)

Celle 2020

Fotos Cover: vgl. Seite 21,42,44,67 und 85



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

Gefördert über die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten aus Mitteln des Landes Niedersachsen und aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.

## Konzept und Redaktion:

Jens Binner, Kerstin Gade, Jens-Christian Wagner

## Mitarbeit:

Jens Binner, Tessa Bouwman, Anett Dremel, Andreas Ehresmann, Marc Ellinghaus, Leyla Ferman, Michael Gander, Bernd Grafe-Ulke, Diana Gring, Martin Guse, Simona Häring, Robert Heldt, Bernd Horstmann, Juliane Hummel, Arnold Jürgens, Andrea Kaltofen, Rolf Keller, Sarah Kunte, Janna Lölke, Hans-Ulrich Ludewig, Brigita Malenica, Tobias Neuburger, Teri Arias Ortiz, Gustav Partington, Silke Petry, Thomas Rahe, Corinna Rathjen, David Reinicke, Carola Rudnick, Jannik Sachweh, Nicola Schlichting, Dietmar Sedlaczek, Marion Seibel, Katja Seybold, Martina Staats, Klaus Tätzler, Daniel Tonn, Sarah Ullrich, Katrin Unger, Jens-Christian Wagner, Maike Weth, Christian Wolpers

## Graphische Gestaltung:

ermisch | Büro für Gestaltung

## Druck:

Bruns Druckwelt, Hannover

## Bildrechte:

Soweit nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten.

# Dokumentations- und Gedenkstätten in Niedersachsen und Bremen



- |  |   |
|--|---|
| 1 „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg<br>21339 Lüneburg   | 11 Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau<br>31618 Liebenau                                       |
| 2 Gedenkstätte „Alte Pathologie“ Wehnen<br>für die Opfer der NS-„Euthanasie“<br>26160 Bad Zwischenahn-Ofen                   | 12 Lernort Ehemalige Synagoge Stadthagen<br>31655 Stadthagen  |
| 3 GröschlerHaus – Zentrum für Jüdische<br>Geschichte und Zeitgeschichte der Region<br>Friesland/Wilhelmshaven<br>26441 Jever | 13 KZ-Gedenkstätte Moringen<br>37086 Moringen   |
| 4 Gedenkstätte KZ Engerhufe<br>26624 Engerhufe   | 14 Erinnerungsstätte Lenner Lager<br>37627 Lenne  |
| 5 Gedenkstätte Esterwegen<br>26897 Esterwegen  | 15 Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße<br>38102 Braunschweig                                      |
| 6 Gedenkstätte Lager Sandbostel<br>27446 Sandbostel  | 16 Gedenk- und Dokumentationsstätte<br>KZ Drütte<br>38239 Salzgitter                                  |
| 7 Denkort Bunker Valentin<br>28777 Farge-Rekum   | 17 Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel<br>38300 Wolfenbüttel   |
| 8 Dokumentations- und Lernort<br>Baracke Wilhelmine<br>28790 Schwanewede-Neuenkirchen  | 18 Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeiter<br>auf dem Gelände des Volkswagenwerkes<br>38436 Wolfsburg |
| 9 Gedenkstätte Bergen-Belsen<br>29303 Lohheide   | 19 Gedenkstätten Gestapokeller<br>und Augustaschacht<br>49076 Osnabrück                               |
| 10 Gedenkstätte Ahlem<br>30453 Hannover  |   |

